

Minderheitenbericht

gemäß § 42 Abs. 4 GOG

der Abgeordneten Dr. Susanne Fürst, MMMag. Dr. Axel Kassegger, Dr. Dagmar Belakowitsch

zum Bericht 391 der Beilagen des Außenpolitischen Ausschusses über den Außen- und Europapolitischer Bericht 2024 der Bundesregierung (III-265 d.B.)

Der vorliegende Regierungsbericht stellt die europäische Integrations- und Außenpolitik der Bundesregierung in einem überwiegend zustimmenden Licht dar, blendet jedoch zentrale demokratietheoretische und grundrechtliche Problemlagen aus, die international zunehmend kritisch bewertet werden.

Insbesondere der Bericht „THE FOREIGN CENSORSHIP THREAT, PART II: Europe’s Decade-Long Campaign to Censor the Global Internet and How It Harms American Speech in the United States“ des Committee on the Judiciary of the U.S. House of Representatives (<https://judiciary.house.gov/sites/evo-subsites/republicans-judiciary.house.gov/files/2026-02/THE-FOREIGN-CENSORSHIP-THREAT-PART-II-2-3-26.pdf>) legt detailliert dar, in welchem Ausmaß regulatorische Maßnahmen der Europäischen Union – etwa im Bereich Digital Services Act, Desinformationsbekämpfung und Plattformregulierung – als strukturelle Eingriffe in die Meinungsfreiheit gewertet werden und über europäische Grenzen hinaus Wirkung entfalten. Vor dem Hintergrund dieser massiven Vorwürfe einer systematischen Einschränkung der freien Rede erscheint es aus freiheitlicher Sicht geboten, die außen- und europapolitische Linie der Bundesregierung, die im vorliegenden Bericht dargelegt wird, kritisch zu hinterfragen. Der vorliegende Minderheitenbericht dokumentiert daher die Feststellungen des US-Justizausschusses in Form einer automatisierten deutscher Übersetzung des Originaldokuments, und stellt sie dem offiziellen Regierungsbericht gegenüber, um die demokratiepolitischen Implikationen der europäischen Zensur- und Regulierungsagenda offen zu legen.

DIE BEDROHUNG DURCH AUSLÄNDISCHE ZENSUR, TEIL II: EUROPAS JAHRZEHNTELANGE KAMPAGNE ZUR ZENSUR DES GLOBALEN INTERNETS UND WIE DIES DIE REDEFREIHEIT IN DEN VEREINIGTEN STAATEN BEEINTRÄCHTIGT

Zwischenbericht des

Justizausschusses des

US-Repräsentantenhauses



3. Februar 2026

ZUSAMMENFASSUNG

Der Justizausschuss des US-Repräsentantenhauses untersucht, wie und in welchem Umfang ausländische Gesetze, Vorschriften und gerichtliche Anordnungen Unternehmen dazu zwingen, nötigen oder beeinflussen, die Meinungsäußerung in den Vereinigten Staaten zu zensieren.¹ Im Rahmen dieser Aufsicht hat der Ausschuss zehn Technologieunternehmen zur Vorlage von Dokumenten aufgefordert und sie verpflichtet, die Kommunikation mit ausländischen Regierungen, einschließlich der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), in Bezug auf die Moderation von Inhalten offenzulegen.² Im Juli 2025 veröffentlichte der Ausschuss einen Bericht, in dem detailliert beschrieben wird, wie die Europäische Kommission – der Exekutivarm der EU – das Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA), ein Gesetz zur Regulierung von Online-Äußerungen, als Waffe einsetzt, um globale Online-Zensurvorschriften für politische Äußerungen, Humor und Satire durchzusetzen.³ Seitdem haben Technologieunternehmen dem Ausschuss auf Vorladung hin Tausende von internen Dokumenten und Korrespondenz mit der Europäischen Kommission vorgelegt. Diese Dokumente zeigen das Ausmaß – und den Erfolg – der globalen Zensurkampagne der Europäischen Kommission.

In einer umfassenden, zehnjährigen Initiative hat die Europäische Kommission erfolgreich Druck auf Social-Media-Plattformen ausgeübt, ihre globalen Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern, wodurch sie direkt in die Online-Meinungsäußerung der Amerikaner *in den Vereinigten Staaten* eingegriffen hat. Obwohl dies oft als Kampf gegen sogenannte „Hassrede“ oder „Desinformation“ dargestellt wird, hat die Europäische Kommission daran gearbeitet, wahrheitsgemäße Informationen und politische Äußerungen zu einigen der wichtigsten politischen Debatten der jüngeren Geschichte zu zensieren – darunter die COVID-19-Pandemie, Massenmigration und Transgender-Themen. Nach zehn Jahren hat die Europäische Kommission eine ausreichende Kontrolle über die weltweite Online-Meinungsäußerung etabliert, um Narrative, die die Macht der Europäischen Kommission bedrohen, umfassend zu unterdrücken.

Vor den Vorladungen des Ausschusses fanden diese Bemühungen weitgehend im Verborgenen statt. Nun sind die Bemühungen der Europäischen Kommission zum ersten Mal ans Licht gekommen und haben den Ausschuss über legislative Schritte informiert, die er zum Schutz der amerikanischen Meinungsfreiheit im Internet ergreifen kann.

¹ Siehe z. B. Pressemitteilung, H. Comm. on the Judiciary, *Vorsitzender Jordan fordert Big Tech zur Herausgabe von Informationen über ausländische Zensur amerikanischer Meinungsäußerungen auf* (26. Februar 2025), <https://judiciary.house.gov/media/press-releases/chairman-jordan-subpoenas-big-tech-information-foreign-censorship-american>.

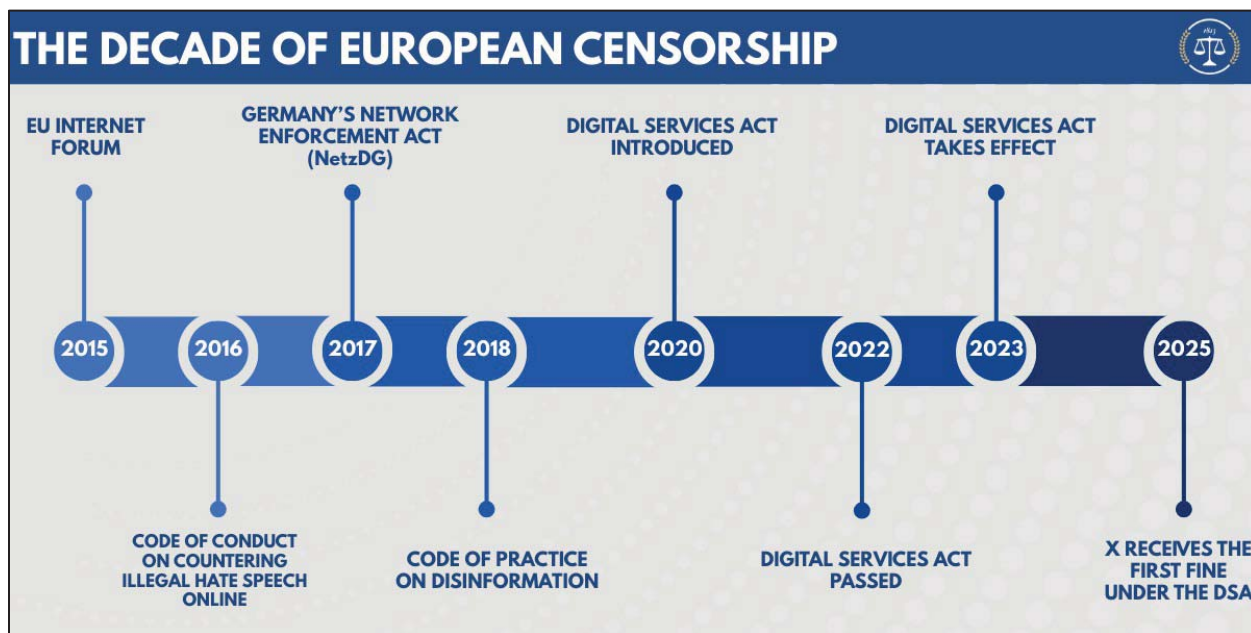
² Schreiben von Rep. Jim Jordan, Vorsitzender des H. Comm. on the Judiciary, an Herrn Timothy Cook, CEO, Apple (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Andy Jassy, Präsident und CEO von Amazon (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Satya Nadella, CEO von Microsoft (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Christopher Pavlovski, Vorsitzender und CEO von Rumble (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Herrn Sundar Pichai, CEO, Alphabet (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Rep. Jim Jordan, Vorsitzender, H. Comm. on the Judiciary, an den Verwalter der Unterlagen, TikTok (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Rep. Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Frau Linda Yaccarino, CEO von X (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Rep. Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Herrn Mark Zuckerberg, CEO von Meta (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Rep. Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Herrn Steve Huffman, CEO und Präsident von Reddit (17. April 2025) (mit beigefügter Vorladung). Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Sam Altman, CEO von OpenAI (5. November 2025) (mit beigefügter Vorladung).

³ MITARBEITER DES JUSTIZAUSCHUSSES DES REPRÄSENTANTENHAUSES, 119. KONGRESS, DIE GEFAHR AUSLÄNDISCHER ZENSUR: WIE DAS DIGITAL SERVICES ACT DER EUROPÄISCHEN UNION GLOBALE ZENSUR ERZWINGT UND DIE AMERIKANISCHE REDEFREIHEIT VERLETZT (Kommissionsdruck vom 25. Juli 2025) (im Folgenden „DSA-Zensurbericht I“).

Die DSA ist das Ergebnis jahrzehntelanger Bemühungen Europas, politische Opposition zum Schweigen zu bringen und Online-Narrative zu unterdrücken, die das politische Establishment kritisieren.

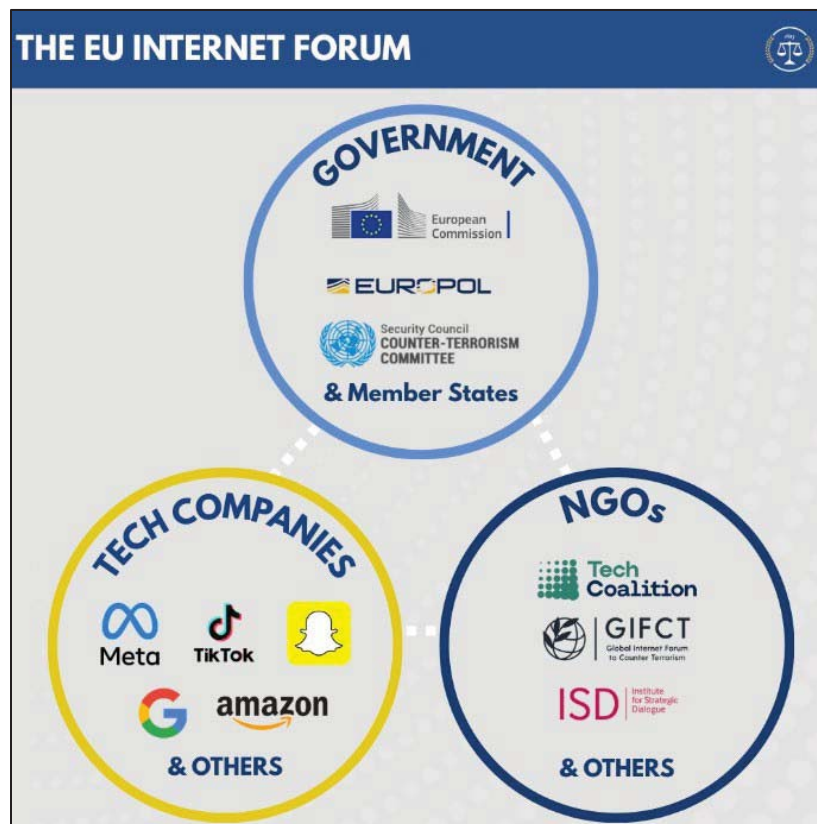
Die DSA trat 2023 in Kraft, und die Europäische Kommission verhängte im Dezember 2025 die erste Geldstrafe nach der DSA gegen X. Obwohl die DSA seit weniger als drei Jahren in Kraft ist, stellt die Geldstrafe gegen X den Höhepunkt jahrzehntelanger Bemühungen der Europäischen Kommission dar, das globale Internet zu kontrollieren, um unliebsame Online-Narrative zu unterdrücken.

Das Internet und die sozialen Medien versprachen zunächst, eine Kraft zu sein, die die Meinungsäußerung und damit auch die politische Macht demokratisieren würde. Diese Entwicklung bedrohte die etablierte politische Ordnung, und Mitte der 2010er Jahre versuchten die politischen Eliten in den Vereinigten Staaten und Europa, den aufkommenden populistischen Bewegungen entgegenzuwirken, die zutiefst unpopuläre Politiken wie die Masseneinwanderung in Frage stellten. In der Erkenntnis, dass die Lösung dieses Problems mehrere Jahre dauern würde, begann die Europäische Kommission ab 2015 und 2016 mit der Einrichtung verschiedener Foren, in denen europäische Regulierungsbehörden direkt mit Technologieplattformen zusammentreffen konnten, um zu diskutieren, wie und welche Inhalte moderiert werden sollten. Obwohl dies angeblich zur Bekämpfung von „Fehlinformationen“ und „Hassreden“ gedacht war, zeigen nicht öffentliche Dokumente, die dem Ausschuss vorgelegt wurden, dass die Europäische Kommission in den letzten zehn Jahren direkt Druck auf Plattformen ausgeübt hat, um rechtmäßige politische Äußerungen in der Europäischen Union und im Ausland zu zensieren.



Das EU-Internetforum (EUIF), das 2015 von der Generaldirektion Migration und Inneres (GD Home) der Europäischen Kommission gegründet wurde, gehörte zu den ersten dieser Initiativen. Bis 2023 veröffentlichte das EUIF ein „Handbuch . . . für Technologieunternehmen zur Moderation“ rechtmäßiger, nicht gegen Vorschriften verstoßender Äußerungen wie:

- „Populistische Rhetorik“;
- „Regierungsfeindliche/EU-feindliche“ Inhalte;
- „Anti-Elite“-Inhalte;
- „Politische Satire“;
- „Anti-Migranten- und islamfeindliche Inhalte“;
- „Flüchtlings-/Einwandererfeindliche Stimmung“;
- „Anti-LGBTIQ-Inhalte“; und
- „Meme-Subkultur“.⁴

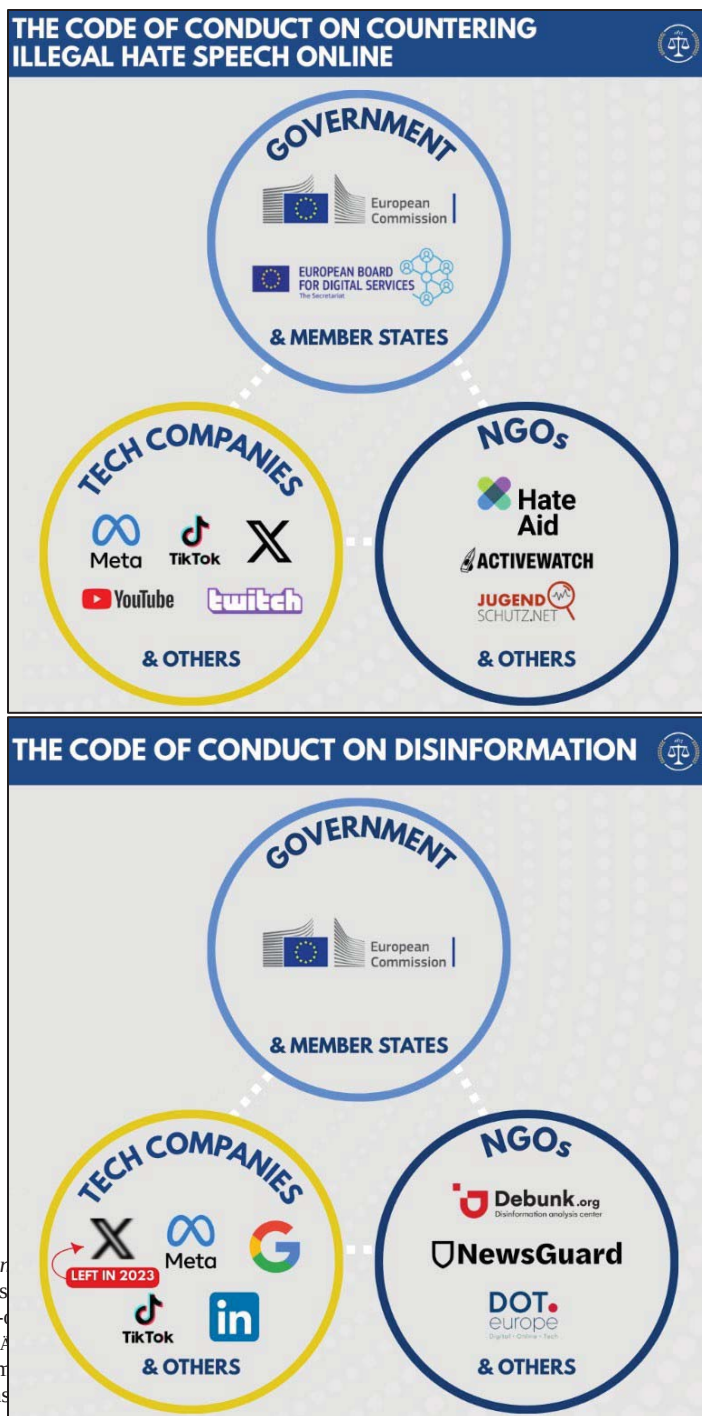


⁴ EU-Internetforum: Handbuch zu grenzwertigen Inhalten im Zusammenhang mit gewalttätigem Extremismus, siehe Beispiel 38.

Die Europäische Kommission setzte ihre Zensurziele auch durch angeblich freiwillige „Verhaltenskodizes“ zu Hassreden und Desinformation durch. Im Jahr 2016 verabschiedete die Europäische Kommission einen „Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet“, in dessen Rahmen Plattformen wie Facebook, Instagram, TikTok und Twitter (jetzt X) versprachen, vage definierte „hasserfüllte Handlungen“ zu zensurieren.⁵

Ein „Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation“, in dem dieselben großen Plattformen versprachen, die Sichtbarkeit angeblicher „Desinformation“ zu „verringern“, folgte 2018.⁶ In hochrangigen Treffen mit den Plattformen erklärten hochrangige Beamte der Europäischen Kommission den Plattformen ausdrücklich, dass die Kodexe zu Hassrede und Desinformation dazu dienen sollten, „die Regulierungslücke zu schließen“, bis die EU verbindliche Rechtsvorschriften zur „Inhaltsmoderation“ auf Plattformen erlassen könne.⁷

Etwa zur gleichen Zeit begannen die mächtigsten EU-Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, auf nationaler Ebene Zensurgesetze zu erlassen.⁸



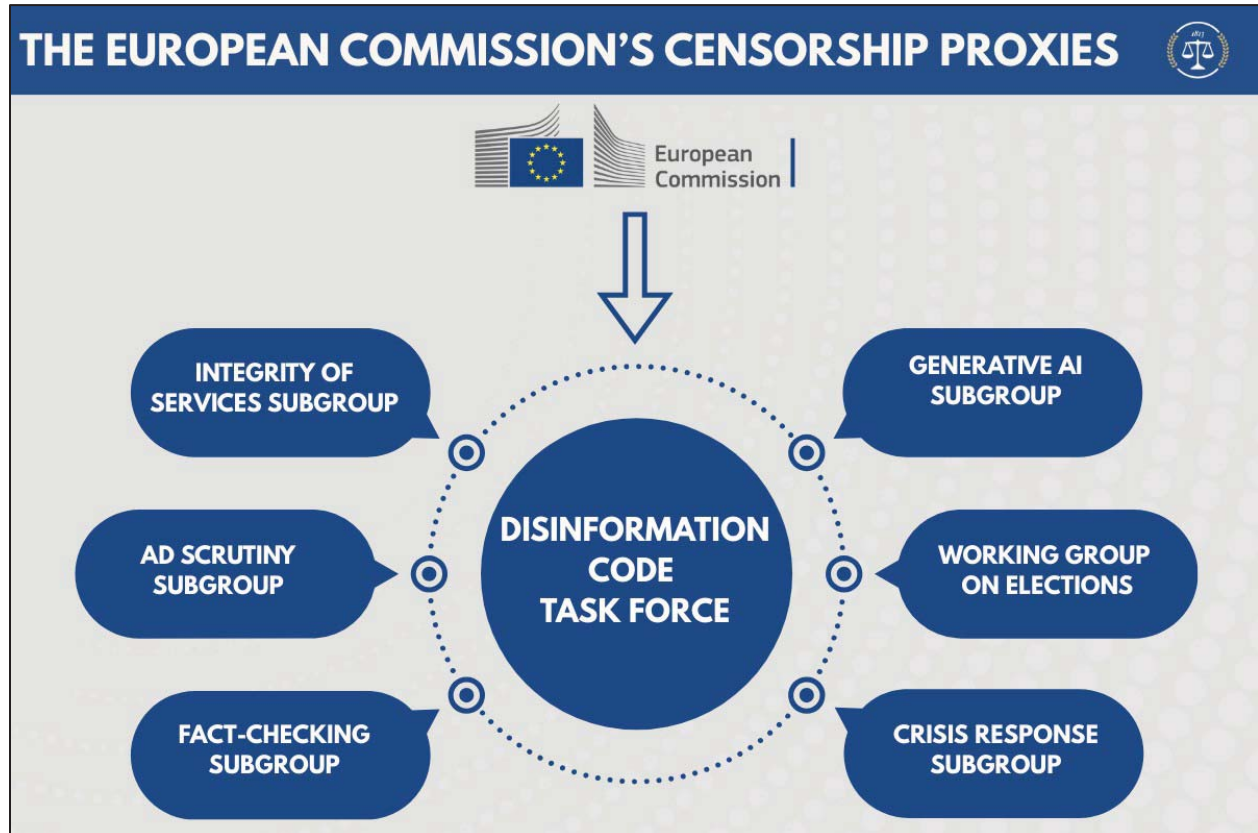
⁵ EU-Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassreden <https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/jus-xenophobia/eu-code-conduct-countering-illegal-hate-speech>

⁶ Verhaltenskodex gegen Desinformation von 2018, EUROPA strategy.ec.europa.eu/en/library/2018-code-practice-disinform

⁷ Protokoll des Treffens zwischen TikTok und der Vizepräsidentin Ex. 55.

⁸ Siehe Imara McMillan, *Durchsetzung über das Netzwerk: Das Netzwerk-Durchsetzungsgesetz und Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention*, 20 CHIC. J. INT. L. 252 (2019).

Später, im Jahr 2022 und kurz vor Inkrafttreten des DSA, aktualisierte die Europäische Kommission den Desinformationskodex von 2018. Nach den neuen Richtlinien mussten Plattformen an einer „Task Force“ zum Desinformationskodex teilnehmen, die sich regelmäßig traf, um den Ansatz der Plattformen zur Zensur sogenannter Desinformation zu diskutieren.⁹ Die Task Force wurde in sechs „Untergruppen“ aufgeteilt, die sich auf bestimmte Themen der Desinformation konzentrierten, darunter Faktenprüfung, Wahlen und die Demonetarisierung konservativer Nachrichtenmedien.¹⁰ In allen diesen Untergruppen fanden zwischen Ende 2022 und 2024 mehr als 90 Treffen zwischen Plattformen, zensierenden Organisationen der Zivilgesellschaft (CSOs) und Regierungsbehörden der Europäischen Kommission statt.¹¹



Diese Treffen waren ein wichtiges Forum für die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission, um Druck auf die Plattformen auszuüben, ihre Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern und zusätzliche Zensurmaßnahmen zu ergreifen. So erkundigte sich die Europäische Kommission beispielsweise in mehr als einem Dutzend Sitzungen der Untergruppe „Krisenreaktion“ nach den „Änderungen der Richtlinien“ der Plattformen „im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Desinformation“.¹²

⁹ Der Verhaltenskodex zur Desinformation von 2022, EUROPÄISCHE KOMMISSION (16. Juni 2022).

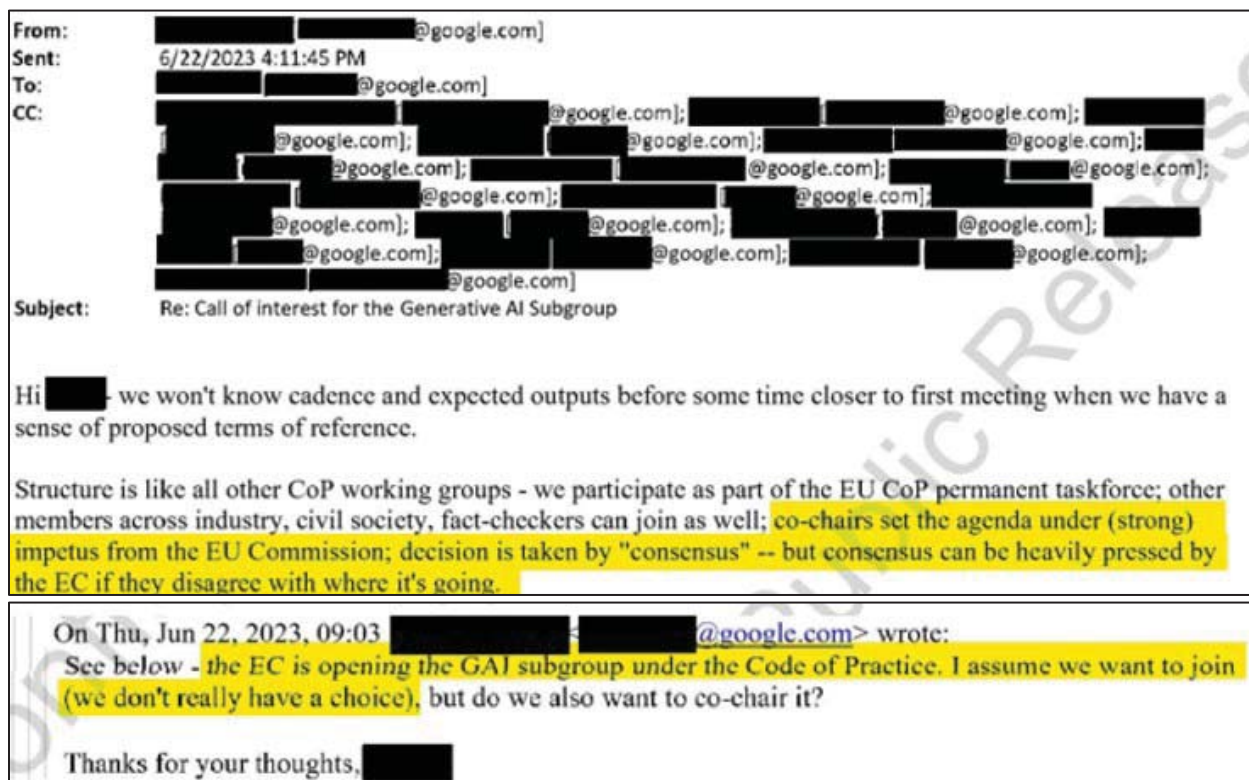
¹⁰ Siehe unten Abschnitt III.F.ii.

¹¹ Ebenda.

¹² Siehe z. B. Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ (14. Dezember 2023), siehe Ex. 196.

Das „freiwillige“ und „konsensorientierte“ europäische Regulierungssystem für Zensur ist weder freiwillig noch konsensorientiert.

Sowohl vor als auch nach der Verabschiedung des DSA richtete die Europäische Kommission mehrere Foren ein, um regelmäßig mit Plattformen über die Moderation von Inhalten zu diskutieren, darunter den Kodex gegen Hassrede und den Kodex gegen Desinformation. Diese Foren, in denen insgesamt mehr als 100 Sitzungen stattfanden, in denen die Regulierungsbehörden die Möglichkeit hatten, Druck auf die Plattformen auszuüben, Inhalte aggressiver zu zensurieren, waren angeblich freiwillig und sollten durch einen sogenannten Regulierungsdialo einen „Konsens“ erzielen.¹³ Nichts davon entsprach der Wahrheit. Wie interne E-Mails der Unternehmen unverblümt offenbaren, wussten die Unternehmen, dass sie „wirklich keine Wahl hatten“, ob sie sich diesen freiwilligen Initiativen anschließen wollten oder nicht.¹⁴ Und die europäischen Regulierungsbehörden hatten das Sagen: Die Tagesordnungen wurden „unter (starkem) Druck der EU-Kommission“ festgelegt, und der sogenannte „Konsens“ wurde unter starkem Druck der Europäischen Kommission erzielt.¹⁵



Mitarbeiter von Google stellten fest, dass die Teilnahme an den Sitzungen der Untergruppe „Desinformationskodex“ praktisch obligatorisch war und dass die Europäische Kommission erhebliche Kontrolle über die Tagesordnung und die Entscheidungen der Gruppe behielt.

¹³ Interne E-Mails zwischen Google-Mitarbeitern (22. Juni 2023), siehe Ex. 2; siehe *infra* Sec. III.F.

¹⁴ *Ebenda*.

¹⁵ *Ebenda*.

Die Europäische Kommission hat erfolgreich Druck auf große Social-Media-Plattformen ausgeübt, ihre globalen Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern, was einen direkten Eingriff in die amerikanische Online-Meinungsfreiheit in den Vereinigten Staaten darstellt.

Die meisten großen Social-Media- oder Video-Sharing-Plattformen haben ihren Sitz in den Vereinigten Staaten¹⁶ und verfügen über einheitliche, globale Regeln, die festlegen, welche Inhalte auf der Website gepostet werden dürfen und welche nicht.¹⁷ Diese Regeln setzen Grenzen für die zulässige Meinungsäußerung im modernen öffentlichen Raum und sind daher ein wichtiger Druckpunkt für Regulierungsbehörden, die die Kontrolle über die öffentliche Meinung anstreben, um ihren politischen Einfluss zu festigen. Entscheidend ist, dass die Regeln zur Moderation von Inhalten auf Plattformen global gelten – und dies auch müssen.¹⁸ Eine länderspezifische Moderation von Inhalten stellt eine erhebliche Gefahr für die Privatsphäre dar, da die Plattformen dazu verpflichtet wären, bei jeder Anmeldung den genauen Standort jedes Nutzers zu ermitteln und zu speichern.¹⁹ In einer Zeit, in der Nutzer frei virtuelle private Netzwerke (VPNs) nutzen können, um ihren Standort zu simulieren und ihre persönlichen Daten zu schützen, ist eine länderspezifische Moderation von Inhalten zudem ineffektiv²⁰ und verursacht zudem immense Kosten für Plattformen jeder Größe.²¹ Das Internet ist global, und Plattformen regeln sich entsprechend selbst. Das bedeutet, dass wenn europäische Regulierungsbehörden Social-Media-Unternehmen unter Druck setzen, ihre Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern, dies Auswirkungen darauf hat, was Amerikaner in den Vereinigten Staaten online sagen und sehen können. Europäische Zensurgesetze, die sich auf die Regeln zur Moderation von Inhalten auswirken, sind daher eine direkte Bedrohung für die Meinungsfreiheit in den USA.

Jahre vor der Verabschiedung des DSA machte die Europäische Kommission diese Regeln zur Moderation von Plattforminhalten zu ihrem Hauptziel. Während der COVID-19-Pandemie drängten hochrangige Beamte der Europäischen Kommission die Plattformen, ihre Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern, um weltweit Inhalte zu zensurieren, die etablierte Narrative über das Virus und den Impfstoff in Frage stellten.²² Mit Zustimmung der EU-Präsidentin Ursula von der Leyen und der Vizepräsidentin Vera Jourova fragte die Europäische Kommission die Plattformen, wie sie vor der Einführung der COVID-19-Impfstoffe „ihre Nutzungsbedingungen oder Praktiken zur Moderation von Inhalten (Beförderung/Herabstufung) aktualisieren“ wollten.

¹⁶ Beispiele hierfür sind Facebook, Instagram, YouTube und X. Die bemerkenswerte Ausnahme TikTok befindet sich in chinesischem Besitz, überträgt jedoch seine US-Geschäfte im Rahmen einer von Präsident Trump ausgehandelten Vereinbarung mehrheitlich in amerikanischen Besitz. Siehe Clare Duffy, *Der Deal zur Sicherung der Zukunft von TikTok in den USA ist endlich unter Dach und Fach*, CNN (23. Januar 2026).

¹⁷ Siehe z. B. *Community Standards*, META, <https://transparency.meta.com/policies/community-standards/> (zuletzt aufgerufen am 29. Januar 2026); *YouTube-Community-Richtlinien*, YOUTUBE HELP, <https://support.google.com/youtube/answer/9288567?hl=en> (zuletzt aufgerufen am 29. Januar 2026); *The X Rules*, X, <https://help.x.com/en/rules-and-policies/x-rules> (zuletzt aufgerufen am 29. Januar 2026); *Community Guidelines*, TIKTOK, <https://www.tiktok.com/community-guidelines/en> (zuletzt aufgerufen am 29. Januar 2026).

¹⁸ Ebenda; siehe z. B. *Durchsetzung der YouTube-Community-Richtlinien*, GOOGLE TRANSPARENCY REPORT (zuletzt aufgerufen am 29. Januar 2026), <https://transparencyreport.google.com/youtube-policy/removals> („Die Community-Richtlinien von YouTube werden weltweit einheitlich durchgesetzt, unabhängig davon, wo die Inhalte hochgeladen werden. Wenn Inhalte aufgrund eines Verstoßes gegen unsere Richtlinien entfernt werden, werden sie weltweit entfernt.“); *Community-Richtlinien*, TIKTOK, https://www.tiktok.com/support/faq_detail?id=7543604781873371654 (zuletzt aufgerufen am 29. Januar 2026) („Unsere Community-Richtlinien gelten für unsere globale Community und alles, was auf TikTok geteilt wird.“).

¹⁹ Siehe Antwort von Rumble Inc. auf eine Aufforderung zur Vorlage von Unterlagen durch das British Columbia Office of Human Rights (31. August 2022); Ex. 288 (Bestätigung, dass einige Plattformen derzeit keine detaillierten Standortinformationen von Nutzern erfassen).

²⁰ Siehe DSA-Zensurbericht I, oben Anmerkung 3, S. 31.

²¹ Siehe z. B. Trevor Wagener, *The High Cost of State-by-State Regulation of Internet Content Moderation*, DISRUPTIVE COMPETITION PROJECT (17. März 2021).

²² Siehe z. B. E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (30. Oktober 2020), siehe Ex. 48.

²³ Ebenda.

----- Forwarded message -----
 From: [Redacted]@ec.europa.eu>
 Date: Fri, 30 Oct 2020, 19:57
 Subject: [External] disinformation with regard to vaccines and testing - kind request
 To: <[Redacted]@microsoft.com>, [Redacted]@fb.com>, [Redacted]@twitter.com>,
 [Redacted]@bytedance.com>, [Redacted]@google.com>, [Redacted]@fb.com>
 Cc: [Redacted]@ec.europa.eu>, [Redacted]@ec.europa.eu>, [Redacted]@ec.europa.eu>

Dear all,

I would like to use our close collaboration over the past years for a quick request.

In the context of the broader Covid strategy and the need for urgent actions, we have been tasked this afternoon by [Redacted] to address disinformation and misinformation on vaccines (and testing).

While colleagues from DG Connect are reviewing the third batch of the broader Covid-19 disinformation reports that you kindly sent, I wanted to ask for your quick assistance specifically on this angle.

It would be very helpful if you could provide - for the purpose of designing a good and targeted work-plan on fighting Covid vaccines disinformation (and misinformation) – data / information on **how you assess the situation with vaccines, the main narratives, what are the reactions** of users etc. It would also be very interesting to have some **trends (and predictions)** in this regard if you have them. The aim is to understand where we are in terms of intensity of the campaign against Covid-19 vaccination and where things may go.

Our plan is to come with proactive communication efforts and to assist member states. I should stress that the information from you would only be used for the purpose of designing the right actions and we would not share it with the general public.

It would be much appreciated if you could provide the information **by Wednesday lunchtime**, of course anything you could share even faster would be great. It doesn't need to have any specific format, and both qualitative and quantitative information could be valuable.

I would also ask for a kind confirmation of your readiness to offer space on your platforms for official national or EU channels and information related to Covid-19.

Finally, as it will be essential in the next stages to pay special attention to the vaccination aspect, if you have any relevant updates on your terms of services or content moderation practices (promotion / demotion), please let me know as well.

Given the urgency, I take the liberty to use this informal channel but I want to assure you that I am addressing you with the agreement of the Vice-President (who is cooperating on this with [Redacted] and [Redacted]) and the knowledge of the President.

If you have any questions, don't hesitate to call or write.

Best regards,

Redacted



European Commission
 Cabinet of Vice President Věra Jourová
 Values & Transparency
 BERL 11/173
 B-1049 Brussels/Belgium
 Tel.: [Redacted]
 Mobile: [Redacted]

Der Druck, die Regeln zur Moderation von Inhalten im Zusammenhang mit COVID-19-Impfstoffen zu ändern, kam von den höchsten Ebenen der Europäischen Kommission.

Im Rahmen der Zensurkampagne der Europäischen Kommission boten die unzähligen Treffen zum Desinformationskodex, zum Kodex gegen Hassrede und zum EU-Internetforum der Europäischen Kommission mehr als 100 Gelegenheiten, Druck auf Plattformen auszuüben, damit diese ihre Richtlinien zur Moderation von Inhalten ändern und festlegen, welche Online-Narrative zu Impfstoffen und anderen wichtigen politischen Themen zensiert werden sollten.²⁴ So nutzte die Europäische Kommission beispielsweise innerhalb von nur drei Jahren mehr als ein Dutzend Mal die Sitzungen der Untergruppe „Krisenreaktion“ des Desinformations-Kodex, um Plattformen wie YouTube und TikTok zu „neuen Entwicklungen und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Desinformation“ zu drängen, wobei sie ausdrücklich auf „politische Änderungen“ Bezug nahm.

AGENDA

**MEETING OF THE PERMANENT TASK-FORCE
CRISIS RESPONSE SUBGROUP**

14 December

16:30 – 18:00

- 1. Opening and Welcoming remarks**
- 2. Sharing of new developments and actions taken related to fighting disinformation**
 - a. **War in Ukraine:** Disinformation narratives, e.g. about Russian bombing of Ukrainian civilian energy infrastructure, on sanctions in connection with the energy crisis, inflation and food shortages in developing countries.
 - b. **Public Health and Pandemic:** Disinformation narratives related to COVID-19 and new actions taken by signatories to limit such disinformation (including any policy changes)

Wherever possible, please share input ahead of the meeting in writing to keep the discussion round efficient and concentrate in the oral interventions on new developments and priority issues, in particular new policy changes and latest developments on trends and narratives.

- 3. Discussion: Signatories future plans for actions and policies to fight Covid-19 misinformation and disinformation**
- 4. Information Point: Final crisis reporting template adopted**
- 5. Any other business**

Eine typische Tagesordnung für Treffen zwischen der Europäischen Kommission, Plattformen und NGOs, bei denen die Kommission Druck ausübte, um die Richtlinien zur Moderation von Inhalten zu ändern.

²⁴ Siehe unten Abschnitt III.

²⁵ Siehe z. B. Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ (14. Dezember 2023), siehe Ex. 196 (Hervorhebung hinzugefügt).

Der Druck auf Plattformen, den Zensurforderungen Europas nachzukommen, verstärkte sich noch, als das DSA im Oktober 2022 in Kraft trat. Die Europäische Kommission warnte Plattformen, dass sie ihre globalen Regeln zur Moderation von Inhalten ändern müssten, um dem DSA zu entsprechen, oder andernfalls mit Geldstrafen in Höhe von bis zu sechs Prozent ihres weltweiten Umsatzes und einem möglichen Verbot auf dem europäischen Markt rechnen müssten.²⁶

Diese jahrzehntelange Druckkampagne war erfolgreich: Die Plattformen änderten ihre Regeln zur Moderation von Inhalten und zensurierten weltweit Äußerungen als direkte Reaktion auf den Druck des DSA und der Europäischen Kommission. So begann TikTok beispielsweise im Jahr 2023 mit der Überarbeitung seiner globalen Community-Richtlinien mit dem ausdrücklichen Ziel, „die Einhaltung des Digital Services Act zu erreichen“.²⁷

Community Guidelines Survey

Product Policy Survey

Survey Overview

Our [HYPERLINK "<https://www.tiktok.com/community-guidelines/en/>" \h] (CGs) establish a set of norms and common code of conduct that provide for a safe and welcoming space for everyone. The primary motivation for the next round of CG updates is to achieve compliance with the Digital Services Act (DSA) and ensure every enforcement action we take is incorporated transparently into the CGs. We are hoping to do a smaller CG update in Q4 2023 and a larger update by the end of H1 2024 (dates to be confirmed with relevant xfn and leadership). Please let us know what you think we should include in the next round of CG updates by **Friday, July 7th**.

TikTok hat seine globalen Community-Richtlinien geändert, um den Anforderungen des DSA zu entsprechen.

Diese neuen Zensurregeln traten 2024 in Kraft. Als Reaktion auf die jahrzehntelange Zensurkampagne der Europäischen Kommission führte TikTok neue Regeln zur Zensur „marginalisierender Äußerungen“ ein, darunter „verschlüsselte Aussagen“, die „ungleiche Behandlung normalisieren“, „Fehlinformationen, die das Vertrauen der Öffentlichkeit untergraben“, „aus dem Zusammenhang gerissene Medienberichte“ und „falsch dargestellte autoritative Informationen“.²⁸ Diese Standards sind von Natur aus subjektiv und können leicht gegen die politischen Gegner der Europäischen Kommission eingesetzt werden. Tatsächlich zeigen diese internen Dokumente, dass TikTok weltweit systematisch *wahrheitsgemäße Informationen* zensuriert hat, um den Zensurforderungen der Europäischen Kommission im Rahmen des DSA nachzukommen. Das Dokument, in dem diese Änderungen dargelegt sind, bestätigte, dass die Aktualisierungen „auf Anraten des Rechtsteams“ „hauptsächlich mit der Einhaltung des **Digital Services Act (DSA)** zusammenhängen“.²⁹

²⁶ Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste), 2022 ABL (L 277) Art. 36, 52 (im Folgenden „Gesetz über digitale Dienste“).

²⁷ Umfrage zu den Community-Richtlinien von TikTok, siehe Ex. 15.

²⁸ Zusammenfassung der Aktualisierung der TikTok-Community-Richtlinien (20. März 2024), siehe Ex. 8.

²⁹ *Ebenda* (Hervorhebung im Original).

[H1 2024 Update - Executive Summary] TikTok Community Guidelines

Authored by: [Redacted] // Last updated: March 20, 2024

Please refer to the final copy for publishing here:

[HYPERLINK
[REDACTED]

Executive Summary

To help ensure a safe, trustworthy, and vibrant experience, we maintain a set of Community Guidelines (CG) that include rules and standards for using TikTok. We evolve them to address emerging risks and potential harms that may occur from new behaviors. We last updated the CGs in [HYPERLINK
[REDACTED]

There is an update to the CGs that will launch on **April 17, 2024**, with an effective date of **May 17, 2024**. This update, which was advised by the legal team, is mainly related to compliance with the **Digital Services Act (DSA)**, and will ensure that all policies are transparently reflected in the CGs.

Key Changes

new

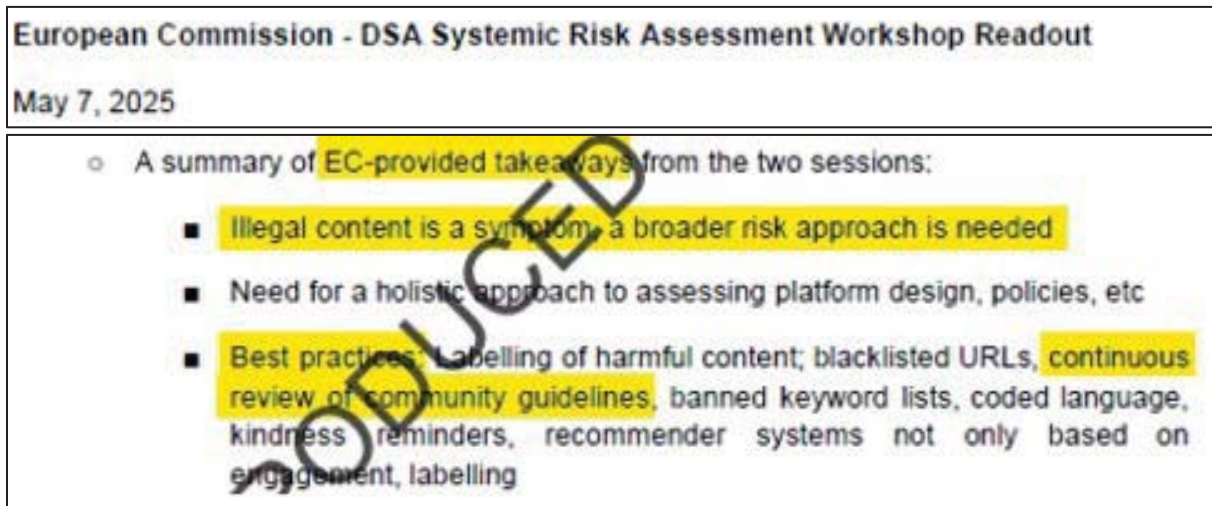
A) New Policies (launched since the last CG update)

1. **Marginalizing Speech and Behavior:** Addresses content that uses coded statements to indirectly demean protected groups or normalize their inequitable treatment (result = FYF Ineligible)
2. **Election Misconduct:** Addresses content that encourages interference of, illegal participation in, or calls to disrupt a legitimate outcome of an election, such as through a coup (Result = Remove)
3. **Civic Harm Misinformation:** Addresses misinformation that undermines public trust in the integrity of the democratic process (Result = FYF Ineligible)
4. **Hacked Materials:** Addresses content related to the distribution of confidential information obtained without consent and shared with the public (Result = Remove)
5. **Moderate Harm Misinformation:** Addresses a range of content, including misinfo on treating moderate illnesses, media presented out of context to mislead on topics of public importance, and misrepresenting authoritative information, such as scientific data (Result = FYF Ineligible)

Als Reaktion auf den Druck der Europäischen Kommission änderte TikTok seine globalen Community-Richtlinien, um wahrheitsgemäße Informationen zu zensieren, was sich direkt auf die Meinungsfreiheit in den Vereinigten Staaten auswirkte.

Aus den Unterlagen geht hervor, dass dies möglicherweise nicht die einzigen Änderungen im Bereich der Inhaltsmoderation waren, die als Reaktion auf die DSA eingeführt wurden. Während einer Präsentation vor der Europäischen Kommission im Juli 2023 stellte TikTok fest, dass „Abteilungen, deren tägliche Aktivitäten sich mit dem DSA überschneiden, wie z. B. Trust & Safety . . . [erhielten] neue Richtlinien, Regeln und [Standardarbeitsanweisungen]“, um dem DSA zu entsprechen.³⁰ Diese internen Dokumente deuten darauf hin, dass TikTok wesentliche Teile seines umfangreichen Content-Moderationssystems geändert hat, um den Anforderungen der Europäischen Kommission nachzukommen.

Der Fokus der Europäischen Kommission auf globale Regeln zur Moderation von Inhalten bleibt bestehen: Im Mai 2025 erklärte die Europäische Kommission den Plattformen bei einem geschlossenen „DSA-Workshop“ ausdrücklich, dass die „kontinuierliche Überprüfung der [globalen] Community-Richtlinien“ eine bewährte Vorgehensweise zur Einhaltung der DSA sei.



Zu den „bewährten Verfahren“ der Europäischen Kommission für die Einhaltung der DSA gehören „kontinuierliche“ Änderungen der globalen Regeln zur Moderation von Inhalten.

Die Europäische Kommission konzentriert sich speziell auf die Zensur von US-Inhalten.

Die Europäische Kommission hat nicht nur die Meinungsfreiheit in den Vereinigten Staaten beeinträchtigt, indem sie Plattformen dazu gedrängt hat, ihre globalen Richtlinien zur Moderation von Inhalten zu ändern, sondern sie hat auch gezielt versucht, amerikanische Inhalte zu zensieren.

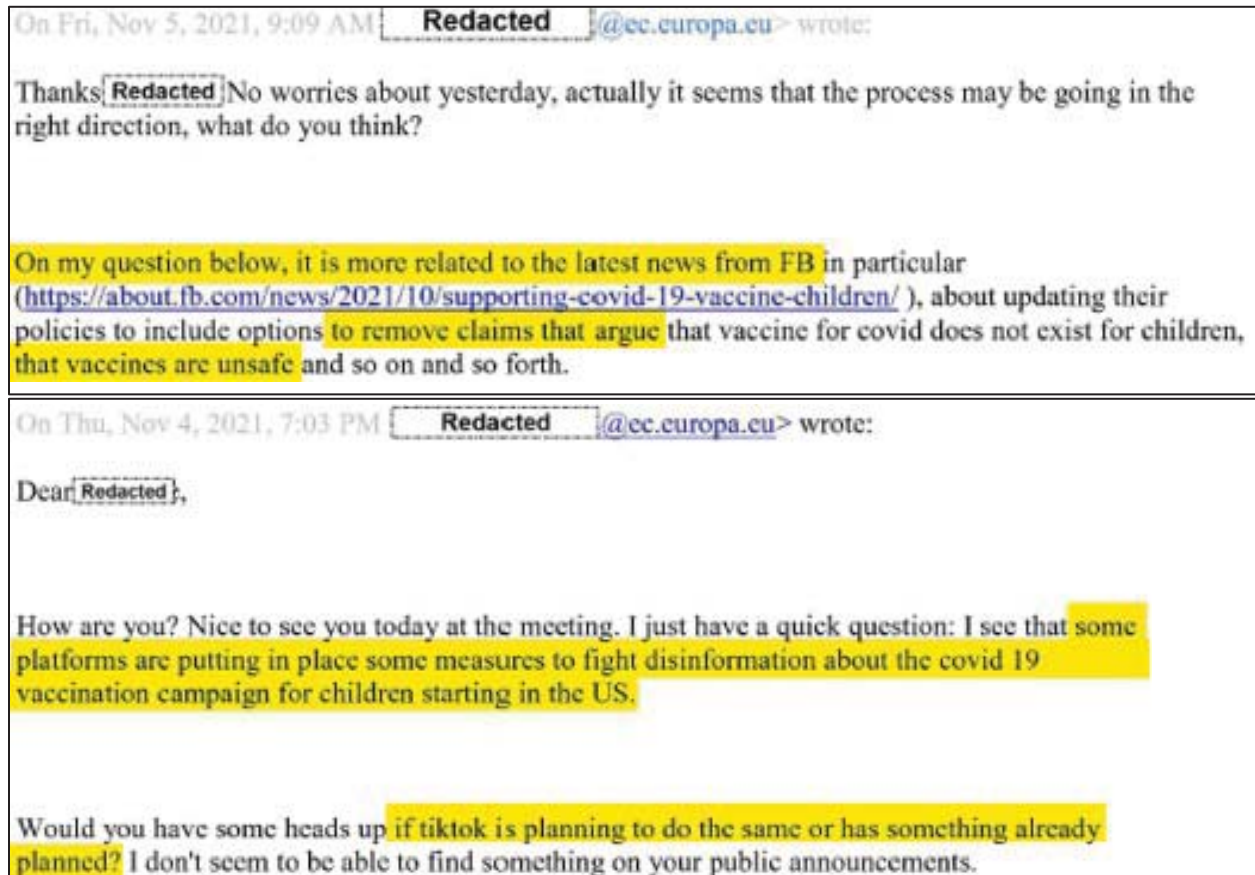
Auch dies begann während der COVID-19-Pandemie. Im November 2021 forderte die Europäische Kommission Informationen darüber an, wie TikTok „Desinformationen über die COVID-19-Impfkampagne für Kinder in den USA bekämpfen“ wolle, und erkundigte sich dabei speziell nach den Plänen von TikTok, bestimmte „Behauptungen“ über die Wirksamkeit des COVID-19-Impfstoffs bei Kindern zu „entfernen“.³²

³⁰ TikTok-Präsentation: *Digital Services Act, Readiness overview for the European Commission* (17. Juli 2023), siehe Ex. 3.

³¹ Europäische Kommission – *Zusammenfassung des DSA-Workshops zur Bewertung systemischer Risiken* (7. Mai 2025), siehe Ex. 206.

³² E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (5. November 2021), siehe Ex. 58.

Ein Jahr später übten die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission Druck auf Plattformen aus, einen amerikanischen Dokumentarfilm über Impfstoffe zu entfernen, und forderten YouTube, Twitter und TikTok auf, „intern zu prüfen“ und „schriftlich“ zu antworten, warum der Film nicht zensiert worden war.³³ YouTube reagierte umgehend auf die Europäische Kommission und erklärte, dass es den betreffenden Film „entfernt“ habe, nachdem die Europäische Kommission das Problem angesprochen hatte.³⁴ Einfach ausgedrückt behandelte die Europäische Kommission die amerikanischen Debatten über Impfungen als Teil ihres Regulierungsbereichs.



Die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission drängten TikTok, US-Behauptungen über COVID-19-Impfstoffe für Kinder zu zensieren.

Der Fokus der Europäischen Kommission auf amerikanische Äußerungen beschränkte sich auch nicht nur auf Inhalte im Zusammenhang mit COVID-19. Politische Amtsträger auf höchster Ebene der Europäischen Kommission übten Druck auf TikTok aus, US-amerikanische Inhalte im Vorfeld der US-Präsidentschaftswahlen 2024 aggressiver zu zensieren.

³³ E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Unterzeichnern des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (8. Dezember 2022), siehe Ex. 96.

³⁴ Ebenda.

Am berüchtigtsten ist, dass der damalige EU-Kommissar für den Binnenmarkt, Thierry Breton, im August 2024 vor Musks Interview mit Präsident Donald Trump einen Brief an den Eigentümer von X, Elon Musk, schickte.³⁵ Breton drohte X mit regulatorischen Vergeltungsmaßnahmen gemäß dem DSA, weil das Unternehmen ein Live-Interview mit Präsident Trump in den Vereinigten Staaten veranstaltet hatte, und warnte, dass „Ausstrahlungseffekte“ der US-amerikanischen Reden auf die EU die Kommission dazu veranlassen könnten, Vergeltungsmaßnahmen gegen X gemäß dem DSA zu ergreifen.³⁶ Breton drohte, dass



Der ehemalige EU-Kommissar Thierry Breton

Die Europäische Kommission „würde nicht zögern, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen“, um diese zentrale politische Rede in den USA zu unterbinden.³⁷ Als Reaktion auf Bretons Drohungen sandte der Ausschuss zwei Briefe, in denen dargelegt wurde, wie seine Drohungen die Meinungsfreiheit in den Vereinigten Staaten untergruben und eine Einmischung in die amerikanischen Präsidentschaftswahlen darstellten.³⁸ Kurz darauf trat Breton zurück.³⁹

As you know, formal proceedings are already ongoing against X under the DSA, notably in areas linked to the dissemination of illegal content and the effectiveness of the measures taken to combat disinformation.

As the relevant content is accessible to EU users and being amplified also in our jurisdiction, we cannot exclude potential spillovers in the EU. Therefore, we are monitoring the potential risks in the EU associated with the dissemination of content that may incite violence, hate and racism in conjunction with major political – or societal – events around the world, including debates and interviews in the context of elections.

Let me clarify that any negative effect of illegal content on X in the EU, which could be attributed to the ineffectiveness of the way in which X applies the relevant provisions of the DSA, may be relevant in the context of the ongoing proceedings and of the overall assessment of X's compliance with EU law. This is in line with what has already been done in the recent past, for example in relation to the repercussions and amplification of terrorist content or content that incites violence, hate and racism in the EU, such as in the context of the recent riots in the United Kingdom.

I therefore urge you to promptly ensure the effectiveness of your systems and to report measures taken to my team.

My services and I will be extremely vigilant to any evidence that points to breaches of the DSA and will not hesitate to make full use of our toolbox, including by adopting interim measures, should it be warranted to protect EU citizens from serious harm.

Yours sincerely,

Thierry Breton

In seinem Brief an Elon Musk vom August 2024 warnte Kommissar Breton, dass die Europäische Kommission „alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen“ werde, sollte X Musks Interview mit Präsident Trump nicht angemessen zensieren.

Die Europäische Kommission versuchte, Bretons Brief an Musk als unautorisierte Eigeninitiative eines einzelnen Kommissars herunterzuspielen.⁴⁰ Doch Monate vor Kommissar Bretons

³⁵ Schreiben von Thierry Breton, Kommissar für Binnenmarkt, Europäische Kommission, an Elon Musk, Eigentümer, X Corp. (12. August 2024).

³⁶ *Ebenda.*

³⁷ *Ebenda.*

³⁸ Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Thierry Breton, Kommissar für Binnenmarkt, Europäische Kommission (15. August 2024); Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Thierry Breton, Kommissar für Binnenmarkt, Europäische Kommission (10. September 2024).

³⁹ Siehe Lorne Cook, *Ein französisches Mitglied der Europäischen Kommission tritt zurück und kritisiert Präsidentin von der Leyen*, AP (16. September 2024).

⁴⁰ Siehe Bradford Betz, *EU-Regulierungsbehörde durfte Musk nicht davor warnen, „schädliche Inhalte“ mit Trump X-Interview zu verstärken: Bericht*, FOX BUSINESS (13. August 2024).

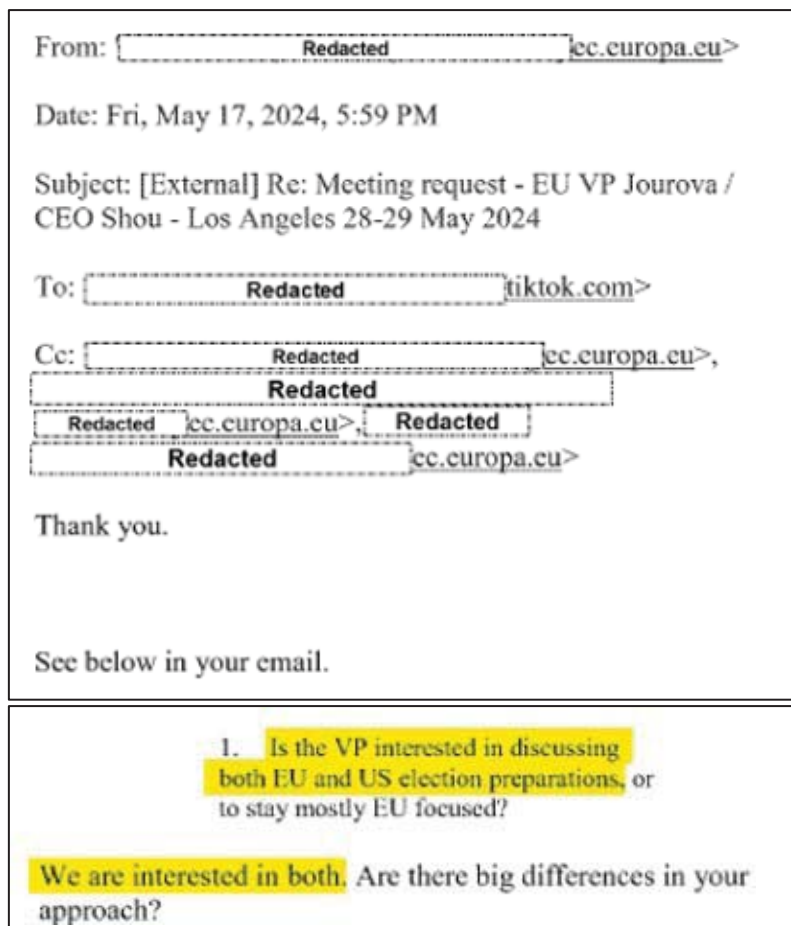
In einem Brief drängten andere hochrangige Beamte der Europäischen Kommission die Führungskräfte der Big Tech-Unternehmen ebenfalls, mehr Informationen darüber zu geben, wie sie vor den US-Präsidentschaftswahlen 2024

US-Präsidentschaftswahlen 2024 zu moderieren.

Im Mai 2024 reiste die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Jourova, nach Kalifornien, um sich mit Vertretern großer Technologieplattformen zu treffen. Während dieser Reise traf Jourova mit dem CEO von TikTok, Shou Chew, und dem Leiter der Abteilung „Trust and Safety“ von TikTok zusammen, um unter anderem über „Wahlvorbereitungen“ zu sprechen.⁴¹ TikTok bat um Bestätigung, ob die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission den weiten Weg nach Kalifornien auf sich genommen hatte, um ein Treffen zu führen, das „sich hauptsächlich auf die EU konzentrierte“, oder ob sie „sowohl die Wahlvorbereitungen in der EU als auch in den USA“ besprechen wollte.⁴² Die Europäische Kommission bestätigte, dass Vizepräsidentin Jourova „beides“ besprechen wollte.⁴³



Die ehemalige Vizepräsidentin der EU, Vera Jourova



Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourova, bat darum, vor den US-Präsidentschaftswahlen 2024 mit TikTok über die „Vorbereitungen für die US-Wahlen“ zu sprechen.

⁴¹ E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (28. Mai 2024), siehe Ex. 27.

⁴² Ebenda.

⁴³ Ebenda.

Die Europäische Kommission mischt sich regelmäßig in nationale Wahlen der EU-Mitgliedstaaten ein.

Die Europäische Kommission versucht, Einfluss auf die EU-Mitgliedstaaten zu nehmen, indem sie politische Äußerungen während Wahlkampagnen kontrolliert. Besonders auffällig ist, dass die Europäische Kommission 2024 DSA-Wahlrichtlinien herausgegeben hat, die Plattformen dazu verpflichten, vor wichtigen Wahlen in Europa zusätzliche Zensurmaßnahmen zu ergreifen, wie zum Beispiel:

- „Aktualisierung und Verfeinerung von Richtlinien, Praktiken und Algorithmen“, um den Zensurforderungen der EU nachzukommen;
- Einhaltung der „bewährten Verfahren“, die im Kodex gegen Desinformation, im Kodex gegen Hassrede und in den EUIF-Dokumenten dargelegt sind;
- „Maßnahmen zur Verringerung der Verbreitung von Desinformation ergreifen“;
- „Anpassung ihrer **Nutzungsbedingungen**, um die Reichweite und Wirkung generativer KI-Inhalte, die Desinformation oder Fehlinformationen darstellen, erheblich zu verringern“;
- „Kennzeichnung“ von Beiträgen, die von staatlich anerkannten, linksgerichteten Faktenprüfern als „Desinformation“ eingestuft werden;
- „Entwicklung und Anwendung von Impfmaßnahmen, die präventiv Widerstandsfähigkeit gegen mögliche und zu erwartende Desinformationsnarrative aufbauen“;⁴⁴ und
- Ergreifen zusätzlicher Maßnahmen zur Bekämpfung von „geschlechtsspezifischer Desinformation“.⁴⁵

Diese DSA-Wahlrichtlinien wurden als freiwillige Best Practices bezeichnet.⁴⁶ Hinter verschlossenen Türen machte die Europäische Kommission jedoch deutlich, dass die Wahlrichtlinien verbindlich sind. Prabhat Agarwal, Leiter der DSA-Durchsetzungsstelle der Kommission, bezeichnete die Richtlinien als Mindeststandard für die Einhaltung der DSA und erklärte den Plattformen, dass sie bei Abweichungen von den Best Practices „alternative Maßnahmen ergreifen müssen, die gleichwertig oder besser sind“.⁴⁷

Darüber hinaus hatten die Wahlzensurvorschriften der Europäischen Kommission wahrscheinlich extraterritoriale Auswirkungen. Beispielsweise legen Unternehmen in ihren obligatorischen Berichten an die Europäische

⁴⁴ US-Behörden nutzten diese Taktik vor den Präsidentschaftswahlen 2020, um eine wahre Geschichte über die Einflussnahme der Familie Biden als russische Desinformation darzustellen. Infolgedessen zensurierten die großen Technologieunternehmen die wahre Geschichte in den Wochen vor der Wahl. *Siehe* STAFF OF THE H. COMM. ON THE JUDICIARY AND THE SELECT SUBCOMM. ON THE WEAPONIZATION OF THE FED. GOV'T OF THE H. COMM. ON THE JUDICIARY, 118TH CONG., ELECTION INTERFERENCE: HOW THE FBI „PREBUNKED“ A TRUE STORY ABOUT THE BIDEN FAMILY'S CORRUPTION IN ADVANCE OF THE 2020 PRESIDENTIAL ELECTION (Comm. Print Oct. 30, 2024).

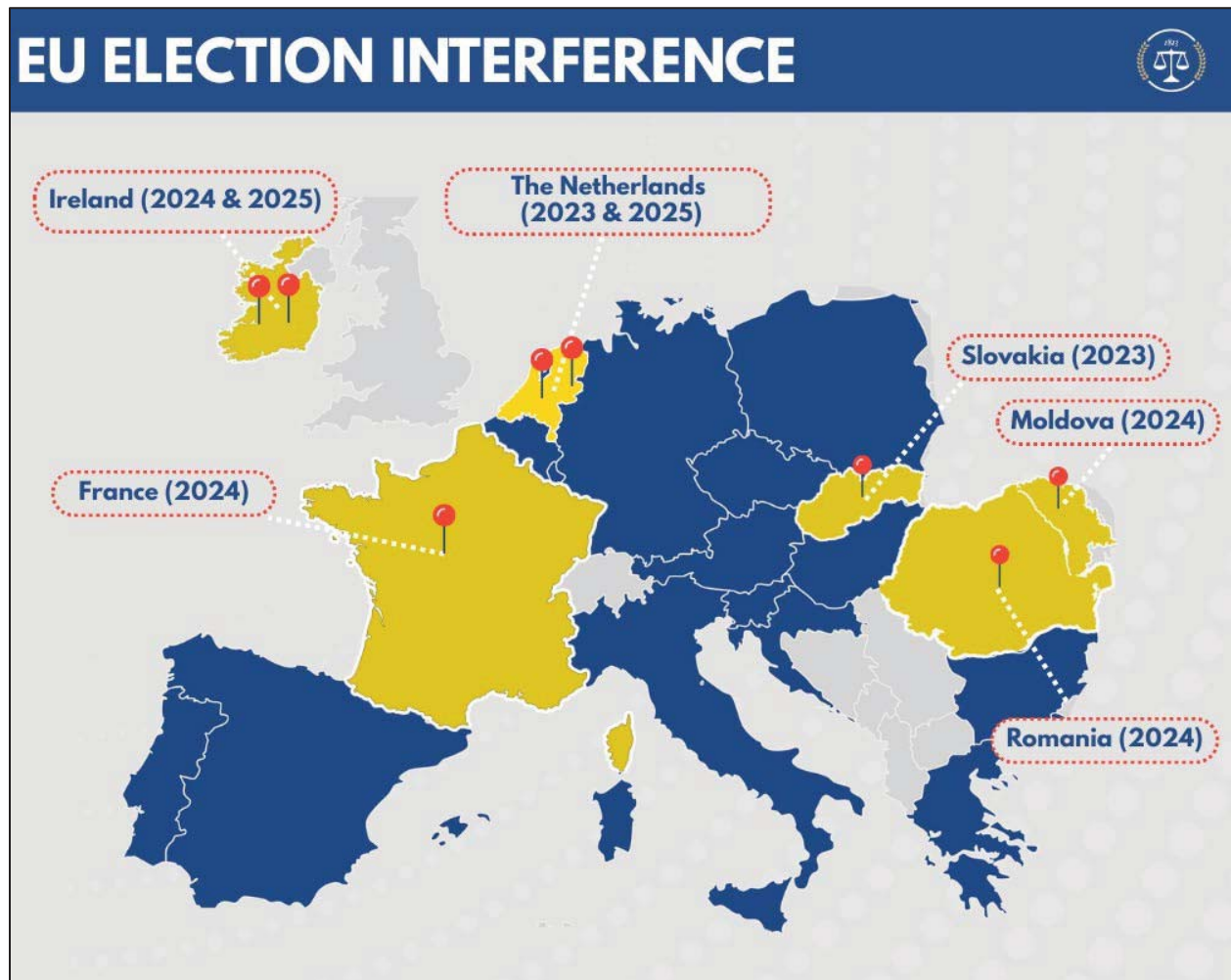
⁴⁵ Leitlinien der Kommission für Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen zur Minderung systemischer Risiken für Wahlprozesse gemäß Artikel 35 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/2065, Nr. C/2024/3014 (26. April 2024) (im Folgenden „DSA-Wahlleitlinien“) (Hervorhebung im Original).

⁴⁶ *Ebenda*.

⁴⁷ Interne Meta-Auswertung der Rundtischgespräche zu den DSA-Wahlrichtlinien (1. März 2024), *siehe* Ex. 243.

Kommission die standardmäßigen „Richtlinien, Instrumente und Verfahren“ des Unternehmens im Zusammenhang mit Wahlen.⁴⁸ Die Europäische Kommission steht in regelmäßigem Austausch mit großen Social-Media-Plattformen darüber, welche Änderungen im Zusammenhang mit Wahlen vorgenommen werden sollten, und veranstaltet DSA-bezogene Diskussionen in Nicht-EU-Ländern.⁴⁹

Seit Inkrafttreten des DSA im Jahr 2023 hat die Europäische Kommission Plattformen dazu gedrängt, Inhalte im Vorfeld der nationalen Wahlen in der Slowakei, den Niederlanden, Frankreich, Moldawien, Rumänien und Irland sowie der EU-Wahlen im Juni 2024 zu zensurieren.⁵⁰ Nicht öffentliche Dokumente, die dem Ausschuss aufgrund einer Vorladung vorgelegt wurden, zeigen, wie die Europäische Kommission regelmäßig vor nationalen Wahlen in EU-Mitgliedstaaten Druck auf Plattformen ausgeübt hat, um konservative oder populistische politische Parteien zu benachteiligen.



Nichtöffentliche Tagesordnungen und Protokolle zeigen, dass die Europäische Kommission vor Wahlen regelmäßig Treffen mit nationalen Regulierungsbehörden, linken NGOs und Plattformen einberufen hat

⁴⁸ Siehe z. B. *ebenda*; E-Mail von Meta an die Europäische Kommission (10. Juli 2024), siehe Ex.166.

⁴⁹ Siehe z. B. E-Mail von Meta an die Europäische Kommission (10. Juli 2024), siehe Ex.166; Tagesordnung für die 11. Sitzung des EU-Unterstützungszentrums für internationale Sicherheit und Grenzmanagement in Moldawien zum Thema „Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung“ (18. September 2024), siehe Ex. 251.

⁵⁰ Siehe unten Abschnitt V.B.iv.

um zu diskutieren, welche politischen Meinungen zensiert werden sollten.⁵¹ Die Europäische Kommission half auch bei der Organisation von „Schnellreaktionssystemen“, bei denen von der Regierung zugelassene Dritte befugt waren, vorrangige Zensuranträge zu stellen, die fast ausschließlich gegen die Opposition der Regierungspartei gerichtet waren.⁵² TikTok berichtete der Europäischen Kommission, dass es vor den EU-Wahlen 2024 über 45.000 mutmaßliche „Fehlinformationen“ zensiert habe, darunter eindeutige politische Äußerungen zu Themen wie „Migration, Klimawandel, Sicherheit und Verteidigung sowie LGBTQ-Rechte“.⁵³

Die slowakischen Wahlen 2023 sind ein wichtiges Beispiel dafür. Die internen Leitlinien von TikTok zur Moderation von Inhalten zeigen, dass TikTok unter dem Druck der europäischen Zensur die folgenden „Hassreden“ zensiert hat:

- „Es gibt nur zwei Geschlechter“;
- „Kinder können nicht trans sein“;
- „Wir müssen die Sexualisierung von Jugendlichen/Kindern stoppen“;
- „Ich denke, dass die LGBTI-Ideologie, die Gender-Ideologie und die Transgender-Ideologie eine große Bedrohung für die Slowakei darstellen, genau wie Korruption“; und
- „Gezielte Fehlgeschlechtlichkeit“.⁵⁴

Diese Aussagen sind keine „Hassrede“ – es handelt sich um politische Meinungen zu einem derzeit umstrittenen wissenschaftlichen und medizinischen Thema. TikTok selbst stellte fest, dass einige dieser politischen Meinungen „in den slowakischen politischen Diskussionen weit verbreitet“ waren.⁵⁵ Dennoch zensierte TikTok unter dem Druck der Europäischen Kommission diese Behauptungen im Vorfeld der nationalen Parlamentswahlen in der Slowakei.

Die aggressivsten Zensurmaßnahmen ergriff die Europäische Kommission während der rumänischen Präsidentschaftswahlen 2024. Im Dezember 2024 annullierte das rumänische Verfassungsgericht die Ergebnisse der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen vom Vormonat, die der wenig bekannte unabhängige populistische Kandidat Calin Georgescu gewonnen hatte, nachdem rumänische Geheimdienste behauptet hatten, Russland habe Georgescu durch eine koordinierte TikTok-Kampagne heimlich unterstützt.⁵⁶ Interne TikTok-Dokumente, die dem Ausschuss vorgelegt wurden, scheinen diese Darstellung zu widerlegen.⁵⁷ In Stellungnahmen an die Europäische Kommission, die die unbewiesene Behauptung einer russischen Einmischung nutzte, um die Praktiken von TikTok bei der Moderation von Inhalten zu untersuchen, erklärte TikTok, dass es „keine Beweise für ein koordiniertes Netzwerk von 25.000 Konten im Zusammenhang mit der Kampagne von Herrn Georgescu gefunden oder vorgelegt bekommen habe“ – die zentrale Behauptung der Geheimdienste.⁵⁸

⁵¹ Siehe unten Abschnitt V.B.

⁵² Ebenda.

⁵³ Vertraulicher Bericht von TikTok zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 (24. September 2024), siehe Ex. 253.

⁵⁴ Interne Richtlinien von TikTok zur Moderation von Inhalten für die slowakischen Wahlen 2023 (22. September 2023), siehe Ex. 224.

⁵⁵ Ebenda.

⁵⁶ Siehe Thomas Grove & Alan Cullison, *Rumänien sagt Wahlen nach Vorwürfen russischer Einflussnahme ab*, WALL. ST. J. (6. Dezember 2024).

⁵⁷ Siehe z. B. Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (13. Dezember 2024), Ex. 268; Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (7. Dezember 2024), Ex. 266.

⁵⁸ Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (7. Dezember 2024), siehe Ex. 266.

Ende Dezember 2024 berichteten Medien unter Berufung auf Beweise der rumänischen Steuerbehörde, dass die angebliche russische Einmischungskampagne tatsächlich von einer anderen rumänischen Partei finanziert worden war.⁵⁹ Die Wahlergebnisse wurden jedoch nie wiederhergestellt, und im Mai 2025 gewann der von der Establishment bevorzugte Kandidat die rumänische Präsidentschaftswahlen in der neu angesetzten Wahl.⁶⁰

Section 1.1 - Questions and Answers

(1) The Romanian President declassified the information submitted by the Romanian Intelligence Service, the Foreign Intelligence Service and the Ministry of Internal Affairs at the meeting of the Supreme Council for the Defence of the Country on 28 November 2024 (6). These documents contain a number of findings regarding the use made of TikTok in the context of the Presidential elections held on 24 November 2024, including the following:

- **The existence of inauthentic coordination on the platform, including through the use of hashtags, to promote one presidential candidate;**

3. TikTok understands that this statement (*“The existence of inauthentic coordination on the platform, including through the use of hashtags, to promote one presidential candidate”*) refers to the assertion at paragraph 1.1 of Document SRI I that a: *“network of accounts directly associated directly with Călin GEORGESCU’s campaign initially consisted of 25,000 accounts on the TikTok platform, which became very active two weeks before the election date”*.

4. TikTok has not found, nor been presented with, any evidence of a coordinated network of 25,000 accounts associated with Mr Georgescu’s campaign. Per TikTok’s standard process, TikTok continues to monitor, investigate, and take action on attempts to deceive its community, and TikTok investigates leads that are reported to it.

TikTok teilte der Europäischen Kommission mit, dass es „keine Beweise gefunden habe und auch keine vorgelegt bekommen habe“, die die zentrale Behauptung der rumänischen Behörden bezüglich einer russischen Einmischung stützen würden.

Die Europäische Kommission nutzt die DSA weiterhin als Mittel, um Inhalte außerhalb ihrer Grenzen zu zensurieren.

Nach einem Jahrzehnt der Zensur gibt die Europäische Kommission weiterhin das historische Bekenntnis Europas zur Meinungsfreiheit auf.

Im Dezember 2025 verhängte die Europäische Kommission ihre erste Geldstrafe gemäß dem Gesetz über digitale Dienste gegen X wegen einer Reihe lächerlicher Verstöße in einem offensichtlich vorgeschobenen Versuch, die Plattform für ihre Verteidigung der Meinungsfreiheit zu bestrafen.⁶¹ Die Europäische Kommission verhängte gegen X eine Geldstrafe in Höhe von 120 Millionen Euro – etwas unterhalb der gesetzlichen Obergrenze von sechs Prozent des weltweiten Umsatzes – wegen angeblicher Verstöße.

⁵⁹ Siehe Denis Cenușă, *Rumänische Liberale orchestrierten Georgescu-Wahlkampffinanzierung, wie Ermittlungen ergeben*, BNE INTELLINEWS (22. Dezember 2024).

⁶⁰ Siehe Sarah Rainsford et al., *Liberaler Bürgermeister Dan schlägt Nationalisten in spannendem Rennen um rumänische Präsidentschaft*, BBC (19. Mai 2025).

⁶¹ Entscheidung der Kommission vom 5.12.2025 gemäß Artikel 73 Absatz 1, Artikel 73 Absatz 3 und Artikel 74 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste); Sache DSA.100101, DSA.100102 und DSA.100103 – X (ehemals Twitter), C(2025) 8630 final; siehe Ex. 302 (im Folgenden „X-Entscheidung“); siehe auch House Judiciary GOP (@JudiciaryGOP), X (28. Januar 2026, 16:09 Uhr), <https://x.com/JudiciaryGOP/status/2016619751183724789>.

einschließlich der „Missbrauch“ der Bedeutung von blauen Häkchen durch eine Änderung der Vergabekriterien.⁶²

Darüber hinaus hat die Europäische Kommission trotz ihrer Beteuerungen, dass die DSA nur in der EU gilt,⁶³ mit ihrer X-Entscheidung die DSA extraterritorial durchgesetzt. Die Entscheidung besagt, dass das amerikanische Unternehmen X gemäß der DSA-Bestimmung zum Zugang für Forscher amerikanische Daten an Forscher auf der ganzen Welt weitergeben muss – und das alles aufgrund eines europäischen Gesetzes.⁶⁴ Und die Europäische Kommission drohte, X in der EU zu verbieten, wenn es ihren Zensurforderungen nicht nachkommt.⁶⁵ Die Entscheidung der Europäischen Kommission, X mit einer Geldstrafe zu belegen, ist in mindestens zweierlei Hinsicht erschreckend: Sie bestraft X für seine weltweite Verteidigung der Meinungsfreiheit und beansprucht die Befugnis, das DSA weltweit durchzusetzen. Das ist genau das, wovor der Ausschuss seit über einem Jahr gewarnt hat.

4.	Non-Compliance with Article 25(1) of Regulation (EU) 2022/2065	25
4.1.	The legal framework	25
4.2.	The relevant measures put in place by the provider of X	25
4.3.	The Commission's Preliminary Findings.....	27
4.3.1.	Misappropriating the historical meaning of the verification checkmarks of Twitter on the X service.....	27
4.3.2.	Misappropriating the meaning of cross-industry visual standards.....	33

Die Europäische Kommission warf X vor, gegen das DSA verstoßen zu haben, indem es die Bedeutung eines blauen Häkchens „missbraucht“ habe.

Zwei aktuelle EU-Initiativen drohen ebenfalls, die Krise der Meinungsfreiheit in Europa zu verschärfen. Im Rahmen von Präsidentin von der Leyens „Democracy Shield“ wird die Europäische Kommission mindestens zwei neue Zensurzentren für Regulierungsbehörden und linke NGOs einrichten, um Plattformen zur Zensur konservativer Inhalte zu zwingen – das European Center for Democratic Resilience und das European Network of Fact-Checkers.⁶⁶ Im Rahmen desselben Vorschlags strebt die Europäische Kommission eine Erweiterung des Desinformationskodex um Anforderungen in Bezug auf „Nutzerüberprüfungsinstrumente“ an, die die Anonymität im Internet effektiv beenden könnten, indem sie von den Nutzern verlangen, sich zur Erstellung eines Kontos auszuweisen.⁶⁷ Die Kommission versucht außerdem, normale demokratische Prozesse zu umgehen, um eine einheitliche, weit gefasste Definition von illegaler „Hassrede“ in ganz Europa zu schaffen.⁶⁸ Dies würde erfordern, dass jeder EU-Mitgliedstaat die Definition der Kommission übernimmt, die auch den konventionellen politischen Diskurs und „Memes“ umfasst.⁶⁹ Die Gefahr einer europäischen Zensur zeigt keine Anzeichen einer Abschwächung.

⁶² *Ebenda.*

⁶³ *Siehe* Schreiben von Thierry Breton, Kommissar für Binnenmarkt, Europäische Kommission, an Rep. Jim Jordan, Vorsitzender, H. Comm. on the Judiciary (21. August 2024).

⁶⁴ X-Entscheidung, *siehe* Fußnote 61.

⁶⁵ *Ebenda.*

⁶⁶ Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Europäischer Demokratieschild: Stärkung starker und widerstandsfähiger Demokratien, JOIN(2025) 791 final (im Folgenden „Vorschlag zum Demokratieschild“).

⁶⁷ *Ebenda.* Regierungen könnten dann Plattformen dazu zwingen, diese Informationen herauszugeben, um gegen anonyme Sprecher vorzugehen, mit denen sie nicht einverstanden sind.

⁶⁸ *Union of Equality: LGBTIQ+ Equality Strategy 2026-2030*, EUROPEAN COMM'N, COM(2025) 725 final, S. 6.

⁶⁹ DSA-Zensurbericht I, *siehe* Fußnote 3, S. 28.

*

*

*

Der Ausschuss untersucht ausländische Zensurgesetze, Vorschriften und gerichtliche Anordnungen, da diese eine Gefahr für die Meinungsfreiheit in den Vereinigten Staaten darstellen. Insbesondere die DSA der EU stellt eine ernsthafte Gefahr für die Meinungsfreiheit im Internet in den Vereinigten Staaten dar: Die Europäische Kommission hat Technologieunternehmen bewusst unter Druck gesetzt, ihre globalen Richtlinien zur Moderation von Inhalten zu ändern, und dabei gezielt amerikanische Meinungsäußerungen und Wahlen ins Visier genommen. Die extraterritorialen Maßnahmen der Europäischen Kommission verletzen direkt die Souveränität der Vereinigten Staaten. Der Ausschuss wird weiterhin legislative Lösungen entwickeln, um dieses existenzielle Risiko für das von den Amerikanern am meisten geschätzte Recht abzuwehren und wirksam zu bekämpfen.

 INHALTSVERZEICHNIS

ZUSAMMENFASSUNG	1
INHALTSVERZEICHNIS	22
I. UNTERSUCHUNGSGESCHICHTE	24
II. DER DIGITAL SERVICES ACT IST DER HÖHEPUNKT EINER JAHRZEHNTELANGEN KAMPAGNE EUROPAS ZUR KONTROLLE DER MEINUNGSÄUßERUNG IM INTERNET	26
A. Die Europäische Kommission führte zwingende „Verhaltenskodizes“ zu sogenannter „Desinformation“ und „Hassrede“ ein, um die Regulierungslücke zu schließen, bis das umfassende Zensurgesetz, der DSA, in Kraft trat.	27
B. Deutschland war 2017 mit seinem eigenen umfassenden Zensurgesetz Vorreiter.	28
C. Die Europäische Kommission behandelte die Kodizes gegen Desinformation und Hassrede als Vorläufer für verbindliche Gesetze zur digitalen Zensur und zwang Plattformen zur Einhaltung.	29
D. Die DSA ist der Höhepunkt der Kampagne der Europäischen Kommission zur Erlangung einer globalen Kontrolle über die Online-Diskurslandschaft.	34
E. Das „freiwillige“ und „konsensorientierte“ europäische Zensurregime ist weder freiwillig noch konsensorientiert.	35
F. Heute erklärt die Europäische Kommission ausdrücklich, dass die Einhaltung der Kodizes für Hassrede und Desinformation effektiv als DSA-Safe-Harbor dient und dass Plattformen, die sich nicht daran halten, mit Vergeltungsmaßnahmen rechnen müssen.	37
III. DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION HAT PLATTFORMEN ERFOLGREICH DAZU GEDRÄNGT, IHRE GLOBALEN RICHTLINIEN ZUR MODERATION VON INHALTEN ZU ÄNDERN, WAS SICH DIREKT NACHTEILIG AUF DIE MEINUNGSFREIHEIT IN DEN VEREINIGTEN STAATEN AUSWIRKT.	39
A. Da Richtlinien zur Moderation von Inhalten nicht auf Länderbasis praktikabel oder wirksam durchgesetzt werden können, sind sie global ausgerichtet.	40
B. Der Wortlaut der Kodizes zu Desinformation und Hassrede verpflichtet Plattformen dazu, ihre Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern.	42
C. Der Wortlaut der DSA verpflichtet Plattformen dazu, ihre Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern.	42
D. Die Europäische Kommission versuchte, Äußerungen zu zensurieren, die die vorherrschenden Regierungsnarrative zu COVID-19 und Impfstoffen in Frage stellten.	43
E. Die Europäische Kommission hat Plattformen unter Druck gesetzt, ihre Regeln für Inhalte im Zusammenhang mit dem russischen Einmarsch in der Ukraine zu ändern.	52
F. Regulierungsbehörden und NGOs übten bei Treffen der Unterzeichner des Desinformationskodex häufig Druck auf Plattformen aus, ihre Regeln zur Moderation von Falschinformationen und Desinformationen zu ändern.	60
G. Seit der Verabschiedung des DSA haben die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission regelmäßig Druck auf Plattformen ausgeübt, ihre globalen Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern.	70
H. Die Plattformen änderten ihre globalen Regeln zur Moderation von Inhalten als Reaktion auf diese Bemühungen der Europäischen Kommission.	76
IV. DIE VERSUCHE DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION, DIE MEINUNGSÄUßERUNG IN DEN USA ZU ZENSURIEREN.	85
A. Die Europäische Kommission forderte Plattformen auf, US-Inhalte im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie zu zensurieren.	85
B. Die Europäische Kommission mischte sich in den politischen Prozess der USA ein, indem sie mit Plattformen über Inhalte im Zusammenhang mit den US-Präsidentschaftswahlen 2024 verhandelte.	86
V. DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION SETZT IHRE ZENSURINSTRUMENTE EIN, UM KONSERVATIVE UND „ANTI-ESTABLISHMENT“ POLITISCHE ÄUßERUNGEN ZU UNTERBINDEN.	89
A. Das EU-Internetforum ermutigt Plattformen, legale und nicht gegen Gesetze verstoßende politische Äußerungen zu zensurieren.	89
B. Die Europäische Kommission und die Regulierungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten üben Druck auf	

Plattformen aus, konservative und „systemkritische“ politische Äußerungen während Wahlkampagnen zu zensieren.96

VI. ES GIBT MÖGLICHKEITEN FÜR REFORMEN, ABER DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION NUTZT DIE DSA WEITERHIN ALS HARTES ZENSURINSTRUMENT124

 A. Die Europäische Kommission verhängte gegen X eine Geldstrafe in Höhe von 120 Millionen Euro, weil das Unternehmen die freie Meinungsäußerung und den offenen Diskurs im Internet verteidigt hatte.124

 B. Die laufenden Initiativen der Europäischen Kommission deuten darauf hin, dass sie weiterhin auf Zensur setzt.134

 C. Die Europäische Kommission versucht, ihre Zensurmaßnahmen auf andere Länder zu übertragen. 137

VII. FAZIT.....139

ANHANG140

I. UNTERSUCHUNGSGESCHICHTE

Der Justizausschuss untersucht weiterhin, wie und in welchem Umfang ausländische Gesetze, Vorschriften und gerichtliche Anordnungen Unternehmen dazu zwingen, nötigen oder beeinflussen, Äußerungen in den Vereinigten Staaten zu zensurieren.⁷⁰ Der Ausschuss begann sich im August 2024 mit den europäischen Bemühungen zur Zensur von Meinungsäußerungen in den Vereinigten Staaten zu befassen, als der damalige EU-Kommissar für den Binnenmarkt, Thierry Breton, X mit regulatorischen Vergeltungsmaßnahmen im Rahmen des Digital Services Act (DSA) drohte, weil das Unternehmen vor den US-Präsidentschaftswahlen 2024 ein Live-Interview mit Präsident Trump in den Vereinigten Staaten ausgestrahlt hatte.⁷¹ Obwohl Breton anschließend zurücktrat, vertritt seine Nachfolgerin Henna Virkkunen eine ähnliche zensurfremde Ideologie.⁷² Bis heute unterstützt Virkkunen weiterhin die Zensurbestimmungen des DSA und setzt das Gesetz aktiv gegen amerikanische Unternehmen durch.⁷³

Um die europäische Bedrohung der Meinungsfreiheit in den Vereinigten Staaten besser zu verstehen, hat der Ausschuss zehn großen Technologieunternehmen Dokumentvorladungen zugestellt, in denen er sie unter anderem dazu verpflichtet, die Kommunikation mit Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission und der EU-Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit der Zensur von Online-Äußerungen offenzulegen.⁷⁴ Der Ausschuss hat seine ersten Ergebnisse in einem Zwischenbericht seiner Mitarbeiter im Juli 2025 dokumentiert.⁷⁵ Die dem Ausschuss vorgelegten nicht öffentlichen Dokumente zeigten, dass die DSA als Zensurinstrument eingesetzt wird, das die Online-Meinungsäußerung, einschließlich der amerikanischen Meinungsäußerung in den Vereinigten Staaten, einschränkt. Konkret zeigten die Dokumente, dass europäische Regulierungsbehörden die DSA nutzen, um: (1) politische Kernaussagen ins Visier zu nehmen, die weder schädlich noch

⁷⁰ Siehe DSA-Zensurbericht I, *oben* Anmerkung 3; Pressemitteilung, H. Comm. on the Judiciary, Vorsitzender Jordan fordert Big Tech zur Herausgabe von Informationen über die Zensur amerikanischer Meinungsäußerungen im Ausland auf (26. Februar 2025), <https://judiciary.house.gov/media/press-releases/chairmanjordan-subpoenas-big-tech-information-foreign-censorship-american>.

⁷¹ Schreiben von Thierry Breton, Kommissar für Binnenmarkt, Europäische Kommission, an Elon Musk, Eigentümer, X Corp. (12. August 2024).

⁷² Siehe z. B. Pieter Haeck, *EU Won't Negotiate on Tech Rule Books in Trump Trade Talks, Brussels Says*, POLITICO (1. Juli 2025) („Die Vorschriften der Europäischen Union zu Inhaltsmoderation, digitalem Wettbewerb und künstlicher Intelligenz stehen nicht zur Verhandlung mit den USA, sagt die Technologiechefin der Europäischen Kommission, Henna Virkkunen.“); *Anhörung zur Bestätigung von Henna Virkkunen, designierte Exekutiv-Vizepräsidentin der Europäischen Kommission*, gemeinsam vom Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie und dem Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments, Bericht zur Anhörung, S. 13–16 (12. November 2024).

⁷³ Siehe Entscheidung X, *oben* Anmerkung 61.

⁷⁴ Schreiben von Rep. Jim Jordan, Vorsitzender des H. Comm. on the Judiciary, an Herrn Timothy Cook, CEO, Apple (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Rep. Jim Jordan, Vorsitzender des H. Comm. on the Judiciary, an Herrn Andy Jassy, Präsident und CEO von Amazon (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Satya Nadella, CEO von Microsoft (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Christopher Pavlovski, Vorsitzender und CEO von Rumble (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Herrn Sundar Pichai, CEO, Alphabet (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an den Verwalter der Unterlagen, TikTok (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Rep. Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Frau Linda Yaccarino, CEO von X (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Rep. Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Herrn Mark Zuckerberg, CEO von Meta (26. Februar 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Rep. Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Herrn Steve Huffman, CEO und Präsident von Reddit (17. April 2025) (mit beigefügter Vorladung); Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Sam Altman, CEO von OpenAI (5. November 2025) (mit beigefügter Vorladung).

⁷⁵ DSA-Zensurbericht I, *siehe oben* Anmerkung 3.

illegal; und (2) Online-Plattformen unter Druck zu setzen, ihre globalen Richtlinien zur Moderation von Inhalten als Reaktion auf Forderungen der Europäischen Kommission zu ändern.⁷⁶

Die Dokumente enthüllten auch, wie europäische Regulierungsbehörden mit zensurfreundlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen (CSOs) zusammenarbeiten, um ihre Zensurziele zu erreichen.⁷⁷ Diese Organisationen setzen sich für eine weiter gefasste Definition von „Hassrede“ und „Desinformation“ ein.⁷⁸ Eine CSO, Access Now, behauptete während eines von der Europäischen Kommission im letzten Jahr veranstalteten „DSA-Workshops“ sogar, dass die Bemühungen der Plattformen zur Moderation von Inhalten „über illegale Inhalte hinausgehen und zur Entfernung aller Inhalte führen sollten, die als hasserfüllt und schädlich angesehen werden können“.⁷⁹ Um ein besseres Verständnis dafür zu gewinnen, wie europäische Regulierungsbehörden mit Drittorganisationen zusammenarbeiten, um Online-Äußerungen zu zensurieren, forderte der Ausschuss im Juli 2025 Dokumente von zwei zivilgesellschaftlichen Organisationen, Access Now und dem Institute for Strategic Dialogue, an und erhielt diese auch.⁸⁰

Im Oktober 2025 forderte der Ausschuss Dokumente von der Stanford University an und erhielt diese auch, nachdem er entdeckt hatte, dass dort im September 2025 eine Veranstaltung stattfand, bei der die Zensurbehörden mehrerer ausländischer Regierungen versuchten, eine globale Zensurkampagne zu koordinieren.⁸¹ Dies war nicht das erste Mal, dass Stanford sich an einer Verschwörung gegen das Recht der Amerikaner auf freie Meinungsäußerung beteiligte: Im Jahr 2020 spielte das Stanford Internet Observatory eine wichtige Rolle bei der Verschleierung Zensurforderungen der US-Regierung gegenüber Social-Media-Plattformen zu „waschen“, wodurch es Beamten der US-Regierung ermöglichte, ihnen missfallende Stimmen heimlich zum Schweigen zu bringen, um die US-Präsidentenwahlen 2020 zu beeinflussen.⁸²

Als Reaktion auf diese Vorladungen und Schreiben hat der Ausschuss Zehntausende Seiten nicht öffentlicher, interner Plattformdokumente und Korrespondenz mit ausländischen Regulierungsbehörden erhalten. Diese Dokumente beschreiben detailliert die jahrzehntelange Kampagne der Europäischen Kommission zur Zensur des globalen Internets.

⁷⁶ Ebenda, S. 25–36.

⁷⁷ Ebenda, S. 29.

⁷⁸ Ebenda.

⁷⁹ Ebenda, S. 61.

⁸⁰ Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Dixon Osburn, Geschäftsführer des Institute for Strategic Dialogue-US (25. Juli 2025); Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Alejandro Mayoral Baños, Geschäftsführer von Access Now (25. Juli 2025).

⁸¹ Brief von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Jeff Hancock, Direktor des Stanford Cyber Policy Center (22. Oktober 2025); siehe Michael Shellenberger, *Mit Obama verbundenes Stanford-Zentrum hielt geheimes Treffen mit ausländischen Regierungen ab, um globale Internet-Zensur zu planen*, PUBLIC NEWS (28. Oktober 2025); Teddy Ganea et al., *Stanfords Cyber Policy Center koordiniert internationale Internetzensur*, THE STANFORD REV. (29. Oktober 2025).

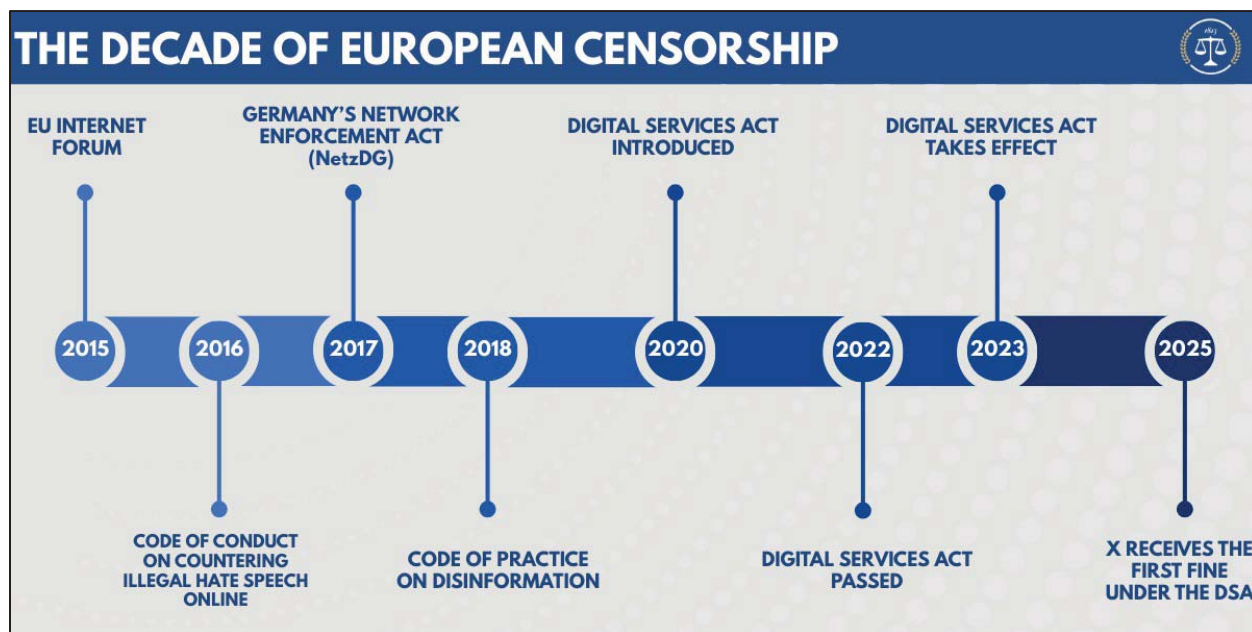
⁸² Siehe MITARBEITER DES AUSSCHUSSES FÜR JUSTIZ UND DES AUSSCHUSSES FÜR DIE WAFFENFERTIGUNG DER BUNDESREGIERUNG. GOV'T OF THE H. COMM. ON THE JUDICIARY, THE WEAPONIZATION OF 'DISINFORMATION' PSEUDO-EXPERTS AND BUREAUCRATS: HOW THE FEDERAL GOVERNMENT PARTNERED WITH UNIVERSITIES TO CENSOR AMERICANS' FREE SPEECH, (6. November 2023).

II. DER DIGITAL SERVICES ACT IST DER HÖHEPUNKT DER JAHRZEHNTELANGEN KAMPAGNE EUROPAS ZUR KONTROLLE DER ONLINE-MEINUNGSÄUßERUNG.

Die Europäische Union hat das DSA im Jahr 2022 verabschiedet, aber die Vorbereitungen dafür reichen bis Mitte der 2010er Jahre zurück, als soziale Medien eine immer wichtigere Rolle in der politischen Debatte zu spielen begannen. Von Beginn der Zensurkampagne der EU an hatten hochrangige EU-Politiker ein umfassendes Gesetz zur digitalen Zensur im Sinn, das der Europäischen Kommission die vollständige Kontrolle über die Online-Berichterstattung geben sollte. Europäische Politiker und Regulierungsbehörden haben dieses Ziel offen kommuniziert, insbesondere bei direkten Treffen mit den Plattformen.

Die europäischen Bedenken hinsichtlich sogenannter „Hassreden“ nahmen Mitte der 2010er Jahre Gestalt an, als die Massenmigration den Kontinent überrollte und neue politische Debatten über Multikulturalismus, Assimilation und die Bedrohung durch den Terrorismus auslöste.⁸³ Die politische Elite in den Vereinigten Staaten und in Europa machte für die Ergebnisse der US-Präsidentschaftswahlen 2016 und der französischen Präsidentschaftswahlen 2017 eher die Einmischung Russlands verantwortlich als eine legitime Gegenreaktion ihrer Bürger auf unpopuläre politische Entscheidungen – insbesondere die Massenmigration.

Unter dem Vorwand, sogenannte „Hassrede“ oder „Desinformation“ zu bekämpfen, erlangte die Europäische Kommission Macht über den politischen Diskurs im Internet. Natürlich ist die Grenze zwischen „Hassrede“ und zivilisiertem Diskurs oder „Fehlinformation“ und Wahrheit – insbesondere in komplexen, kontextabhängigen politischen Debatten – von Natur aus subjektiv. Wie zu erwarten war, wurden „Hassrede“ und „Fehlinformationen“ zu Branding-Instrumenten, die europäische Regulierungsbehörden gegen politische Äußerungen einsetzten, mit denen sie nicht einverstanden waren oder die sie als Bedrohung ihrer Macht empfanden. Europäische Politiker starteten eine jahrzehntelange Kampagne, um die Online-Äußerungen ihrer Gegner – in Europa und darüber hinaus – zum Schweigen zu bringen. Die DSA war der Höhepunkt dieser Bemühungen.



⁸³ Siehe z. B. Österreichs oberster Justizbeamter erläutert Europas Ansatz zu Hassverbrechen und Hassrede, CATHOLIC U. OF AMERICA (3. Februar 2015) (mit dem Hinweis, dass die jüngsten Ereignisse „die Aufmerksamkeit Europas wie nie zuvor auf das Thema Hassrede gelenkt haben“); Facebook, Google und Twitter einigen sich auf deutsche Hassrede-Vereinbarung, BBC (15. Dezember 2015).

A. Die Europäische Kommission führte zwingende „Verhaltenskodizes“ zu sogenannter „Desinformation“ und „Hassrede“ ein, um die Regulierungslücke zu schließen, bis das umfassende Zensurgesetz, der DSA, in Kraft trat.

Ende 2015 gründete die Kommission das EU-Internetforum (EUIF), um „den Missbrauch des Internets für terroristische Zwecke zu bekämpfen“.⁸⁴ Seit 2015 hat sich das EUIF jedoch von einer gezielten Initiative zur Bekämpfung der Online-Rekrutierung von Terroristen zu einer breit angelegten Initiative entwickelt, die Plattformen dazu ermutigt, legale und nicht gegen Gesetze verstoßende politische Äußerungen zu zensieren.⁸⁵ Konkret berät das EUIF Plattformen nun dazu, wie sie „grenzwertige Inhalte“ – also rechtmäßige Inhalte wie „anti-EU“-Inhalte, „politische Satire“, „Memes“ und „populistische Rhetorik“ – am besten zensieren können.

Die Bemühungen Europas, den Online-Diskurs zu kontrollieren, wurden 2016 und 2018 durch zwei „Verhaltenskodizes“ ausgeweitet – angeblich unverbindliche Verpflichtungen großer Social-Media-Plattformen zur Moderation von Inhalten. Der Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet wurde 2016 vorgestellt,⁸⁷ während der Verhaltenskodex zur Desinformation 2018 eingeführt wurde.⁸⁸ Im Rahmen beider Kodizes versprachen die Plattformen, Inhalte zu zensieren, die von den europäischen Regulierungsbehörden missbilligt werden. So versprachen beispielsweise die Unterzeichner des Kodex gegen Hassrede, ihre globalen Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern, um „hasserfülltes Verhalten“ zu unterbinden,⁸⁹ während sich die Unterzeichner des Kodex gegen Desinformation verpflichteten, die Sichtbarkeit mutmaßlicher „Desinformation“ zu „verringern“ – was bedeutet, sie zu zensieren.⁹⁰

GLOSSAR DER ZENSURMAßNAHMEN DER EU	
Internetforum der Europäischen Union (2015)	Das EUIF wurde im Dezember 2015 von der Generaldirektion Migration und Inneres der Europäischen Kommission ins Leben gerufen und begann als Initiative, die Strafverfolgungsbehörden und Social-Media-Plattformen zusammenbrachte, um die Rekrutierung von Terroristen im Internet zu stoppen. ⁹¹ Seitdem nutzt die Kommission es jedoch, um aggressiv für die Zensur legaler, nicht gegen Gesetze verstoßender politischer Äußerungen einzutreten – insbesondere konservativer Äußerungen, die sie oft als „gewalttätigen Rechtsextremismus“ bezeichnet. ⁹²

⁸⁴ *Internetforum der Europäischen Union*, EUROPÄISCHE KOMMISSION (25. Juli 2025), https://home-affairs.ec.europa.eu/networks/european-union-internet-forum_en.

⁸⁵ Siehe unten Abschnitt V.A.

⁸⁶ Siehe *EU-Internetforum: Handbuch zu grenzwertigen Inhalten im Zusammenhang mit gewalttätigem Extremismus*, siehe Ex. 38.

⁸⁷ *EU-Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet*, EUROPÄISCHE KOMMISSION (30. Juni 2016), https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/racism-and-xenophobia/eu-code-conduct-countering-illegal-hate-speech-online_en.

⁸⁸ *Verhaltenskodex gegen Desinformation 2018*, EUROPÄISCHE KOMMISSION (16. Juni 2022), <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/2018-code-practice-disinformation>.

⁸⁹ *EU-Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet*, EUROPÄISCHE KOMMISSION (30. Juni 2016), https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/racism-and-xenophobia/eu-code-conduct-countering-illegal-hate-speech-online_en.

⁹⁰ *Verhaltenskodex gegen Desinformation 2018*, EUROPÄISCHE KOMMISSION (16. Juni 2022), <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/2018-code-practice-disinformation>.

⁹¹ *Internetforum der Europäischen Union*, EUROPÄISCHE KOMMISSION (25. Juli 2025), https://home-affairs.ec.europa.eu/networks/european-union-internet-forum_en.

⁹² Siehe unten Abschnitt V.A.

Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet (2016)	Der im Mai 2016 von der Europäischen Kommission ins Leben gerufene Kodex sah 12 Verpflichtungen vor, darunter das Versprechen, mutmaßlich „hasserfülltes Verhalten“ zu zensieren. ⁹³ Zu den Unterzeichnern gehörten Facebook, Instagram, Microsoft, Snapchat, TikTok und Twitter (jetzt X). ⁹⁴ Der Kodex wurde 2025 durch den Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet + ersetzt. ⁹⁵
Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation (2018)	Der Kodex wurde 2018 von der Europäischen Kommission eingeführt und 2022 überarbeitet. Die Unterzeichner gingen 21 Verpflichtungen ein, darunter das Versprechen, die „Sichtbarkeit“ mutmaßlicher „Desinformation“ zu verringern. ⁹⁶ Zu den Unterzeichnern gehörten Facebook, Google, Microsoft, TikTok und Twitter (jetzt X), wobei sich X 2023 zurückzog. ⁹⁷ Die Kommission beschreibt den Kodex als den weltweit ersten Selbstregulierungsstandard für Desinformation in sozialen Medien. ⁹⁸

B. Deutschland war 2017 mit seinem eigenen umfassenden Zensurgesetz Vorreiter.

Deutschland war einer der ersten EU-Mitgliedstaaten, der auf nationaler Ebene Maßnahmen ergriff und 2017 das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) verabschiedete, ein umfassendes eigenes Gesetz zur digitalen Zensur. Nach dem NetzDG sind Social-Media-Plattformen verpflichtet, bei einer Beschwerde eines Nutzers die Rechtmäßigkeit von Inhalten nach „achtzehn separaten Bestimmungen des deutschen Strafrechts“ zu prüfen, darunter drakonische Bestimmungen, die normale politische Äußerungen als Hassrede unter Strafe stellen.⁹⁹ Die Plattformen sind dann verpflichtet, innerhalb von 24 Stunden als illegal eingestufte Äußerungen zu entfernen.¹⁰⁰ Nach den Worten von Facebook schuf das NetzDG ein Regime des „im Zweifelsfall löschen“, das das traditionelle westliche Prinzip, dass Äußerungen grundsätzlich als rechtmäßig gelten, auf den Kopf stellt.¹⁰¹ Auch Wissenschaftler kritisierten das NetzDG und erklärten, es „fördert ‚Überblockungen‘, die zur Entfernung rechtmäßiger Äußerungen ohne ordnungsgemäßes Verfahren führen könnten“.¹⁰² Nach der Verabschiedung entschied ein deutsches Gericht bald darauf, dass die NetzDG die weltweite Entfernung von nach deutschem Recht illegalen Inhalten vorschreibt, da geoblockierte Beiträge in Deutschland weiterhin mit einem virtuellen privaten Netzwerk (VPN) angesehen werden können.¹⁰³ Diese frühen Bemühungen bildeten die Grundlage für die aufkeimende europäische Kampagne zur weltweiten Zensur von Online-Äußerungen.

⁹³ *EU-Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet*, EUROPÄISCHE KOMMISSION (30. Juni 2016), https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/racism-and-xenophobia/eu-code-conduct-counteracting-illegal-hate-speech-online_en.

⁹⁴ *Ebenda*.

⁹⁵ *Siehe* Pressemitteilung, Europäische Kommission, Kommission begrüßt die Aufnahme des überarbeiteten Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet in das Gesetz über digitale Dienste (19. Januar 2025), https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_300.

⁹⁶ *Verhaltenskodex gegen Desinformation von 2018*, EUROPÄISCHE KOMMISSION (16. Juni 2022), <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/2018-code-practice-disinformation>.

⁹⁷ *Ebenda*; Francesca Gillett, *Twitter zieht sich aus freiwilligem EU-Kodex gegen Desinformation zurück*, BBC (27. Mai 2023).

⁹⁸ *Ebenda*.

⁹⁹ Imara McMillan, *Durchsetzung über das Netzwerk: Das Network Enforcement Act und Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention*, 20 CHIC. J. INT. L. 252, 254 (2019).

¹⁰⁰ *Id.*

¹⁰¹ John Rosenthal, *Make Speech Free Again*, CLAREMONT REV. OF BOOKS (Frühjahr 2025).

¹⁰² Imara McMillan, *Durchsetzung über das Netzwerk: Das Netzwerk-Durchsetzungsgesetz und Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention*, 20 CHIC. J. INT. L. 252, 252 (2019).

¹⁰³ *Ebenda*, S. 265–266.

C. Die Europäische Kommission behandelte die Kodizes gegen Desinformation und Hassrede als Vorläufer einer verbindlichen Gesetzgebung zur digitalen Zensur und zwang Plattformen zur Einhaltung.

Die Kodizes gegen Desinformation und Hassrede waren lediglich ein erster Schritt in Richtung verbindlicher Zensurgesetze. Bereits 2016 erklärte die damalige EU-Justizkommissarin Vera Jourova, dass die EU den Kodex gegen Hassrede einfach zu einem verbindlichen Gesetz machen würde, wenn die Plattformen dessen Bestimmungen nicht angemessen einhielten: „Wenn Facebook, YouTube, Twitter und Microsoft mich und die Minister davon überzeugen wollen, dass der nichtlegislative Ansatz funktionieren kann, müssen sie schnell handeln und in den kommenden Monaten große Anstrengungen unternehmen.“¹⁰⁴ Mit anderen Worten: Diese „freiwilligen“ Kodizes waren alles andere als freiwillig. Die Plattformen wussten, dass sie irgendwann unter Androhung massiver Strafen den Zensurforderungen der EU nachkommen müssten. Am einfachsten war es, diesen Forderungen sofort nachzukommen, auf Kosten der Meinungsfreiheit auf ihren Plattformen.

Tatsächlich hatten die europäischen Regulierungsbehörden US-amerikanische Technologieunternehmen bereits wegen anderer Themen unter Druck gesetzt. Geldstrafen in Milliardenhöhe zeigten die Fähigkeit und Bereitschaft der EU, Nicht-EU-Technologieplattformen zu bestrafen, die sich weigerten, ihren Forderungen nachzukommen. Alphabet beispielsweise wurde zwischen 2017 und 2019 von der Kommission mit einer Geldstrafe von insgesamt 8,2 Milliarden Euro belegt, weil es angeblich Google Shopping in den Suchergebnissen bevorzugt hatte,¹⁰⁵ Google-Apps auf Google-Handys vorinstalliert hatte¹⁰⁶ und exklusive Verträge für digitale Werbung abgeschlossen hatte.¹⁰⁷ Zusätzlich zu dem Wissen, dass ein verbindliches Zensurgesetz bevorstand, mussten die Plattformen auch die bereits bestehende Befugnis der EU berücksichtigen, sie mit massiven Geldstrafen zu belegen. Dies übte zusätzlichen Druck auf die Plattformen aus, Inhalte zu zensurieren.

Im Jahr 2019 schlug die designierte Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, ein „neues Gesetz über digitale Dienste“ vor,¹⁰⁸ das „den Zweck haben sollte, die im Rahmen der Kodizes eingegangenen ‚freiwilligen‘ Verpflichtungen in rechtliche Verpflichtungen umzuwandeln“.¹⁰⁹

GLOSSAR DER ZENSURMAßNAHMEN DER EU	
Gesetz über digitale Dienste (2022)	Das umfassende Gesetz der Europäischen Union zur digitalen Zensur, das 2020 eingeführt und 2022 verabschiedet wurde, erlegt den weltweit größten Social-Media-Unternehmen erhebliche rechtliche Verpflichtungen auf. ¹¹⁰ Das Gesetz verpflichtet Plattformen dazu, „systemische Risiken“ auf ihren Websites zu identifizieren und zu „mildern“, darunter „irreführende oder täuschende Inhalte“ und „Desinformation“, „tatsächliche oder vorhersehbare negative Auswirkungen auf den zivilgesellschaftlichen Diskurs und Wahlprozesse“, „Hassrede“ und „Informationen, die nicht illegal sind“. ¹¹¹ Plattformen, die als nicht konform mit dem DSA gelten, können mit einer Geldstrafe von bis zu sechs Prozent ihres weltweiten Umsatzes belegt und unter bestimmten Umständen aus der EU verbannt werden. ¹¹²

¹⁰⁴ Liat Clark, *Facebook und Twitter müssen Hassreden bekämpfen oder mit neuen Gesetzen rechnen*, WIRED (5. Dezember 2016).

¹⁰⁵ Pressemitteilung, Europäische Kommission, Kartellrecht: Kommission verhängt Geldbuße in Höhe von 2,42 Milliarden Euro gegen Google wegen Missbrauchs seiner marktbeherrschenden Stellung als Suchmaschine durch illegale Begünstigung seines eigenen Preisvergleichsdienstes (26. Juni 2017).

¹⁰⁶ Foo Yun Chee, *Google ficht Rekordstrafe der EU in Höhe von 5 Milliarden Dollar wegen Kartellrechtsverstößen an*, REUTERS (9. Oktober 2018).

¹⁰⁷ Pressemitteilung, Europäische Kommission, Kartellrecht: Kommission verhängt Geldbuße in Höhe von 1,49 Milliarden Euro gegen Google wegen missbräuchlicher Praktiken im Bereich Online-Werbung (19. März 2019), https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_19_1770.

¹⁰⁸ Ursula von der Leyen, *Eine Union, die mehr will: Meine Agenda für Europa* (2019).

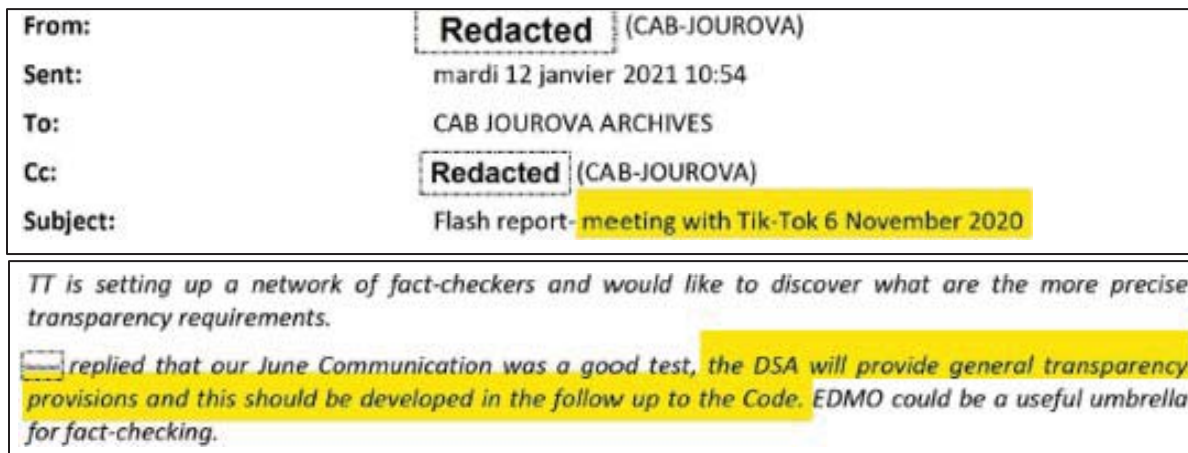
¹⁰⁹ John Rosenthal, *Make Speech Free Again*, CLAREMONT REV. OF BOOKS (Frühjahr 2025).

¹¹⁰ Gesetz über digitale Dienste, siehe Fußnote 26.

¹¹¹ *Ebenda*, Erwägungsgründe 80, 84, Artikel 34–35.

¹¹² *Ebenda*, Art. 36, 52.

Im Juni 2020, sieben Monate nach Amtsantritt von Präsidentin von der Leyen, bat die Europäische Kommission Technologieplattformen und andere Interessengruppen um Stellungnahmen zur Ausarbeitung von Rechtsvorschriften zur Bekämpfung sogenannter „Desinformation“ im Internet, aus denen schließlich der DSA hervorging.¹¹³ TikTok äußerte Bedenken, dass ein strenger DSA zu einer „übermäßigen Sperrung“ von Inhalten führen könnte.¹¹⁴ Doch schon vor der offiziellen Einführung des DSA diskutierte die Europäische Kommission das Gesetz als *fait accompli*. In einer Sitzung im November 2020 erklärte ein Mitarbeiter der Kommission gegenüber TikTok sachlich, dass „der DSA allgemeine Transparenzbestimmungen enthalten wird“ und in die Fußstapfen der Kodizes treten wird.¹¹⁵



Die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission diskutierten die DSA als beschlossene Sache, noch bevor der Entwurfstext überhaupt veröffentlicht wurde.

Die Europäische Kommission betrachtete den Kodex gegen Desinformation und Hassrede lediglich als Vorläufer des verbindlichen DSA. So wurde beispielsweise im Dezember 2020, kurz vor der Veröffentlichung des DSA-Entwurfs, in Medienberichten darauf hingewiesen, dass die Kommission plane, den Verhaltenskodex gegen Desinformation zu „verschärfen“, um „die Lücke bis zum Inkrafttreten des DSA zu schließen“.¹¹⁶ Jourova, die zu diesem Zeitpunkt zur Vizepräsidentin der Kommission für Werte und Transparenz befördert worden war, erklärte öffentlich, dass dieser aggressivere Kodex gegen Desinformation dazu dienen solle, „die Impfstoffstrategie durch eine effiziente Bekämpfung von Desinformation zu unterstützen“, was darauf hindeutet, dass politische Äußerungen zur COVID-19-Impfstoffpolitik das Ziel der Zensur durch die Europäische Kommission waren.¹¹⁷ Jourova warnte, dass die Europäische Kommission rasche Zensurmaßnahmen erwarte, und erklärte: „Wir werden nicht warten ... Wir haben bereits eine sehr klare Vereinbarung mit den Plattformen, dass sie die Zensurmaßnahmen, die sie als Reaktion auf die Kodizes eingeleitet haben, fortsetzen werden.“¹¹⁸

Im Laufe des Jahres 2021 traf sich die Europäische Kommission direkt mit den Plattformen, um dieselbe Botschaft zu wiederholen: Die Kodizes gegen Desinformation und Hassrede seien ein Vorläufer für den DSA, den

¹¹³ Natasha Lomas, *Europa bittet um Stellungnahmen zu Plattform-Governance und Wettbewerbsinstrumenten*, TECHCRUNCH (2. Juni 2020).

¹¹⁴ *TikTok-Weißbuch: Der Digital Services Act*, siehe Ex. 12.

¹¹⁵ Protokoll des Treffens zwischen TikTok und Mitarbeitern der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Vera Jourova (6. November 2020), siehe Ex. 51 (Hervorhebung hinzugefügt).

¹¹⁶ Natasha Lomas, *Europa will im nächsten Jahr Regeln für die Transparenz politischer Werbung vorlegen und seinen Kodex gegen Desinformation verschärfen*, TECHCRUNCH (3. Dezember 2020).

¹¹⁷ *Ebenda*; siehe auch unten Abschnitt III.D.

¹¹⁸ *Id.*

dessen Verabschiedung eine ausgemachte Sache war. Bei einem Treffen mit der Interims-CEO von TikTok, Vanessa Pappas, im April 2021 bezeichneten Mitarbeiter von Vizepräsidentin Jourova den Desinformationskodex als „Brücke zur Gesetzgebung“.¹¹⁹ Der Mitarbeiter stellte auch klar, worin diese Zensurverpflichtungen bestehen, und erklärte, dass „die Moderation von Inhalten wichtig ist“.¹²⁰

Meeting conclusions	
Participants	Visitors' delegation: - Vanessa Pappas, Interim CEO, TikTok - Redacted TikTok Brussels COM: - Věra Jourová, Vice-President for values and transparency - Redacted
On the fight against disinformation - VP Jourová stressed the need to step up the fight against disinformation, notably against vaccines. Though the code of practice on disinformation has yielded results, it does not cover all the market actors and has its limits as a self-regulatory arrangement. The Digital Services Act will fill this regulatory gap. - The code, Redacted added, will remain important even after the adoption of these initiatives, as a bridge to legislation. It brings together companies with the community of civil society and institutions, which is a real added value. Work must continue with outside experts and in all languages. While content moderation is important, there needs to be focus on the algorithms and	

Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Jourova und ihre Mitarbeiter stellten den Kodex gegen Desinformation als Vorläufer des DSA dar, der den Gesetzgebungsprozess umging.

Einen Monat später, im Mai 2021, begann die Europäische Kommission offiziell mit der Ausarbeitung eines aktualisierten Kodexes zur Bekämpfung von Desinformation mit dem erklärten Ziel, „den bestehenden Verhaltenskodex zu einem im Digital Services Act (DSA) vorgesehenen Instrument der Koregulierung weiterzuentwickeln“.¹²¹ Die Europäische Kommission bekräftigte diese Botschaft im Juli 2021 in einer Präsentation vor der „neunten hochrangigen EU-Gruppe zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und anderen Formen der Intoleranz“ und erklärte, dass der Kodex zur Bekämpfung von Desinformation und der Kodex zur Bekämpfung von Hassreden „von der [Europäischen] Kommission und dem Vorstand überwacht werden“ und „als Compliance-Maßnahmen“ für den bevorstehenden DSA dienen könnten.¹²²

¹¹⁹ Protokoll des Treffens zwischen TikTok und der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Vera Jourova (20. April 2021), siehe Ex. 55. Pappas war bis Ende April 2021 als Interim-CEO von TikTok tätig, bevor sie von Shou Chew abgelöst wurde. Siehe Todd Spangler, *TikTok ernannt neuen CEO und Chief Operating Officer*, VARIETY (30. April 2021).

¹²⁰ *Id.*

¹²¹ *Leitlinien zur Stärkung des Verhaltenskodexes zur Bekämpfung von Desinformation*, EUROPÄISCHE KOMMISSION, <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/qa-code-practice-disinformation> (zuletzt abgerufen am 29. Januar 2026).

¹²² Präsentation der Europäischen Kommission: *Die neunte hochrangige EU-Gruppe zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und anderen Formen der Intoleranz* (7. Juli 2021), siehe Ex. 42.



Die Europäische Kommission betonte in einer Präsentation vor den Plattformen, dass die Einhaltung der Kodizes zu Hassrede und Desinformation „überwacht“ werde und als sicherer Hafen vor der Durchsetzung des DSA dienen könne.

Während der Überarbeitung sowohl des Kodexes gegen Hassrede als auch des Kodexes gegen Desinformation versuchte die Europäische Kommission, Formulierungen hinzuzufügen, um klarzustellen, dass diese *de facto* verbindlich sind. Im Oktober 2021 schlug die Europäische Kommission vor, den Kodex gegen Desinformation um eine Formulierung zu ergänzen, wonach Plattformen den Kodex „einhalten und befolgen“ sollten, um die DSA zu erfüllen.¹²³ Letztendlich würde der aktualisierte Kodex gegen Desinformation besagen, dass die Einhaltung „als mögliche Risikominderungsmaßnahme gemäß Artikel 35 der DSA angesehen werden sollte“.¹²⁴

In ähnlicher Weise strich die Europäische Kommission bei der Überarbeitung des Kodexes gegen Hassrede im Jahr 2023 den Entwurf einer Formulierung, wonach Plattformen „alle Anstrengungen unternehmen“ sollten, um die Transparenzanforderungen umzusetzen, und ersetzte ihn durch eine Formulierung, wonach sich Plattformen zu den Anforderungen „verpflichten“.¹²⁵ Die Europäische Kommission strich auch einen Entwurfssatz, in dem die „Freiwilligkeit“ des Kodexes betont und die „Freiheit der interessierten Parteien, über ihre Teilnahme zu entscheiden“ anerkannt wurde.¹²⁶ Diese Änderungen sowie die Rhetorik der Europäischen Kommission in den Treffen mit den Plattformen zeigen, dass die Europäische Kommission beide Kodizes verbindlich und rechtskräftig machen wollte.

3.3 Beyond the monitoring on the review of notices under 2.3, for the purpose of the monitoring exercise and the transparency reporting under the DSA referred to in 3.1, the Signatories will commit to provide~~apply best efforts to provide~~ additional meaningful and comprehensible information on the measures taken to address illegal hate speech as a result of their content moderation policies based on a structured set of guiding questions (Annex YY).

Commented [A6]: Code text indeed needs to be ambitious and “best efforts” sounds slightly weaker. The Annex YY will define what additional information will be.

Die Änderungen und Kommentare der Europäischen Kommission zu einem Entwurf des überarbeiteten Kodexes gegen Hassrede zeigen, dass sie die Verpflichtungen als verbindlich ansieht.

Anfang 2022 befand sich das Europäische Parlament in fortgeschrittenen Verhandlungen über die endgültigen Bestimmungen des DSA.¹²⁷ Sowohl hinter verschlossenen Türen als auch in der Öffentlichkeit wurde immer deutlicher, dass

¹²³ Entwurf eines EU-Verhaltenskodexes zur Desinformation, *siehe* Ex. 197; *siehe* E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes zur Desinformation (14. Oktober 2021), Ex. 56.

¹²⁴ *Verhaltenskodex zur Desinformation*, EUROPÄISCHE KOMMISSION (Februar 2025), Präambel (L) (im Folgenden „Desinformationskodex“).

¹²⁵ Entwurf eines Verhaltenskodex (+) zur Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet, *siehe* Ex. 45.

¹²⁶ Entwurf eines Verhaltenskodex (+) zur Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet (18. März 2023), *siehe* Ex. 43.

¹²⁷ *Siehe* Pressemitteilung, Rat der Europäischen Union, Gesetz über digitale Dienste: Vorläufige Einigung zwischen Rat und Europäischem Parlament, um das Internet zu einem sichereren Ort für europäische Bürger zu machen (23. April 2022), <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2022/04/23/digital-services-act-council-and-european-parliament-reach-deal-on-a-safer-online-space/>.

Die Kodizes gegen Hassrede und Desinformation waren praktisch ein Leitfaden für die Einhaltung des DSA. Im Januar 2022 erklärte die Kommission während eines Treffens der Unterzeichner des Desinformationskodex, dass der Desinformationskodex „ein Mittel [sic] zur Bekämpfung systemischer Risiken auf Online-Plattformen“ sei ⁽¹²⁸⁾ und damit die Kernbotschaft des DSA widerspiegelte. ¹²⁹ Angesichts des Mangels an alternativen Leitlinien zur Einhaltung der vagen Bestimmungen des DSA blieb den Plattformen kaum eine andere Wahl, als die Zensurvorschriften des Kodex gegen Desinformation umzusetzen. ¹³⁰

- Regarding the progress on the DSA, the Commission recalled that the European Parliament endorsed the DSA and trialogues are about to start on Monday 31/01. The Code of Conduct on disinformation is a mean for addressing systemic risks on online platforms. There is a clear call for a co-regulation approach for tackling disinformation.

Die Europäische Kommission bezeichnete die Einhaltung des Desinformationskodex als einen Weg, um „systemische Risiken“ im Einklang mit dem DSA anzugehen.

Der Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament – die beiden gesetzgebenden Organe der EU – haben im April 2022 eine „vorläufige Vereinbarung“ zur Verabschiedung des DSA getroffen. ¹³¹ Zu diesem Zeitpunkt erklärte die Kommission öffentlich, dass der Kodex gegen Desinformation im Wesentlichen verbindlich sei. Im Juni 2022 twitterte die Kommission, dass „der Verhaltenskodex gegen Desinformation durch das Gesetz über digitale Dienste unterstützt wird, was bedeutet, dass Unternehmen, die sich nicht daran halten, mit Geldstrafen von bis zu 6 % ihres weltweiten Umsatzes rechnen müssen“. ¹³² Die Bemühungen der Europäischen Kommission, die „freiwilligen“ Kodizes gegen Desinformation und Hassrede verbindlich zu machen, waren erfolgreich. Und gemäß dem DSA würden Plattformen, die sich weigern, die im Kodex gegen Hassrede und Desinformation geforderte Zensur durchzuführen, mit hohen Geldstrafen belegt werden.



¹²⁸ Neuer Verhaltenskodex zur Desinformation: Protokoll der 4. Generalversammlung der Unterzeichner (28. Januar 2022), siehe Ex. 61.

¹²⁹ Gesetz über digitale Dienste, siehe oben Anmerkung 26, Art. 34-35.

¹³⁰ Siehe allgemein interne E-Mails zwischen Google-Mitarbeitern (22. Juni 2023), siehe Ex. 2.

¹³¹ Pressemitteilung, Rat der Europäischen Union, Gesetz über digitale Dienste: Vorläufige Einigung zwischen Rat und Europäischem Parlament, um das Internet für europäische Bürger sicherer zu machen (23. April 2022), <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2022/04/23/digital-services-act-council-and-european-parliament-reach-deal-on-a-safer-online-space/>.

¹³² Europäische Kommission (@EU_Commission), X (16. Juni 2022, 7:09 Uhr), https://x.com/EU_Commission/status/1537391801182699521.

D. Die DSA ist der Höhepunkt der Kampagne der Europäischen Kommission zur Erlangung einer globalen Kontrolle über die Online-Diskurslandschaft.

Die Kodexe gegen Hassrede und Desinformation waren die Vorläufer der formell verbindlichen Anforderungen an die digitale Zensur im Rahmen des DSA. Beamte der Europäischen Kommission haben dies wiederholt bestätigt. Prabhat Agarwal, der oberste Beamte der Europäischen Kommission, der für die Umsetzung des DSA verantwortlich ist, sagte während einer Veranstaltung im März 2024, dass die Kodexe gegen Hassrede und Desinformation darauf abzielten, Plattformen, die nicht genügend Inhalte zensurierten, um die Europäische Kommission zu besänftigen, „Reputationsschaden“ zuzufügen.¹³³ Die DSA, so sagte er, gebe den Regulierungsbehörden etwas noch Besseres: „das Gesetz“, also verbindliche Zensurverpflichtungen.¹³⁴ Die Kodexe gegen Hassrede und Desinformation waren der erste Schritt, um der Europäischen Kommission ein Mitspracherecht bei der Moderation von Plattforminhalten zu gewähren. Die DSA kam einer vollständigen Übernahme gleich.

Prabhat Agarwal :

- We adopted a strong legislation in a small amount of time and it's important to recognise this effort. We didn't foresee most of the harm that are appearing these days. Deepfakes was added during the negotiations, as well as the emphasis on harms on minors. Recommender systems were an object we were regulated for the first time. We are now applying these rules and it's not an easy challenge. **Engagement based ranking, recommender systems, are valuable enforcement related evidence. We need and receive plenty of high quality data, and it will allow for high enforcement quality. Before, we hoped for reputational damage on platforms, but we now have the law that we can apply.**

Ein interner Bericht eines Google-Mitarbeiters beschreibt, wie ein hochrangiger DSA-Beauftragter erklärte, dass die Kodexe gegen Hassrede und Desinformation Vorläufer des DSA waren, mit denen „Plattformen Reputationsschaden zugefügt“ werden sollte.

Bei derselben Veranstaltung erklärte Renate Nikolay, stellvertretende Generaldirektorin der Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien (DG-Connect), der für die Durchsetzung des DSA zuständigen Dienststelle der Europäischen Kommission, stolz, dass die Europäische Kommission mit dem DSA „die Kontrolle über Empfehlungssysteme“ habe.¹³⁵ Nikolay sagte jedoch, dies sei „nicht genug“ und die Europäische Kommission müsse „noch weiter gehen“.¹³⁶ Nikolays Äußerungen bestätigen, was die Gegner des DSA seit langem behaupten: Das Gesetz ziele auf die Kontrolle der Online-Berichterstattung ab.

Renate Nikolay, Directorate-General for Communications Networks, Content and Technology, EU Commission

- The DSA is a holistic approach, it is not going after one incident, but it is systemic. How are platforms using the space and how we can push them to do better? We have already opened 2 investigations into X and TikTok. We were alone first, because we had to deal with the VLOPs. We already see effects from all that work, we see more transparency, and we see that it is easier to flag illegal content, easier to appeal against content moderation decisions, and **there is control of recommender systems, but it is not enough. We have to go further.**

In einer internen E-Mail eines Google-Mitarbeiters wird beschrieben, wie ein hochrangiger EU-Beamter erklärte, die Zensur im Rahmen des DSA gehe nicht weit genug.

¹³³ Auszug aus „Protecting The 2024 Elections: From Alarm to Action“ (8. März 2024), siehe Ex. 244.

¹³⁴ *Id.*

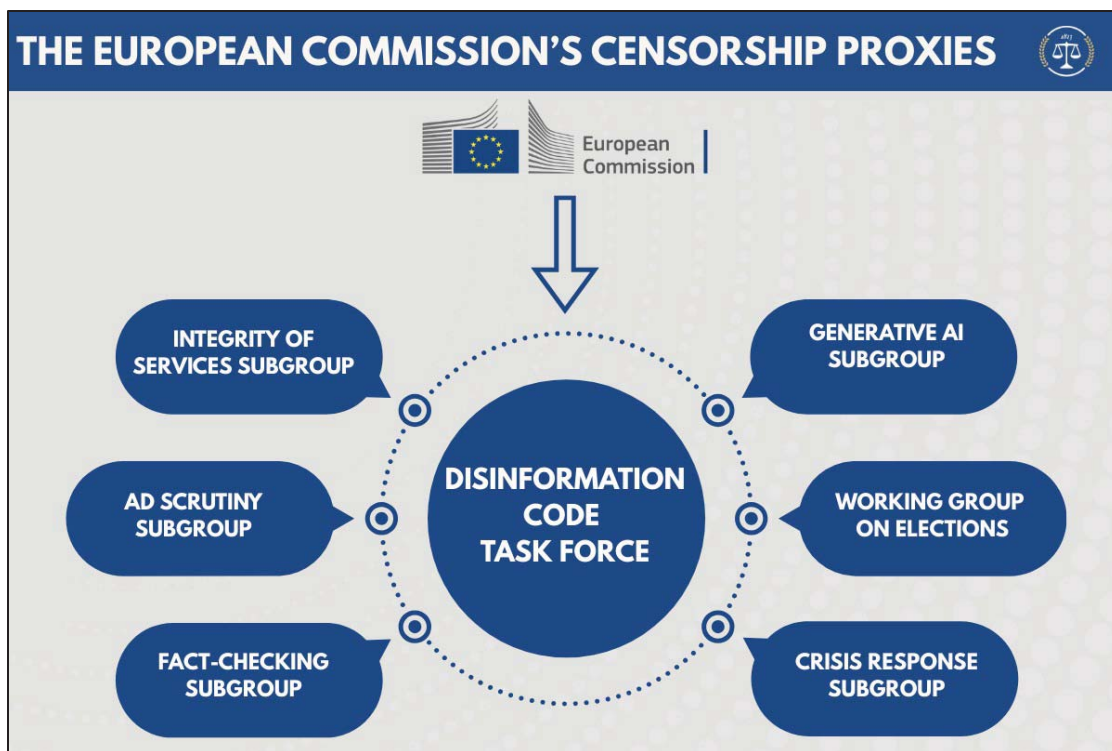
¹³⁵ *Id.*

¹³⁶ *Id.*

E. Das „freiwillige“ und „konsensorientierte“ europäische Zensurregime ist weder freiwillig noch konsensorientiert.

Parallel zur Verabschiedung des DSA versuchte die Kommission, die bereits bestehenden, angeblich freiwilligen Kodizes und Foren, darunter den Kodex zur Bekämpfung von Desinformation, zu stärken, um sich regelmäßiger mit Plattformen über die Moderation von Inhalten auszutauschen.

So aktualisierte die Europäische Kommission beispielsweise im Jahr 2022, kurz bevor die DSA in Kraft treten sollte, den Dezinformationskodex von 2018. Nach den neuen Leitlinien mussten Plattformen an einer „Task Force“ zum Dezinformationskodex teilnehmen, die sich regelmäßig traf, um den Ansatz der Plattformen zur Zensur sogenannter Desinformation zu diskutieren.¹³⁷ Die Task Force wurde in sechs „Untergruppen“ unterteilt, die sich auf bestimmte Themen der Desinformation konzentrierten, darunter Faktenprüfung, Wahlen und die Demonetarisierung konservativer Nachrichtenmedien.¹³⁸ In allen diesen Untergruppen fanden zwischen Ende 2022 und 2024 mehr als 90 Treffen zwischen Plattformen, zensierenden NGOs und Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission statt.¹³⁹



Diese Treffen waren ein wichtiges Forum für die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission, um Druck auf die Plattformen auszuüben, ihre Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern und zusätzliche Zensurmaßnahmen zu ergreifen. So erkundigte sich die Europäische Kommission beispielsweise in mehr als einem Dutzend Sitzungen der Untergruppe „Krisenreaktion“ nach den „Änderungen der Richtlinien“ der Plattformen „im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Desinformation“.¹⁴⁰

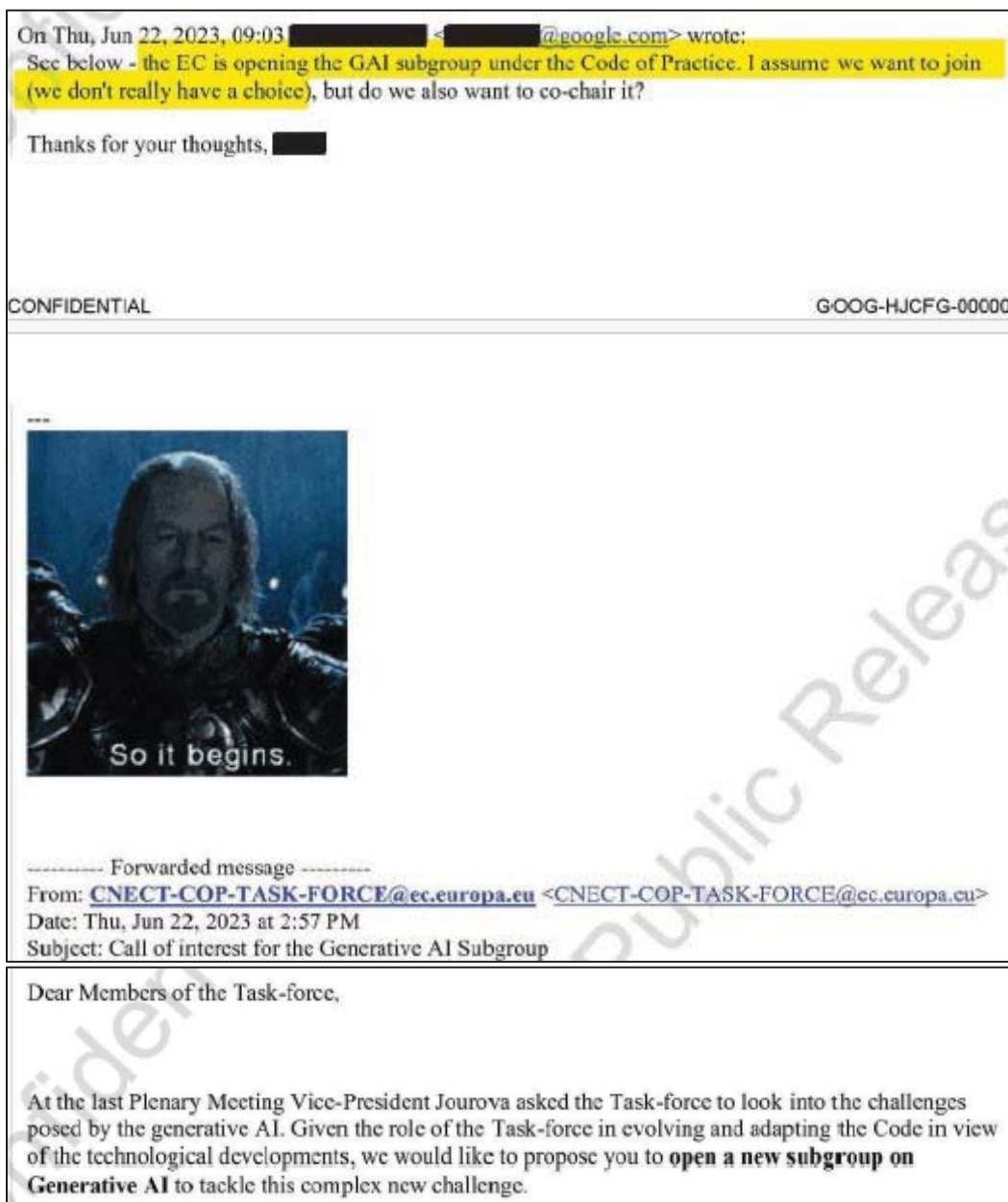
¹³⁷ Dezinformationskodex, *siehe oben* Anmerkung 124, § IX.

¹³⁸ *Siehe unten* Abschnitt III.F.ii.

¹³⁹ *Id.*

¹⁴⁰ *Siehe z. B.* Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ (14. Dezember 2022), *siehe Ex.* 196.

Die Teilnahme am Desinformationskodex war angeblich freiwillig und Teil des Ansatzes der Europäer, einen sogenannten Regulierungsdialo mit Plattformen zu führen, um einen „Konsens“ zu erzielen.¹⁴¹ Die Unternehmen wussten jedoch, dass dies nicht der Fall war. Als die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Jourova, die Teilnehmer der Taskforce zum Kodex gegen Desinformation im Juni 2023 fragte, ob die Plattformen „eine neue Untergruppe zum Thema generative KI“ gründen wollten, räumte Google intern ein, dass es „wirklich keine Wahl“ habe, ob es beitreten wolle – die Kommission erwarte dies.¹⁴²

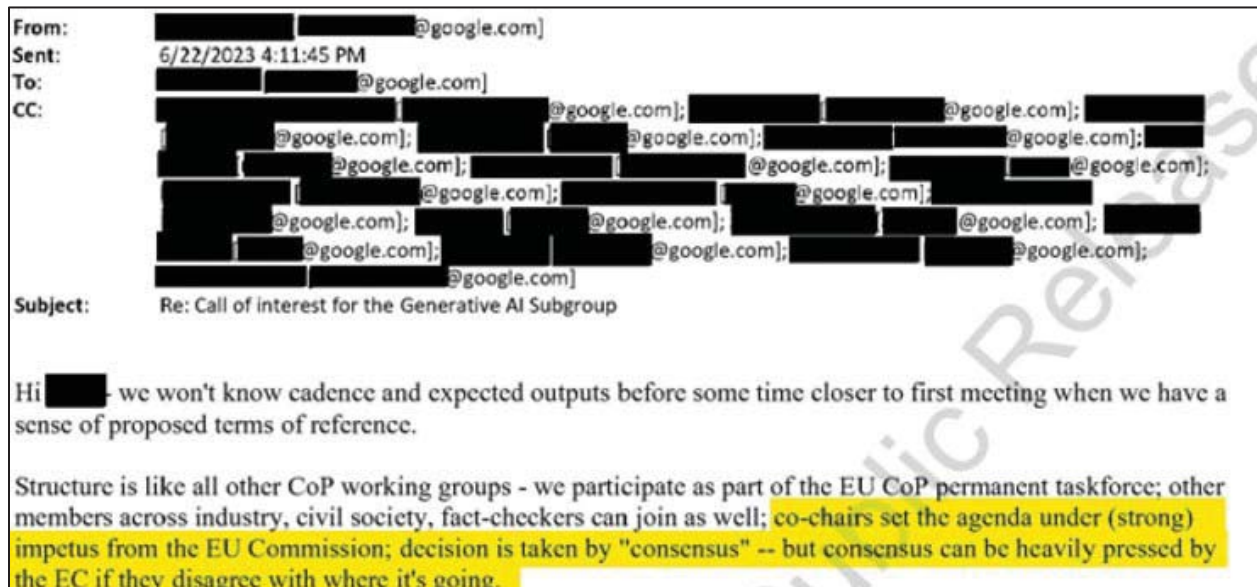


Nachdem die Europäische Kommission eine neue Untergruppe zum Kodex gegen Desinformation eingerichtet hatte, diskutierten Google-Mitarbeiter intern, dass „wir keine wirkliche Wahl haben“, ob wir beitreten wollen oder nicht.

¹⁴¹ Interne E-Mails zwischen Google-Mitarbeitern (22. Juni 2023), siehe Ex. 2.

¹⁴² *Id.*

Ein anderer Google-Mitarbeiter erklärte seinen Kollegen, wie diese „freiwilligen“ Gruppen tatsächlich funktionieren: Die Agenda wird „unter (starkem) Druck der EU-Kommission“ festgelegt, und ein sogenannter „Konsens“ wird unter starkem Druck der Europäischen Kommission erzielt, „wenn sie mit den Unternehmen nicht einverstanden sind“.¹⁴³



Google-Mitarbeiter stellten fest, dass die Teilnahme an den Sitzungen der Untergruppe „Desinformationskodex“ praktisch obligatorisch war und dass die Europäische Kommission eine erhebliche Kontrolle über die Tagesordnung und die Initiativen der Gruppe behielt.

F. Heute erklärt die Europäische Kommission ausdrücklich, dass die Einhaltung der Codes gegen Hassrede und Desinformation effektiv als DSA-Safe-Harbor dient und dass Plattformen, die sich nicht daran halten, mit Vergeltungsmaßnahmen rechnen müssen.

Seit der Verabschiedung des DSA im Oktober 2022 vertritt die Europäische Kommission konsequent die Auffassung, dass die strikte Einhaltung der Kodexe zu Desinformation und Hassrede der einzige klare Weg ist, um Strafen nach dem DSA zu vermeiden. Der aktualisierte Kodex zu Desinformation, der 2022 kurz vor der Verabschiedung des DSA verabschiedet wurde, besagt, dass die Einhaltung des Kodex „als mögliche Risikominderungsmaßnahme gemäß Artikel 35 des DSA betrachtet werden sollte“.¹⁴⁴ Die Europäische Kommission gab während der Aktualisierung des Kodexes gegen Hassrede im Jahr 2023 ähnliche Erklärungen ab. Im März 2023, zu Beginn der Überarbeitung des Kodexes, teilte die Europäische Kommission den Plattformen in einer Frage-und-Antwort-Runde mit, dass der Kodex gegen Hassrede „als Risikominderungsmaßnahme im Rahmen der Risikobewertungsanforderungen des DSA dienen soll“.¹⁴⁵

¹⁴³ *Id.*

¹⁴⁴ Kodex gegen Desinformation, siehe Fußnote 124, Präambel (L).

¹⁴⁵ Europäische Kommission: Fragen und Antworten zur Überarbeitung des Kodex (27. März 2023), siehe Beispiel 44.

GLOSSAR DER ZENSURMAßNAHMEN DER EU	
Aktualisierter Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation (2022)	Der aktualisierte Kodex zur Desinformation enthält 44 Verpflichtungen im Zusammenhang mit Desinformation und schafft einen Rahmen für die Unterzeichner, um eng zusammenzuarbeiten und Informationen auszutauschen. ¹⁴⁶ So verpflichtet er beispielsweise Plattformen dazu, sich mit zensierenden NGOs und voreingenommenen Faktenprüfern abzustimmen, um Inhalte während Wahlperioden aggressiv zu zensieren. ¹⁴⁷ Dieser angeblich „freiwillige“ Kodex wurde in den Rechtsrahmen des DSA integriert, was bedeutet, dass Plattformen für die Nichteinhaltung bestraft werden können. ¹⁴⁸
Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet + (2025)	Der überarbeitete Kodex gegen Hassrede, der im Januar 2025 in Kraft trat, enthält zusätzliche Zensurverpflichtungen, darunter „Bedingungen für den Umgang mit illegaler Hassrede“. ¹⁴⁹ Dieser angeblich „freiwillige“ Kodex wurde in den Rechtsrahmen der DSA integriert, was bedeutet, dass Plattformen für die Nichteinhaltung bestraft werden können. ¹⁵⁰

Die vielleicht deutlichste Stellungnahme der Kommission zu den Kodexen gegen Hassrede und Desinformation kam im September 2024 von Renate Nikolay, stellvertretende Generaldirektorin der GD Connect. Bei einem Treffen der Unterzeichner des Kodex gegen Desinformation erklärte Nikolay gegenüber den Plattformen, dass die Einhaltung des Kodex im Rahmen des DSA „eine wirksame Maßnahme zur Risikominderung darstellen könnte“.¹⁵¹ Nikolay ging noch einen Schritt weiter und erklärte, dass die Weigerung, sich anzuschließen, „berücksichtigt werden könnte, wenn festgestellt wird, ob der Anbieter die im DSA festgelegten Verpflichtungen einhält“.¹⁵² Ein hochrangiger Beamter der Europäischen Kommission bestätigte, was die Plattformen schon lange vermutet hatten: Die Zensurverpflichtungen in den Kodexen zu Desinformation und Hassrede waren praktisch verbindlich.

¹⁴⁶ 2022 Verstärkter Verhaltenskodex zur Desinformation, EUROPÄISCHE KOMMISSION (16. Juni 2022), <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/2022-strengthened-code-practice-disinformation>.

¹⁴⁷ *Id.*

¹⁴⁸ Pressemitteilung, Europäische Kommission, Kommission befürwortet die Integration des freiwilligen Verhaltenskodexes zur Bekämpfung von Desinformation in den Digital Services Act (12. Februar 2025), https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_505.

¹⁴⁹ Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet +, EUROPÄISCHE KOMMISSION (20. Januar 2025), <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/code-conduct-countering-illegal-hate-speech-online>. (im Folgenden „Kodex gegen Hassrede“).

¹⁵⁰ *Id.*

¹⁵¹ Zusammenfassung der Rundtischdiskussion über die Überprüfung der Verpflichtungen des Verhaltenskodexes zur Bekämpfung von Desinformation (30. September 2024), siehe Ex. 174.

¹⁵² *Id.*

*

*

*

Seit 2015 strebt die Europäische Kommission ein umfassendes Gesetz zur digitalen Zensur an, das ihr die Kontrolle über den politischen Diskurs im modernen öffentlichen Raum geben soll. Die europäischen Regulierungsbehörden begannen diese Kampagne 2015 mit dem EU-Internetforum und erweiterten sie 2016 mit dem Kodex gegen Hassrede und 2018 mit dem Kodex gegen Desinformation. Diese Zensurverpflichtungen waren angeblich freiwillig, aber die Plattformen verstanden die Absicht der Europäischen Kommission, die hinter ihnen stand: Der Kodex gegen Hassrede und der Kodex gegen Desinformation waren Vorläufer des Digital Services Act, der der Europäischen Kommission weitreichende Durchsetzungsbefugnisse gegenüber Plattformen einräumte – einschließlich der Befugnis, Plattformen zu bestrafen, die eine offene Debatte über sensible politische Themen zuließen. Dies schuf einen klaren Anreiz für die Plattformen: Entweder sie kamen den Zensurforderungen der Europäischen Kommission noch vor Inkrafttreten des DSA nach oder sie riskierten später regulatorische Vergeltungsmaßnahmen, sobald die Kommission massive Geldstrafen verhängen und sogar Plattformen in der EU verbieten konnte.¹⁵³ Heute sind der Kodex gegen Desinformation und der Kodex gegen Hassrede die einzigen sicheren Häfen gegen die Durchsetzung des DSA, was sie für Plattformen, die Strafmaßnahmen der Europäischen Kommission vermeiden wollen, praktisch obligatorisch macht.

III. DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION HAT PLATTFORMEN ERFOLGREICH DAZU GEDRÄNGT, ÄNDERUNG IHRER GLOBALEN RICHTLINIEN ZUR MODERATION VON INHALTEN, WAS SICH DIREKT NACHTEILIG AUF DIE MEINUNGSFREIHEIT IN DEN VEREINIGTEN STAATEN AUSWIRKT.

Jede große Online-Plattform hat Regeln darüber, welche Inhalte Nutzer veröffentlichen dürfen. Unter verschiedenen Bezeichnungen wie „Community-Standards“ oder „Community-Richtlinien“ sind diese Richtlinien zur Moderation von Inhalten wichtig: Sie legen die Grenzen fest, welche Diskussionen auf dem modernen Marktplatz erlaubt sind.¹⁵⁴ Anhand dieser Regeln moderieren Plattformen Inhalte in großem Umfang mithilfe künstlicher Intelligenz und anderer automatisierter Tools und prägen so die politische Debatte weltweit.¹⁵⁵ Menschen spielen in diesem Prozess eine immer geringere Rolle, was bedeutet, dass für Regulierungsbehörden, die die Kontrolle über die Narrative anstreben, die Regeln zur Moderation von Inhalten der wichtigste Druckpunkt sind. Wenn Plattformen effektiv dazu gezwungen werden, diese übergeordneten Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern, führt dies zu einer weltweiten Zensur der Meinungsäußerung.

Aus nicht öffentlichen Dokumenten geht hervor, dass die Europäische Kommission seit 2020 regelmäßig Druck auf die weltweit größten Social-Media-Plattformen ausübt, ihre Richtlinien zur Moderation von Inhalten zu ändern. Der Wortlaut des Kodexes gegen Hassrede, des Kodexes gegen Desinformation und des DSA verpflichtet Unternehmen dazu, ihre Richtlinien zu ändern, um vage definierte Kategorien schädlicher Inhalte zu bekämpfen. Hinter verschlossenen Türen war der Druck sogar noch größer. Die Europäische Kommission

¹⁵³ Digital Services Act, *siehe oben* Anmerkung 26, Art. 36, 52.

¹⁵⁴ *Siehe z. B. Community Standards*, META, <https://transparency.meta.com/policies/community-standards/> (zuletzt aufgerufen am 29. Januar 2026); *YouTube-Community-Richtlinien*, YOUTUBE HELP, <https://support.google.com/youtube/answer/9288567?hl=en> (zuletzt aufgerufen am 29. Januar 2026); *Die X-Regeln*, X, <https://help.x.com/en/rules-and-policies/x-rules> (zuletzt aufgerufen am 29. Januar 2026); *Community-Richtlinien*, TIKTOK, <https://www.tiktok.com/community-guidelines/en> (zuletzt aufgerufen am 29. Januar 2026).

¹⁵⁵ *Siehe Content Moderation in a New Era for AI and Automation*, META OVERSIGHT BOARD, <https://www.oversightboard.com/news/content-moderation-in-a-new-era-for-ai-and-automation/> (zuletzt abgerufen am 15. Januar 2026) („Die meisten Entscheidungen zur Moderation von Inhalten werden heute von Maschinen und nicht von Menschen getroffen, und dieser Trend wird sich nur noch beschleunigen.“)

wiederholt Plattformen aufgefordert, Inhalte im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und der russischen Invasion in der Ukraine – zwei der folgenreichsten politischen Ereignisse der 2020er Jahre – aggressiver zu zensieren. Diese Kampagne ging bis ganz nach oben: Führende Vertreter der Europäischen Kommission, darunter die Vizepräsidentin für Werte und Transparenz, Vera Jourova, und der Kommissar für den Binnenmarkt, Thierry Breton, trafen sich regelmäßig mit den CEOs der Plattformen, um auf mehr Zensur zu drängen. Und der Druck hat sich seit der Verabschiedung des DSA, der der Europäischen Kommission weitreichende neue Ermittlungs- und Vergeltungsbefugnisse einräumt, um sicherzustellen, dass Social-Media-Plattformen ihren Forderungen nachkommen, nur noch verstärkt. Letztendlich zeigte der Druck Wirkung: Als Ergebnis der jahrelangen Druckkampagne der Europäischen Kommission führten die Plattformen neue globale Regeln ein, die unter anderem „verschlüsselte Aussagen“, die „ungleiche Behandlung normalisieren“, und „aus dem Zusammenhang gerissene Medienberichte“ zensieren.¹⁵⁶ Einfach ausgedrückt: Die Plattformen änderten ihre Regeln, um aufgrund des Drucks der Europäischen Kommission wahrheitsgemäße Informationen *in den Vereinigten Staaten* zu zensieren.

A. Da Richtlinien zur Moderation von Inhalten nicht auf Länderbasis praktikabel oder wirksam durchgesetzt werden können, sind sie global ausgerichtet.

Entscheidend ist, dass die Regeln der Plattformen zur Moderation von Inhalten global gelten – und dies auch müssen.¹⁵⁷ Es ist unpraktisch und schadet der Privatsphäre der Nutzer, wenn große Technologieunternehmen in jeder Gerichtsbarkeit weltweit unterschiedliche Regeln zur Moderation von Inhalten anwenden.¹⁵⁸

Erstens müssten Plattformen, um länderspezifische Regeln zur Inhaltsmoderation durchzusetzen, wissen, wo sich jeder einzelne Nutzer befindet. Dies stellt ein klares Datenschutzrisiko dar. Derzeit können Nutzer Maßnahmen ergreifen, um Online-Plattformen daran zu hindern, ihren genauen Standort zu verfolgen, indem sie „die Standortfreigabe oder GPS-Funktion auf ihrem Gerät deaktivieren“.¹⁵⁹ Einige Plattformen, die sensibel auf Datenschutzbedenken der Nutzer reagieren, erfassen überhaupt keine Standortdaten.¹⁶⁰ Damit Plattformen unterschiedliche Länder-spezifische Regeln zur Moderation von Inhalten wirksam durchsetzen können, müssten sie jedes Mal, wenn sich ein Nutzer auf der Plattform anmeldet, Zugriff auf seinen genauen Standort haben. Dies stellt in mehrfacher Hinsicht eine klare Bedrohung für die Privatsphäre der Nutzer dar. Angesichts der weltweit zunehmenden Zensur verlangen Regierungen immer aggressiver von Plattformen, dass sie Kontoinformationen von Nutzern herausgeben, denen verschiedene Gedankenverbrechen vorgeworfen werden. Genaue Standortdaten dieser Nutzer würden es der Regierung ermöglichen, mutmaßliche Meinungsdelikte viel einfacher und präziser zu überwachen und zu verfolgen. Darüber hinaus müssten Plattformen diese Standortdaten wahrscheinlich irgendwo speichern. Dies erhöht das Risiko von Datenverstößen, durch die Standort- und Netzwerkdaten von Nutzern auf der ganzen Welt offengelegt werden könnten.¹⁶¹

¹⁵⁶ TikTok Community Guidelines Update Executive Summary (20. März 2024), *siehe* Ex. 8; TikTok Community Guidelines Survey, *siehe* Ex. 15.

¹⁵⁷ *Siehe z. B. Durchsetzung der YouTube-Community-Richtlinien*, GOOGLE TRANSPARENCY REPORT, <https://transparencyreport.google.com/youtube-policy/removals> (zuletzt aufgerufen am 29. Januar 2026) (Die Community-Richtlinien von YouTube werden weltweit einheitlich durchgesetzt, unabhängig davon, wo die Inhalte hochgeladen werden. Wenn Inhalte aufgrund eines Verstoßes gegen unsere Richtlinien entfernt werden, werden sie weltweit entfernt.”); *Community-Richtlinien*, TIKTOK, https://www.tiktok.com/support/faq_detail?id=7543604781873371654 (zuletzt aufgerufen am 29. Januar 2026) („Unsere Community-Richtlinien gelten für unsere globale Community und alles, was auf TikTok geteilt wird.”).

¹⁵⁸ *Siehe* DSA-Zensurbericht I, *oben* Anmerkung 3, S. 31.

¹⁵⁹ Amy Bunn, *Was wissen Social-Media-Unternehmen über Sie?*, MCAFEE (29. Oktober 2021).

¹⁶⁰ Antwort von Rumble Inc. auf eine Aufforderung zur Vorlage von Unterlagen durch das Büro für Menschenrechte von British Columbia (31. August 2022), *siehe* Ex. 288.

¹⁶¹ *Siehe Geo-IP-Blockierung: Ein zweischneidiges Schwert für die Sicherheit von Netzwerk-Firewalls*, HOSTOMIZE, <https://hostomize.com/blog/geo-ip/> (zuletzt aufgerufen am 21. Juli 2025).

Zweitens lassen sich länderspezifische Content-Moderationssysteme leicht umgehen. VPNs ermöglichen es Nutzern, ihren virtuellen Standort zu ändern, indem sie sich mit Servern in verschiedenen Ländern verbinden.¹⁶² Mit VPNs können Nutzer lokale Inhaltsbeschränkungen mit minimalen Kosten umgehen. Dies macht eine länderspezifische Content-Moderation praktisch unmöglich. Tatsächlich haben Australien und Brasilien ausdrücklich die *weltweite* Entfernung von Inhalten angeordnet oder mit Geldstrafen für Nutzer gedroht, die VPNs verwenden, um auf geografisch gesperrte Inhalte zuzugreifen.¹⁶³ Selbst wenn Plattformen in jedem Land unterschiedliche Regeln zur Moderation von Inhalten durchsetzen könnten und dies auch täten, würden sie wahrscheinlich dennoch Druck von den Regulierungsbehörden erfahren, da VPNs es den Nutzern ermöglichen würden, jedes zensierende Regulierungssystem leicht zu umgehen.

Schließlich sind die Kosten für die länderspezifische Moderation von Inhalten unerschwinglich hoch. Es wäre mit erheblichen Kosten verbunden, mehrere Trust- und Safety-Teams aufzubauen, zu entwickeln und zu unterhalten, um für jedes Land separate Richtlinien zur Moderation von Inhalten umzusetzen und kontinuierlich zu pflegen.¹⁶⁴ Für große Plattformen käme dies zu der massiven finanziellen Belastung durch die Einhaltung der EU-Vorschriften hinzu, die bereits als extraterritoriale Steuer auf amerikanische Technologieinnovationen fungiert.¹⁶⁵ Und für kleinere Plattformen wären die Kosten ruinös. Sie würden aus dem Markt verdrängt oder gar nicht erst zugelassen, was die Marktposition der führenden Online-Plattformen festigen würde.

Ein Beispiel für die globale Reichweite der europäischen Internetregulierung ist die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Dieses europäische Gesetz schreibt vor, dass Pop-up-Anzeigen auf Websites die Nutzer darüber informieren müssen, wie ihre Daten erfasst und gespeichert werden.¹⁶⁶ Obwohl das Gesetz angeblich auf europäische Nutzer abzielt, sind diese Pop-ups in den Vereinigten Staaten weit verbreitet, wenn nicht sogar allgegenwärtig.¹⁶⁷ Dies ist ein Ergebnis des sogenannten „Brüssel-Effekts“: Da es invasiv, unpraktisch und letztlich ineffektiv ist, das globale Internet mit unterschiedlichen Regeln für verschiedene Gerichtsbarkeiten aufzuteilen, werden europäische Vorschriften *de facto* zu globalen Standards.¹⁶⁸ EU-Bürokraten wissen das und nutzen diese Tatsache als Waffe. Wie die *New York Times* berichtete, hofften die Befürworter des DSA, „dass seine Auswirkungen weit über Europa hinausreichen und die Unternehmenspolitik in den Vereinigten Staaten und anderswo verändern könnten“.

Aus diesen Gründen wirkt sich der Druck Europas, die Regeln für die Moderation von Plattforminhalten zu ändern, *weltweit* auf die Meinungsäußerung aus, natürlich auch in den Vereinigten Staaten. Kategorien wie „Fehlinformationen“ und „Hassrede“ lassen sich unmöglich objektiv definieren. Schlimmer noch, die Regierung nutzt diese vagen, dehnbaren Kategorien von Inhalten unweigerlich, um ihre politischen Gegner ins Visier zu nehmen und ihre eigene Macht zu festigen. Angesichts der Natur des Internets und der sozialen Medien gilt: Wenn Europa Druck auf soziale Medien ausübt

¹⁶² Ausra Korkuzaite, *Bestes VPN für Geoblocking im Jahr 2026*, CYBERNEWS (zuletzt aktualisiert am 4. Juli 2025).

¹⁶³ Siehe z. B. Tom Crowley, „Silly“ to demand global takedowns: Dutton weighs in on eSafety case, AUSTRALIAN BROADCASTING CORP. (25. April 2024); *Faktencheck: Brasilianer können für die Nutzung von VPN zum Zugriff auf X mit Geldstrafen belegt werden*, REUTERS (6. September 2024) (zuletzt aktualisiert am 9. September 2024).

¹⁶⁴ Siehe z. B. Trevor Wagener, *The High Cost of State-by-State Regulation of Internet Content Moderation*, DISRUPTIVE COMPETITION PROJECT (17. März 2021).

¹⁶⁵ Siehe Carl Schramm, *Kosten für US-Unternehmen durch die EU-Verordnung über digitale Dienste*, COMPUTER AND COMM'CN'S INDUSTRY ASS'N (Juli 2025) (Berechnung der direkten Kosten für die Einhaltung europäischer Vorschriften für US-Technologieunternehmen auf 97,6 Milliarden US-Dollar jährlich).

¹⁶⁶ Siehe Jack Schofield, *Was soll ich mit all den DSGVO-Pop-ups auf Websites machen?*, THE GUARDIAN (5. Juli 2018).

¹⁶⁷ Siehe Allison Schiff, *Warum verwenden so viele US-Unternehmen Cookie-Banner auf ihren Websites?*, ADEXCHANGER (17. April 2023) („Die meisten Cookie-Banner sind so konzipiert, dass sie den Datenschutzverpflichtungen der EU entsprechen.“). ¹⁶⁸ Siehe Dawn Carla Nunziato, *Der Digital Services Act und der Brüssel-Effekt auf die Moderation von Plattforminhalten*, 24 CHIC. J. INT. LAW 115 (2023).

¹⁶⁹ Steven Lee Myers, *EU-Recht bereitet den Boden für einen Konflikt um Desinformation*, N.Y. TIMES (27. September 2023).

Unternehmen dazu zu bewegen, ihre Regeln zur Inhaltsmoderation zu ändern, beeinflussen europäische Bürokraten, was US-Nutzer sehen und posten können. Aus diesem Grund überwacht der Ausschuss die Einhaltung ausländischer Zensurgesetze wie der DSA durch Technologieunternehmen.

B. Der Wortlaut der Kodizes zu Desinformation und Hassrede verpflichtet Plattformen dazu, ihre Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern.

Die wichtigsten Zensurinitiativen der Europäischen Kommission in den letzten zehn Jahren waren der Verhaltenskodex gegen Desinformation, der Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet und der Digital Services Act. Der Wortlaut jedes einzelnen macht deutlich, dass Plattformen ihre globalen Regeln zur Moderation von Inhalten ändern sollten, um diesen Vorschriften zu entsprechen, was bedeutet, dass von Plattformen erwartet wird, dass sie Inhalte zensurieren, die von europäischen Regulierungsbehörden als „Desinformation“ oder „Hassrede“ eingestuft werden.

Der Kodex gegen Hassrede verlangt, dass „die Unterzeichner [...] über Nutzungsbedingungen verfügen, die die Nutzer darüber informieren, dass sie illegale Hassrede auf ihren Diensten verbieten.“¹⁷⁰ In der Praxis bedeutet dies, dass von den Plattformen erwartet wird, dass sie mit ihren globalen Regeln zur Moderation von Inhalten dafür sorgen, dass Äußerungen zensuriert werden, die in Europa als „illegale Hassrede“ gelten würden. Der Ausschuss hat zuvor aufgezeigt, dass europäische Regulierungsbehörden den konventionellen politischen Diskurs über Einwanderung und andere sensible Themen als „illegale Hassrede“ einstufen.¹⁷¹ Gemäß dem Wortlaut des Kodexes gegen Hassrede erwartet die Europäische Kommission, dass diese Inhalte, die in den Vereinigten Staaten durch das First Amendment geschützt sind, im Rahmen der Inhaltsmoderationsrichtlinien der Plattformen zensuriert werden.

Ebenso verpflichtet der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation die Unterzeichnerplattformen dazu, „Richtlinien einzuführen oder weiter zu verstärken, um sowohl Fehlinformationen als auch Desinformation in ihren Diensten zu bekämpfen“.¹⁷² In gleicher Weise bedeutet dies funktional, dass große Social-Media-Plattformen ihre Regeln zur Moderation von Inhalten ändern müssen, um Inhalte zu zensurieren, die von europäischen Regulierungsbehörden als „Fehlinformationen oder Desinformation“ angesehen werden.

C. Der Text des DSA verpflichtet Plattformen dazu, ihre Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern.

Der Wortlaut des DSA scheint auch zu verlangen, dass Plattformen ihre Regeln zur Moderation von Inhalten ändern. Gemäß Artikel 34 sind Plattformen verpflichtet, „systemische Risiken“ auf ihren Plattformen zu identifizieren, zu denen „irreführende oder täuschende Inhalte“, „Desinformation“, „tatsächliche oder vorhersehbare negative Auswirkungen auf den zivilgesellschaftlichen Diskurs und Wahlprozesse“ sowie „Hassrede“ gehören.¹⁷³ Plattformen werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass dieses systemische Risiko auch „Informationen, die nicht illegal sind“ umfassen kann.¹⁷⁴ Gemäß Artikel 35 müssen Plattformen bestimmte Risiken mindern, was bedeutet, dass sie letztendlich Inhalte moderieren (d. h. zensurieren) müssen, die von den europäischen Regulierungsbehörden als „irreführend“, „täuschend“ oder „hasserfüllt“ eingestuft werden.¹⁷⁵ Um dies in großem Umfang zu tun, müssen Plattformen ihre weltweit geltenden Richtlinien zur Moderation von Inhalten kontinuierlich überprüfen und ändern.¹⁷⁶ Tatsächlich sieht der Kodex gegen Hassrede vor, dass die Einhaltung seiner Anforderungen zur Änderung der Moderation von Plattforminhalten

¹⁷⁰ Hate Speech Code, *siehe oben* Anmerkung 149, §1.1.

¹⁷¹ DSA-Zensurbericht I, *siehe oben* Anmerkung 3, S. 26–29.

¹⁷² Disinformation Code, *siehe oben* Anmerkung 124, § IV.

¹⁷³ Digital Services Act, *siehe oben* Anmerkung 26, Erwägungsgründe 80, 84, Art. 34.

¹⁷⁴ *Ebenda*, Erwägungsgrund 84 (Hervorhebung hinzugefügt).

¹⁷⁵ *Siehe ebenda*, Erwägungsgründe 80, 84.

¹⁷⁶ *Siehe oben* Abschnitt III.A.

Regeln können eine „angemessene Risikominderung“ im Sinne des DSA darstellen.¹⁷⁷ In ähnlicher Weise heißt es im Desinformationskodex, dass die Einhaltung seiner Anforderungen zur Änderung der Plattformrichtlinien „als mögliche Risikominderungsmaßnahme betrachtet werden sollte“.¹⁷⁸ Die Kombination aus massiven Strafen¹⁷⁹ für die Nichteinhaltung der DSA und Unklarheiten hinsichtlich der Einhaltung¹⁸⁰ – zusammen mit dem Druck der Europäischen Kommission – bedeutet, dass Plattformen kaum eine andere Wahl haben, als sich auf die Safe Harbors der Kodizes zu berufen.

D. Die Europäische Kommission versuchte, Äußerungen zu zensieren, die die vorherrschenden Regierungsnarrative zu COVID-19 und Impfstoffen in Frage stellten.

Seit Beginn der COVID-19-Pandemie versuchte die Europäische Kommission, Äußerungen zu zensieren, die die vorherrschenden Narrative über Übertragung und Impfung in Frage stellten, indem sie Plattformen dazu zwang, ihre Regeln zur Moderation von Inhalten im Zusammenhang mit COVID-19 zu ändern. Durch das „COVID-19-Programm zur Überwachung von Desinformation“ der Europäischen Kommission und Treffen mit Plattformen von 2020 bis 2023 übte die Europäische Kommission Druck auf Plattformen aus, ihre globalen Regeln zur Moderation von Inhalten im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie zu ändern, um diejenigen zum Schweigen zu bringen, die Regierungsnarrative in Frage stellten, die sich als völlig falsch herausstellten.¹⁸¹

Bereits im April 2020 übte die Europäische Kommission Druck auf Plattformen aus, um den Online-Diskurs über COVID-19 zu moderieren. In einem Telefonat zwischen der Europäischen Kommission und TikTok warnte die Europäische Kommission, dass „Fehlinformationen und Desinformation ein wichtiger Teil der Covid-Krise sind, ein wesentlicher Bestandteil der Agenda der Kommission bleiben werden, und erinnerte daran, wie wichtig es ist, die Arbeit zur Bekämpfung von Corona-Desinformation fortzusetzen und weiter zu intensivieren.“¹⁸² Die DSA war noch nicht in Kraft, aber der Desinformationskodex schon – und die Plattformen wussten, dass die DSA bald folgen würde.¹⁸³ Die Pandemie hatte gerade erst begonnen, und die Europäische Kommission übte bereits Druck auf die Social-Media-Plattformen aus, ihre Richtlinien zu ändern.

¹⁷⁷ Kodex gegen Hassrede, siehe *oben* Anmerkung 149, Präambel (I).

¹⁷⁸ Kodex zur Desinformation, siehe *oben* Anmerkung 124, Präambel (L).

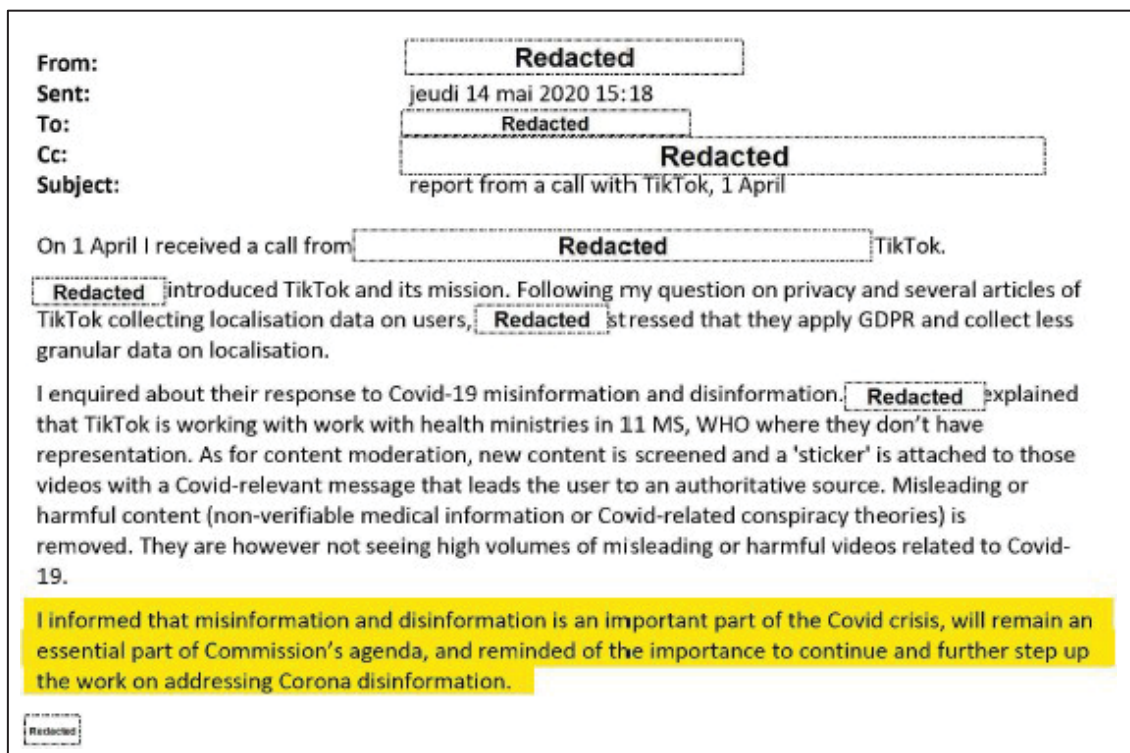
¹⁷⁹ Digital Services Act, siehe *oben* Anmerkung 26, Art. 52.

¹⁸⁰ Siehe TikTok DSA-Risikobewertungsrichtlinien (25. August 2023), siehe Ex. 5 („Der Risikobewertungsprozess ist sehr komplex und subjektiv.“)

¹⁸¹ Siehe z. B. E-Mails zwischen TikTok-Mitarbeitern und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (30. Oktober 2020), siehe Ex. 48; siehe auch *Europas Bedrohung für die amerikanische Meinungsfreiheit und Innovation: Anhörung des H. Comm. on the Judiciary*, 119. Kongress (3. September 2025) (Erklärung von Vorsitzender Jordan) („Ich weise immer gerne darauf hin, dass sich alles, was uns die Regierung über COVID erzählt hat, als falsch herausgestellt hat. Sie sagten uns, dass das Virus nicht aus einem Labor stamme. Es sieht ganz danach aus, als sei es doch so. Sie sagten uns, es handle sich nicht um Funktionsgewinnforschung, die im Labor durchgeführt wurde. Doch, das war es. Sie sagten uns, es seien nicht unsere Steuergelder, die im Labor verwendet würden. Doch, das war es. Sie sagten uns, dass Impfstoffe – sie sagten uns, dass Geimpfte sich nicht anstecken können. Sie sagten uns, dass Geimpfte das Virus nicht übertragen können. Sie sagten uns, dass Masken wirken. Sie sagten uns, dass ein Abstand von zwei Metern wissenschaftlich fundiert sei. Sie sagten uns, dass dies das erste Virus in der Geschichte sei, gegen das es keine natürliche Immunität gebe. Sie lagen in allen acht Punkten falsch.“).

¹⁸² E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an TikTok (1. April 2020), siehe Ex. 46.

¹⁸³ Siehe *unten* Abschnitt II.C.



Am 1. April 2020 warnte die Europäische Kommission TikTok, dass es mehr tun müsse, um sogenannte Desinformation zu zensieren.

Bald darauf weitete die Europäische Kommission ihre Druckkampagne öffentlich aus. Im Juni 2020 startete die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, ein „COVID-19-Programm zur Überwachung von Desinformation“, das die Unterzeichner des Desinformationskodex dazu verpflichtete, zunächst monatlich, dann alle zwei Monate Berichte über ihre Bemühungen zur „Herabstufung und Entfernung“ von Informationen vorzulegen, die die Europäische Kommission als falsch erachtete, und „autoritative Inhalte zu fördern“, die die von der Regierung bevorzugten Narrative wiederholten.¹⁸⁴ In dem Schreiben der Europäischen Kommission, in dem TikTok aufgefordert wurde, sich dem „Überwachungsprogramm“ anzuschließen, wurde präzisiert, dass die Europäische Kommission an „Richtlinien, Verfahren und Maßnahmen“ interessiert sei, die Plattformen „seit Ausbruch der COVID-19-Krise als Reaktion auf die damit einhergehende Infodemie“ ergriffen hätten.¹⁸⁵ Diese Meldevorschriften waren im Wesentlichen Zensurvorschriften: Plattformen, die nicht genügend Inhalte entfernten, um die Europäische Kommission zu beschwichtigen, würden für regulatorische Vergeltungsmaßnahmen ausgewählt werden, was bedeutete, dass Plattformen ihre globalen Regeln zur Moderation von Inhalten ändern mussten, um von der Europäischen Kommission unerwünschte Inhalte in großem Umfang zu zensieren.

1. Baseline information on relevant policies and procedures as of 31 July 2020.

Platforms and relevant industry associations are invited to provide the Commission with an up-to-date information on the policies, procedures and actions they have enacted since the outbreak of the COVID-19 crisis as a response to the concomitant infodemic.

Die Europäische Kommission warnte Social-Media-Plattformen hinter verschlossenen Türen, dass sie ihre Regeln zur Moderation von COVID-19-Inhalten ändern sollten.

¹⁸⁴ Programm zur Überwachung von Falschinformationen über COVID-19, EUROPÄISCHE KOMMISSION, <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/covid-19-disinformation-monitoring> (zuletzt aufgerufen am 29. Januar 2026). ¹⁸⁵ Schreiben der Europäischen Kommission an TikTok (22. Juli 2020), siehe Ex. 47 (Hervorhebung im Original).

Selbst europäische Unternehmen, die in der Regel vor den schlimmsten Regulierungsmaßnahmen der Kommission geschützt sind, spürten den Druck. Im selben Monat, im Juni 2020, bat Filomena Chirico, eine hochrangige Beraterin von Kommissar Breton, um ein Treffen mit dem schwedischen Unternehmen Spotify, um dessen „Maßnahmen gegen Desinformation“ zu besprechen.¹⁸⁶ Gleichzeitig plante Chirico eine „DSA-Diskussion“ mit Spotify, was zeigt, dass die DSA fast zweieinhalb Jahre vor ihrem Inkrafttreten für Plattformen und die Kommission oberste Priorität hatte.

On Fri, Jun 5, 2020 at 7:37 PM <[REDACTED]@ec.europa.eu> wrote:

Hi [REDACTED]

Sorry to get back only now, this period has been extremely intense and we did not have much time for meetings. Good that we managed to virtually “see” each other, although in a group exchange.

I'm writing to ask if you would you have time to speak briefly on Monday. I have a question on Spotify's anti-disinformation actions.

Of course, we can also plan a DSA discussion, I suppose you will participate to the public consultation we just launched.

I'm available at 10:00 or after 15:00

Thanks in advance!

Filomena

Eine hochrangige Beraterin von Kommissar Breton wollte sich 2020 mit Spotify über dessen „Maßnahmen gegen Desinformation“ und die DSA treffen.

Bis Oktober 2020 hatte sich die Europäische Kommission auf die Regeln zur Moderation von Inhalten auf Plattformen konzentriert und die Plattformen gefragt, wie sie vor der Einführung der COVID-19-Impfstoffe „ihre Nutzungsbedingungen oder Praktiken zur Moderation von Inhalten aktualisieren“ wollten.¹⁸⁸ Während die Mitarbeiter Kontakt aufnahmen, teilten sie den Plattformen mit, dass sie dies mit „Wissen“ von Präsidentin von der Leyen und „Zustimmung“ von Vizepräsidentin Jourova taten.¹⁸⁹ Die Botschaft war klar: Die mächtigsten Persönlichkeiten der Kommission erwarteten von den Plattformen, dass sie ihre globalen Regeln zur Moderation von Inhalten im Zusammenhang mit COVID-19-Impfstoffen änderten, noch bevor auch nur ein einziger Impfstoff ausgeliefert worden war. Die Plattformen konnten und wollten diesen Druck nicht ignorieren. TikTok teilte der Europäischen Kommission beispielsweise mit, dass es „Satire im Zusammenhang mit Impfungen überwache“, um zu entscheiden, ob zusätzliche Zensurmaßnahmen erforderlich seien.¹⁹⁰ Dies ist eine auffällige Parallele zu den Vereinigten Staaten, wo die Biden-Harris-Regierung Meta erfolgreich „unter Druck gesetzt“ hat, „Humor und Satire“ im Zusammenhang mit COVID-19-Impfungen zu entfernen.¹⁹¹ Nachdem der Ausschuss dies aufgedeckt hatte, entschuldigte sich Meta-CEO Mark Zuckerberg und versprach, dass so etwas nie wieder vorkommen würde.¹⁹²

¹⁸⁶ E-Mails zwischen Mitarbeitern von Spotify und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (7. Juni 2020), siehe Ex. 18.

¹⁸⁷ *Id.*

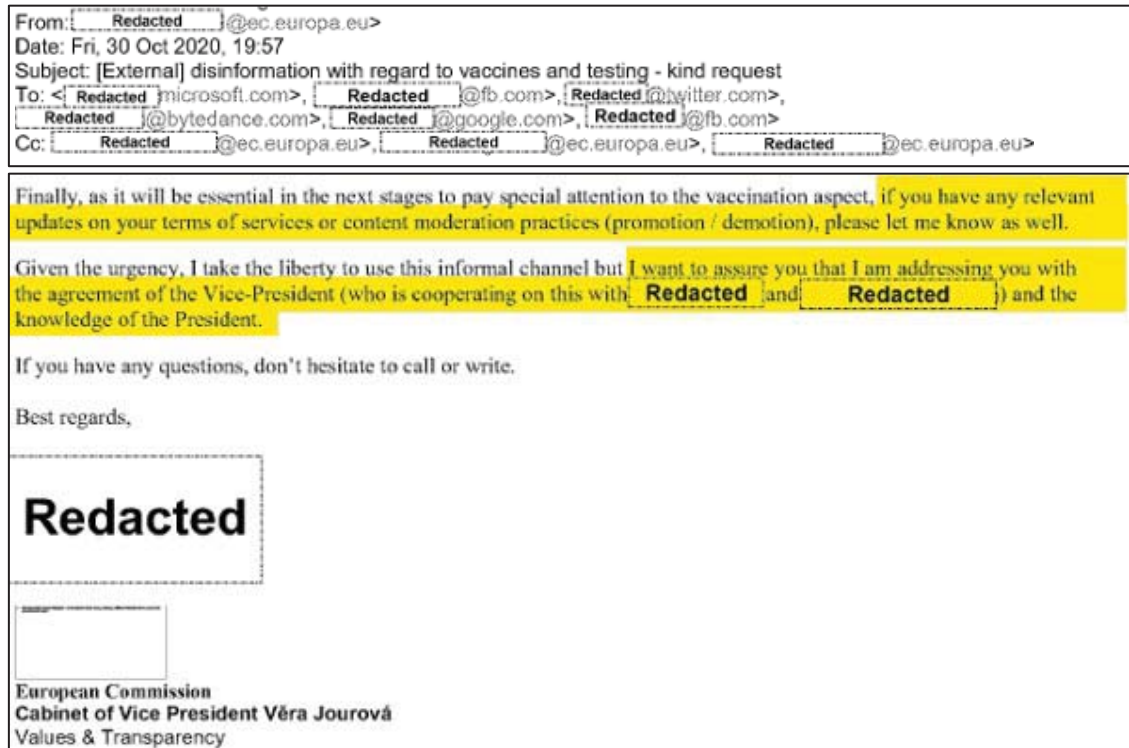
¹⁸⁸ E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (30. Oktober 2020), siehe Ex. 48.

¹⁸⁹ *Id.*

¹⁹⁰ Stellungnahme von TikTok zur Anfrage der Europäischen Kommission bezüglich Falschinformationen über Covid-19-Impfungen (4. November 2020), siehe Ex. 49.

¹⁹¹ Brief von Mark Zuckerberg, CEO von Meta, an Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses (26. August 2024); siehe auch MITARBEITER DES JUSTIZAUSCHUSSES DES REPRÄSENTANTENHAUSES UND DES AUSSCHUSSES FÜR DIE WAFFENFERTIGUNG DER BUNDESREGIERUNG DES JUSTIZAUSCHUSSES ZUR JUSTIZ, 118. KONGRESS, DER ZENSURINDUSTRIEKOMPLEX: WIE HOHE BEAMTE DES WEISSEN HAUSES UNTER BIDEN GROSSE TECHNOLOGIEUNTERNEHMEN DAZU ZWANGEN, AMERIKANER, WAHRE INFORMATIONEN UND KRITIKER DER BIDEN-REGIERUNG ZU ZENSURIEREN (Comm. Print 1. Mai 2024).

¹⁹² *Id.*



Der Druck, die Regeln für die Moderation von Inhalten im Zusammenhang mit COVID-19-Impfstoffen zu ändern, kam von den höchsten Ebenen der Europäischen Kommission.

Die Europäische Kommission konzentrierte sich auch im November 2020 weiterhin auf angebliche Fehlinformationen über Impfstoffe. In einem Telefonat mit einer Plattform erklärte ein hochrangiges Mitglied des Stabes von Vizepräsidentin Jourova, „dass Impfstoffe unser neuer Schwerpunkt bei der Bekämpfung von Desinformation über Covid sein werden“.¹⁹³ Dementsprechend erklärte die Europäische Kommission, dass Plattformen in zukünftigen COVID-19-Überwachungsberichten über „Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation und Fehlinformationen im Zusammenhang mit COVID-Impfstoffen“ berichten müssten, was erneut impliziert, dass Plattformen Maßnahmen ergreifen müssen – d. h. neue Regeln zur Moderation von Inhalten einführen müssen –, um Inhalte über COVID-19-Impfstoffe zu zensieren.¹⁹⁴ In derselben E-Mail wurde auf eine weitere Initiative der Europäischen Kommission verwiesen, „einen gezielten Arbeitsplan zur Bekämpfung von Desinformation und Fehlinformationen im Zusammenhang mit COVID-Impfstoffen zu entwerfen“, was darauf hindeutet, dass die Europäische Kommission dabei war, konkretere Richtlinien zur Zensur von Impfstoffen zu formulieren, an die sich die Plattformen halten sollten.¹⁹⁵

¹⁹³ Protokoll des Treffens zwischen TikTok und Mitarbeitern der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourova (6. November 2020), siehe Ex. 51.

¹⁹⁴ E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (9. November 2020), siehe Ex. 50.

¹⁹⁵ *Id.*

On Mon, Nov 9, 2020 at 9:18 PM [Redacted] <[Redacted]@ec.europa.eu> wrote:

I would also like to take the opportunity to relay a request in relation to the **COVID-19 disinformation monitoring programme** established under the June 2020 Communication.

I understand that [Redacted] from [Redacted] cabinet has recently contacted you seeking your assistance in **designing a targeted work-plan on fighting disinformation and misinformation around COVID vaccines**. We very much appreciate the inputs provided so far in response to this request.

In follow-up, the Commission would like the platforms to include in their **further monthly monitoring reports a specific section highlighting actions taken to fight disinformation and misinformation around COVID vaccines**. Given the importance of this topic, we would greatly appreciate it if you could begin implementing this request in your upcoming monthly updates on COVID-19 disinformation, which are due on 15 November.

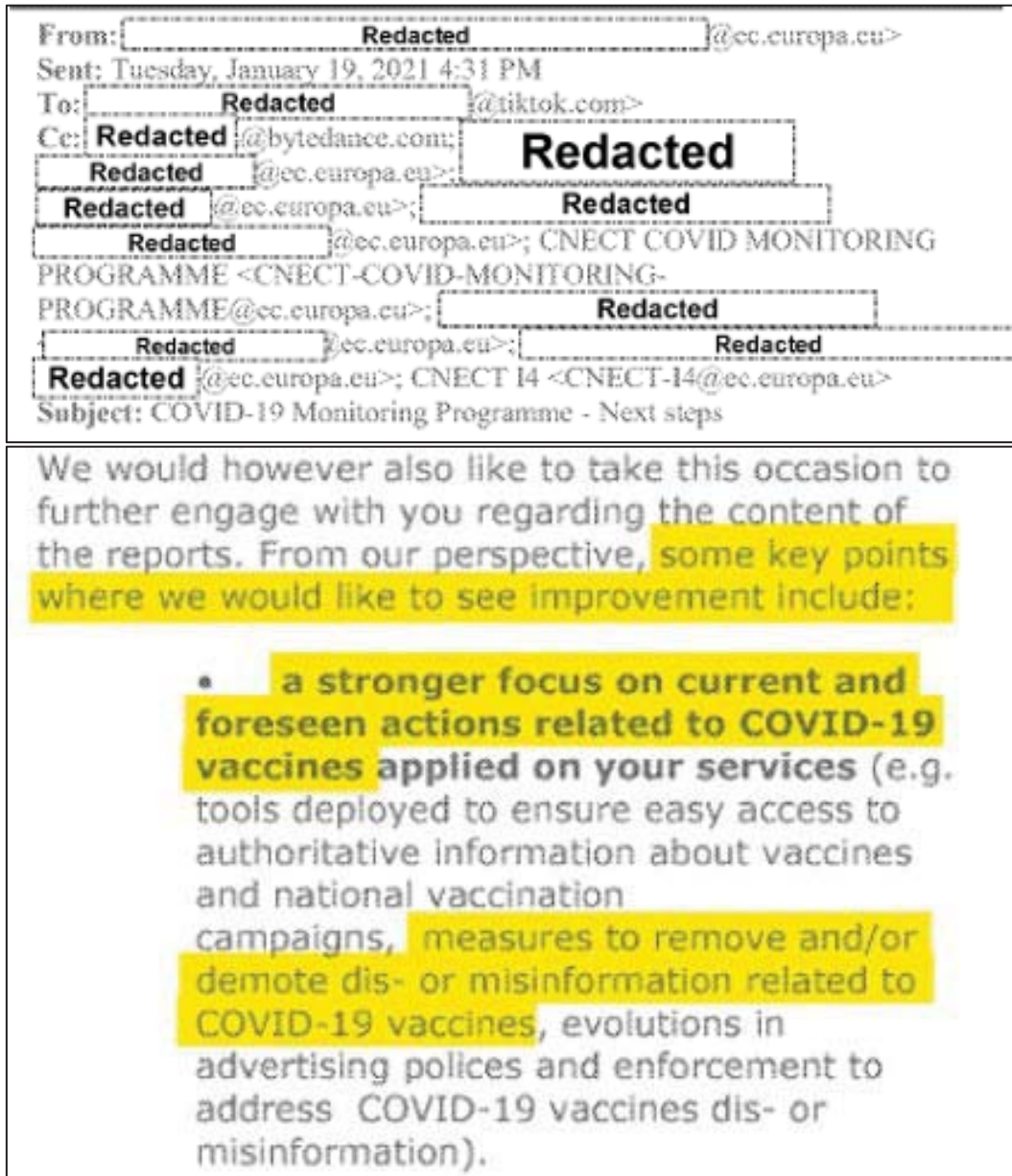
While the monitoring programme already encompasses COVID vaccines disinformation, we consider it would be crucial to intensify and consolidate reporting on the topic. This will critically support the work the Commission and the Member States are undertaking to ensure public acceptance and uptake of COVID vaccines, which, as you know, are presently being developed and undergoing clinical trials.

Bis November 2020 konzentrierte sich die Europäische Kommission auf die Zensur von Inhalten im Zusammenhang mit COVID-19-Impfstoffen.

Der Fokus der Europäischen Kommission auf Moderationsrichtlinien für Inhalte im Zusammenhang mit COVID-19 setzte sich auch im Jahr 2021 fort. Im Januar verlängerte die Europäische Kommission das Programm von Präsidentin von der Leyen zur Überwachung von Desinformation und forderte, dass künftige Plattformberichte einen „stärkeren Fokus“ auf „Maßnahmen zur Entfernung und/oder Herabstufung von Des- oder Fehlinformationen im Zusammenhang mit COVID-19-Impfstoffen“ legen sollten.¹⁹⁶ Die Europäische Kommission übte Druck auf Plattformen aus, bei denen sie „Verbesserungen sehen wollte“, und gab Einblicke in ihre Definition von Fehlinformationen, wobei sie sich auf den voreingenommenen, linksgerichteten Global Disinformation Index (GDI) als vertrauenswürdige Quelle bezog.¹⁹⁷ Die Botschaft an die Plattformen war klar: Die Kommission wollte, dass sie mehr Äußerungen zensurieren und dabei den Vorgaben linker Organisationen wie dem GDI folgen.

¹⁹⁶ E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (19. Januar 2021), siehe Ex. 52.

¹⁹⁷ *Ebenda*. Das US-Außenministerium arbeitete zu einem bestimmten Zeitpunkt auch mit dem Global Disinformation Index zusammen, um konservative Nachrichtenorganisationen in den Vereinigten Staaten zum Schweigen zu bringen. Der GDI stuft konservative Nachrichtenseiten systematisch als „Desinformation“ ein, während er linke Nachrichtenmedien wie *The Huffington Post* als vertrauenswürdige bezeichnet. Siehe STAFF OF THE H. COMM. ON THE JUDICIARY, 118TH CONG., GARM'S HARM: HOW THE WORLD'S BIGGEST BRANDS SEEK TO CONTROL ONLINE SPEECH (Comm. Print 10. Juli 2024); Gabe Kaminsky, *Disinformation Inc: Von der Regierung unterstützte Organisation überwies 315.000 Dollar an Gruppe, die konservative Nachrichten auf die schwarze Liste setzt*, WASH. FREE BEACON (14. Februar 2023).



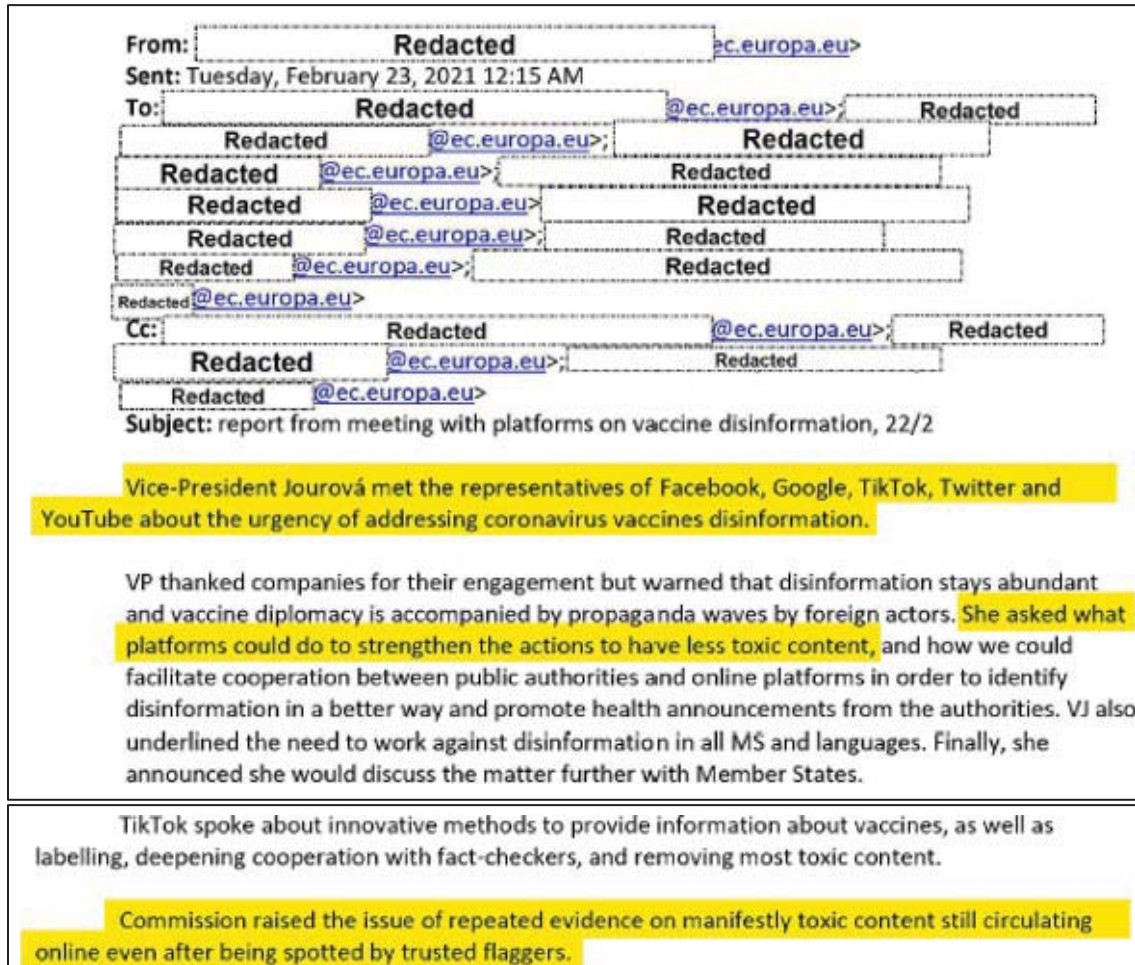
Im Januar 2021 forderte die Europäische Kommission Plattformen auf, ihre Zensur zu verstärken.

Im darauffolgenden Monat, im Februar 2021, traf sich die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Jourova mit „Facebook, Google, TikTok, Twitter und YouTube“ und drängte sie direkt, ihre Bemühungen zur Zensur von Inhalten im Zusammenhang mit Impfstoffen zu verstärken.¹⁹⁸ Konkret fragte sie, „was die Plattformen tun könnten, um die Maßnahmen zur Reduzierung toxischer Inhalte zu verstärken“ – wobei sie ihre Forderung nach Zensur nicht an eine objektive Kategorie rechtswidriger Inhalte knüpfte, sondern an ihre eigene persönliche und subjektive Meinung darüber, welche Inhalte „toxisch“ sein könnten.¹⁹⁹ Die Europäische Kommission äußerte ihr Missfallen darüber, dass „offensichtlich toxische Inhalte“ auch nach der Meldung durch vertrauenswürdige Melder – von der Regierung zugelassene Dritte – weiterhin online blieben.

¹⁹⁸ Protokoll des Treffens zwischen der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourova, und mehreren Plattformen (22. Februar 2021), siehe Ex. 53.

¹⁹⁹ *Id.*

, die befugt sind, vorrangige Zensuranträge zu stellen, dessen Entfernung beantragt hatten.²⁰⁰ Genau das verbietet die erste Verfassungsänderung den US-Regierungsbeamten: bestimmte Äußerungen aufgrund ihrer persönlichen Überzeugung über die Wahrhaftigkeit oder Nützlichkeit dieser Äußerungen zu zensieren.²⁰¹ Aufgrund des globalen Charakters der Moderation von Plattforminhalten wirkten sich die europäischen Zensurforderungen jedoch wahrscheinlich auch auf rechtmäßige amerikanische Äußerungen aus.



Vizepräsidentin Jourova wies die Plattformen im Februar 2021 an, „giftige“ Inhalte im Zusammenhang mit Impfstoffen zu entfernen.

Zwei Monate später, im April, knüpfte Vizepräsidentin Jourova daran an und traf sich mit der interimistischen TikTok-CEO Vanessa Pappas, „um die Bemühungen [von TikTok] im Bereich Desinformation zu besprechen“.²⁰² Jourova führte den Kodex gegen Hassrede, den Kodex gegen Desinformation und die bevorstehende DSA als Gründe dafür an, dass TikTok eine „Verantwortung“ habe, „COVID-19-bezogene Desinformation zu bekämpfen“.²⁰³ Es ist eine aufschlussreiche Bemerkung: Jourova erklärte, dass zwei „freiwillige“ Verhaltenskodizes und ein Gesetz, das nicht

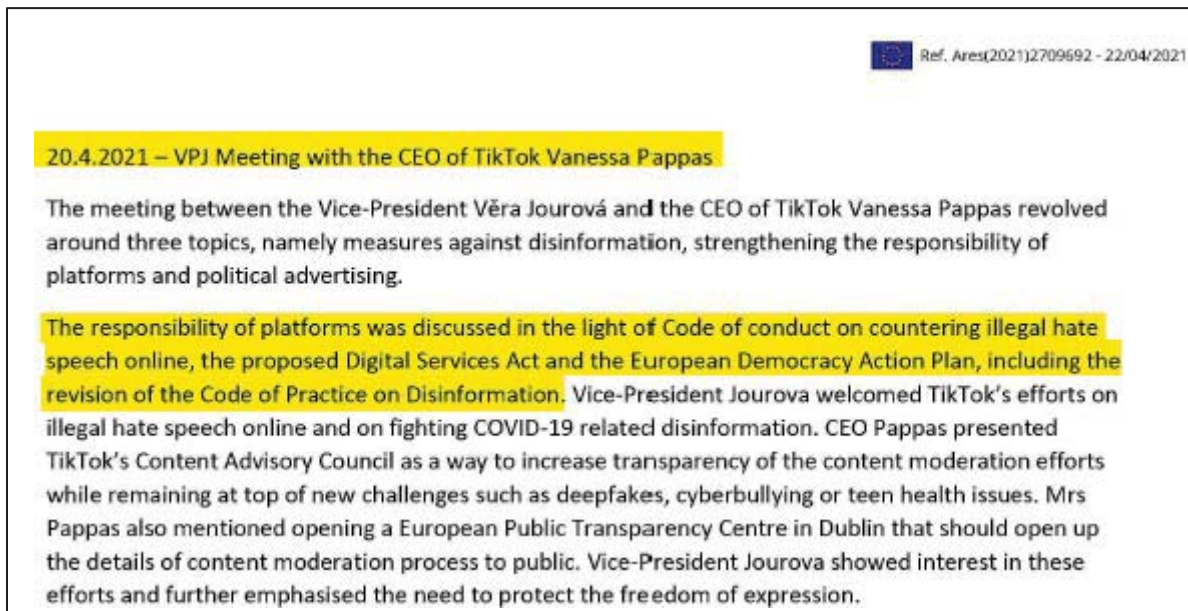
²⁰⁰ *Id.*

²⁰¹ Siehe *Nat'l Rifle Ass'n v. Vullo*, 602 U.S. 175 (2024) („Regierungsbeamte dürfen nicht versuchen, private Parteien zu zwingen, um Ansichten zu bestrafen oder zu unterdrücken, die der Regierung missfallen.“).

²⁰² E-Mails zwischen TikTok-Mitarbeitern und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (13. April 2021), siehe Ex. 54.

²⁰³ Protokoll des Treffens zwischen TikTok und der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Vera Jourova (20. April 2021), siehe Ex. 19.

Die Unterzeichnung für weitere 18 Monate übertrug den Plattformen eine „Verantwortung“ für die Zensur. Und da die „Vorschläge“ der europäischen Regulierungsbehörden tatsächlich verbindlich waren, war der Druck von Jourova wirksam. Die Plattformen wussten, dass die Europäische Kommission sie mit dem bevorstehenden DSA ins Visier nehmen würde, wenn sie den Zensurforderungen der Europäischen Kommission nicht nachkämen und ihre globalen Regeln zur Moderation von Inhalten nicht änderten.



In der Zusammenfassung der Europäischen Kommission zu einem Treffen mit dem Interims-CEO von TikTok im April 2021 wird auf die „Verantwortung“ von TikTok für die Zensur hingewiesen.

Während ein Großteil der Welt die COVID-19-Pandemie bis Ende 2021 überwunden hatte, war dies bei der Europäischen Kommission nicht der Fall. Erneut verlängerte sie das sogenannte „Desinformations“-Überwachungsprogramm und erlegte den Plattformen neue Meldepflichten auf.²⁰⁴ Diesmal versuchte die Europäische Kommission, mehr als nur Gedankenverbrecher zu zensieren – sie wollte ihnen ihre finanzielle Existenzgrundlage nehmen. Die Europäische Kommission fügte eine neue Meldepflicht für „Maßnahmen zur Demonetarisierung von Anbietern von Desinformation im Zusammenhang mit Covid-19 und Impfstoffen“ hinzu.⁽²⁰⁵⁾ Wieder einmal setzten sich die Plattformen der Gefahr regulatorischer Repressalien aus, wenn sie ihre Regeln nicht änderten, um Creator zu demonetarisieren, die die Regierung oder die vorherrschenden „autoritativen“ Narrative über die Pandemie kritisierten – von denen sich viele zu diesem Zeitpunkt bereits eindeutig als falsch erwiesen hatten.²⁰⁶

²⁰⁴ E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (8. Dezember 2021), siehe Ex. 59.

²⁰⁵ *Id.*

²⁰⁶ Siehe z. B. Anika Singanayagam et al., *Community transmission and viral load kinetics of the SARS-CoV-2 delta variant in vaccinated and unvaccinated individuals in the UK: a prospective, longitudinal, cohort study*, 22 LANCET INFECTIOUS DISEASE 183 (Februar 2022) (nachweislich können geimpfte Personen das COVID-19-Virus übertragen).

From: CNECT-COVID-MONITORING-PROGRAMME@ec.europa.eu [CNECT-COVID-MONITORING-PROGRAMME@ec.europa.eu]
Sent: 12/8/2021 4:38:58 PM
To: [Redacted] Think And Go B.V.B.A.; [Redacted]@microsoft.com; [Redacted]@fb.com; [Redacted]@google.com; [Redacted]@tiktok.com; [Redacted]@twitter.com; [Redacted]@twitter.com
CC: [Redacted]@ec.europa.eu; [Redacted]@ec.europa.eu
Subject: [External] Prolongation of the COVID-10 Monitoring Programme and next steps

4. Information related to advertising and monetisation

The reports contain information about ads removed or prevented from running for violating the platforms' policies regarding Covid-19. Yet, information on the context is often lacking, including in which phase these ads were prevented/removed, how many were actually displayed etc. Also, reports refer to action taken against URLs, while it is not clear on what basis / in which context this happened.

Reports do not contain, however, information regarding actions taken to demonetise purveyors of Covid-19 and vaccines related disinformation. In view of the importance of achieving results regarding the demonetisation of disinformation, we would like to ask you to start providing data also related to this. Relevant signatories should also take this opportunity to start testing metrics capable of measuring the amount of online ads displayed over pages or through channels identified as purveyors of COVID-19 related disinformation.

Im Dezember 2021 wies die Europäische Kommission Plattformen an, Urheber, deren Inhalte als Falschinformationen eingestuft wurden, zu demonetarisieren.

Jahrelang hat die Europäische Kommission aktiv versucht, die Online-Debatte über die COVID-19-Pandemie zu beeinflussen und Äußerungen zu zensieren, die die vorherrschenden Regierungsnarrative in Frage stellten. Diese Bemühungen wurden auf höchster Ebene der politischen Führung der Europäischen Kommission konzipiert und umgesetzt. Zu Beginn der Pandemie warnte die Kommission die Plattformen, dass die Bekämpfung angeblicher COVID-19-Fehlinformationen „unerlässlich“ sei.²⁰⁷ Dann zwang sie im Rahmen des Desinformationskodex die Plattformen, über angebliche Falschinformationen auf ihren Websites zu berichten, einschließlich der Art und Weise, wie die Plattformen ihre Regeln zur Moderation von Inhalten änderten, um Stimmen zu unterdrücken, die der Regierung missfielen. Mit der Einführung des DSA gerieten die Plattformen in eine Zwickmühle: Sie wussten, dass ihnen das Versäumnis, Äußerungen zu zensieren, später zum Vorwurf gemacht werden würde. Der einzige Ausweg bestand darin, ihre globalen Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern und Äußerungen weltweit zu zensieren.

²⁰⁷ E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an TikTok (1. April 2020), siehe Ex. 46.

E. Die Europäische Kommission übte Druck auf Plattformen aus, ihre Regeln für Inhalte im Zusammenhang mit dem russischen Einmarsch in der Ukraine zu ändern.

Seit Anfang 2022 drängte die Europäische Kommission die Plattformen auch dazu, Äußerungen im Zusammenhang mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine aggressiver zu zensieren. In regelmäßigen Treffen in den Jahren 2022 und 2023 fragte die Europäische Kommission die Plattformen, wie sie ihre Regeln zur Moderation von Inhalten als Reaktion auf den Krieg geändert hatten, und drängte sie zu weiteren Änderungen. Es gibt Hinweise darauf, dass die Biden-Harris-Regierung diese Bemühungen unterstützt und möglicherweise daran beteiligt war.

- i. *Die Europäische Kommission veranstaltete regelmäßige Treffen mit Plattformen, um sie dazu zu drängen, mehr Inhalte im Zusammenhang mit der russischen Invasion in der Ukraine zu zensieren.*

Im Laufe der Jahre 2022 und 2023 traf sich die Europäische Kommission mit Plattformen und forderte sie auf, ihre Regeln zu ändern, um angebliche Falschinformationen und Desinformationen im Zusammenhang mit der russischen Invasion in der Ukraine zu unterbinden. Im Januar 2022, noch bevor der Krieg begann, begann die Kommission, große Gruppentreffen mit Plattformen zu veranstalten, bei denen sie regelmäßig nach den Regeln der Plattformen zur Moderation von Inhalten fragte. Insgesamt fanden mindestens 14 dieser Treffen statt, deren Tagesordnungen typischerweise Fragen an die Plattformen zu „allen neuen Maßnahmen, die Sie ergriffen haben, einschließlich Änderungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen“²⁰⁸ und „neuen Maßnahmen/Anpassungen der Richtlinien“ in Bezug auf „Desinformation“²⁰⁹ enthielten. Die Implikation, dass die Plattformen solche Maßnahmen ergreifen sollten – da sich die DSA in der Endphase der Verhandlungen befand – war klar.

²⁰⁸ Tagesordnung für das Treffen der Mitarbeiter der Europäischen Kommission mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (11. Mai 2022), *siehe* Ex. 73; *siehe* E-Mail der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (30. März 2022), *siehe* Ex. 67; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (3. Juni 2022), *siehe* Ex. 77; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (24. Mai 2022), *siehe* Ex. 75; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (19. April 2022), *siehe* Ex. 69; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (4. April 2022), *siehe* Ex. 68; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (10. März 2022), *siehe* Ex. 66; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (16. Februar 2022), *siehe* Ex. 63; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (7. Februar 2022), *siehe* Ex. 62; E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (27. Januar 2022), *siehe* Ex. 60; Tagesordnung für das Treffen der Mitarbeiter der Europäischen Kommission mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (23. Juni 2022), *siehe* Anlage 78; Tagesordnung für das Treffen der Mitarbeiter der Europäischen Kommission mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (1. Juni 2022), *siehe* Anlage 76; Tagesordnung für das Treffen der Mitarbeiter der Europäischen Kommission mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (18. Mai 2022), *siehe* Ex. 74; Tagesordnung für das Treffen der Mitarbeiter der Europäischen Kommission mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (4. Mai 2022), *siehe* Ex. 72; Tagesordnung für das Treffen zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und den Unterzeichnern des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (27. April 2022), *siehe* Ex. 71.

²⁰⁹ E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (30. März 2022), *siehe* Ex. 67.

From: Redacted <[REDACTED]@ec.europa.eu>
Sent: 5/11/2022 9:50:26 AM
To: Redacted <[REDACTED]@microsoft.com>; Redacted <[REDACTED]@google.com>; Redacted <[REDACTED]@google.com>; Redacted <[REDACTED]@tiktok.com>;
Redacted <[REDACTED]@bytedance.com>; Redacted <[REDACTED]@bytedance.com>; Redacted <[REDACTED]@tiktok.com>;
Redacted <[REDACTED]@fb.com>; Redacted <[REDACTED]@fb.com>; Redacted <[REDACTED]@fb.com>; Redacted <[REDACTED]@fb.com>; Redacted <[REDACTED]@fb.com>;
Redacted <[REDACTED]@twitter.com>; Redacted <[REDACTED]@twitter.com>; Redacted <[REDACTED]@twitter.com>; Redacted <[REDACTED]@microsoft.com>
CC: Redacted <[REDACTED]@ec.europa.eu>; Redacted <[REDACTED]@ec.europa.eu>; Redacted <[REDACTED]@ec.europa.eu>; Redacted <[REDACTED]@ec.europa.eu>; Redacted <[REDACTED]@ext.ec.europa.eu>; Redacted <[REDACTED]@ec.europa.eu>; Redacted <[REDACTED]@ec.europa.eu>; Redacted <[REDACTED]@ec.europa.eu>; Redacted <[REDACTED]@ec.europa.eu>; Redacted <[REDACTED]@ec.europa.eu>; Redacted <[REDACTED]@eeas.europa.eu>; Redacted <[REDACTED]@eeas.europa.eu>; Redacted <[REDACTED]@eeas.europa.eu>
Subject: [External] This afternoon's meeting on Ukraine

Dear Signatories,

At this afternoon's meeting on Ukraine we are looking forward to hear in particular about your most recent insights regarding:

- Trends observed regarding TTPs and disinformation narratives;
- Any new actions taken on your side, including changes in Terms and Conditions.
- Insights about fact-checking activities: further information about your actions to step up fact-checking in relevant languages, volume of fact-checks related to the war, your experiences regarding the effectiveness of fact-checking, challenges, lessons learned.
- Updates about enforcement and circumvention of sanctions;
- Any updates regarding the activity of Russian state-affiliated accounts (embassy accounts etc.) and the effectiveness of your policies in this regard;

Auf der wiederkehrenden Tagesordnung für Treffen zum Thema Desinformation im Zusammenhang mit dem russischen Einmarsch in der Ukraine wurden die Plattformen ausdrücklich aufgefordert, über Änderungen ihrer Regeln zur Moderation von Inhalten zu berichten.

Die Europäische Kommission stellte auch spezifischere Anforderungen an die Plattformen. Am 3. März 2022 wies die Europäische Kommission die Unterzeichner des Verhaltenskodexes zur Desinformation an, der Kommission zu berichten, wie sie ihre „Nutzungsbedingungen anpassen“, um „eine einheitlichere Kennzeichnung, Herabstufung oder Entfernung von widerlegten Informationen oder irreführendem manipuliertem Material“ sicherzustellen.²¹⁰ In dieser Frage schwingt implizit die Vorstellung mit, dass Plattformen ihre globalen Regeln zur Moderation von Inhalten in eine von der Europäischen Kommission bevorzugte Richtung „anpassen“ sollten. Darüber hinaus ist die Frage, ob Informationen „widerlegt“ oder „irreführend“ sind, eine subjektive Beurteilung, was das Risiko erhöht, dass die Europäische Kommission diese Klassifizierungen als Vorwand für die Zensur von Inhalten nutzen könnte, die ihr nicht gefallen. Und „Meldungen“ waren lediglich die bevorzugte Drucktaktik der Europäischen Kommission – eine einfache Möglichkeit, Unternehmen zu signalisieren, dass bestimmte Inhalte zensuriert werden sollten und dass die Europäische Kommission es erfahren würde, wenn dies nicht geschehen würde.

²¹⁰ E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (7. März 2022), *siehe* Ex. 65.

On Thu, Mar 3, 2022, 9:30 AM [Redacted]@ec.europa.eu wrote:

Here is the list of measures and related KPIs which I would ask you to cover in your reports to the Commission.

1. ensure a more consistent **labelling, demotion or removal of debunked information or deceptive manipulated material**, and where appropriate **adapting terms of services to the exceptional situation**.

→ **KPI**: number of labels applied, number of demoted/removed content items, number of pieces of content fact-checked, information on updates made to their terms of service, to the extent possible we would appreciate to have also information related to the impact of such measures.

Die Europäische Kommission hat Plattformen aufgefordert, über Änderungen ihrer Regeln zur Moderation von Inhalten nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine zu berichten.

Am selben Tag, dem 3. März 2022, schickten Vizepräsidentin Jourova und Kommissar Breton gemeinsam einen Brief an TikTok, in dem sie die Plattform ermahnten, „größtmögliche Sorgfalt walten zu lassen ... bei der Anwendung aller Elemente des Verhaltenskodexes gegen Desinformation“ und „zu zeigen, wie die konkreten Verpflichtungen, die sie eingegangen ist, schnell umgesetzt werden können“.²¹¹ Jourova und Breton teilten TikTok außerdem mit, dass es „seine Richtlinien an die veränderte Situation anpassen sollte, um dem risikobasierten Ansatz Rechnung zu tragen, der den Kern des bevorstehenden Gesetzes über digitale Dienste bildet“.²¹² In diesem Fall diskutierten Jourova und Breton zwar speziell die Regeln zur Moderation von Inhalten im Zusammenhang mit „Kriegspropaganda“,²¹³ doch das allgemeine Prinzip ist beunruhigend – und aufschlussreich. Sechs Monate vor Inkrafttreten des DSA war die Europäische Kommission der Ansicht – und teilte dies den Plattformen mit –, dass der DSA sie dazu ermächtige, Änderungen an den globalen Regeln zur Moderation von Inhalten zu verlangen.

Beyond the specific implementation of EU sanctions against RT and Sputnik, this is the moment to exert your utmost diligence not only in applying all elements of the Code of Practice on Disinformation but also to start showing how the concrete commitments discussed in the context of its revision can be operationalised rapidly.

Moreover, until now your terms of service have not considered the possibility of your systems being used as means of war propaganda. Given the circumstances we urge you to consider adapting your policies to the changed situation, in anticipation of the risk-based approach which is at the core of the upcoming Digital Services Act.

In einem Schreiben der Europäischen Kommission an TikTok vom März 2022 wurde die Befugnis geltend gemacht, im Rahmen des DSA Änderungen an den globalen Regeln zur Moderation von Inhalten zu erzwingen.

Nur wenige Wochen später konzentrierte sich ein Treffen zwischen Plattformen und der Europäischen Kommission am 14. März zum Thema Desinformation auf „alle Änderungen der Nutzungsbedingungen, die relevant sind, um Kriegspropaganda und problematische Inhalte zu unterbinden“.²¹⁴ Der Wunsch, russische Kriegspropaganda zu bekämpfen, ist zwar verständlich, doch die Ausweitung des Geltungsbereichs auf undefinierte „problematische Inhalte“ – ein weiterer hoffnungslos subjektiver Maßstab – und die Überzeugung, dass europäische Regulierungsbehörden in der Lage sein sollten, ...

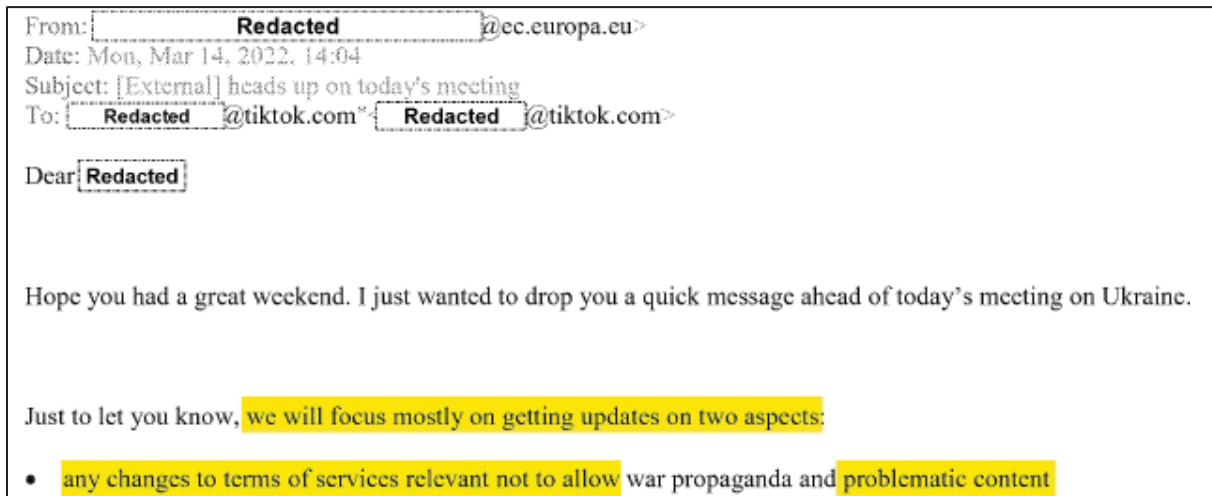
²¹¹ Schreiben von Kommissar Thierry Breton und Vizepräsidentin Vera Jourova an TikTok (3. März 2022), siehe Ex. 64.

²¹² *Id.*

²¹³ *Id.*

²¹⁴ E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (14. März 2022), siehe Ex. 21.

Die Beeinflussung der globalen Standards für die Moderation von Inhalten durch nicht-europäische Unternehmen ist äußerst besorgniserregend.



Die europäischen Regulierungsbehörden forderten Aktualisierungen der „Änderungen der Nutzungsbedingungen“ der Plattformen, um „problematische Inhalte“ zu zensurieren.

Wie schon bei den Falschinformationen zu COVID-19 stützte sich die Europäische Kommission erneut auf Pseudowissenschaft, um ihre Behauptung zu untermauern, dass Desinformationen im Zusammenhang mit dem russischen Einmarsch in der Ukraine auf Social-Media-Plattformen weit verbreitet seien. Später im März 2022 lud die Europäische Kommission TikTok zu einem Treffen ein, nachdem die linke, zensurfremde Gruppe NewsGuard berichtet hatte, dass Falschinformationen im Zusammenhang mit dem russischen Einmarsch in der Ukraine auf der Plattform leicht zugänglich seien.²¹⁵ NewsGuard stuft, ähnlich wie der Global Disinformation Index, konservative Äußerungen systematisch als „Desinformation“ ein, während progressive Äußerungen als vertrauenswürdig bezeichnet werden.²¹⁶ TikTok bestritt den Inhalt des Berichts von NewsGuard und erklärte, dass das Experiment „nicht dem üblichen Nutzungsverhalten entspricht“.²¹⁷

Formelle Treffen der Unterzeichner des Desinformationskodex, darunter auch Plattformen, konzentrierten sich ebenfalls auf die Regeln zur Moderation von Plattforminhalten im Zusammenhang mit der russischen Invasion und dem daraus resultierenden Krieg. Diese Regeln wurden in mindestens zehn Sitzungen der Untergruppe „Krisenreaktion“ der Task Force zum Desinformationskodex in den Jahren 2022 und 2023 diskutiert.²¹⁸ In ähnlicher Weise wurde auf einer „Plenarsitzung“ des Kodex

²¹⁵ E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (24. März 2022), *siehe* Ex. 29.

²¹⁶ *Siehe* STAFF OF THE H. COMM. ON THE JUDICIARY, 118TH CONG., GARM'S HARM: HOW THE WORLD'S BIGGEST BRANDS SEEK TO CONTROL ONLINE SPEECH (Comm. Print 10. Juli 2024).

²¹⁷ E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (24. März 2022), *siehe* Ex. 29.

²¹⁸ Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ (11. Januar 2023), *siehe* Ex. 195; *siehe* Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ (22. Februar 2023), *siehe* Ex. 193; Einladung zur Sitzung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (8. Februar 2023), *siehe* Ex. 107; Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ (14. Dezember 2022), *siehe* Ex. 196; Einladung zu einem Treffen der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (27. Oktober 2023), *siehe* Ex. 143; Einladung zu einem Treffen der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (8. März 2023), *siehe* Ex. 111; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (30. November 2022), *siehe* Ex. 93; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (15. November 2022), *siehe* Ex. 91; Tagesordnung: Treffen der Unterzeichner der Ständigen

Unterzeichner im Dezember 2022 wurden die Plattformen in einer „Spotlight-Diskussion“ gefragt, „welche Maßnahmen [sie ergriffen] haben, um Desinformation über die [Kriegs-]Krise in der Ukraine zu reduzieren“.²¹⁹ Hochrangige Mitarbeiter von Vizepräsidentin Jourova und Kommissar Breton nahmen an der Plenarsitzung teil und hielten Reden.²²⁰

14:30–15:30	6. Spotlight Discussion Disinformation surrounding the war in Ukraine – lessons learnt from the Crisis by the CoP community Short interventions by signatories: - <i>What were the main threats that your organisation/company observed on the crisis?</i> - <i>What measures did you take to reduce disinformation on the crisis?</i> - <i>What are your key concerns and main learnings?</i> - <i>What do you see as areas for further action? Do you have suggestions on how to take this forward under the Code?</i>
-------------	--

Auf der Tagesordnung für eine Plenarsitzung der Unterzeichner des Desinformationskodex im Dezember 2022 stand, dass die Plattformen zu ihren Bemühungen befragt werden sollten, Desinformation im Zusammenhang mit der russischen Invasion in der Ukraine zu unterbinden.

Hochrangige Beamte der Europäischen Kommission trafen sich auch weiterhin mit Vertretern der Plattformen. Im September 2022 traf Vizepräsidentin Jourova mit Daniel Ek, dem CEO von Spotify, zusammen, um „die Rollen und Verantwortlichkeiten digitaler Plattformen im Zusammenhang mit dem Gesetz über digitale Dienste (DSA) zu erörtern“.²²¹ Erneut nutzte sie ein Treffen mit einem Plattform-Manager, um Zensur zu fordern, und „ermutigte“ Spotify, „dem Verhaltenskodex gegen Desinformation beizutreten“ – was bedeuten würde, dass das Unternehmen seine Regeln zur Moderation von Inhalten ändern müsste, um mehr Inhalte zu zensurieren.²²² Jourova bestätigte während des Treffens auch, dass der DSA den Versuch der EU darstelle, „sich im Bereich des Informationsraums zu engagieren“ – mit anderen Worten, den Marktplatz der Ideen zugunsten der Europäischen Kommission zu beeinflussen.²²³

Task-Force-Untergruppe Krisenreaktion (19. Oktober 2022), siehe Ex. 202; E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes zur Desinformation (4. Oktober 2022), siehe Ex. 88.

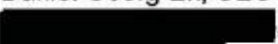
²¹⁹ Tagesordnung: Vierte Sitzung der Ständigen Taskforce des Verhaltenskodex (6. Dezember 2022), siehe Ex. 95.

²²⁰ *Id.*

²²¹ Protokoll des Treffens zwischen Spotify und der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Vera Jourova (7. September 2022), siehe Anlage 22.

²²² *Id.*

²²³ *ebenda*

Meeting with D. Ek  Ref. Ares(2022)6254468 - 09/09/2022 Berlaymont, 7 September 2022	
Meeting conclusions	
Participants	<u>Visitors' delegation:</u> • Daniel Georg Ek, CEO of Spotify • , Global Head of Public Affairs • , Vice President, Global Government Relations • , Senior Director, European Policy <u>COM:</u> • Vice President Jourová • Daniel Braun, Deputy Head of Cabinet
Objective of the meeting	• Discuss the role and responsibilities of digital platforms within the context of the Digital Services Act (DSA). • Discuss the proposal for the Media Freedom Act, and the position of Spotify, as well as its obligation in the digital sphere. • How Spotify can contribute to the EU's work to promote a values-driven approach to Europe's digital economy, especially on AI.
Issues raised & follow-up	On the digital economy and regulation
	• VP Jourová's tangible points of follow up between the Commission and Spotify were: encouraging joining the Code of Practice on Disinformation; encouraging participation in the European Diversity Month next May; and participating in the consultation of the fitness check of EU consumer law on digital fairness.

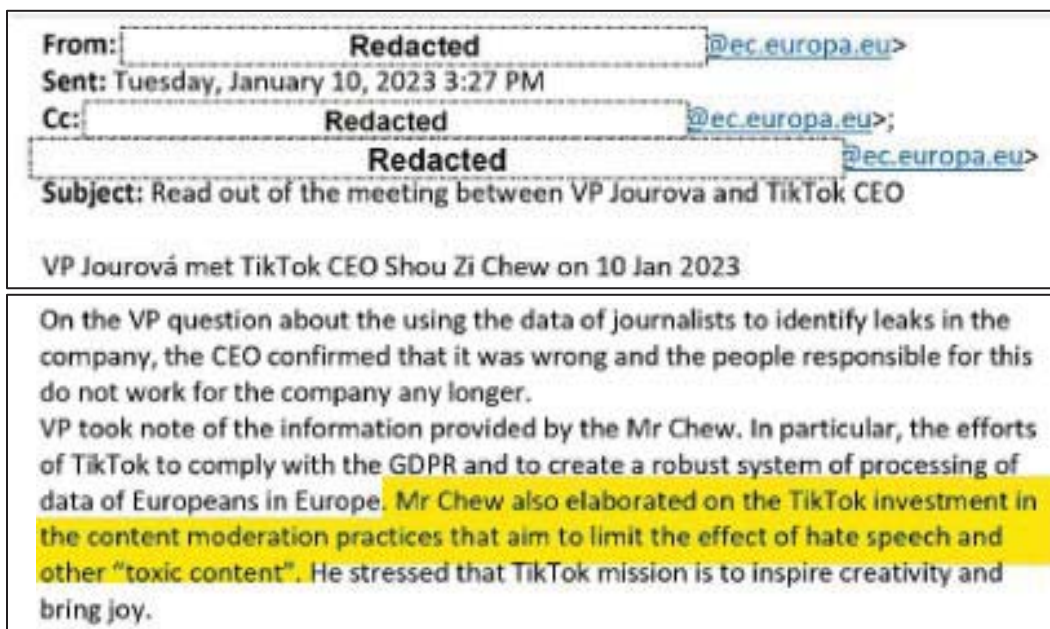
Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Jourova ermutigte Spotify, dem Kodex gegen Desinformation beizutreten, der Zensurverpflichtungen mit sich bringt.

Im Dezember 2022 sandten Vizepräsidentin Jourova und Kommissar Breton im Zusammenhang mit der russischen Invasion ein weiteres Schreiben, in dem sie TikTok aufforderten, mutmaßliche Desinformation auf der Plattform zu moderieren.²²⁴ Kurz nach dem Schreiben trafen sich Jourova und Breton im Januar 2023 getrennt mit TikTok-CEO Shou Chew. Jourova „fragte nach ... der Verbreitung russischer Desinformation“, woraufhin Chew „die Investitionen von TikTok in die Moderation von Inhalten erläuterte, die darauf abzielen, die Auswirkungen von Hassreden und anderen ‚toxischen Inhalten‘ zu begrenzen.“²²⁵ Die Anspielung auf „toxische Inhalte“ knüpfte an Jourovás Treffen mit TikTok im Jahr 2021 an und deutete darauf hin, dass TikTok

²²⁴ Schreiben von Kommissar Thierry Breton und Vizepräsidentin Vera Jourova an TikTok (22. Dezember 2022), siehe Ex. 102.

²²⁵ Protokoll des Treffens zwischen TikTok und der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Vera Jourova (10. Januar 2023), siehe Ex. 25.

auf ihre Forderung hin, solche Inhalte zu zensieren, reagiert.²²⁶ Chew und Breton diskutierten auch die „DSA-Umsetzungspläne“ von TikTok und die „Verpflichtungen und Arbeiten im Rahmen des EU-Verhaltenskodexes gegen Desinformation“.²²⁷



TikTok pries seine Investitionen in die Zensur „toxischer Inhalte“, zu der Vizepräsidentin Jourova das Unternehmen in früheren Treffen aufgefordert hatte.

Treffen zwischen der Europäischen Kommission und Plattformen zum Thema Falschinformationen im Zusammenhang mit dem russischen Einmarsch in der Ukraine werfen genau dasselbe Problem auf wie die COVID-19-Treffen: Die Verpflichtung, der Kommission über Maßnahmen zur Moderation von Inhalten Bericht zu erstatten, gepaart mit der enormen Regulierungsmacht der Kommission, zwingt die Plattformen effektiv dazu, ihre globalen Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern. In diesem Fall befragte die Europäische Kommission die Plattformen wiederholt zu ihren globalen Regeln zur Moderation von Inhalten im Zusammenhang mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine. Die Plattformen wussten, was die Europäische Kommission wollte – aggressivere globale Regeln – und sie wussten, dass sie der Europäischen Kommission melden mussten, ob sie diese Änderungen vorgenommen hatten.

Schließlich wussten sie, dass die Europäische Kommission ab 2023 die Befugnis haben würde, bei Verstößen gegen die äußerst vage formulierte Risikominderungsklausel des DSA Geldstrafen zu verhängen, die für Unternehmen existenzbedrohend sein können. Die Kombination dieser drei Faktoren ließ den Plattformen kaum eine andere Wahl, als mehr Äußerungen zu zensieren.

- ii. *Die Europäische Kommission hat möglicherweise mit der Biden-Harris-Regierung zusammengearbeitet, um Äußerungen im Zusammenhang mit der russischen Invasion in der Ukraine zu zensieren.*

Die Kommission hat möglicherweise nicht allein gehandelt. Es gibt Hinweise darauf, dass die Biden-Harris-Regierung die Bemühungen der Kommission zur Zensur globaler Äußerungen unterstützt hat.

²²⁶ Siehe Protokoll des Treffens zwischen der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Vera Jourova und mehreren Plattformen (22. Februar 2021), siehe Ex. 53.

²²⁷ E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (4. Januar 2023), siehe Anlage 24.

über die russische Invasion in der Ukraine. Im April 2022 unterzeichneten die USA und die EU eine gemeinsame „Erklärung zur Zukunft des Internets“, in der sie eine globale Regulierung des Internets forderten und „die Verbreitung von Desinformation“ als ein zentrales Problem im Online-Bereich bezeichneten.²²⁸ Im November veranstaltete die Kommission eine Konferenz zu dieser Erklärung, auf der der damalige nationale Sicherheitsberater der USA, Jake Sullivan, eine Rede hielt.²²⁹ Es überrascht nicht, dass EU-Beamte die Konferenz nutzten, um eine aggressive Zensur von Inhalten im Zusammenhang mit der russischen Invasion in der Ukraine zu fordern. In ihrer Abschlussrede forderte Vizepräsidentin Vera Jourova „nachdrücklich, dass die Plattformen ihre Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation über die Ukraine in Mittel- und Osteuropa verstärken“.²³⁰

Im Anschluss an die Konferenz und die Rede von Jourova forderte die Europäische Kommission die Plattformen auf, vertraulich Informationen darüber vorzulegen, „welche konkreten Maßnahmen sie planen, um ihre Maßnahmen zur Eindämmung von Desinformation über die Ukraine in Mittel- und Osteuropa zu verbessern“.²³¹ YouTube antwortete der Kommission, dass es seine globale „Richtlinie zu schweren Gewalttaten“ auf Inhalte ausgeweitet habe, die die russische Invasion in der Ukraine leugnen, verharmlosen oder trivialisieren, und dass es „mehr als 80.000 Videos und 9.000 Kanäle“ wegen Verstößes gegen die Moderationsregeln von YouTube entfernt habe.²³² Auch wenn Inhalte, die die russische Invasion in der Ukraine leugnen, objektiv falsch sein mögen, deuten weit gefasste Begriffe wie „verharmlosen“ erneut darauf hin, dass Plattformen politische Äußerungen als Reaktion auf den Druck der Europäischen Kommission – und möglicherweise der Biden-Harris-Regierung – zensiert haben.

As recalled at the meeting of the subgroup, Vice President Jourová made a strong call in her closing speech for platforms to step up their action and measures to address disinformation on Ukraine in Central and Eastern Europe.

In that view, following up on her call, as indicated at the last meeting of the crisis subgroup, we ask platform signatories to submit a short written summary by the 15th of December, explaining what concrete actions they are planning to take to improve their measures to reduce disinformation on Ukraine in Central and Eastern Europe? We would like you to concentrate in this regard in particular on information related to detection and content moderation capacities in the languages concerned – as well as ensuring fact-checking, with the involvement of human resources and fact-checkers that speak the languages concerned and have a knowledge of the national specificities. Likewise, we would like to understand your policies and enforcement actions to improve demonetisation efforts in CEE, i.e. to avoid that advertising is supporting disinformation in these languages, and to avoid that disinformation content in these languages is amplified through advertising or disseminated in the form of advertisements.

Eine Konferenz, auf der eine gemeinsame Initiative der Biden-Harris-Regierung und der EU zur Regulierung des Internets vorgestellt wurde, führte zu neuen Zensurverpflichtungen für Plattformen.

Im besten Fall versuchte die Biden-Harris-Regierung, die Souveränität der USA zu untergraben, indem sie auf eine globale Internetregulierung drängte. Im schlimmsten Fall nutzte sie die Europäische Kommission, um das zu tun, was die

²²⁸ US-AUSSENMINISTERIUM, EINE ERKLÄRUNG ZUR ZUKUNFT DES INTERNETS (28. April 2022).

²²⁹ *Hochrangige Multi-Stakeholder-Veranstaltung zur Zukunft des Internets*, EUROPÄISCHE KOMMISSION (2. November 2022), <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/events/high-level-multi-stakeholder-event-future-internet>.

²³⁰ E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (14. Dezember 2022), *siehe* Ex. 100 (Hervorhebung weggelassen).

²³¹ *Id.*

²³² Untergruppe Krisenreaktion: Schriftliche Stellungnahme zu geplanten Maßnahmen zur Eindämmung von Desinformation im Zusammenhang mit der Ukraine in Mittel- und Osteuropa (28. November 2022), *siehe* Ex. 92.

Das First Amendment verbietet es, Plattformen unter Druck zu setzen, ihre Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern und Amerikaner zu zensieren.

In jedem Fall benötigte die Europäische Kommission wahrscheinlich keine Hilfe von der Biden-Harris-Regierung. Im Laufe der Jahre 2022 und 2023 fragte die Kommission in mindestens 14 Sitzungen die Plattformen, wie sie ihre globalen Regeln zur Moderation von Inhalten geändert hatten oder zu ändern planten, um mehr Inhalte im Zusammenhang mit der russischen Invasion in der Ukraine zu zensieren.²³³

F. Regulierungsbehörden und NGOs übten bei Treffen der Unterzeichner des Desinformationskodex häufig Druck auf Plattformen aus, ihre Regeln zur Moderation von Falschinformationen und Desinformationen zu ändern.

Im Jahr 2022 gingen die Plattformen im Rahmen eines „verschärften“ Desinformationskodex zusätzliche Zensurverpflichtungen gegenüber der Europäischen Kommission ein.²³⁴ Zu diesen neuen Verpflichtungen gehörte die Teilnahme an regelmäßigen Sitzungen einer Taskforce zum Desinformationskodex, die für die Überwachung der Einhaltung der Vorschriften durch die Plattformen zuständig sein und ein Forum für die Interaktion zwischen europäischen Regulierungsbehörden und Nichtregierungsorganisationen mit den Plattformen bieten sollte.²³⁵ Bei diesen Treffen – mindestens 94 zwischen 2022 und 2024 – hatten die europäischen Regulierungsbehörden die Möglichkeit, Informationen über Änderungen der Richtlinien der Plattformen zur Bekämpfung von Falschinformationen einzuholen und sie damit implizit zu ermutigen, während der entscheidenden Phase der Einführung des DSA mehr Inhalte zu zensieren.

Die Arbeit der Task Force wurde hauptsächlich in themenbezogenen Untergruppen geleistet. Dazu gehörten Untergruppen zu den Themen „Krisenreaktion“, „Integrität von Diensten“, „Anzeigenkontrolle“, „Faktenprüfung“, „generative KI“ und „Überwachung und Berichterstattung“ sowie eine „Arbeitsgruppe zu Wahlen“. In jeder dieser Untergruppen trafen sich Vertreter der Plattformen mit Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission und interessierten NGOs und boten ein regelmäßiges Forum für Zensurforderungen.

Obwohl der Desinformationskodex als „freiwillig“ bezeichnet wird, waren diese Treffen nicht freiwillig. In einer internen E-Mail-Kette von Alphabet merkten Mitarbeiter an, dass das Unternehmen „wirklich keine Wahl hatte“, ob es teilnehmen wollte – es war praktisch obligatorisch.²³⁶ Und die Treffen fanden unter den wachsamen Augen der Europäischen Kommission statt. Die Plattformen merkten intern an, dass die Europäische Kommission „starken“ Einfluss auf die Tagesordnung jeder Gruppe hatte und ihre bevorzugten Initiativen in den Treffen „nachdrücklich vorantrieb“.²³⁷

²³³ Siehe oben Abschnitt III.E.i.

²³⁴ Siehe *The 2022 Code of Practice on Disinformation*, EUROPEAN COMMISSION (zuletzt abgerufen am 29. Januar 2026), <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/code-practice-disinformation>.

²³⁵ Desinformationskodex, siehe Fußnote 124, § IX.

²³⁶ Interne E-Mails zwischen Google-Mitarbeitern (22. Juni 2023), siehe Ex. 2.

²³⁷ *Id.*

[illegible]

Google-Mitarbeiter stellten fest, dass die Teilnahme an den Sitzungen der Untergruppe „Disinformation Code“ praktisch obligatorisch war und dass die Kommission erhebliche Kontrolle über die Tagesordnung und die Initiativen der Gruppe behielt.

- i. Die Europäische Kommission erkundigte sich während der Sitzungen der Untergruppe „Krisenreaktion“ des Desinformationskodex regelmäßig nach den Zensurmaßnahmen der Plattformen.

Die produktivste Untergruppe des Desinformationskodex war die Untergruppe „Krisenreaktion“, die als Forum für Plattformen gedacht war, um zu diskutieren, wie sie mit Falschinformationen und Desinformationen im Zusammenhang mit großen Krisenereignissen umgehen. Die Tagesordnungen dieser Sitzungen zeigen jedoch, dass sie in Wirklichkeit ein Forum für die Europäische Kommission und ideologisch gleichgesinnte NGOs waren, um Plattformen – darunter Facebook, Microsoft, TikTok, Twitter und Google²³⁸ – zu schikanieren und ihnen zu sagen, dass sie ihre Regeln zur Moderation von Inhalten ändern sollten.

²³⁸ Siehe z. B. E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (10. August 2022), siehe Ex. 81.

Zwischen 2022 und 2024 traf sich die Untergruppe Krisenreaktion mindestens 30 Mal, wobei mindestens 13 dieser Treffen die Regeln zur Moderation von Inhalten auf Plattformen betrafen.²³⁹ Meistens erkundigte sich die Kommission nach Regeln zur Moderation von Inhalten im Zusammenhang mit COVID-19 und der russischen Invasion in der Ukraine. Eine typische Tagesordnung für diese Treffen sah vor, dass die Plattformen „neue Entwicklungen und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Desinformation“ mitteilten, wobei insbesondere folgende Fragen gestellt wurden:

²³⁹ E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (27. Juni 2022), *siehe* Ex. 79; Tagesordnung: Zweite Sitzung der Ständigen Arbeitsgruppe des Verhaltenskodexes (5. Juli 2022), *siehe* Ex. 80; E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (10. August 2022), *siehe* Ex. 81; Tagesordnung: Erste Sitzung der Untergruppe „Krisenreaktion“ der Ständigen Arbeitsgruppe (10. August 2022), *siehe* Ex. 189; Einladung zu einer Sitzung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (24. August 2022), *siehe* Ex. 82; E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (1. September 2022), *siehe* Ex. 83; Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ (7. September 2022), *siehe* Ex. 191; E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (20. September 2022), *siehe* Ex. 87; Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ (21. September 2022), *siehe* Ex. 190; Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ (5. Oktober 2022), *siehe* Ex. 203; Einladung zur Sitzung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (19. Oktober 2022), *siehe* Ex. 89; Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ (19. Oktober 2022), *siehe* Ex. 202; Einladung zu einer Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ durch Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (15. November 2022), *siehe* Ex. 91; Einladung zu einer Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ durch Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (30. November 2022), *siehe* Ex. 93; Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ (30. November 2022), *siehe* Ex. 201; Einladung zur Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ durch Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (8. Dezember 2022), *siehe* Ex. 97; Einladung zu einer Sitzung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (14. Dezember 2022), *siehe* Ex. 101; Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ (14. Dezember 2022), *siehe* Ex. 196; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (11. Januar 2023), *siehe* Ex. 103; Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ (11. Januar 2023), *siehe* Ex. 195; Einladung zu einem Treffen der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (8. Februar 2023), *siehe* Ex. 107; Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ (8. Februar 2023), *siehe* Ex. 194; Einladung zu einer Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ durch Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (22. Februar 2023), *siehe* Ex. 110; Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ (22. Februar 2023), *siehe* Ex. 193; Einladung zur Sitzung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (8. März 2023), *siehe* Ex. 111; Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ (8. März 2023), *siehe* Anlage 199; Einladung zur Sitzung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (24. März 2023), *siehe* Anlage 113; Einladung zu einer Sitzung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (19. April 2023), *siehe* Ex. 116; Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ (19. April 2023), *siehe* Ex. 192; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (16. Mai 2023), *siehe* Ex. 121; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (16. Mai 2023), *siehe* Ex. 120; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (23. Juni 2023), *siehe* Ex. 125; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (9. Oktober 2023), *siehe* Ex. 140; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (27. Oktober 2023), *siehe* Ex. 143; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (24. Januar 2024), *siehe* Ex. 150; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (17. April 2024), *siehe* Ex. 156; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (15. Mai 2024), *siehe* Ex. 158; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (12. Juni 2024), *siehe* Ex. 165; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (10. Juli 2024), *siehe* Ex. 167; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (7. August 2024), *siehe* Ex. 169; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (4. September 2024), *siehe* Ex. 171; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (2. Oktober 2024), *siehe* Ex. 176.

„Änderungen der Richtlinien“ – Sicherstellung, dass die Kommission in Echtzeit erfahren konnte, ob Plattformen auf ihre Anfragen zur Zensur reagierten.²⁴⁰

AGENDA

**MEETING OF THE PERMANENT TASK-FORCE
CRISIS RESPONSE SUBGROUP**

14 December

16:30 – 18:00

- 1. Opening and Welcoming remarks**
- 2. Sharing of new developments and actions taken related to fighting disinformation**
 - a. **War in Ukraine:** Disinformation narratives, e.g. about Russian bombing of Ukrainian civilian energy infrastructure, on sanctions in connection with the energy crisis, inflation and food shortages in developing countries.
 - b. **Public Health and Pandemic:** Disinformation narratives related to COVID-19 and new actions taken by signatories to limit such disinformation (including any policy changes)

Wherever possible, please share input ahead of the meeting in writing to keep the discussion round efficient and concentrate in the oral interventions on new developments and priority issues, in particular new policy changes and latest developments on trends and narratives.

- 3. Discussion: Signatories future plans for actions and policies to fight Covid-19 misinformation and disinformation**
- 4. Information Point: Final crisis reporting template adopted**
- 5. Any other business**

Eine typische Tagesordnung für Treffen zwischen der Europäischen Kommission, Plattformen und NGOs, bei denen die Kommission Druck ausübte, um die Richtlinien zur Moderation von Inhalten zu ändern.

Manchmal stellte die Kommission zusätzliche Forderungen an die Untergruppe. Bei einem Treffen im Dezember 2022, nachdem der aktualisierte Kodex zur Bekämpfung von Desinformation in Kraft getreten war, versuchte die Gruppe zu entscheiden, wie die „Krisenberichterstattung“ unter dem neuen Kodex zur Bekämpfung von Desinformation funktionieren sollte.²⁴¹ Plattformen

²⁴⁰ Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ (14. Dezember 2022) (Hervorhebung hinzugefügt), siehe Ex. 196.

²⁴¹ Einladung zur Sitzung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes zur Bekämpfung von Desinformation (8. Dezember 2022), siehe Ex. 97.

wollte nur über „richtlinienwidrige“ Falschinformationen berichten – Inhalte, die aufgrund eines Verstoßes gegen die Richtlinien zur Inhaltsmoderation (die ebenfalls dem Druck der Kommission unterlagen) entfernt wurden.²⁴² Die von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen am Entwurf des Desinformationskodex deuten darauf hin, dass sie mehr wollte – Informationen über *alle* mutmaßlichen Falschinformationen im Zusammenhang mit COVID-19 oder der russischen Invasion in der Ukraine, unabhängig davon, ob sie gegen die Plattformregeln verstießen oder nicht.²⁴³ Das Ziel der Kommission war klar: Sie wollte feststellen, welche Plattformen nicht ausreichend zensierten, um sie unter Druck zu setzen, ihre globalen Richtlinien zur Inhaltsmoderation mithilfe des kürzlich verabschiedeten DSA zu ändern.

Reporting on the service's <i>efforts-response in-during the framework of the [COVID/UKRAINE] crisis</i>
<i>[Note: operational responses to crisis situations can vary from service to service. Signatories are requested to provide information relevant to their particular response to the threats and challenges they observed on their service(s). An absence of information should not be considered a shortfall in the way a particular service has responded.]</i>
<i>Overview of the main threats observed, such as crisis related disinformation campaigns, spread of <i>policy-violative</i> misinformation, coordinated manipulative behaviours, malicious use of advertising products, involvement of foreign state actors, etc. (max 500 words)</i>
<i>Executive summary of the company's main strategies and actions taken to mitigate the identified threats and react to the crisis (max 500 words)</i>
<i>Learnings and <i>b</i>est practices identified for future crisis situations (max 500 words)</i>
<i>Future plans for the next six months (max 500 words)</i>

Die Änderungen der Europäischen Kommission am Entwurf des Desinformationskodex (blau markiert) erweiterten den Umfang der Meldung von Falschinformationen von „gegen die Richtlinien verstoßenden“ Falschinformationen auf alle Falschinformationen.

Die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission stellten während der Sitzungen der Untergruppe „Krisenreaktion“ auch häufig wahlbezogene Forderungen. Nach den slowakischen Parlamentswahlen im September 2023 forderte die Kommission die Plattformen auf, über „Maßnahmen zur Eindämmung“ angeblicher „Desinformation“ während der Wahlen zu berichten.²⁴⁴ Und im Januar 2024, sechs Monate vor den Wahlen zum Europäischen Parlament, teilte die Kommission den Plattformen mit, dass sie in den kommenden Monaten „großen Wert auf ... Ihre Updates zum Stand Ihrer Vorbereitungen für die EP-Wahlen legen“ werde – was bedeutet, dass sie häufige Updates über zusätzliche Zensurmaßnahmen im Vorfeld der EU-Wahlen wünschte.²⁴⁵

Die Untergruppe „Krisenreaktion“ war einer der wichtigsten Mechanismen, mit denen die Kommission die Plattformen genau im Auge behielt. In mindestens 29 Sitzungen über einen Zeitraum von drei Jahren zu Themen wie COVID-19, der russischen Invasion in der Ukraine und wichtigen europäischen Wahlen befragte die Europäische Kommission die Plattformen wiederholt dazu, wie sie mutmaßliche Falschinformationen und Desinformationen zensierten – was implizierte, dass die Plattformen ihre weltweit geltenden „Richtlinien“ ändern mussten, um dies zu tun.

²⁴² Entwurf für einen Bericht über die Reaktion des Dienstes während der [COVID/Ukraine]-Krise, siehe Ex. 200.

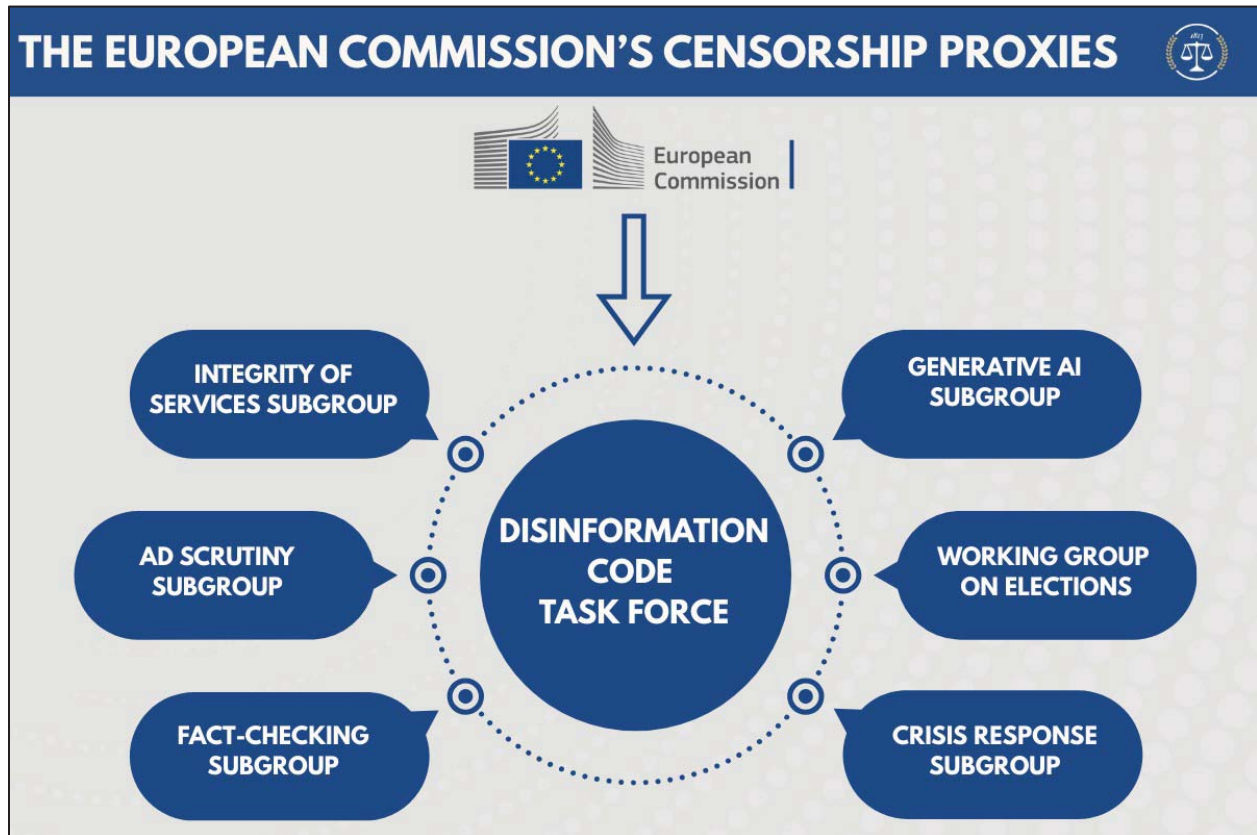
²⁴³ *Id.*

²⁴⁴ Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (9. Oktober 2023), siehe Ex. 140.

²⁴⁵ Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (24. Januar 2024), siehe Ex. 150.

- ii. *Andere Untergruppen boten der Kommission zusätzliche Möglichkeiten, Zensurforderungen an Unternehmen zu stellen.*

Die Untergruppe „Krisenreaktion“ war zwar die wohl produktivste Untergruppe, die unter der Schirmherrschaft der Taskforce zum Verhaltenskodex gegen Desinformation arbeitete, aber sie war bei weitem nicht die einzige. Die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission scheinen in Sitzungen von mindestens sechs weiteren Untergruppen zur Zensur ermutigt zu haben. Diese werden hier kurz erläutert.



- **Untergruppe „Integrität von Diensten“:** „Integrität von Diensten“ ist der Euphemismus der Kommission für „Dienste, die nur bevorzugte Inhalte zulassen“.²⁴⁶ Diese Untergruppe traf sich 2022 und 2023 mindestens fünf Mal.²⁴⁷

²⁴⁶ Siehe Kodex gegen Desinformation, oben Anmerkung 124, § 4. („Die relevanten Unterzeichner erkennen die Bedeutung einer Intensivierung und Demonstration der Wirksamkeit von Maßnahmen zur Gewährleistung der **Integrität von Diensten** durch die Umsetzung und Förderung von Schutzmaßnahmen gegen Fehlinformationen und Desinformation an.“)

²⁴⁷ Einladung zu einem Treffen der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes zur Desinformation (13. Dezember 2022), siehe Ex. 99; Einladung zu einem Treffen der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes zur Desinformation (16. Februar 2023), siehe Ex. 108; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (27. Juni 2023), siehe Ex. 109; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (2. Oktober 2023), siehe Ex. 134; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (13. Oktober 2023), siehe Ex. 141.

- **Untergruppe „Ad Scrutiny“ (Werbekontrolle).** Diese Untergruppe versuchte zu verhindern, dass Werbegelder an Websites flossen, denen vorgeworfen wurde, „Desinformation“ zu verbreiten²⁴⁸ – meist konservative Nachrichtenmedien. Diese Untergruppe wurde von Organisationen geleitet, die im Zentrum einer ähnlichen amerikanischen Initiative standen, darunter die Global Alliance for Responsible Media (GARM) und NewsGuard, was darauf hindeutet, dass die Kommission eine ähnliche Kampagne in Europa organisieren wollte.²⁴⁹ Der Ausschuss hat zuvor festgestellt, dass GARM mit ausländischen Regulierungsbehörden zusammengearbeitet hat, um Twitter unter Druck zu setzen, mehr Äußerungen zu zensurieren, um im Gegenzug zusätzliche Werbeeinnahmen zu erzielen.²⁵⁰ Der Mitbegründer von GARM, Robert Rakowitz, „erklärte, dass es sein ‚Hauptanliegen‘ sei, Präsident Trump zum Schweigen zu bringen, und verglich die Rhetorik des Präsidenten mit einer ‚Ansteckung‘“.²⁵¹ Nach der Überprüfung durch den Ausschuss stellte GARM im August 2024 seine Tätigkeit ein.²⁵² Die Untergruppe „Ad Scrutiny“ traf sich 2022 und 2023 mindestens acht Mal²⁵³ und versuchte, Plattformen zu verpflichten, der Kommission über die Höhe der Werbeeinnahmen zu berichten, die Plattformen daran gehindert hatten, an mutmaßliche Desinformationsseiten zu fließen.²⁵⁴
- **Untergruppe „Faktenprüfung“.** Diese Untergruppe sollte Faktenprüfer – meist zensurfreundige linke NGOs – „stärken“ und Plattformen dazu ermutigen, auf sie zu hören.²⁵⁵ Interne Unterlagen deuten darauf hin, dass die Gruppe auch die Einrichtung eines „Faktenprüfungsarchivs“ anstrebte, d. h. einer Datenbank mit von der Kommission genehmigten Darstellungen zu wichtigen politischen und kulturellen Ereignissen.²⁵⁶ Von den Plattformen würde dann erwartet werden, dass sie diese Datenbank zu Rate ziehen, um zu entscheiden, was gemäß dem DSA zensuriert werden muss und was nicht. Während dieser Treffen haben die Regulierungsbehörden der Kommission und NGOs

²⁴⁸ *Neues SLI zu Demonetarisierungsbemühungen, das den finanziellen Wert (in Euro) der ergriffenen Maßnahmen erfasst, siehe Ex. 188.*

²⁴⁹ *Siehe STAFF OF THE H. COMM. ON THE JUDICIARY, 118TH CONG., GARM'S HARM: HOW THE WORLD'S BIGGEST BRANDS SEEK TO CONTROL ONLINE SPEECH (Comm. Print 10. Juli 2024); STAFF OF THE H. COMM. ON THE JUDICIARY, 119TH CONG., EXPORTING CENSORSHIP: HOW GARM'S ADVERTISING CARTEL HELPED CORPORATIONS COLLUDE WITH FOREIGN GOVERNMENTS TO SILENCE AMERICAN SPEECH (Comm. Print 27. Juni 2025).*

²⁵⁰ *MITARBEITER DES H. COMM. ON THE JUDICIARY, 119. KONGRESS, EXPORT VON ZENSUR: WIE DAS WERBEKARTELL VON GARM UNTERNEHMEN DABEI HALF, SICH MIT AUSLÄNDISCHEN REGIERUNGEN ABZUSPRECHEN, UM AMERIKANISCHE MEINUNGSÄUßERUNGEN ZUM SCHWEIGEN ZU BRINGEN SPEECH auf Seite 2 (Comm. Print, 27. Juni 2025).*

²⁵¹ *Ebenda, S. 2.*

²⁵² *WFA stellt GARM ein, WORLD FEDERATION OF ADVERTISERS (9. August 2024).*

²⁵³ *Einladung zu einem Treffen der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (2. September 2022), siehe Ex. 84; Einladung zu einem Treffen der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (19. September 2022), siehe Ex. 86; Einladung zu einem Treffen der Mitarbeiter der Europäischen Kommission mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (30. Januar 2023), siehe Ex. 104; Einladung zu einem Treffen der Mitarbeiter der Europäischen Kommission mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (13. Februar 2023), siehe Ex. 105; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (30. Mai 2023), siehe Ex. 106; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (13. Juni 2023), siehe Ex. 124; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (3. Juli 2023), siehe Ex. 127; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (2. Oktober 2023), siehe Ex. 137.*

²⁵⁴ *Neuer SLI zu Demonetarisierungsbemühungen, der den finanziellen Wert (in Euro) der ergriffenen Maßnahmen erfasst, siehe Ex. 188.*

²⁵⁵ *E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (27. März 2023), siehe Ex. 114.*

²⁵⁶ *Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (30. März 2023), siehe Ex. 115.*

Außerdem wurden Daten zur Nutzung von Faktenprüfern durch Plattformen ausgewertet.²⁵⁷ Die Untergruppe „Faktenprüfung“ traf sich 2023 und 2024 mindestens 18 Mal.²⁵⁸

- **Untergruppe „Generative KI“.** Diese Gruppe traf sich Ende 2023 und Anfang 2024 mindestens dreimal, um den Umgang der Plattformen mit KI-generierten Inhalten zu erörtern.²⁵⁹ Die Kommission hat wiederholt eine aggressive Zensur dieser Inhalte gefordert,²⁶⁰ und zu den Mitgliedern der Untergruppe gehörte auch Logically.AI, ein britisches Unternehmen, das KI-Tools einsetzt, um Social-Media-Inhalte im Auftrag von Regierungen auf der ganzen Welt zu zensieren.²⁶¹
- **Arbeitsgruppe „Wahlen“.** Zusätzlich zum Schwerpunkt „Wahlen“ der Untergruppe „Krisenreaktion“ hat die Kommission eine weitere Gruppe von Unterzeichnern des Kodex gegen Desinformation eingerichtet, in der Plattformen und Regulierungsbehörden ausschließlich über Wahlen diskutieren können. Mit ausdrücklicher Unterstützung der Kommission befragten Faktenprüfer die Plattformen zu den „Maßnahmen, die sie im Vorfeld bestimmter Europawahlen ergriffen haben“, wobei sie insbesondere nach „Pre-Bunking-Inhalten“ fragten.²⁶² Die Wahlaktivitäten der Kommission waren alles andere als unparteiisch.²⁶³ Dies war wahrscheinlich ein wichtiger Berührungspunkt für die Kommission, um den Plattformen vor den Wahlen ihre Erwartungen hinsichtlich der Zensur mitzuteilen. Die Arbeitsgruppe „Wahlen“ traf sich im Jahr 2023 mindestens acht Mal.²⁶⁴

²⁵⁷ Einladung zu einer Sitzung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (6. November 2023), *siehe* Ex. 145.

²⁵⁸ Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (30. März 2023), *siehe* Ex. 115; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (26. April 2023), *siehe* Ex. 117; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (10. Mai 2023), *siehe* Ex. 118; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (5. Mai 2023), *siehe* Ex. 119; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (6. Juni 2023), *siehe* Ex. 123; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (28. Juni 2023), *siehe* Ex. 126; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (13. Juli 2023), *siehe* Ex. 128; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (6. September 2023), *siehe* Ex. 133; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (22. September 2023), *siehe* Ex. 135; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (3. Oktober 2023), *siehe* Ex. 138; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (18. Oktober 2023), *siehe* Ex. 142; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (6. November 2023), *siehe* Ex. 145; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (6. November 2023), *siehe* Ex. 144.

²⁵⁹ E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (25. Juli 2023), *siehe* Ex. 129; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (17. November 2023), *siehe* Ex. 146; E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (18. Dezember 2023), *siehe* Ex. 149.

²⁶⁰ *Siehe unten* Abschnitt III.G.ii.

²⁶¹ *Siehe* Lee Fang, *Logically.AI aus Großbritannien und die Ausweitung der weltweiten Zensur*, REALCLEARINVESTIGATIONS (25. Januar 2024).

²⁶² E-Mails von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Mitglieder der Arbeitsgruppe „Wahlen“ (1. September 2023), *siehe* Ex. 220.

²⁶³ *Siehe unten* Abschnitt V.B.

²⁶⁴ Einladung zu einer Sitzung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Wahlen“ (27. April 2023), *siehe* Ex. 212; Tagesordnung für eine Sitzung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Wahlen“ (22. Juni 2023), *siehe* Ex. 213; Einladung zu einer Sitzung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Wahlen“ (18. Juli 2023), *siehe* Ex. 215; Einladung zu einer Sitzung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an

- **Lenkungsausschuss der Untergruppe Krisenreaktion und der Arbeitsgruppe Wahlen.** Diese Gruppe umfasste ausgewählte Mitglieder der Untergruppe Krisenreaktion und der Arbeitsgruppe Wahlen und entwickelte eine „Risikobewertungsmethodik und ein Schnellreaktionssystem für Krisensituationen“.²⁶⁵ Die „Risikobewertungsmethodik“ scheint sich auf ein System bewährter Verfahren für die Einhaltung der DSA zu beziehen, während Schnellreaktionssysteme bestimmten von der Regierung zugelassenen Dritten ermöglichten, vor wichtigen Ereignissen, darunter Wahlen in ganz Europa, Schnellverfahren zur Zensur bei Plattformen zu beantragen.²⁶⁶ Diese Gruppe traf sich Ende 2023 mindestens sieben Mal.²⁶⁷

Die Kommission veranstaltete außerdem regelmäßige „Plenarsitzungen“, in denen Untergruppen allen Unterzeichnern des Desinformationskodex über ihre Arbeit berichteten und die formelle Aufnahme des Desinformationskodex als Verhaltenskodex in die DSA diskutierten.²⁶⁸ Bei diesen Veranstaltungen hielten hochrangige Kommissionsbeamte, darunter Vizepräsidentin Vera Jourova und Kommissar Thierry Breton, Ansprachen. Die Unterzeichner des Desinformationskodex trafen sich zwischen 2022 und 2025 mindestens 15 Mal zu Plenarsitzungen.²⁶⁹

die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Wahlen“ (5. September 2023), *siehe* Ex. 216; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einer Sitzung der Mitglieder der Arbeitsgruppe „Wahlen“ (15. September 2023), *siehe* Ex. 217; Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zu einer Sitzung der Mitglieder der Arbeitsgruppe „Wahlen“ (20. September 2023), *siehe* Ex. 223; Einladung zu einer Sitzung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Wahlen“ (30. November 2023), *siehe* Ex. 233; Einladung zu einer Sitzung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Wahlen“ (20. Dezember 2023), *siehe* Ex. 235.

²⁶⁵ E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (6. September 2023), *siehe* Ex. 132.

²⁶⁶ *Siehe unten Abschnitt V.B.*

²⁶⁷ Einladung zu einer Sitzung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an den Krisen-/Wahl-Lenkungsausschuss (25. September 2023), *siehe* Ex. 225; Einladung zu einer Sitzung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an den Krisen-/Wahl-Lenkungsausschuss (6. Oktober 2023), *siehe* Ex. 226; Einladung zu einer Sitzung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an den Krisen-/Wahl-Lenkungsausschuss (13. Oktober 2023), *siehe* Ex. 227; Einladung zu einer Sitzung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an den Krisen-/Wahl-Lenkungsausschuss (23. Oktober 2023), *siehe* Ex. 228; Einladung zu einer Sitzung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an den Krisen-/Wahl-Lenkungsausschuss (27. Oktober 2023), *siehe* Ex. 229; Einladung zu einer Sitzung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an den Krisen-/Wahl-Lenkungsausschuss (14. November 2023), *siehe* Ex. 232; Einladung zu einer Sitzung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an den Krisen-/Wahl-Lenkungsausschuss (30. November 2023), *siehe* Ex. 234.

²⁶⁸ Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (14. September 2022), *siehe* Ex. 85; E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (2. Dezember 2022), *siehe* Ex. 94; Tagesordnung: Fünfte Plenarsitzung der ständigen Taskforce des Verhaltenskodex (5. Juni 2023), *siehe* Ex. 122; E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Mitarbeitern von TikTok (23. Mai 2024), *siehe* Ex. 160; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (23. Mai 2024), *siehe* Ex. 161; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (6. Juni 2024), *siehe* Ex. 164; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (21. Juni 2024), *siehe* Ex. 246; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (16. September 2024), *siehe* Ex. 173; Tagesordnung: Achte Plenarsitzung der Ständigen Arbeitsgruppe des Verhaltenskodex (1. Oktober 2024), *siehe* Ex. 254; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodex gegen Desinformation (13. Dezember 2024), *siehe* Ex. 180; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes zur Bekämpfung von Desinformation (16. Dezember 2024), *siehe* Ex. 182; Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes zur Bekämpfung von Desinformation (16. Dezember 2024), *siehe* Ex. 187.

²⁶⁹ *Id.*

iii. Die Kommission überwachte die Teilnahme der Plattformen an diesen Gruppen.

Die schiere Anzahl der Sitzungen stellte eine erhebliche Belastung für die Mitarbeiter der Plattformen dar. Zusätzlich zu den aufwändigen Verpflichtungen zur Einhaltung des DSA und des Verhaltenskodexes zur Bekämpfung von Desinformation mussten die Mitarbeiter nun stundenlange Vorträge von Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission und zensierenden NGOs über sich ergehen lassen. Ein Mitarbeiter von Microsoft schrieb im Juli 2023 an die Kommission und wies darauf hin, dass die Sitzungen eine „enorme Arbeitsbelastung“ für die Unterzeichner des Verhaltenskodexes zur Bekämpfung von Desinformation darstellten.²⁷⁰

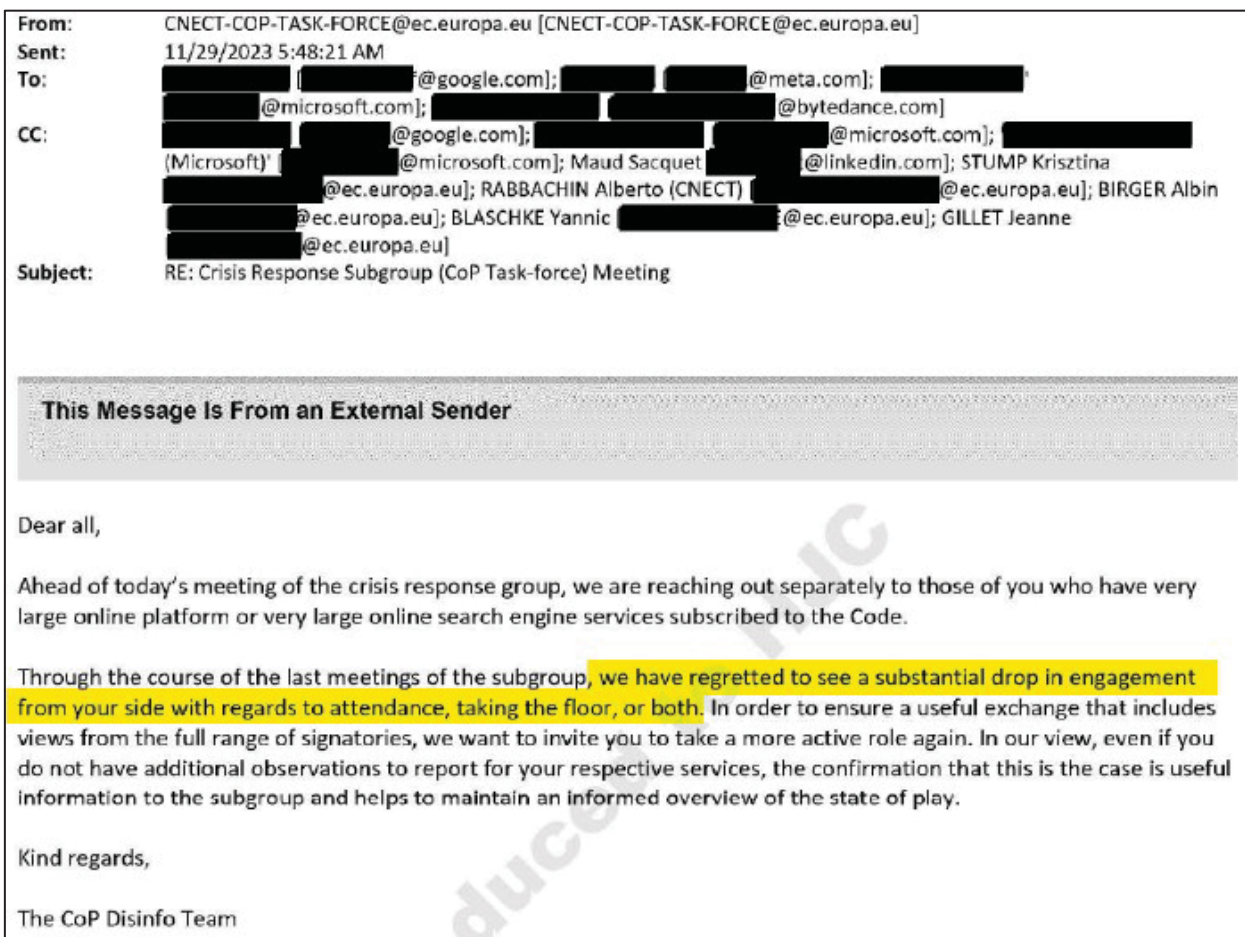
El jue, 20 jul 2023 a las 14:20, [REDACTED] (<[REDACTED]@microsoft.com>) escribió:
 As indicated during yesterday's meeting (and earlier ones), given the tremendous workload not just for this SG, but also with the eight other existing SGs/WGs and the upcoming three new ones, we really want to ensure we focus the work in the Taskforce onto those aspects that we explicitly committed to in the Code. So unless I overlooked the point in the Code where the Taskforce was given a role regarding the "integration, showcasing, or otherwise consistent use of fact-checkers' work in the signatories' services, processes, and contents", we would suggest to remove this from the scope and purpose of the ToR.

Ein Microsoft-Mitarbeiter beschrieb die mit den Sitzungen der Task Force zum Desinformationskodex verbundene Arbeitsbelastung als „enorm“.

Die Europäische Kommission würde Plattformen sogar streng ermahnen, wenn sie sich nicht ausreichend an diesen „freiwilligen“ Verpflichtungen beteiligen würden. Am 29. November 2023 schickte die Kommission eine E-Mail an Vertreter von Google, Meta, Microsoft und TikTok, in der sie erklärte, dass sie „mit Bedauern einen erheblichen Rückgang des Engagements“ der Plattformen während der Sitzungen der Untergruppe „Krisenreaktion“ feststelle.²⁷¹ Die Botschaft implizierte, dass die Mitarbeiter der Plattformen sich nicht aus diesen angeblich freiwilligen Treffen zurückziehen sollten. Diese Treffen der Arbeitsgruppe „Kodex gegen Desinformation“ waren für die Europäische Kommission wichtige Kontaktpunkte, um den Unternehmen Zensurforderungen zu übermitteln, weshalb die Kommission sie warnte, dass sie genau verfolge, wer anwesend sei – und vor allem, wer nicht.

²⁷⁰ E-Mails zwischen Mitarbeitern der Kommission und Unterzeichnern des Verhaltenskodexes zur Bekämpfung von Desinformation (20. Juli 2023), siehe Ex. 131.

²⁷¹ E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (29. November 2023), siehe Ex. 147.



Die Europäische Kommission warnte die Plattformen, dass sie überwache, wer an den Treffen der Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation teilnehme.

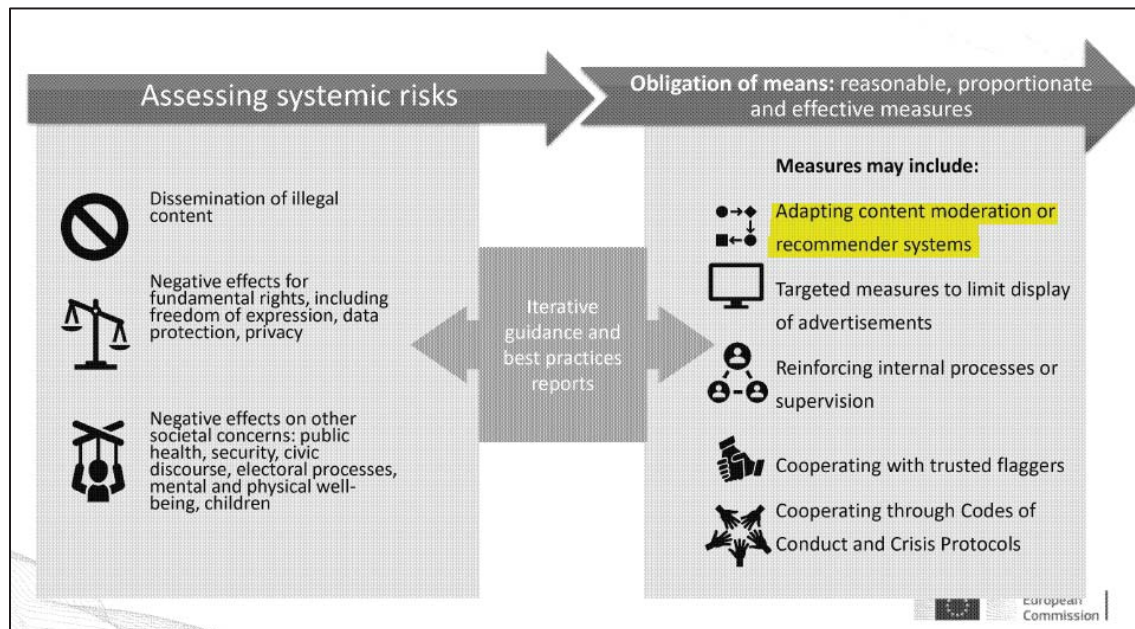
G. Seit der Verabschiedung des DSA haben die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission regelmäßigen Druck auf Plattformen ausgeübt, ihre globalen Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern.

Der DSA wurde im Oktober 2022 unterzeichnet und trat im August 2023 in Kraft. Die Plattformen wussten seit 2020, dass der DSA kommen würde, und handelten entsprechend. Nichtsdestotrotz festigte der DSA die globale Zensurkampagne der Europäischen Kommission und gewährte ihr weitreichende neue Durchsetzungsbefugnisse, die dazu genutzt werden könnten – und würden –, um Nicht-EU-Plattformen zu zwingen, ihre globalen Richtlinien zur Moderation von Inhalten zu ändern und Inhalte zu zensurieren, die von europäischen Bürokraten missbilligt werden.

- i. *Bevor das DSA in Kraft trat, teilte die Europäische Kommission den Plattformen mit, dass Änderungen der Regeln zur Moderation von Inhalten eine wichtige „Risikominderung“ im Rahmen des DSA darstellen würden.*

In der Vorbereitungsphase zwischen Oktober 2022 und August 2023 führte die Europäische Kommission intensive Gespräche mit Plattformen über die Verpflichtungen, denen sie gemäß dem DSA unterliegen. Es überrascht nicht, dass die Europäische Kommission eine klare Botschaft hatte: Plattformen müssten ihre globalen Regeln zur Moderation von Inhalten ändern, um dem umfassenden neuen Gesetz zur digitalen Zensur in Europa zu entsprechen. Tatsächlich begann dies bereits vor der offiziellen Unterzeichnung des DSA. Auf einer Konferenz

, an der im September 2022 Regulierungsbehörden und Plattformen teilnahmen, hielt die Europäische Kommission einen Vortrag zum Thema „Digital Services Act & Algorithmic amplification“²⁷². In ihrer Präsentation erklärte die Kommission, dass die Risikominderung – eine Anforderung gemäß Artikel 35 des DSA – die „Anpassung von Inhaltsmoderations- oder Empfehlungssystemen“ und die „Zusammenarbeit durch Verhaltenskodizes und Krisenprotokolle“ umfasse.²⁷³ Auf der Konferenz wurde außerdem bestätigt, dass Plattformen ihre Regeln zur Moderation von Inhalten ändern müssten, um dem DSA zu entsprechen, und dass die Kodizes zu Hassrede und Desinformation nicht wirklich freiwillig seien.



In der Präsentation der Europäischen Kommission vor den Plattformen wurde darauf hingewiesen, dass die Risikominderung gemäß DSA Änderungen an „Systemen zur Moderation von Inhalten“ und die Einhaltung von Verhaltenskodizes umfasst.

Die Europäische Kommission traf sich im Herbst 2022 auch einzeln mit den Plattformen. Im September traf sich die Kommission mit TikTok zu einer grundlegenden Diskussion darüber, wie das Unternehmen „mit Transparenz und Inhaltsmoderation im weiteren Sinne umgeht“ – ein klarer Beweis dafür, dass die Kommission die Inhaltsmoderation als Teil der Regulierung im Rahmen des DSA betrachtete.²⁷⁴ Im November traf sich die Kommission erneut mit TikTok, diesmal um dessen „Ansatz“ zur „Risikobewertung“ im Rahmen des DSA zu erörtern.²⁷⁵

Schließlich, kurz bevor das DSA im August 2023 in Kraft trat, übermittelte die Kommission den Plattformen ein Dokument, in dem sie ihre „Erwartungen“ hinsichtlich der Risikobewertung und -minderung im Rahmen des DSA darlegte. In dem Dokument wurde darauf hingewiesen, dass sich die Risikobewertung auf „Systeme zur Moderation von Inhalten und geltende Geschäftsbedingungen sowie deren Durchsetzung“ konzentrieren sollte.²⁷⁶ Gemäß dem DSA sind Plattformen verpflichtet, die von ihnen bewerteten Risiken zu „mindern“. ²⁷⁷ Risiken, die von „Systemen zur Moderation von Inhalten“ ausgehen

²⁷² Präsentation der Europäischen Kommission: *Digital Services Act & Algorithmic amplification* (29. September 2022), siehe Ex. 30.

²⁷³ *Id.*

²⁷⁴ E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (9. November 2022), siehe Ex. 23.

²⁷⁵ *Id.*

²⁷⁶ Anhang: Informationen zu den Risikobewertungsberichten (11. August 2023), siehe Ex. 289.

²⁷⁷ Gesetz über digitale Dienste, siehe Fußnote 26, Art. 35.

und geltende Geschäftsbedingungen“²⁷⁸ mussten durch eine Änderung der Systeme und Bedingungen gemildert werden. Dies war der bislang deutlichste Beweis dafür, dass die Kommission beabsichtigte, den DSA zur Regulierung der globalen Regeln der Plattformen zur Moderation von Inhalten zu nutzen.

- ii. *Formelle Auskunftersuchen (RFIs) gemäß dem DSA befassen sich mit den Regeln der Plattformen zur Moderation von Inhalten und deuten an, dass zur Einhaltung der Vorschriften möglicherweise Änderungen erforderlich sind.*

Die Durchsetzung des DSA begann rasch nach seinem Inkrafttreten. Innerhalb weniger Wochen leitete die Kommission Untersuchungen zur Moderation von „Hassreden“, „illegalen Inhalten“ und wahlbezogenen Inhalten durch Plattformen ein.²⁷⁹ Formelle Dokumente zur Einleitung von DSA-Untersuchungen, sogenannte „Auskunftersuchen“ (RFIs), geben Aufschluss darüber, welche Art von Inhalten die Kommission von den Plattformen moderiert sehen wollte. Es überrascht nicht, dass die Kommission die Plattformen anwies, ihre globalen Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern, um Inhalte zu zensurieren, die ihr missfielen.

Nach dem brutalen Terroranschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 richtete die Kommission am 19. Oktober eine Informationsanfrage an TikTok und stellte „Fragen zu den geltenden Nutzungsbedingungen und deren Durchsetzung“, darunter auch, ob „TikTok zusätzliche Maßnahmen ergriffen hat, um die Risiken im Zusammenhang mit der weitreichenden Verbreitung von gewalttätigem Verhalten und Hassreden im Kontext des Konflikts zwischen der Hamas und Israel zu mindern“.²⁸⁰ Im Gegensatz zu früheren Anfragen war die DSA nun in vollem Umfang in Kraft und die Gefahr von Vergeltungsmaßnahmen war real. DSA-Verfahren und Geldstrafen in Höhe von sechs Prozent des weltweiten Umsatzes waren nicht mehr nur eine potenzielle zukünftige Gefahr.²⁸¹ Wenn die Kommission die Antworten von TikTok auf diese spezifischen Fragen nicht genehmigte und wenn die Kommission die von TikTok ergriffenen „Maßnahmen“ nicht genehmigte, konnte die Kommission mit der Verhängung massiver Geldstrafen beginnen. Hier forderte die Europäische Kommission in einer ihrer ersten Informationsanfragen im Rahmen des DSA TikTok nicht gerade subtil auf, zusätzliche Zensurmaßnahmen zu ergreifen, die in Form von Änderungen der globalen Regeln zur Moderation von Inhalten erfolgen könnten.²⁸²

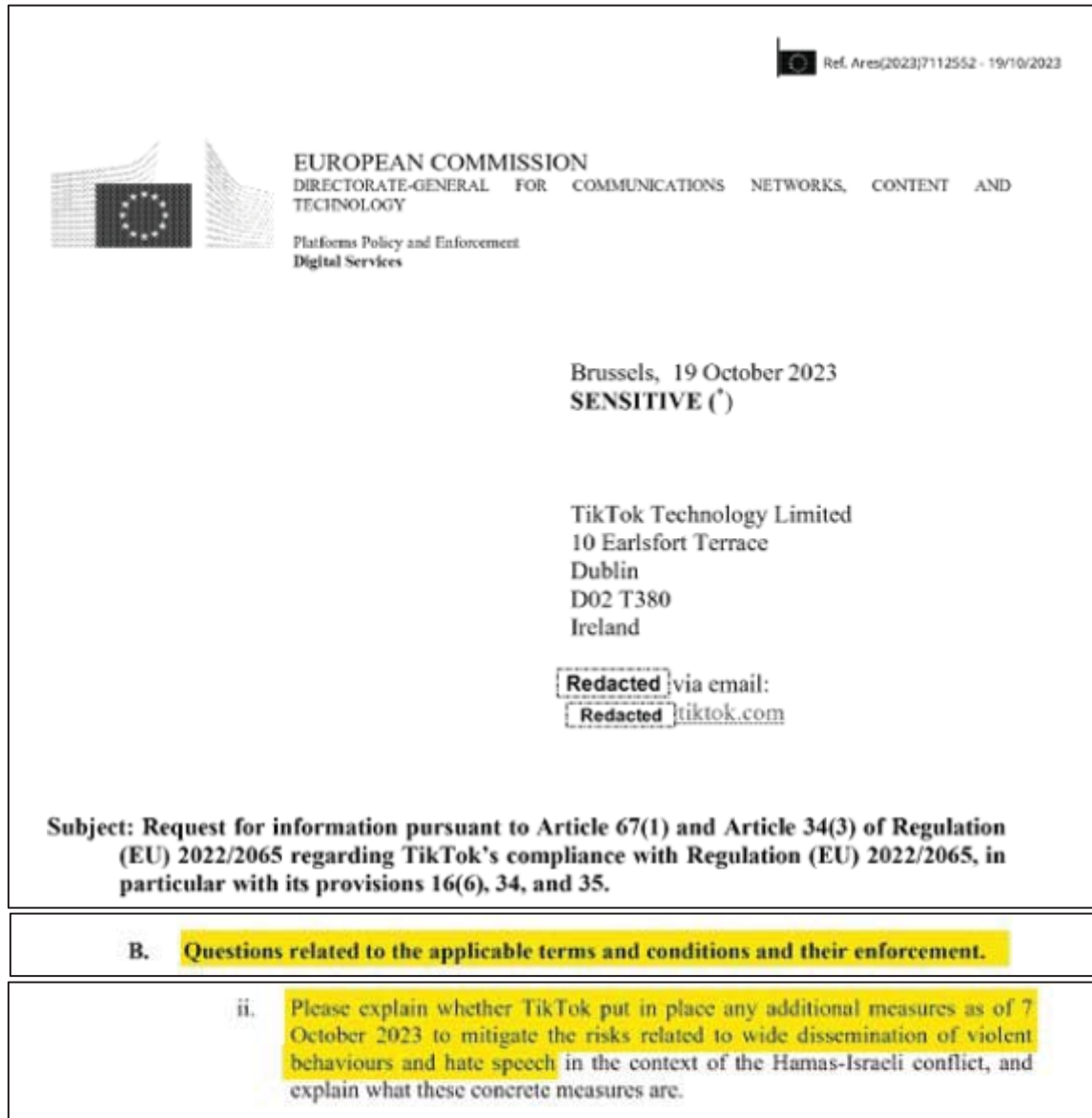
²⁷⁸ Anhang: Informationen zu den Risikobewertungsberichten (11. August 2023), siehe Ex. 289.

²⁷⁹ Siehe *Daily News* 19/10/2023, EUROPEAN COMM'N (19. Oktober 2023), https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_23_5145.

²⁸⁰ Informationsanfrage der Kommission an TikTok (19. Oktober 2023), siehe Ex. 290; Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (4. November 2023), siehe Ex. 6; Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (17. November 2023), siehe Ex. 7.

²⁸¹ Gesetz über digitale Dienste, siehe Fußnote 26, Art. 52.

²⁸² Informationsanfrage der Kommission an TikTok (19. Oktober 2023), siehe Ex. 290; Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (4. November 2023), siehe Ex. 6; Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (17. November 2023), siehe Ex. 7.



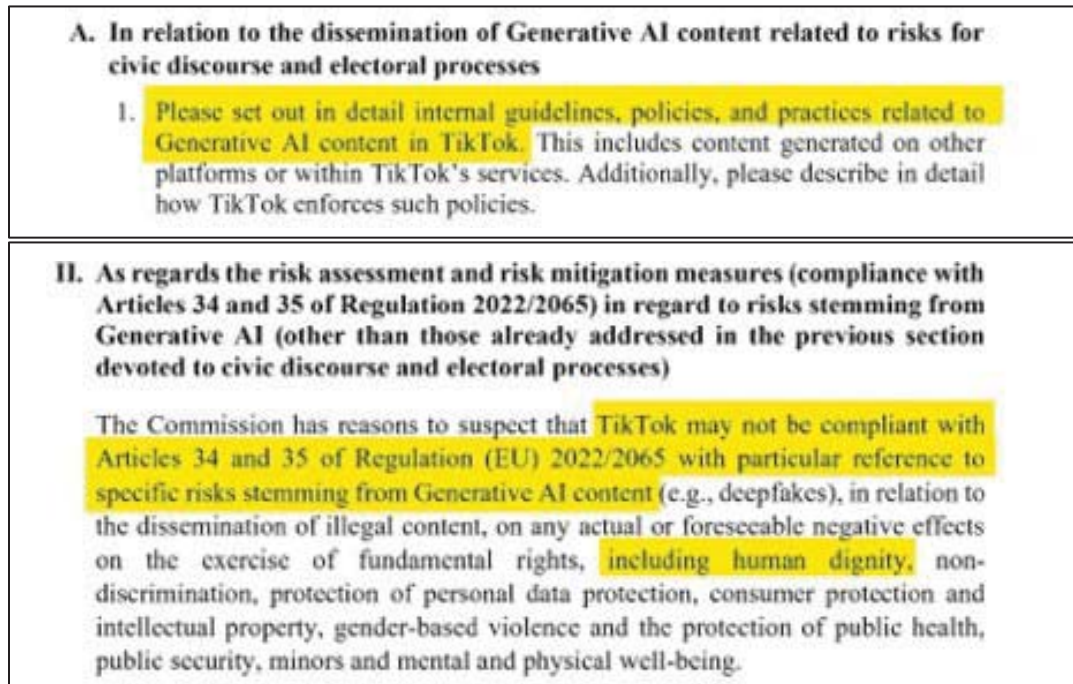
Die erste Informationsanfrage der Europäischen Kommission im Rahmen des DSA bezog sich auf die globalen Regeln von TikTok zur Moderation von Inhalten im Zusammenhang mit den Anschlägen vom 7. Oktober.

Im März 2024 richtete die Kommission eine Informationsanfrage (RFI) an TikTok zu KI-generierten Inhalten und stellte erneut Fragen zu den globalen Regeln für die Moderation von Inhalten, wodurch sie implizierte, dass Änderungen erforderlich seien.²⁸³ Dieses Mal richtete sich die Kommission gezielter auf die Richtlinien von TikTok zur Moderation von Inhalten und bat um Informationen zu den „internen Richtlinien, Vorgehensweisen und Praktiken von TikTok“ sowie zu „Maßnahmen zur Moderation von Inhalten“ für KI-generierte Inhalte.²⁸⁴ Die Kommission bat TikTok außerdem um Informationen über „Richtlinien oder Verfahren zur Bewältigung von Problemen, die im Zusammenhang mit der viralen Verbreitung von generativen KI-Inhalten auftreten können“ und darüber, wie TikTok verhindert, dass KI-Systeme „bestehenden Personen, Objekten, Orten, Entitäten [und]

²⁸³ Informationsanfrage der Kommission an TikTok (14. März 2024), siehe Ex. 291.

²⁸⁴ *Id.*

Ereignissen“²⁸⁵ Die Informationsanfrage zeigt erneut, dass die Kommission ihren Fokus weiterhin auf die globalen Regeln der Plattformen zur Moderation von Inhalten richtet. Sie deutet auch darauf hin, dass die Kommission KI-generierte Inhalte als eine *ipso facto* Bedrohung betrachtet und nicht als Möglichkeit, die es Einzelpersonen ermöglicht, sich besser auszudrücken. Tatsächlich schrieb die Kommission, dass generative KI-Inhalte aufgrund ihrer potenziellen „negativen Auswirkungen“ auf die „Menschenwürde“ ein systemisches Risiko im Sinne des DSA darstellen könnten – und damit den Plattformen eine Zensurpflicht auferlegen würden.²⁸⁶ Dieser Standard ist völlig formbar und bietet wenig Klarheit, was möglicherweise zu einer übermäßigen Entfernung rechtmäßiger Inhalte führen könnte. Als Antwort auf diese RFI teilte TikTok der Kommission mit, dass es plane, eine „groß angelegte Moderation“ von KI-generierten Inhalten mithilfe automatisierter Systeme einzuführen und KI-Inhalte, die als „potenziell irreführend“ angesehen werden, herabzustufen⁽²⁸⁷⁾.



Eine RFI vom März 2024 deutete an, dass TikTok mehr tun müsse, um KI-generierte Inhalte zu zensieren.

Schließlich veröffentlichte die Europäische Kommission im Oktober 2024 eine Informationsanfrage, in der sie nachfragte, wie sich die Inhaltsmoderation und die Empfehlungssysteme von TikTok auf „Wahlprozesse und den zivilgesellschaftlichen Diskurs“ auswirken.²⁸⁸ Die Kommission forderte Dokumente an, in denen „analysiert und bewertet wird, ob und wie alle Empfehlungssysteme und andere relevante algorithmische Systeme von TikTok Risiken für Wahlprozesse, den zivilgesellschaftlichen Diskurs und die öffentliche Sicherheit [sowie] illegale Hassreden“ beeinflussen, neben anderen Themen.²⁸⁹ Dies war erneut ein Versuch der Kommission, TikTok unter Druck zu setzen, seine Richtlinien zur Moderation von Inhalten zu ändern. Angesichts der globalen Reichweite der Richtlinien von Plattformen könnte der Druck der Europäischen Kommission in Bezug auf Richtlinien zu wahlbezogenen Äußerungen zudem Auswirkungen auf Wahlen außerhalb der Europäischen Union haben.²⁹⁰

²⁸⁵ *Id.*

²⁸⁶ *Id.*

²⁸⁷ Schreiben von TikTok an die Europäische Kommission (5. April 2024), siehe Ex. 9.

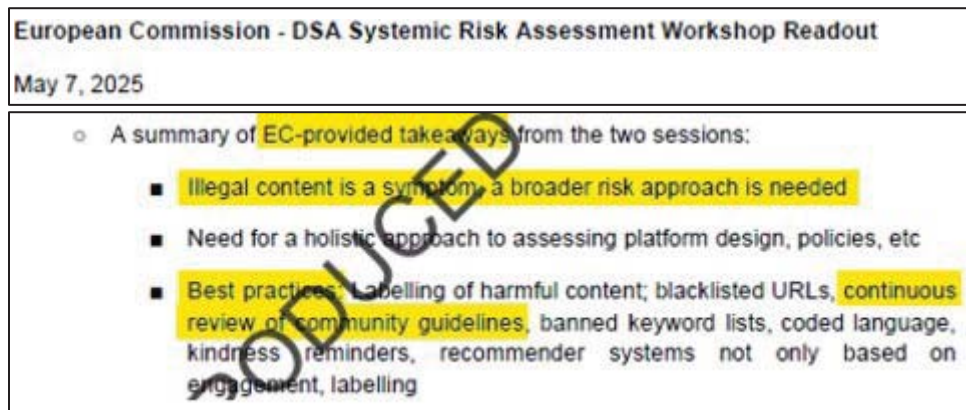
²⁸⁸ Informationsanfrage der Kommission an TikTok (2. Oktober 2024), siehe Ex. 296; siehe Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (2. Oktober 2024), Ex. 295.

²⁸⁹ Informationsanfrage der Kommission an TikTok (2. Oktober 2024), siehe Ex. 296.

²⁹⁰ Siehe unten Abschnitt V.B.

- iii. Die „Best Practices“ der Europäischen Kommission für die Einhaltung der DSA fordern Plattformen dazu auf, ihre Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern.

Im Mai 2025 veranstaltete die Europäische Kommission einen „DSA Systemic Risk Assessment Workshop“ mit Regulierungsbehörden, Plattformen und NGOs.²⁹¹ Auf dem Workshop stellte die Kommission „Best Practices“ für die Einhaltung der DSA vor. Zu diesen Best Practices gehörte die „kontinuierliche Überprüfung der Community-Richtlinien“²⁹², wobei ausdrücklich der Begriff verwendet wurde, den viele Plattformen für ihre übergreifenden globalen Regeln zur Moderation von Inhalten verwenden.²⁹³ Hier erklärte die Europäische Kommission eindeutig, dass von den Plattformen erwartet werde, ihre globalen Regeln zur Zensur von Inhalten gemäß den Anforderungen der europäischen Regulierungsbehörden zu überprüfen und zu ändern, um massive Geldstrafen gemäß dem DSA zu vermeiden.



Die „bewährten Verfahren“ der Europäischen Kommission für die Einhaltung des DSA umfassen „kontinuierliche“ Änderungen der globalen Regeln zur Moderation von Inhalten.

Während derselben Veranstaltung erklärte die Europäische Kommission auch, dass „illegale Inhalte ein Symptom sind“ und dass „ein umfassenderer Risikoansatz erforderlich ist“.²⁹⁴ Aus Sicht der Europäischen Kommission reichte es nicht aus, nur illegale Inhalte ins Visier zu nehmen – Plattformen sollten große Teile unerwünschter Inhalte zensurieren, die breit genug gefasst sein sollten, um das „Symptom“ illegaler Inhalte einzudämmen und zu unterbinden.²⁹⁵ Mit anderen Worten: Die Europäische Kommission erwartete von den Plattformen, dass sie globale Änderungen an den Regeln zur Moderation von Inhalten vornehmen und Inhalte zensurieren, die in der EU *legal* wären – und damit auch Inhalte, die in den Vereinigten Staaten durch das First Amendment geschützt wären.

²⁹¹ Siehe DSA-Zensurbericht I, oben Anmerkung 3.

²⁹² Europäische Kommission – DSA-Workshop zur Bewertung systemischer Risiken (7. Mai 2025), siehe Ex. 206.

²⁹³ Siehe z. B. die Community-Richtlinien von YouTube, YOUTUBE HELP, <https://support.google.com/youtube/answer/9288567?hl=en> (zuletzt aufgerufen am 29. Januar 2026); Community-Richtlinien, TIKTOK, <https://www.tiktok.com/community-guidelines/en> (zuletzt aufgerufen am 29. Januar 2026).

²⁹⁴ Europäische Kommission – DSA Systemic Risk Assessment Workshop Readout (7. Mai 2025), siehe Ex. 206.

²⁹⁵ *Id.*

H. Als Reaktion auf diese Bemühungen der Europäischen Kommission änderten die Plattformen ihre globalen Regeln zur Moderation von Inhalten.

In einer konzertierten, jahrzehntelangen Kampagne übte die Europäische Kommission wiederholt Druck auf Social-Media-Plattformen außerhalb der EU aus, ihre globalen Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern. Der Druck der Europäischen Kommission war erfolgreich. Interne Dokumente zeigen, dass TikTok spezifische Änderungen an seinen globalen Regeln zur Moderation von Inhalten vorgenommen hat, „um die Einhaltung des Gesetzes über digitale Dienste zu erreichen“.²⁹⁶ Ein europäisches Gesetz zwang TikTok dazu, seine Richtlinien zu ändern und „marginalisierende Äußerungen“ sowie wahre Informationen, die „aus dem Zusammenhang gerissen“ präsentiert wurden, weltweit zu zensieren.²⁹⁷ Die jahrzehntelange Zensurkampagne der Europäischen Kommission war erfolgreich. Plattformen zensieren weltweit, auch in den Vereinigten Staaten, wahre Informationen, um dem DSA zu entsprechen.

i. TikTok führte globale Zensurvorschriften für wahrheitsgemäße Informationen ein, um den DSA zu entsprechen.

Die übergreifenden globalen Regeln von TikTok zur Moderation von Inhalten sind als Community-Richtlinien bekannt.²⁹⁸ Die Community-Richtlinien von TikTok „gelten für die globale Community und alles, was auf TikTok geteilt wird“, unabhängig vom Standort.²⁹⁹ Interne Plattformdokumente zeigen, dass der anhaltende Druck der Kommission TikTok dazu veranlasst hat, diese globalen Richtlinien zur Moderation von Inhalten zu ändern. Im März 2023, nur wenige Monate vor Inkrafttreten des DSA, führte TikTok „die bislang umfassendsten Aktualisierungen seiner Community-Richtlinien durch“.³⁰⁰ Später im Jahr 2023, kurz vor Inkrafttreten des DSA, leitete TikTok eine weitere „Runde von ... Aktualisierungen“ seiner Community-Richtlinien ein.³⁰¹ Diesmal war TikTok eindeutig: Die „Hauptmotivation“ für diese Änderungen war „die Einhaltung des Digital Services Act“.³⁰² Diese neuen globalen Zensurregeln, die zur Einhaltung des DSA verabschiedet wurden, richteten sich gegen wahrheitsgemäße Informationen und politische Äußerungen, darunter „verschlüsselte Aussagen“, die „ungleiche Behandlung normalisieren“, und „aus dem Zusammenhang gerissene Medienberichte“.³⁰³ Um es klar zu sagen: Ein EU-Gesetz veranlasste eine der weltweit größten Social-Media-Plattformen dazu, wahrheitsgemäße Informationen in den Vereinigten Staaten und auf der ganzen Welt zu zensieren.

Bereits im September 2021 schien TikTok damit begonnen zu haben, seine Community-Richtlinien zu überarbeiten, um den europäischen Zensurforderungen nachzukommen. In einem Treffen mit Spitzenmitarbeitern von Kommissar Thierry Breton erklärte TikTok, dass „sie derzeit eine umfassende Überarbeitung ihres eigenen Kodex durchführen“, womit offenbar die Community-Richtlinien von TikTok gemeint waren.³⁰⁴

²⁹⁶ Umfrage zu den Community-Richtlinien von TikTok, siehe Ex. 15.

²⁹⁷ Zusammenfassung der Aktualisierung der Community-Richtlinien von TikTok (20. März 2024), siehe Ex. 8.

²⁹⁸ Community-Richtlinien, TIKTOK, <https://www.tiktok.com/community-guidelines/en> (zuletzt abgerufen am 29. Januar 2026).

²⁹⁹ Community-Richtlinien, TIKTOK, https://www.tiktok.com/support/faq_detail?id=7543604781873371654 (zuletzt abgerufen am 29. Januar 2026).

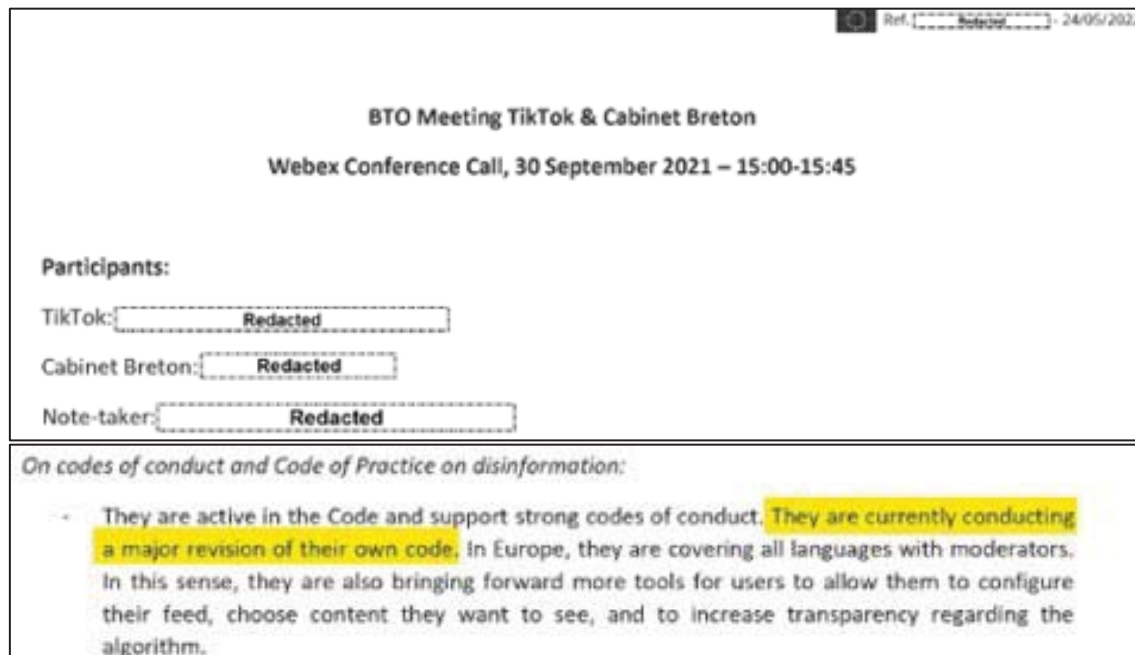
³⁰⁰ Verhaltenskodex zu Desinformation – Bericht von TikTok für den Zeitraum vom 1. Januar 2023 bis zum 30. Juni 2023, TIKTOK (Juli 2023), S. 41.

³⁰¹ Umfrage zu den Community-Richtlinien von TikTok, siehe Ex. 15.

³⁰² *Id.*

³⁰³ Zusammenfassung der Aktualisierung der TikTok-Community-Richtlinien (20. März 2024), siehe Ex. 8.

³⁰⁴ Protokoll des Treffens zwischen TikTok-Mitarbeitern und dem Kabinett von Kommissar Thierry Breton (30. September 2021), siehe Ex. 20.



TikTok schien die Europäische Kommission bereits im September 2021 über bevorstehende Änderungen seiner Community-Richtlinien zu informieren.

Im Jahr 2022, während diese Überarbeitung noch im Gange war, unternahm TikTok erste Schritte, um seine Zensurmaßnahmen zu verstärken. Das Unternehmen „investierte in ... Modelle für maschinelles Lernen“, um „Fehlinformationen zu erkennen und zu entfernen“, und „baute ein Archiv mit zuvor auf ihre Richtigkeit überprüften Behauptungen auf, um [seine] spezialisierten Moderatoren für Fehlinformationen zu unterstützen“.³⁰⁵ Wichtig ist, dass TikTok diese Änderung der Kommission in einem Transparenzbericht zum Desinformationskodex meldete, was darauf hindeutet, dass die Maßnahmen zumindest teilweise darauf abzielten, den Anforderungen der Europäischen Kommission nachzukommen.³⁰⁶

Im März 2023 – sechs Monate nach Verabschiedung des DSA und fünf Monate vor dessen Inkrafttreten – überarbeitete TikTok dann seine Community-Richtlinien und ging gegen mutmaßliche „Fehlinformationen“ im Zusammenhang mit dem „Klimawandel“ und „Wahlprozessen“ vor.³⁰⁷ TikTok würde nun „Fehlinformationen zum Klimawandel, die den etablierten wissenschaftlichen Konsens untergraben, wie z. B. die Leugnung der Existenz des Klimawandels oder der Faktoren, die dazu beitragen“, zensieren³⁰⁸ – trotz der Tatsache, dass der Klimawandel weltweit ein wichtiges Thema der politischen und wissenschaftlichen Debatte war und bleibt. In ähnlicher Weise wurde die Richtlinie von TikTok zur „Bürger- und Wahlintegrität“ – deren Titel die DSA widerspiegelt – geändert, um angebliche Fehlinformationen über „das endgültige ... Ergebnis einer Wahl“ zu verbieten.⁽³⁰⁹⁾ Natürlich ist die Diskussion über Wahlergebnisse – insbesondere bevor ein offizieller Gewinner bekannt gegeben wurde – ein wesentlicher Bestandteil der politischen Meinungsäußerung, die im Mittelpunkt des Ersten

³⁰⁵ Verhaltenskodex zur Desinformation – Bericht von TikTok für den Zeitraum vom 16. Juni bis 16. Dezember 2022, TIKTOK (Jan. 2023), S. 79, 119.

³⁰⁶ *Id.*

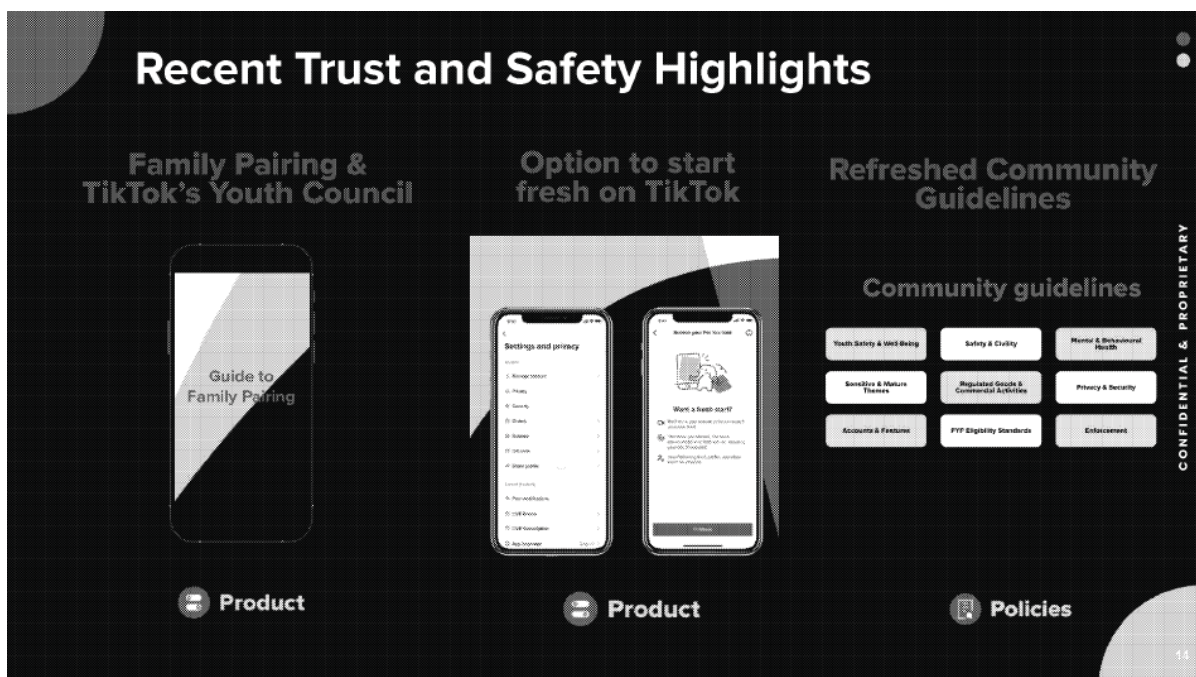
³⁰⁷ Integrität und Authentizität, TIKTOK (aktualisiert im März 2023), <https://web.archive.org/web/20230523022625/https://www.tiktok.com/web/20230523022625/https://www.tiktok.com/community-guidelines/en/integrity-authenticity/>.

³⁰⁸ *Id.*

³⁰⁹ *Id.*

Änderung der Verfassung der Vereinigten Staaten.³¹⁰ Schließlich stuften die aktualisierten Community-Richtlinien von TikTok „Misgendering“ weiterhin als eine Form von Hassrede ein, die zensiert werden muss, was wahrscheinlich die politische Debatte über Themen rund um Transgenderismus unterdrückt.³¹¹

TikTok hat diese Änderungen gegenüber der Europäischen Kommission bewusst hervorgehoben. Im Juli 2023 hielt TikTok vor der Kommission eine ausführliche Präsentation über seine Bemühungen zur Einhaltung des DSA, die als „Bereitschaftsübersicht“ bezeichnet wurde.³¹² TikTok hob seine „Bereitschaft“ hervor und wies darauf hin, dass es kürzlich seine globalen Community-Richtlinien im Vorfeld der Umsetzung des DSA „aktualisiert“ habe.³¹³ TikTok berichtete auch erneut über diese Änderungen an die Europäische Kommission in seinem Transparenzbericht zum Desinformationskodex.³¹⁴ Zusammengefasst deuten diese Fakten zumindest darauf hin, dass die neuen Community-Richtlinien von TikTok mit Blick auf die Erwartungen der Kommission entworfen wurden. Und angesichts ihres Zeitpunkts waren sie wahrscheinlich ein Versuch, die DSA einzuhalten.



TikTok präsentierte seine „überarbeiteten Community-Richtlinien“ an, um die Europäische Kommission davon zu überzeugen, dass es die DSA einhält.

Tatsächlich gingen die Auswirkungen des DSA auf die Regeln zur Moderation von Inhalten bei TikTok über die Community-Richtlinien hinaus. In derselben Sitzung im Juli 2023 teilte TikTok der Europäischen Kommission mit

³¹⁰ Siehe *Mills v. Alabama*, 384 U.S. 214, 218-219 (1966) („Unabhängig davon, welche Unterschiede bei der Auslegung des Ersten Verfassungszusatzes bestehen mögen, herrscht praktisch Einigkeit darüber, dass ein Hauptzweck dieses Verfassungszusatzes darin bestand, die freie Diskussion über Regierungsangelegenheiten zu schützen. Dies umfasst natürlich ... alle Angelegenheiten, die mit politischen Prozessen zusammenhängen.“).

³¹¹ *Sicherheit und Höflichkeit*, TIKTOK (aktualisiert im März 2023),

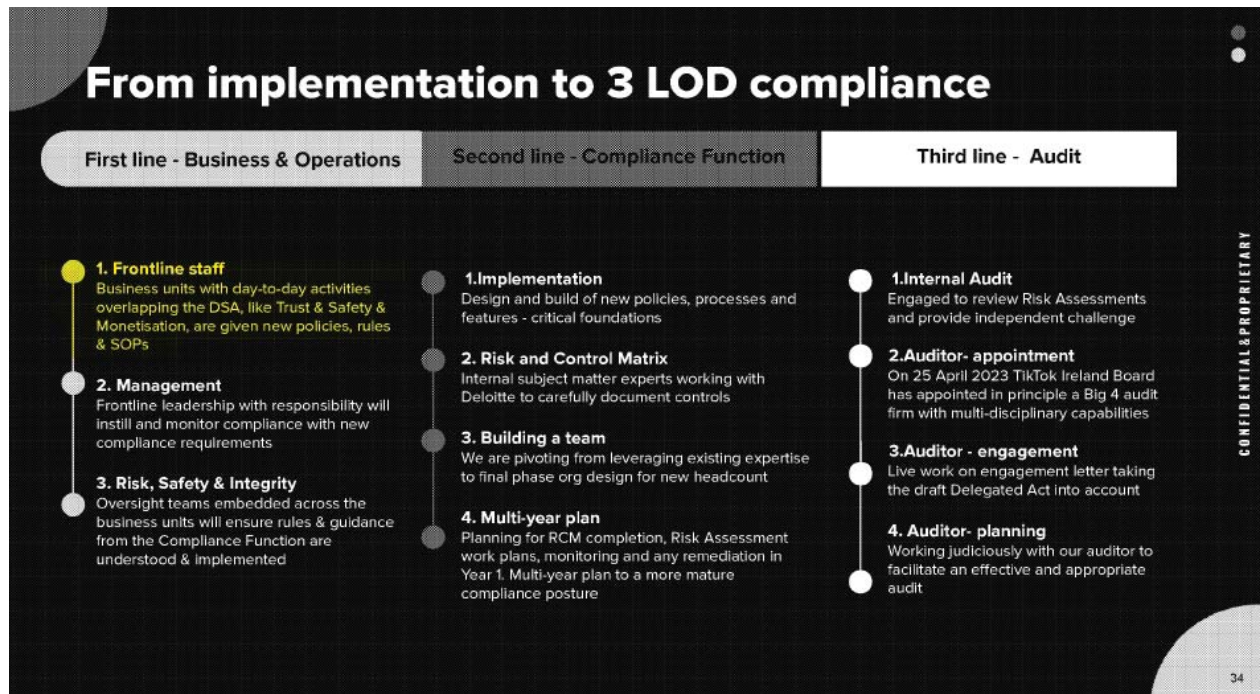
<https://web.archive.org/web/20230422003341/https://www.tiktok.com/community-guidelines/en/safety-civility/>. ⁽³¹²⁾ TikTok-

Präsentation: *Digital Services Act, Überblick über die Vorbereitungen für die Europäische Kommission* (17. Juli 2023), siehe Ex. 3.

³¹³ *Id.*

³¹⁴ *Verhaltenskodex zur Desinformation – Bericht von TikTok für den Zeitraum vom 1. Januar 2023 bis zum 30. Juni 2023*, TIKTOK (Juli 2023).

dass „Abteilungen, deren tägliche Aktivitäten sich mit denen der DSA überschneiden, wie Trust & Safety . . . [erhielten] neue Richtlinien, Regeln und [Standardarbeitsanweisungen]“, um die DSA einzuhalten.³¹⁵ Die Community-Richtlinien waren nur die Spitze des Eisbergs. Tatsächlich erforderten die Zensurvorschriften der DSA eine umfassende Überarbeitung der internen Richtlinien und Praktiken von TikTok zur Moderation von Inhalten von Grund auf.



TikTok stellte während seiner „Bereitschaftsbewertung“ für die DSA fest, dass es über neue, DSA-konforme interne Leitfäden für Content-Moderationsteams verfügte.

TikTok nahm weitere Änderungen vor. Im selben Monat, im Juli 2023, leitete TikTok eine weitere Runde von Änderungen an seinen Community-Richtlinien ein. Interne Dokumente zeigen, dass „die Hauptmotivation“ für diese „Runde von CG-Aktualisierungen darin bestand, die Konformität mit dem Digital Services Act zu erreichen“.³¹⁶ Die Druckkampagne der EU hatte funktioniert: TikTok führte ausdrücklich neue globale Zensurregeln ein, um die DSA einzuhalten.

³¹⁵ TikTok-Präsentation: *Digital Services Act, Überblick über die Vorbereitungsmaßnahmen für die Europäische Kommission* (17. Juli 2023), siehe Anlage 3.

³¹⁶ Umfrage zu den Community-Richtlinien von TikTok, siehe Beispiel 15.

Community Guidelines Survey

Product Policy Survey

Survey Overview

Our [HYPERLINK "https://www.tiktok.com/community-guidelines/en/" \h] (CGs) establish a set of norms and common code of conduct that provide for a safe and welcoming space for everyone. The primary motivation for the next round of CG updates is to achieve compliance with the Digital Services Act (DSA) and ensure every enforcement action we take is incorporated transparently into the CGs. We are hoping to do a smaller CG update in Q4 2023 and a larger update by the end of H1 2024 (dates to be confirmed with relevant xfn and leadership). Please let us know what you think we should include in the next round of CG updates by **Friday, July 7th**.

[H1 2024 Update - Executive Summary] TikTok Community Guidelines

Authored by: [Redacted] // Last updated: March 20, 2024

Please refer to the final copy for publishing here:

[HYPERLINK
[Redacted]

Executive Summary

To help ensure a safe, trustworthy, and vibrant experience, we maintain a set of Community Guidelines (CG) that include rules and standards for using TikTok. We evolve them to address emerging risks and potential harms that may occur from new behaviors. We last updated the CGs in [HYPERLINK
[Redacted]
[Redacted]

There is an update to the CGs that will launch on **April 17, 2024**, with an effective date of **May 17, 2024**. This update, which was advised by the legal team, is mainly related to compliance with the **Digital Services Act (DSA)**, and will ensure that all policies are transparently reflected in the CGs.

TikTok hat seine globalen Community-Richtlinien geändert, um den Anforderungen des DSA zu entsprechen.

Die neuen, von der EU vorgeschriebenen Zensurregeln von TikTok, die 2024 in Kraft traten, richteten sich gegen wahrheitsgemäße Informationen und konventionelle politische Äußerungen. Zunächst machte TikTok „marginalisierende Äußerungen“, darunter „verschlüsselte Aussagen“, die „ungleiche Behandlung normalisieren“, für den For You Feed – die Hauptseite von TikTok, auf der Nutzer Inhalte entdecken – unzulässig.³¹⁷ Dies betrifft mit ziemlicher Sicherheit politische Äußerungen und wahrscheinlich auch Humor und Satire zu politischen Themen – die regelmäßig im Visier der Europäischen Kommission stehen.³¹⁸ TikTok führte auch Zensurrichtlinien für neue Kategorien sogenannter „Fehlinformationen“ ein – wobei der Begriff verzerrt wurde, um wahrheitsgemäße Inhalte zu erfassen. Als Reaktion auf den Druck der EU hat TikTok eine Richtlinie eingeführt, um „Fehlinformationen, die das Vertrauen der Öffentlichkeit untergraben“, „aus dem Zusammenhang gerissene Medien“ und „falsch dargestellte autoritative Informationen“ zu zensurieren.³¹⁹ Es gibt einfach keine Möglichkeit, diese Regeln fair durchzusetzen. „Öffentliches Vertrauen“ ist ein amorpher Begriff, der sich empirisch nicht definieren lässt.³²⁰ Entscheidungen darüber, welcher „Kontext“ neben bestimmten Informationen berücksichtigt werden muss, um eine Zensur zu vermeiden, sind völlig subjektiv. Und die Wissenschaft selbst besteht aus Debatten über die Wahrheit und Bedeutung von Erkenntnissen in der wissenschaftlichen Literatur.³²¹

Key Changes

new

A) New Policies (launched since the last CG update)

1. **Marginalizing Speech and Behavior:** Addresses content that uses coded statements to indirectly demean protected groups or normalize their inequitable treatment (result = FYF Ineligible)
2. **Election Misconduct:** Addresses content that encourages interference of, illegal participation in, or calls to disrupt a legitimate outcome of an election, such as through a coup (Result = Remove)
3. **Civic Harm Misinformation:** Addresses misinformation that undermines public trust in the integrity of the democratic process (Result = FYF Ineligible)
4. **Hacked Materials:** Addresses content related to the distribution of confidential information obtained without consent and shared with the public (Result = Remove)
5. **Moderate Harm Misinformation:** Addresses a range of content, including misinfo on treating moderate illnesses, media presented out of context to mislead on topics of public importance, and misrepresenting authoritative information, such as scientific data (Result = FYF Ineligible)

Als Reaktion auf den Druck der Kommission führte TikTok neue Richtlinien zur Zensur wahrheitsgemäßer Informationen ein.

³¹⁷ TikTok Community Guidelines Update Executive Summary (20. März 2024), siehe Ex. 8.

³¹⁸ DSA-Zensurbericht I, siehe oben Anmerkung 3, S. 28.

³¹⁹ TikTok Community Guidelines Update Executive Summary (20. März 2024), siehe Ex. 8.

³²⁰ Beispielsweise könnte die politische Linke argumentieren, dass bestimmte Behauptungen über die Integrität von Wahlen „das Vertrauen der Öffentlichkeit“ in Wahlen untergraben. Umgekehrt könnte die politische Rechte argumentieren, dass übertriebene Behauptungen über die Wirksamkeit von Masken und COVID-19-Impfstoffen „das Vertrauen der Öffentlichkeit“ in die Gesundheitsbehörden untergraben. Diese Behauptungen sind wertgeladen und von Natur aus politisch, was bedeutet, dass sie den größtmöglichen Schutz der Meinungsfreiheit verdienen.

³²¹ Siehe z. B. H. Holden Thorp, *Öffentliche Debatten sind gut für die Wissenschaft*, 371 SCIENCE 213 (2021) („Wenn wir wollen, dass die Öffentlichkeit versteht, dass Wissenschaft ein ehrenhafter, sich selbst korrigierender Prozess ist, sollten wir ein für alle Mal mit der Vorstellung aufräumen, dass Wissenschaft eine feststehende Sammlung von Fakten in einem Lehrbuch ist. Stattdessen sollten wir allen die lautstarken, chaotischen Debatten zeigen, die die Wissenschaft voranbringen und zu Entscheidungen führen, die uns allen zugutekommen.“)

TikTok wusste nach jahrelangen Verhandlungen mit der Europäischen Kommission, dass diese eine Zensur konservativer politischer Äußerungen anstrebte. Und nach jahrelangem Zensurdruck und der Arbeit unter vagen Regeln änderte TikTok seine globalen Regeln zur Moderation von Inhalten, um politische Äußerungen und wahrheitsgemäße Informationen *weltweit* zu zensieren. Dies war ein großer Fortschritt in der europäischen Kampagne zur globalen Kontrolle der Narrative. Die DSA hat innerhalb weniger Monate nach ihrem Inkrafttreten die weltweit größten Social-Media-Plattformen erfolgreich dazu gezwungen, konservative politische Äußerungen und wahrheitsgemäße Informationen in den Vereinigten Staaten und auf der ganzen Welt zu zensieren.

- ii. *Bing hat möglicherweise seine weltweit geltenden Nutzungsbedingungen geändert, um dem DSA zu entsprechen.*

Bing, im Besitz von Microsoft, ist die zweitbeliebteste Suchmaschine der Welt.³²² Wie die Community-Richtlinien von TikTok gelten auch die „Nutzungsbedingungen“ von Bing „weltweit“.³²³ In der DSA-Risikobewertung 2025 von Bing, einem gemäß Artikel 34 der DSA erforderlichen und der Kommission vorgelegten Bericht, wurde der Kommission mitgeteilt, dass Bing Änderungen an seinen „Systemen zur Moderation von Inhalten“ und seinen „Nutzungsbedingungen und deren Durchsetzung“ als mögliche „Abhilfemaßnahmen“ im Sinne der DSA in Betracht zieht.³²⁴ Bing erwog, diese Punkte zu ändern, um den Vorgaben der DSA hinsichtlich „ob, in welchem Umfang und welche Arten von Inhalten den Nutzern des Dienstes zur Verfügung stehen“³²⁵ zu entsprechen, was die Behauptung der Kommission untergräbt, dass die DSA inhaltsunabhängig sei.³²⁶

Risk Factors and Influencers

The European Commission has identified a variety of factors that may influence the probability of risks occurring on the service as well as the potential impact of various features of the service on systemic risks. As part of its assessment, the Bing Risk Assessment team considered the impact of the following risk factors and influencers on the potential manifestation of the identified systemic risks on Bing features, the probability of the risk occurring on Bing's service, as well as the mitigations are implemented to address the systemic risks:

- **Content moderation systems** - whether manual or automated - and their impact on whether, how much, and what types of content are available to users on the service. This factor can influence both the amount of harmful content that users are exposed to on the service, and it can impact user's freedom of information and pluralism.
- **Terms and conditions and their enforcement** and their impact on what content is available to users on the service.

Bing erwog eine Änderung seiner globalen Regeln zur Moderation von Inhalten, um bestimmte Arten von Inhalten zu zensieren und damit die DSA einzuhalten.

³²² Marktanteil der führenden Desktop-Suchmaschinen weltweit von Januar 2015 bis März 2025, STATISTA (zuletzt abgerufen am 29. Januar 2026), <https://www.statista.com/statistics/216573/worldwide-market-share-of-search-engines/?srsltid=AfmBOoqCBE3XL5hEEcXmaOqakFgKEBgj9pp-ZXRlwb3IjOXskyBP0sBm>.

³²³ Bing Systemic Risk Assessment (August 2025), siehe Ex. 298.

³²⁴ *Id.*

³²⁵ *Id.*

⁽³²⁶⁾ Siehe Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Thierry Breton, Kommissar für Binnenmarkt, Europäische Kommission (10. September 2024); Schreiben von Thierry Breton, Kommissar für Binnenmarkt, Europäische Kommission, an Rep. Jim Jordan, Vorsitzender, H. Comm. on the Judiciary (21. August 2024).

Bing bestätigte gegenüber der Europäischen Kommission außerdem, dass es „seine Investitionen in die Erkennung systemischer Risiken durch die Weiterentwicklung von Klassifikatoren und Risikokartierung weiter ausgebaut hat“.³²⁷ „Klassifikatoren“ sind bestimmte Wörter oder Ausdrücke, die eine „defensive Suchintervention“ auslösen und Sie von bestimmten Inhalten weggleiten.³²⁸ Im Klartext: Bing berichtete der Kommission, dass es die Liste der Wörter und Ausdrücke erweitert habe, bei denen es Suchende nicht zu den gewünschten Inhalten, sondern zu den Inhalten weiterleitet, die Bing – und die Europäische Kommission – für notwendig erachten.

- iii. *YouTube verwies auf Richtlinien zur Zensur von Inhalten im Zusammenhang mit Schusswaffen und der Integrität von Wahlen als Beweis für die Einhaltung des Desinformationskodex und bestätigte, dass die DSA die Meinungsfreiheit innerhalb und außerhalb der Europäischen Union bedroht.*

Zusätzlich zu den zahlreichen Meldepflichten gemäß dem DSA müssen die Unterzeichner des Desinformationskodex weitere Meldungen vornehmen. Diese sind für die Zensurziele der Europäischen Kommission von entscheidender Bedeutung: Indem sie von den Plattformen verlangen, ihre Zensurmaßnahmen zu melden, kann die Kommission Plattformen identifizieren und gezielt gegen diejenigen vorgehen, die nicht gemäß den europäischen Vorgaben zensieren.

Im Jahr 2022 führte YouTube neue Beschränkungen für Inhalte ein, die das Ergebnis „bestimmter nationaler Wahlen“ in Frage stellen.³²⁹ Im Jahr 2024 führte YouTube eine neue Richtlinie zur Zensur von Inhalten im Zusammenhang mit Schusswaffen ein.³³⁰ In beiden Fällen berichtete YouTube der Europäischen Kommission, dass es diese Richtlinienänderungen „im Einklang“ mit seinen „Verpflichtungen“ gemäß dem Desinformationskodex vorgenommen habe, was darauf hindeutet, dass europäische Zensurinitiativen ein treibender Faktor waren.³³¹

Im September 2025 gab Alphabet verspätet zu, dass die Biden-Harris-Regierung in den Vereinigten Staaten Druck auf das Unternehmen ausgeübt hatte, ähnliche Inhalte auf YouTube zu zensieren, und erklärte sich bereit, die Konten von Urhebern, die aufgrund seiner früheren Zensurrichtlinien gesperrt worden waren, wieder freizuschalten.³³² In derselben Erklärung gegenüber dem Ausschuss äußerte Alphabet seine Besorgnis über „das Risiko, das die DSA für die Meinungsfreiheit innerhalb und außerhalb der Europäischen Union darstellen könnte“.³³³

³²⁷ Bing Systemic Risk Assessment (Aug. 2025), siehe Ex. 298.

³²⁸ *Id.*

³²⁹ Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation – Bericht von Google für den Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis zum 30. September 2022, GOOGLE (Okt. 2022), S. 54.

³³⁰ Verhaltenskodex zur Desinformation – Bericht von Google für den Zeitraum vom 1. Januar 2024 bis zum 30. Juni 2024, GOOGLE (Juli 2024), S. 69.

³³¹ Verhaltenskodex zur Desinformation – Bericht von Google für den Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis zum 30. September 2022, GOOGLE (Okt. 2022), S. 53–54; Verhaltenskodex zur Desinformation – Bericht von Google für den Zeitraum vom 1. Januar 2024 bis zum 30. Juni 2024, GOOGLE (Juli 2024), S. 68–69.

³³² Schreiben von Daniel Donovan, Rechtsberater von Alphabet, an Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses (23. September 2025).

³³³ *Id.*

The Honorable Jim Jordan

September 23, 2025

27. The Committee has taken important investigative steps to highlight that onerous obligations under laws such as the Digital Services Act and Digital Markets Act may stifle innovation and restrict access to information. These laws place a disproportionate regulatory burden on American companies, and the Company has long expressed its concern about the risk that the DSA may pose to freedom of expression within and outside of the European Union, depending on how certain provisions may be enforced. The DSA could be interpreted in such a way as to require Alphabet and other providers of intermediary services to remove lawful content, jeopardizing the companies' ability to develop and enforce global policies that support rights to free expression and access to information. The DSA may open avenues for substantive regulation of lawful speech, including through risk mitigation, the use of codes of conduct and crisis protocols, and the out-of-court dispute settlement mechanism. Alphabet remains mindful of these risks and continues to be vigilant in its defense of these rights.

In einem Schreiben an den Ausschuss vom September 2025 bestätigte Alphabet, dass das DSA ein Risiko für die Meinungsfreiheit „innerhalb und außerhalb der Europäischen Union“ darstellen könnte.

*

*

*

In einer aggressiven, mehrjährigen Kampagne hat die Europäische Kommission die weltweit größten Social-Media-Plattformen erfolgreich dazu gedrängt, ihre globalen Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern, und damit eine neue Ära der globalen Zensur eingeläutet. Der Wortlaut des Desinformationskodex, des Kodex gegen Hassrede und des DSA – die jeweils für große Social-Media-Plattformen verbindlich sind – macht deutlich, dass die Plattformen ihre globalen Regeln zur Moderation von Inhalten ändern müssen, um diesen Vorschriften zu entsprechen. In Treffen mit den Plattformen nutzte die Europäische Kommission die Kodizes – und vor allem das Wissen um das bevorstehende Inkrafttreten des DSA –, um die Plattformen zu einer aggressiveren Zensur von Inhalten im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und der russischen Invasion in der Ukraine zu drängen. Diese Druckkampagne reichte bis in die höchsten Ebenen, darunter hochrangige Beamte der Europäischen Kommission wie die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Vera Jourova und Kommissar Thierry Breton.

Sobald der DSA in Kraft trat, wurden die globalen Zensurbemühungen der Europäischen Kommission erheblich verstärkt. Die Europäische Kommission forderte die Plattformen ausdrücklich auf, ihre globalen Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern, um dem DSA zu entsprechen, und formelle Auskunftersuchen konzentrierten sich auf die Regeln der Plattformen zur Moderation von Inhalten. Letztendlich war die Druckkampagne erfolgreich: Große Social-Media-Plattformen wie TikTok änderten ihre globalen Regeln zur Moderation von Inhalten, um wahrheitsgemäße Informationen zu zensieren und sich den Forderungen der Europäischen Kommission anzupassen.

IV. DIE VERSUCHE DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION, DIE MEINUNGSÄUßERUNG IN DEN USA ZU ZENSURIEREN.

Der direkte Einfluss der Europäischen Kommission auf die globalen Regeln der Plattformen zur Moderation von Inhalten wirkte sich auf die Meinungsäußerung in den Vereinigten Staaten aus. Aber das ist nicht die einzige Art und Weise, wie die europäische Regulierung die Meinungsäußerung in den USA beeinträchtigt hat. Bei mehreren Gelegenheiten fragte die Europäische Kommission Plattformen direkt nach ihren Plänen zur Zensur von US-Inhalten – darunter Inhalte im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und den US-Präsidentschaftswahlen 2024. Die Kommission nutzte den DSA, um US-Meinungsäußerungen ins Visier zu nehmen, und drohte indirekt mit Vergeltungsmaßnahmen, falls Plattformen US-Inhalte nicht gemäß den Erwartungen der europäischen Regulierungsbehörden zensurierten.

A. Die Europäische Kommission hat Plattformen aufgefordert, US-amerikanische Inhalte im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie zu zensurieren.

Wie viele andere Zensurmaßnahmen der Europäischen Kommission begann auch die Kampagne gegen US-amerikanische Inhalte während der COVID-19-Pandemie. Im November 2021 fragte DG-Connect – die für die Durchsetzung des DSA zuständige Abteilung der Europäischen Kommission – TikTok, wie es gegen „Fehlinformationen über die COVID-19-Impfkampagne für Kinder in den USA“ vorgehen wolle. Die Europäische Kommission fragte TikTok ausdrücklich nach seinen Plänen, bestimmte „Behauptungen“ über die Wirksamkeit des COVID-19-Impfstoffs bei Kindern zu „entfernen“, und verwies dabei zustimmend auf die damals aktuelle Entscheidung von Meta, Debatten zu diesem Thema auf seinen Plattformen zu zensurieren.³³⁴ Die Implikation war klar: Die Kommission erwartete von TikTok, die Debatte in den USA über die Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit der Verabreichung von COVID-19-Impfstoffen an kleine Kinder zu zensurieren.

On Fri, Nov 5, 2021, 9:09 AM [Redacted] [Redacted]@ec.europa.eu wrote:

Thanks, [Redacted] No worries about yesterday, actually it seems that the process may be going in the right direction, what do you think?

On my question below, it is more related to the latest news from FB in particular (<https://about.fb.com/news/2021/10/supporting-covid-19-vaccine-children/>), about updating their policies to include options to remove claims that argue that vaccine for covid does not exist for children, that vaccines are unsafe and so on and so forth.

On Thu, Nov 4, 2021, 7:03 PM [Redacted] [Redacted]@ec.europa.eu wrote:

Dear [Redacted],

How are you? Nice to see you today at the meeting. I just have a quick question: I see that some platforms are putting in place some measures to fight disinformation about the covid 19 vaccination campaign for children starting in the US.

Would you have some heads up if tiktok is planning to do the same or has something already planned? I don't seem to be able to find something on your public announcements.

Die europäischen Regulierungsbehörden drängten TikTok, US-Behauptungen über COVID-19-Impfstoffe für Kinder zu zensurieren.

³³⁴ E-Mails zwischen TikTok-Mitarbeitern und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (5. November 2021), siehe Ex. 58.

³³⁵ *Id.*

Zum Zeitpunkt der Kontaktaufnahme durch die Europäische Kommission war diese kritische wissenschaftliche und politische Debatte noch im Gange – TikTok antwortete darauf, dass „die EU offenbar noch dabei ist, ihre spezifische Politik in Bezug auf Impfstoffe/Kinder zu entwickeln.“³³⁶ Dennoch antwortete TikTok, dass die Debatte über COVID-19-Impfstoffe für Kinder bereits gemäß den bestehenden globalen Regeln zur Moderation von Inhalten zensiert werde.³³⁷ Die Europäische Kommission reagierte positiv und bezeichnete die Zensur von TikTok als „fantastisch“.³³⁸

Ein Jahr später, im November 2022 – nur einen Monat nach der Verabschiedung des DSA – übten die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission erneut Druck auf die Plattformen aus, um in den USA produzierte Inhalte über COVID-19-Impfstoffe zu entfernen. Diesmal forderten die im Rahmen des DSA befugten Faktenprüfer die Plattformen auf, einen amerikanischen Dokumentarfilm über Impfstoffe zu entfernen.³³⁹ Die Plattformen ignorierten die Aufforderung zunächst, woraufhin die Europäische Kommission intervenierte.³⁴⁰ Sie bezeichnete die Zensur des Films als „unerlässlich“ und wies die Plattformen an, „die Angelegenheit intern zu prüfen“ und „schriftlich“ zu antworten, wobei sie ausdrücklich darauf hinwies, dass der Film weiterhin auf YouTube, Twitter und TikTok verfügbar sei.³⁴¹ YouTube antwortete, dass es den Inhalt „wegen Verstößen gegen unsere Richtlinien“ „entfernt“ habe³⁴² – genau die Richtlinien, deren Änderung die Europäische Kommission von den Plattformen gefordert hatte. Diese Abfolge von Ereignissen ist äußerst beunruhigend. Als Reaktion auf den Druck der europäischen Regulierungsbehörden entfernte YouTube – ein amerikanisches Unternehmen – einen amerikanischen Dokumentarfilm weltweit von seiner Plattform. Dies ist ein Beispiel dafür, wie der Zensurdruck aus Europa zur weltweiten Entfernung von in den USA produzierten Inhalten führen kann.

B. Die Europäische Kommission mischte sich in den politischen Prozess der USA ein, indem sie mit Plattformen über Inhalte im Zusammenhang mit den US-Präsidentschaftswahlen 2024 verhandelte.

Vor kurzem versuchte die Europäische Kommission, sich in die US-Präsidentschaftswahlen 2024 einzumischen, indem sie Plattformen hinsichtlich ihrer Vorgehensweise bei der Moderation von Inhalten mit Bezug zu den USA vor dem Wahltag in den Vereinigten Staaten unter Druck setzte. Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourova, deutete bei einem Treffen mit TikTok im Mai 2024 an, dass Plattformen US-amerikanische Äußerungen zensieren sollten, um dem DSA zu entsprechen, während Kommissar Thierry Breton in einem Brief an Elon Musk, den Eigentümer von X, im August 2024 offen aussprach, was sonst nur hinter vorgehaltener Hand gesagt wurde.

Im Mai 2024 unternahm die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für Werte und Transparenz, Vera Jourova, eine Reise an die amerikanische Westküste, wo sie sich mit amerikanischen Social-Media-Plattformen in Kalifornien traf.³⁴³ Vor einem Treffen mit TikTok-CEO Shou Chew und dem Leiter für Vertrauen und Sicherheit, Adam Presser, teilten Jourovas Mitarbeiter TikTok mit, dass sie „interessiert“ sei, mit ihnen über die „Vorbereitungen für die US-Wahlen“ zu sprechen.³⁴⁴ Es versteht sich von selbst, dass die US-Inhalte der Social-Media-Unternehmen

³³⁶ *Id.*

³³⁷ *Id.*

³³⁸ *Id.*

³³⁹ E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Unterzeichnern des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (8. Dezember 2022), *siehe* Ex. 96.

³⁴⁰ *Id.*

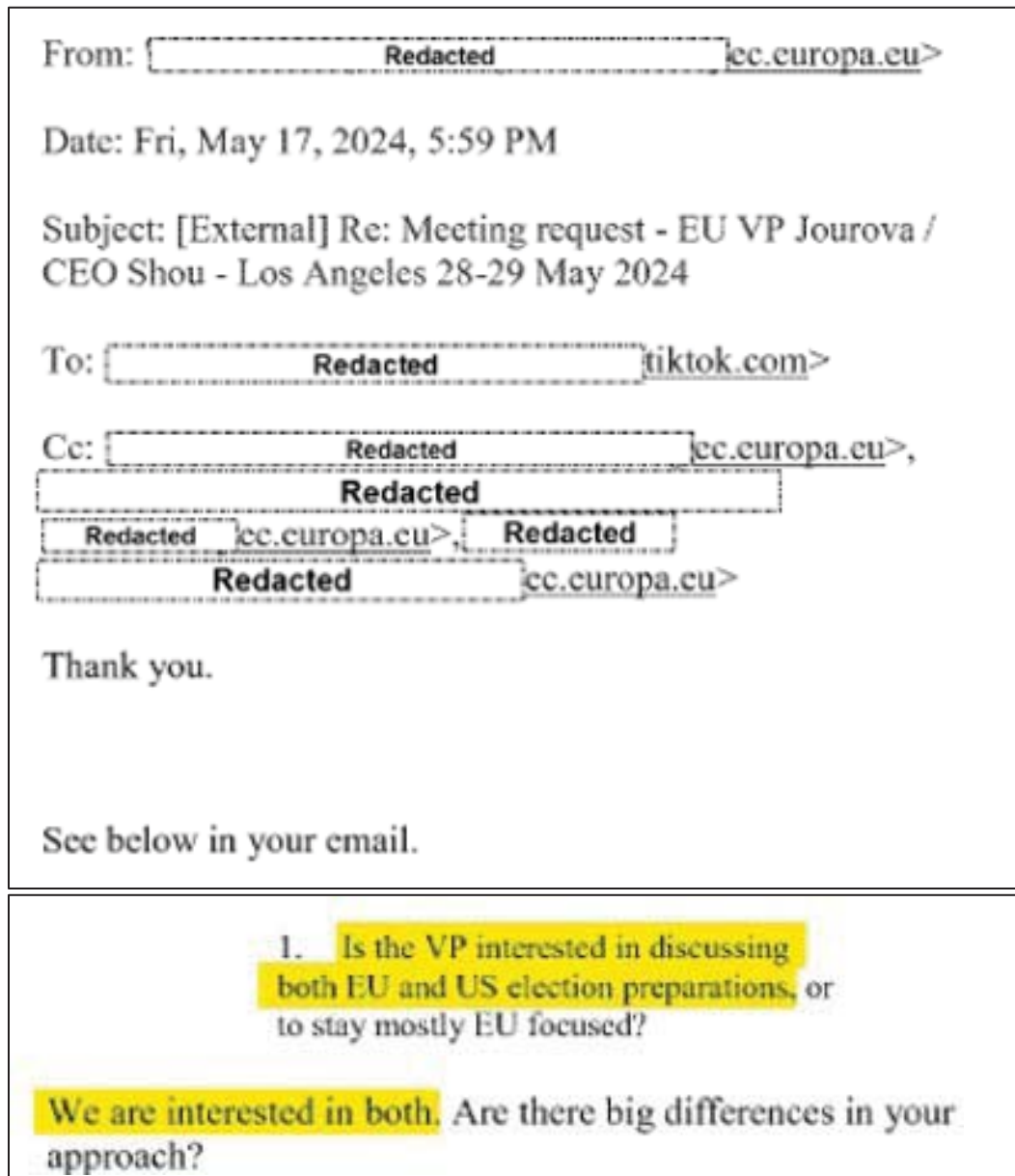
³⁴¹ *ebenda*

³⁴² *Id.*

³⁴³ Vera Jourova (@VeraJourova), X (29. Mai 2024, 3:30 Uhr), <https://x.com/VeraJourova/status/1795719387678380478>.

³⁴⁴ E-Mails zwischen TikTok-Mitarbeitern und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (28. Mai 2024), *siehe* Ex. 27.

Die Moderation im Vorfeld einer US-Wahl geht die Europäische Kommission nichts an. Und die bisherige Bilanz der Europäischen Kommission lässt erkennen, was ihr Ziel war: Sie wollte zusätzliche Zensur von in den USA produzierten Inhalten, die für Präsident Trump günstig sind.³⁴⁵



Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourova, bat darum, vor den US-Präsidentschaftswahlen 2024 mit TikTok über die „Vorbereitungen für die US-Wahlen“ zu sprechen.

Einige Monate später, im August 2024, mischte sich der Kommissar für den Binnenmarkt, Thierry Breton, erneut in die US-Politik ein – diesmal jedoch viel öffentlicher. In einem Brief an den Eigentümer Elon Musk drohte Breton X mit regulatorischen Vergeltungsmaßnahmen gemäß dem DSA, weil das Unternehmen ein Live-Interview mit

³⁴⁵ Siehe Brief von Thierry Breton, Kommissar für Binnenmarkt, Europäische Kommission, an Elon Musk, Eigentümer, X Corp. (12. August 2024).

Präsident Trump in den Vereinigten Staaten.³⁴⁶ Nur wenige Stunden vor dem Interview warnte Breton X, dass „Ausstrahlungseffekte“ der US-Äußerungen auf die EU die Kommission dazu veranlassen könnten, im Rahmen des DSA Vergeltungsmaßnahmen gegen X zu ergreifen.³⁴⁷ Breton warnte, dass er „äußerst wachsam gegenüber jeglichen Anzeichen“ sein werde, dass Präsident Trumps Interview auf die EU übergreife, und teilte Musk mit, dass die Kommission „nicht zögern [würde], alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen“, um diese zentrale politische Äußerung der USA zum Schweigen zu bringen.³⁴⁸

Die weltweite Kampagne zur extraterritorialen Zensur von Meinungsäußerungen hat seitdem eskaliert. So wurde beispielsweise im September 2025 Graham Linehan, ein preisgekrönter Comedy-Autor, Verfechter des Schutzes von Frauenräumen und irischer Staatsbürger, bei seiner Ankunft am Londoner Flughafen Heathrow aus den Vereinigten Staaten wegen drei Tweets, die er einige Monate zuvor gepostet hatte, von bewaffneten Polizisten festgenommen.³⁴⁹ Linehans Habseligkeiten wurden „beschlagnahmt“ und er wurde in eine Gefängniszelle gebracht, bevor er unter einer einzigen Kautionsfreigabe wurde: Er durfte keine Beiträge mehr auf X veröffentlichen.³⁵⁰ Dies war ein klarer Versuch der britischen Behörden, einen politischen Gegner, der in den Vereinigten Staaten lebt, zum Schweigen zu bringen.

Im Oktober 2025 lehnten die britischen Behörden es ab, Anklage gegen Linehan wegen der Beiträge zu erheben.³⁵¹ Der Chef der Londoner Polizei erklärte, dass die aggressive Online-Zensur und die Gesetze gegen Hassreden in Großbritannien „die Beamten in eine unmögliche Lage gebracht haben ... sie müssen giftige Debatten im Kulturkampf überwachen“, womit er praktisch zugab, dass die Verhaftung politischer Natur war.³⁵²

* * *

Seit mehreren Jahren sorgt die Europäische Kommission für die Zensur von US-Inhalten, indem sie Social-Media-Plattformen unter Druck setzt, ihre globalen Richtlinien zur Moderation von Inhalten zu ändern. Aber damit nicht genug: Es gibt Hinweise darauf, dass die Führung der Europäischen Kommission mehrfach direkt Druck auf Plattformen ausgeübt hat, bestimmte amerikanische Inhalte zu Themen wie COVID-19 und den US-Präsidentenwahlen 2024 zu zensieren.

Dies ist ein beispielloser Eingriff eines ausländischen Akteurs in die amerikanische Meinungsäußerung und den politischen Diskurs, der völlig inakzeptabel ist. Die Fakten lassen nur einen Schluss zu: Die Europäische Kommission versucht, die erste Verfassungsänderung zu umgehen und US-amerikanische Meinungsäußerungen zu zensieren, die nicht mit ihren bevorzugten Narrativen übereinstimmen.

³⁴⁶ *Id.*

³⁴⁷ *Id.*

³⁴⁸ *Id.*

³⁴⁹ Graham Linehan, *Ich wurde gerade wieder verhaftet*, THE GLINNER UPDATE (2. September 2025); Helen Bushby, *Graham Linehan wegen seiner X-Beiträge in Heathrow verhaftet*, BBC (2. September 2025).

³⁵⁰ Graham Linehan, *Ich wurde gerade wieder verhaftet*, THE GLINNER UPDATE (2. September 2025).

³⁵¹ Brian Melley, *TV-Autor Graham Linehan wird wegen seines Transgender-Posts, der eine Debatte in Großbritannien ausgelöst hat, nicht angeklagt*, AP (20. Oktober 2025).

³⁵² *Id.*

V. DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION SETZT IHRE ZENSURINSTRUMENTE EIN, UM KONSERVATIVE UND „SYSTEMKRITISCHE“ POLITISCHE ÄUßERUNGEN ZU UNTERBINDEN.

Die DSA verpflichtet Plattformen dazu, das Risiko bestimmter Inhalte für den „zivilgesellschaftlichen Diskurs und Wahlprozesse“ zu bewerten und zu mindern.³⁵³ Schließlich ist es gerade in Zeiten intensiver öffentlicher Debatten und lebhafter politischer Diskussionen, dass die Kontrolle über die Narrative für die herrschende Klasse am wichtigsten ist. Die dem Ausschuss vorgelegten Dokumente bestätigen dies. Das EU-Internetforum – eine separate Regulierungsinitiative, die seit 2015 von der Generaldirektion Migration und Inneres (GD Home) geleitet wird – forderte Plattformen dazu auf, den konventionellen konservativen Diskurs zum Schweigen zu bringen, indem sie ihn mit Nazi-Propaganda gleichsetzten. Seit Inkrafttreten des DSA ist der Druck noch direkter geworden. Aus den Protokollen der Treffen zwischen der Europäischen Kommission und den Plattformen geht klar hervor, dass die Plattformen die Wahlrichtlinien der Kommission befolgen müssen, die unter anderem die Anforderung enthalten, dass die Plattformen vor Wahlen „Maßnahmen zur Verringerung der Sichtbarkeit von Desinformation ergreifen“ müssen³⁵⁴, um dem DSA zu entsprechen. Dokumente bestätigen auch, dass die Europäische Kommission und die nationalen Regulierungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten vor fast jeder größeren europäischen Wahl mit den Plattformen in Kontakt treten, um Informationen darüber einzuholen, wie jede Plattform sogenannte Fehlinformationen zensiert – seit 2023 mindestens neun Mal. Interne Dokumente der Plattformen deuten darauf hin, dass der Druck der EU dazu geführt haben könnte, dass Plattformen Inhalte zensieren, die konservative Ansichten zu Transgenderismus und Massenmigration vermitteln – und das, obwohl diese Themen im Mittelpunkt der nationalen Wahlkampf führungen standen.

A. Das EU-Internetforum ermutigt Plattformen dazu, legale und nicht gegen Gesetze verstoßende politische Äußerungen zu zensieren.

Das EU-Internetforum (EUIF) wurde 2015 von der GD Inneres ins Leben gerufen, um „den Missbrauch des Internets für terroristische Zwecke zu bekämpfen“.³⁵⁵ Seit 2015 hat sich das EUIF jedoch von einer gezielten Initiative zur Bekämpfung der Online-Rekrutierung von Terroristen zu einer breit angelegten Initiative gewandelt, die Plattformen dazu ermutigt, legale und nicht gegen geltendes Recht verstoßende politische Äußerungen zu zensieren. Das EUIF berät Plattformen nun dazu, wie sie „grenzwertige“ Inhalte am besten zensieren können, die von der EU als „Inhalte, die *nicht illegal sind*, aber schädlich sein und von extremistischen Akteuren ausgenutzt werden können“ definiert werden.³⁵⁶ In der Praxis ist dieser Fokus auf „grenzwertige Inhalte“ eine Obsession mit angeblich „gewalttätigem Rechtsextremismus“, der so definiert ist, dass er weite Teile der konventionellen konservativen Meinung umfasst.³⁵⁷ Das EUIF ergriff diese Maßnahmen, obwohl seine eigene Studie ergab, dass „gewalttätige linke TVE-Inhalte [terroristische und gewalttätige extremistische Inhalte] einen deutlich höheren Findability-Score hatten“ als andere Arten von TVE-Inhalten, einschließlich rechter TVE-Inhalte.³⁵⁸

³⁵³ Gesetz über digitale Dienste, siehe Fußnote 26, Art. 34.

³⁵⁴ DSA-Wahlrichtlinien, siehe oben Anmerkung 45, Art. 3.2.1.d.ii.

³⁵⁵ *Internetforum der Europäischen Union*, EUROPÄISCHE KOMMISSION (25. Juli 2025), https://home-affairs.ec.europa.eu/networks/european-union-internet-forum_en.

³⁵⁶ Radicalization Awareness Network, *Malign Use of Algorithmic Amplification of Terrorist and Violent Extremist Content: Risks and Countermeasures in Place* (2021) (Hervorhebung hinzugefügt), siehe Ex. 286.

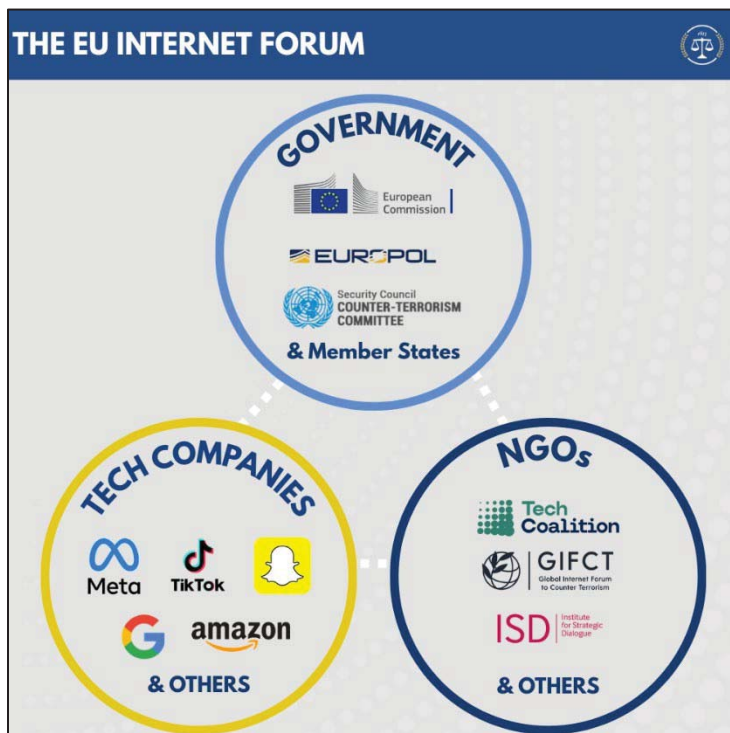
³⁵⁷ Siehe *EU-Internetforum: Studie über die Rolle und die Auswirkungen der Verwendung algorithmischer Verstärkung zur Verbreitung terroristischer, gewalttätiger extremistischer und grenzwertiger Inhalte*, Ex. 37, 40.

³⁵⁸ *EU-Internetforum: Studie über die Rolle und die Auswirkungen der Verwendung algorithmischer Verstärkung zur Verbreitung terroristischer, gewalttätiger extremistischer und grenzwertiger Inhalte*, siehe Ex. 37; siehe auch TrustLab Slide Deck: *Studie über die Rolle und die Auswirkungen der Verwendung algorithmischer Verstärkung zur Verbreitung terroristischer, gewalttätiger extremistischer und grenzwertiger Inhalte auf führenden Social-Media-Websites in Europa*, Ex. 39.

i. Das EUIF stuft politische Diskurse zu Themen wie Einwanderung und Geschlechterfragen als „gewalttätigen Rechtsextremismus“ ein.

Die EUIF stuft legitime politische Diskurse systematisch als „gewalttätigen Rechtsextremismus“ ein, um Plattformen dazu zu zwingen, diese Inhalte zu entfernen. Im Mittelpunkt dieser Operation steht das „Handbuch für grenzwertige Inhalte“ der EUIF – ein 72-seitiger Leitfaden, der Social-Media-Plattformen vorgibt, wie sie nicht gewalttätige politische Äußerungen zensieren sollen.³⁵⁹ Zu den Kategorien potenziell grenzwertiger Inhalte, die gemäß dem Handbuch zensiert werden sollen, gehören:

- „Populistische Rhetorik“;³⁶⁰
- „Regierungsfeindliche/EU-feindliche“ Inhalte;³⁶¹
- „Anti-Elite“-Inhalte;³⁶²
- „Politische Satire“;³⁶³
- „Anti-Migranten- und islamfeindliche Inhalte“;³⁶⁴
- „Flüchtlings-/Einwandererfeindliche Stimmung“;³⁶⁵
- „Anti-LGBTIQ . . . Inhalte“;³⁶⁶ und
- „Meme-Subkultur“³⁶⁷



Diese Themen sind heute die dominierenden Themen im politischen Leben Europas – ja sogar weltweit. Das Handbuch der Kommission bezeichnete jedoch das Verbot „entmenslichender“ Äußerungen zu diesen Themen und von Inhalten, die „schädliche Stereotypen“ fördern, als „bewährte Praxis“.³⁶⁸ Darüber hinaus enthielt das Handbuch der Kommission „politische Empfehlungen“ für Plattformen von der voreingenommenen, linksgerichteten pseudowissenschaftlichen Gruppe Center for Countering Digital Hate (CCDH).³⁶⁹ Während einige der

³⁵⁹ EU-Internetforum: Das Handbuch zu grenzwertigen Inhalten im Zusammenhang mit gewalttätigem Extremismus, siehe Ex. 38.

³⁶⁰ Id.

³⁶¹ Id.

³⁶² Id.

³⁶³ Id.

³⁶⁴ Id.

³⁶⁵ Id.

³⁶⁶ Id.

³⁶⁷ Id.

³⁶⁸ Id.

³⁶⁹ Ebenda; siehe Rep. Jim Jordan (@Jim_Jordan), X (5. September 2023, 18:17 Uhr), https://x.com/Jim_Jordan/status/1699184930331267539 (mit Einzelheiten zur Partnerschaft des CCDH mit dem Weißen Haus unter Biden)

Die im Handbuch als „grenzwertig“ bezeichneten Inhalte, die zensiert werden sollen, sind zwar zu beanstanden, aber das ist nebensächlich: Es ist niemals akzeptabel, dass die Regierung ihren Einfluss geltend macht, um unliebsame Kategorien rechtmäßiger Äußerungen zu zensieren.

Die EUIF nahm regelmäßig legitime politische Meinungsäußerungen ins Visier. In einem Bericht aus dem Jahr 2023 führte die EUIF detailliert auf, was sie als „gewalttätigen Rechtsextremismus“ betrachtete, der eine Online-Zensur erforderlich mache. Dazu gehörte auch die Vorstellung, dass „Flüchtlinge nicht dazugehören“³⁷⁰ – trotz wiederholter Gewalttaten durch sogenannte Flüchtlinge, die im Rahmen einer permissiven Massenmigrationspolitik nach Europa gekommen waren³⁷¹. Dennoch bezeichnete die EU diese Aussage als „Idee der weißen Vorherrschaft“.³⁷² In ähnlicher Weise wurde die Vorstellung, dass europäische Nationen ihre Asylgesetze ändern sollten, um den Zustrom von nicht überprüften Migranten zu stoppen, als „grenzwertige Anti-Einwanderer- und Anti-Flüchtlingsrhetorik“ beschrieben.⁽³⁷³⁾ Die Ablehnung von Masseneinwanderung ist eine legitime Meinung zu einem wichtigen Thema der öffentlichen Politik. Die Zensur dieser Äußerung ist mit keinem soliden Konzept der freien Meinungsäußerung vereinbar.

6.6.1 Violent Right-Wing Extremism and Borderline Examples

- Borderline anti-immigrant and anti-refugee rhetoric:

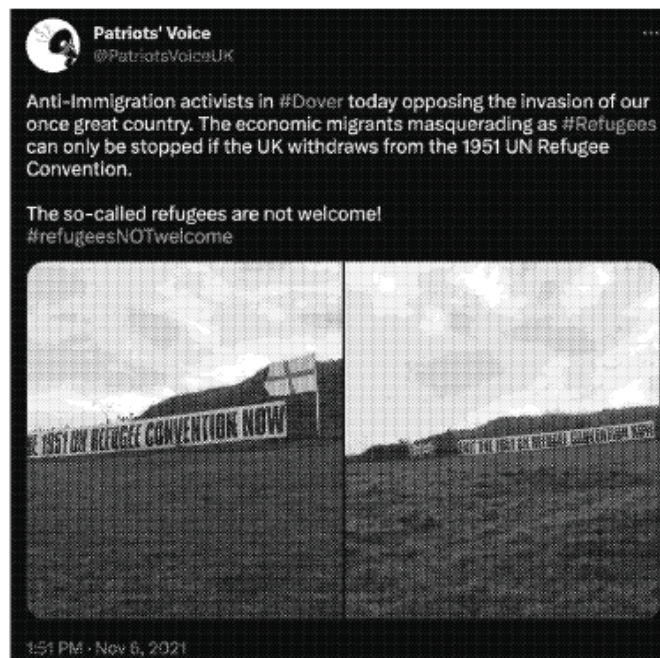


Image A.6.6 i.a

Der EUIF nutzte diesen Beitrag als Beispiel für „grenzwertige“ Inhalte, die Plattformen zensieren sollten.

um unerwünschte Inhalte zu zensieren); Paul D. Thacker und Matt Taibbi, *Wahl-Exklusiv: Britische Berater von Kamala Harris hoffen, „Musks Twitter zu zerstören“*, THE DISINFORMATION CHRONICLE (22. Oktober 2024); Transkribiertes Interview mit Imran Ahmed, CEO, Center for Countering Digital Hate, H. Comm. on the Judiciary (25. Juni 2024).

³⁷⁰ EU-Internetforum: Studie über die Rolle und die Auswirkungen der Verwendung algorithmischer Verstärkung zur Verbreitung terroristischer, gewalttätiger extremistischer und grenzwertiger Inhalte, siehe Ex. 37, 40.

³⁷¹ Siehe z. B. *Newcastle grooming gang jailed for raping 13-year-old girl*, BBC (1. März 2024).

³⁷² EU-Internetforum: Studie über die Rolle und die Auswirkungen der Verwendung algorithmischer Verstärkung zur Verbreitung terroristischer, gewalttätiger extremistischer und grenzwertiger Inhalte, siehe Ex. 37, 40.

³⁷³ EU-Internetforum: Studie über die Rolle und die Auswirkungen der Verwendung algorithmischer Verstärkung zur Verbreitung terroristischer, gewalttätiger extremistischer und grenzwertiger Inhalte, siehe Beispiel 40.

Das EUIF förderte sogar die Zensur politischer Äußerungen über Grenzen hinweg – einschließlich derjenigen von US-Konservativen. In einem Bericht vom März 2022 über „Gewalttätigen Extremismus und Terrorismus im Internet im Jahr 2021“ listete das EUIF den US-Abgeordneten Paul Gosar (R-AZ), die ehemalige US-Abgeordnete Marjorie Taylor Greene (R-GA) und den ehemaligen Beamten des Weißen Hauses Steve Bannon als „rechtsextreme“ Persönlichkeiten auf, stellte sie auf eine Stufe mit weißen Supremacisten und deutete an, dass sie zensiert werden sollten.³⁷⁴ Tatsächlich wurden in diesem EU-„Terrorismus“-Bericht islamische Dschihadisten, weiße Supremacisten und US-Republikaner als die größten Bedrohungen im Internet zusammen.³⁷⁵

Der Bericht verunglimpfte auch neue Social-Media-Plattformen, die im Zuge der Entscheidung der Big Tech-Unternehmen entstanden sind, Republikaner in den Jahren 2020 und 2021 systematisch zu zensieren.³⁷⁶ Die EUIF diskutierte in diesem „Terrorismus“-Bericht die US-amerikanische Social-Media-Plattform Truth Social, weil Truth Social „eine offene, freie und ehrliche globale Konversation fördert“ – etwas, das laut EU „eine Vielzahl von rechtsextremen Nutzern anziehen“ und Truth Social zu einer „rechtsgerichteten Social-Media-Plattform“ machen würde.³⁷⁷ Dieser Bericht – und insbesondere seine Behandlung von Truth Social – bietet wichtige Einblicke in die Sichtweise der Europäischen Kommission auf die „Risiken“, die im Rahmen der DSA „gemindert“ werden müssen.³⁷⁸ Nach Ansicht der Europäischen Kommission ist eine Plattform, die sich für freie Meinungsäußerung einsetzt, *ipso facto* eine Brutstätte für Online-Terrorismus und verstößt gegen die DSA.

Former US President Donald Trump is not on Gettr; instead, on 20 October, 2021, he announced plans to launch yet another new platform called TRUTH Social. It is mentioned here due to the high likelihood of it attracting a variety of types of right-wing extremist users, including those based in Europe. The truthsocial.com homepage describes itself as America's "Big Tent" social media platform that "encourages open, free, and honest global conversation without discriminating against political ideology." It is unclear whether the site will ever be operational, however. The platform appears to have missed its own November deadline to launch an invitation-only beta version;⁹³ the share price of the SPAC company, which Trump's social media firm plans to merge with has since plummeted; and Trump's social media firm is now seeking an additional US\$1 billion in funding.⁹⁴

Die Europäische Kommission verunglimpfte Truth Social und schrieb, dass es wahrscheinlich eine Brutstätte für Extremismus und Terrorismus sei, weil es „eine offene, freie und ehrliche globale Konversation fördert“.

Später im Jahr 2022 veranstaltete das EUIF einen „Workshop zu algorithmischer Verstärkung und grenzwertigen Inhalten“, in dem diskutiert wurde, wie Plattformen rechtlich grenzwertige Inhalte zensieren sollten. Die „wichtigsten Erkenntnisse“ aus diesem Treffen befassen sich mit der Definition der Europäischen Kommission von grenzwertigen Inhalten und ihren Erwartungen hinsichtlich der Zensur solcher Inhalte.³⁷⁹ Grenzfälle von Inhalten bestehen laut EUIF aus „einer Kombination aus Desinformation/Verschwörungstheorien und Hassreden“, wobei insbesondere „anti-establishment/anti-institutionelle“, „anti-trans“, „anti-migranten“ und „anti-COVID-Maßnahmen“-Reden als Hauptkategorien genannt werden.³⁸⁰ Die EUIF betonte, dass „positive Interventionen“ – also aktive

³⁷⁴ RAN Policy Support, *Gewalttätiger Extremismus und Terrorismus im Internet im Jahr 2021: Jahresrückblick* (2021), siehe Ex. 287.

³⁷⁵ *Id.*

³⁷⁶ Siehe MITARBEITER DES SONDERUNTERAUSSCHUSSES ZUR INSTRUMENTALISIERUNG DER BUNDESREGIERUNG DES H. AUSSCHUSSES FÜR JUSTIZ, 118. KONGRESS, DIE WAFFENFERTIGUNG DER BUNDESREGIERUNG (Kommissionsdruck vom 20. Dezember 2024).

³⁷⁷ RAN Policy Support, *Gewalttätiger Extremismus und Terrorismus im Internet im Jahr 2021: Jahresrückblick* (2021), siehe Ex. 287.

³⁷⁸ Digital Services Act, siehe oben Anmerkung 26, Art. 34-35.

³⁷⁹ E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Teilnehmer des EU-Internetforums (11. Oktober 2022), siehe Ex. 32.

³⁸⁰ *Id.*

Zensurmaßnahmen – „müssen ergriffen werden, um die Verbreitung“ dieser rechtmäßigen, nicht gegen geltendes Recht verstoßenden politischen Inhalte zu verhindern, wobei ausdrücklich eine „Herabstufung“ und „Demonetarisierung“ dieser Inhalte gefordert wird.³⁸¹

Während des Treffens teilten Google und YouTube mit, dass sie „an Definitionen und Schwellenwerten für die Verwendung von grenzwertigen Inhalten arbeiten, um eine Herabstufung durch ihre internen algorithmischen Systeme sicherzustellen“, entsprechend den Forderungen der Kommission.³⁸² Nur einen Monat vor der Verabschiedung des DSA waren die Plattformen auf die Botschaft der Europäischen Kommission abgestimmt, welche Schritte sie im Rahmen des DSA unternehmen mussten. Dieser Workshop sendete eine klare Botschaft.

FLASH REPORT: EUIF Workshop on Algorithmic Amplification and Borderline Content

29 September 2022

Summary

On 29 September the Commission organised an EUIF workshop to explore the possible negative effects of algorithmic amplification techniques on the user journey towards radicalisation and provide guidance to tech companies on possible definitions and thresholds concerning the spread of borderline content.

➤ **Main takeaways**

- Examples and description of borderline content shared by Member States, EU services and researchers reveal a **combination of disinformation/conspiracy theories and hate speech**.
- Most common **type of content** identified by participants: anti-establishment/anti-institutions, anti-Jewish, anti-trans, misogynistic, anti-migrants, racist, anti-COVID measures.
- Both **safety by design measures** and **positive interventions** need to be adopted in order to prevent the spread of borderline content via automated systems.
- Focus on content is not enough. Preventive measures must take into account **behavioural patterns and propagation tactics** used by malicious actors, including **manipulation**, and include digital and media literacy, critical thinking and democracy-strengthening programs to foster resilience.
- **Definitions and taxonomies** are essentials basics to build effective preventive measures.
- Other suggested technical solutions were: **downranking, demonetise, add friction to access**.
- As regards government's lists for content moderation, companies suggested they are not enough, as they may be politically biased and incomplete. **Civil Society Organisations** should be empowered to compile lists and build taxonomies.
- Challenges in connection with the use of **non-cooperative platforms** and **Terrorist Operated Websites** to spread TVEC and borderline content leading to violence were discussed.

Die Europäische Kommission wies die Plattformen während eines Workshops im Jahr 2022 an, legale, nicht rechtswidrige Inhalte zu zensieren.

An diesem EUIF-Workshop im September 2022 nahmen auch pseudowissenschaftliche Falschinformationsverbreiter und nationale Regulierungsbehörden teil. In einem Vortrag des Institute for Strategic Dialogue – einem Think Tank, der während der Biden-Harris-Regierung vom US-Heimatschutzministerium und dem Außenministerium finanziert wurde³⁸³ – wurde davor gewarnt, dass Plattformen möglicherweise zusätzliche konservative Mainstream-Inhalte zensieren müssen, da „die Auseinandersetzung mit Inhalten von Jordan Peterson und Ben Shapiro als Einstieg in Empfehlungen für eine Reihe von antifeministischen,

³⁸¹ *Id.* (Hervorhebung weggelassen).

³⁸² *Id.*

³⁸³ *Partnerschaften und Geldgeber*, INSTITUTE FOR STRATEGIC DIALOGUE, <https://www.isdglobal.org/partnerships-and-funders/> (zuletzt abgerufen am 29. Januar 2026).

frauenfeindliche und Manosphere-Inhalte.“³⁸⁴ Dies ist eine typische Taktik von Pseudowissenschaftlern, die Falschinformationen verbreiten: Indem sie konventionelle konservative Meinungen mit angeblich hasserfüllten Inhalten in einen Topf werfen, zwingen sie Plattformen dazu, alles zu zensieren. Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Biden-Harris-Regierung finanzierte eine NGO, die dann von der Europäischen Kommission beauftragt wurde, US-amerikanische Social-Media-Plattformen dazu zu zwingen, zwei der beliebtesten konservativen Medienpersönlichkeiten der Vereinigten Staaten, darunter einen amerikanischen Autor, zu zensieren.

Borderline Content Algorithmic Amplification Case Study: YouTube

- ISD study created 10 accounts presenting as men and boys with a spectrum of right wing ideological interests. We found accounts **tended to be served content based on who they followed**, with 'mainstream' accounts unlikely to be recommended extreme content.
- But regardless of where they were on the ideological spectrum, every single account was **recommended content promoting anti-trans, misogynistic and 'Manosphere' views**.
- **Engaging with content featuring Jordan Peterson and Ben Shapiro served as a gateway into recommendations for a slew of anti-feminist, misogynistic, and Manosphere content.**

Das Institute for Strategic Dialogue argumentierte, dass Plattformen gegenüber Nutzern, die sich mit Jordan Peterson und Ben Shapiro beschäftigen, vorsichtig sein sollten.

- ii. Das EUIF drängt Plattformen dazu, ihre Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern, um diese Inhalte zu zensieren.

Ähnlich wie DG-Connect zielt das EU-Internetforum von DG-Home auf legale, nicht rechtswidrige „grenzwertige“ Inhalte ab, vor allem zu politischen Themen wie Migration und Transgenderismus. Zusätzlich zum gezielten Zensurdruck ermutigt das EUIF – wie jede EU-Zensurinitiative – Plattformen dazu, ihre weltweit geltenden Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern. Bereits 2021 lud die Kommission Meta zu einer EUIF-Sitzung über ihre „Initiativen zur Bekämpfung grenzwertiger Inhalte“ ein³⁸⁵ und wies andere anwesende Plattformen darauf hin, dass sie ähnliche Schritte unternehmen sollten. Diese Initiativen umfassten wahrscheinlich das „Herabstufen“ und „Demonetarisieren“ grenzwertiger Inhalte, was die Kommission den Plattformen ausdrücklich als notwendig erklärte.³⁸⁶

Ein Jahr später, im Dezember 2022, fand eine weitere EUIF-Sitzung statt, bei der strukturiert darüber diskutiert wurde, wie Plattformen „mit grenzwertigen Inhalten umgehen“.³⁸⁷ Bezeichnenderweise geht aus dem Protokoll der Sitzung hervor, dass nur „rechtsextreme“ Inhalte diskutiert wurden³⁸⁸ – obwohl die eigenen Daten der EUIF ergaben, dass Linksextremismus in den sozialen Medien stärker verbreitet war.³⁸⁹ Das Treffen war Teil einer größeren Veranstaltung, bei der Innenkommissarin Ylva Johansson „ihre Besorgnis über die zunehmende Präsenz von grenzwertigen Inhalten im Internet und die damit verbundenen Herausforderungen zum Ausdruck brachte

³⁸⁴ Institut für strategischen Dialog, Folienpräsentation: *Algorithmische Verstärkung, grenzwertige Inhalte und Manipulationstechniken* (29. September 2022), siehe Ex. 31.

³⁸⁵ Tagesordnung für das Ministertreffen des EU-Internetforums (8. Dezember 2021), siehe Anlage 28.

³⁸⁶ E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Teilnehmer des EU-Internetforums (11. Oktober 2022), siehe Anlage 32.

³⁸⁷ Tagesordnung für das Ministertreffen des EU-Internetforums (7. Dezember 2022), siehe Anlage 33.

³⁸⁸ E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Teilnehmer des EU-Internetforums (9. Januar 2023), siehe Anlage 34.

³⁸⁹ *EU-Internetforum: Studie über die Rolle und die Auswirkungen der Verwendung algorithmischer Verstärkung zur Verbreitung terroristischer, gewalttätiger extremistischer und grenzwertiger Inhalte*, siehe Ex. 37.

in Bezug auf die Moderation von Inhalten.“³⁹⁰ Sie verwies ausdrücklich auf die DSA, die weniger als zwei Monate vor dem Treffen verabschiedet worden war, und warnte, dass die „freiwillige Zusammenarbeit“ mit der Kommission „von entscheidender Bedeutung ist und fortgesetzt werden muss“.³⁹¹ Die Botschaft von Johanssons Rede war klar: Um die DSA einzuhalten, müssten Plattformen mehr tun, um „grenzwertige“ Inhalte zu unterbinden, die per Definition legal sind und nicht gegen bestehende Regeln zur Moderation von Inhalten verstoßen. Es gibt nur einen Weg, dies zu erreichen: die Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern, um mehr legale Äußerungen zu zensurieren. Wieder einmal erreichte die Kampagne, mit der Plattformen dazu gebracht werden sollten, ihre Nutzungsbedingungen zu ändern, die höchsten Ebenen der Europäischen Kommission.

On **terrorism and violent extremism online**, the Commissioner referred to recent attacks in Bratislava and Sweden, which resulted from the spread of online violent right wing extremist content targeting, among others, the Jewish and LGBTIQ communities and women. She expressed concerns for the increased presence of **borderline content online and the challenges it brings about when it comes to content moderation**. She also warned against the growing use of terrorist operated websites, manipulation techniques used by extremists and the need for more transparency on the threats related to the misuse of algorithmic amplification techniques. **EU regulations concerning the online space will mitigate part of the challenges ahead, but voluntary cooperation is crucial and must continue.**

Innerkommissarin Ylva Johansson übte Druck auf Plattformen aus, mehr „grenzwertige“ Inhalte zu zensurieren.

Diese Bemühungen wurden auch nach Inkrafttreten des DSA fortgesetzt. Im September 2024 forderte die GD Inneres TikTok auf, sich einer EUIF-Initiative anzuschließen, um „eine Reihe von Grundsätzen für Unternehmen zur Bekämpfung der algorithmischen Verstärkung, einschließlich grenzwertiger Inhalte“ zu entwickeln – mit anderen Worten, eine Reihe von Zensurvorschriften, die gemäß dem DSA auf Plattformen durchgesetzt werden können.³⁹² In den folgenden Wochen wurden die Bemühungen der EUIF ausgeweitet.

Beispielsweise bat der EUIF im Oktober 2024 Plattformen um Informationen über ihre Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung „grenzwertiger“ Inhalte und darüber, wie sie die Kodizes zu Hassrede und Desinformation einhalten.³⁹³ Die Europäische Kommission teilte den Plattformen mit, dass ihre Antworten in einen Zensurplan einfließen würden, der vom Institute for Strategic Dialogue erstellt wird⁽³⁹⁴⁾ und den die Europäische Kommission dann als ihren eigenen übernehmen könnte. Es überrascht nicht, dass sich die Fragen der Europäischen Kommission stark auf die Umsetzung der Richtlinien zur Inhaltsmoderation durch die Plattformen konzentrierten.³⁹⁵ Wieder einmal überwachte die Europäische Kommission die Regeln der Plattformen zur Inhaltsmoderation und drängte auf Änderungen, um mehr legale Inhalte zu zensurieren – und das alles, während das regulatorische Damoklesschwert der DSA über ihren Köpfen schwebte.

³⁹⁰ E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Teilnehmer des EU-Internetforums (9. Januar 2023), *siehe* Ex. 34; *siehe* Tagesordnung für das Ministertreffen des EU-Internetforums (7. Dezember 2022), Ex. 33.

³⁹¹ *Id.*

³⁹² E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (2. September 2024), *siehe* Ex. 35.

³⁹³ E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (15. Oktober 2024), *siehe* Ex. 36.

³⁹⁴ *Id.*

³⁹⁵ Antwort von TikTok auf den Fragebogen des EU-Internetforums – Algorithmische Verstärkung, *siehe* Beispiel 41.

From: HOME INTERNET FORUM
Sent: Tuesday, October 15, 2024 9:38 AM
To: HOME INTERNET FORUM <HOME-INTERNET-FORUM@ec.europa.eu>
Subject: Informal Focus Group - Next Step - Questionnaire - DDL: 15 November 2024

Dear participants,

Thank you for your participation in the first meeting of the informal focus group on algorithmic amplification.

As an outcome of the meeting, the group agreed to create an overview of measures taken by companies since the EUIF study on algorithmic amplification (July 2022) to prevent the spread of borderline, violent extremist and terrorist content online and inform about existing commitments under the Code of Conduct on Hate Speech and Code of Practice on Disinformation. This overview could serve as set of best practices to inspire and inform.

If you are a company, we kindly ask you to fill in the attached questionnaire and send it back to us by **15 November 2024**. Please do not hesitate to reach out in case of questions.

Based on this overview and own research, ISD can identify gaps and propose potential improvements for algorithmic recommender systems to fight illegal and harmful content online.

Das EUIF fragte die Plattformen, wie sie ihre Regeln zur Moderation von Inhalten geändert hätten, um zusätzliche grenzwertige Inhalte zu zensieren, und ermutigte sie, mehr zu zensieren.

Seit 2021 hat sich das EUIF zu einer weiteren wichtigen Institution in der europäischen Zensurarchitektur entwickelt. Das EUIF zielt speziell auf legale, nicht gegen Gesetze verstoßende politische Äußerungen ab, wirft amerikanische und europäische Konservative mit Dschihadisten und weißen Supremacisten in einen Topf und fordert die Plattformen auf, sie alle zu zensieren. Es ermutigt die Plattformen auch, ihre globalen Regeln zur Moderation von Inhalten zu ändern, um Inhalte zu unterdrücken, die von den Bürokraten der Europäischen Kommission missbilligt werden.

B. Die Europäische Kommission und die Regulierungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten üben während Wahlperioden Druck auf Plattformen aus, konservative und „systemkritische“ politische Äußerungen zu zensieren.

Zusätzlich zu den programmatischen Maßnahmen des EUIF zur Zensur konventioneller politischer Äußerungen ergreift die Europäische Kommission konkrete Schritte, um politische Zensur im Vorfeld wichtiger Wahlen zu fördern – also genau dann, wenn die Meinungsfreiheit am wichtigsten ist. Die DSA-Wahlrichtlinien der Europäischen Kommission legen verbindliche Zensurmaßnahmen für Plattformen während Wahlperioden fest, darunter „Maßnahmen zur Verringerung der Sichtbarkeit von Desinformation“.³⁹⁶ Und die Europäische Kommission überwacht die Leistung der Plattformen genau. Vor fast jeder wichtigen europäischen Wahl seit 2023 – insgesamt mindestens zwölf – hat sich die Kommission mit den Plattformen getroffen, um ihre Zensurerwartungen zu kommunizieren und die Einhaltung der Vorschriften durch die Plattformen zu bewerten. Seit dem Moment

³⁹⁶ DSA-Wahlrichtlinien, siehe Fußnote 45.

Inkrafttreten der DSA arbeitet die Kommission mit den Regulierungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten zusammen, um konservative und „systemkritische“ politische Äußerungen während Wahlperioden zu zensieren. Diese Anforderungen scheinen dazu geführt zu haben, dass Plattformen restriktivere Zensurregeln für ihre globalen Richtlinien zur Moderation von Inhalten eingeführt haben, was sich möglicherweise auf Wahlen außerhalb der EU auswirkt, darunter auch auf die US-Präsidentschaftswahlen 2024.

i. Die DSA-Wahlrichtlinien der Europäischen Kommission verlangen politische Zensur im Vorfeld der Europawahlen, was globale Auswirkungen hat.

Im Mittelpunkt der Wahlbeeinflussung durch die Kommission stehen ihre DSA-Wahlrichtlinien. Die Leitlinien besagen, dass Plattformen vor Wahlen Folgendes tun sollten:

- „Richtlinien, Praktiken und Algorithmen aktualisieren und verfeinern“, um den Zensurforderungen der EU nachzukommen;
- die in dem Kodex gegen Desinformation, dem Kodex gegen Hassrede und den EUIF-Dokumenten dargelegten „bewährten Verfahren“ einhalten;
- „Maßnahmen zur Verringerung der Verbreitung von Desinformation ergreifen“;
- „ihre Nutzungsbedingungen anpassen, um die Reichweite und Wirkung generativer KI-Inhalte, die Desinformation oder Fehlinformationen darstellen, erheblich zu verringern“;
- Beiträge, die von staatlich anerkannten, linksgerichteten Faktenprüfern als „Desinformation“ eingestuft werden, „kennzeichnen“;
- „Maßnahmen zur Begrenzung der Verbreitung irreführender ... durch KI generierter Inhalte ergreifen“;
- „Entwickeln und wenden Sie Impfmaßnahmen an, die präventiv Widerstandsfähigkeit gegen mögliche und zu erwartende Desinformationsnarrative aufbauen“³⁹⁷; und
- Ergreifen Sie zusätzliche Maßnahmen, um „geschlechtsspezifische Desinformation“ zu unterbinden.³⁹⁸

Das vielleicht größte Risiko im Zusammenhang mit staatlichen Sprachregelungen ist die Gefahr, dass die Regierung diese Macht nutzt, um Gegner zum Schweigen zu bringen und die politische Kontrolle aufrechtzuerhalten. Jede einzelne der oben aufgeführten Anforderungen ermöglicht es der Europäischen Kommission, genau das zu tun. Es ist unmöglich, Begriffe wie „Desinformation“ politisch neutral zu definieren – und wie die Beweise zeigen, tut die Europäische Kommission dies auch nicht. Tatsächlich verlangen die DSA-Wahlrichtlinien von den Plattformen, dass sie

³⁹⁷ US-Behörden nutzten diese Taktik vor den Präsidentschaftswahlen 2020, um eine wahre Geschichte über die Einflussnahme der Familie Biden als russische Desinformation darzustellen. Infolgedessen zensierte Big Tech die Geschichte in den Wochen vor der Wahl. Siehe STAFF OF THE H. COMM. ON THE JUDICIARY AND THE SELECT SUBCOMM. ON THE WEAPONIZATION OF THE FED. GOV'T OF THE H. COMM. ON THE JUDICIARY, 118TH CONG., ELECTION INTERFERENCE: HOW THE FBI „PREBUNKED“ A TRUE STORY ABOUT THE BIDEN FAMILY'S CORRUPTION IN ADVANCE OF THE 2020 PRESIDENTIAL ELECTION (Comm. Print Oct. 30, 2024).

³⁹⁸ DSA-Wahlrichtlinien, siehe oben Anmerkung 45.

Inhalte zensieren, die von der herrschenden Klasse Europas abgelehnt werden, sobald die Wähler die Möglichkeit haben, ihre Stimme zu erheben. Schlimmer noch, diese orwellischen und undemokratischen Zensurverordnungen haben wahrscheinlich globale Auswirkungen.

Die Wahlrichtlinien sind an sich nicht verbindlich. Doch schon vor ihrer Veröffentlichung teilten hochrangige Beamte der Europäischen Kommission den Plattformen mit, dass sie bei Nichteinhaltung mit Sanktionen gemäß dem DSA rechnen müssten. Bei einem Treffen mit den Plattformen im März 2024, wenige Wochen vor der offiziellen Veröffentlichung der Leitlinien, erklärte Prabhat Agarwal, Leiter der DSA-Durchsetzungsstelle der Kommission, den Plattformen, dass die Leitlinien „die Meinung der Europäischen Kommission darüber widerspiegeln, welche Maßnahmen zur Einhaltung der DSA sinnvoll sind“.³⁹⁹ Er beschrieb die Leitlinien als Mindeststandard für die Einhaltung des DSA und erklärte den Plattformen, dass sie, wenn sie von den Leitlinien abweichen, „alternative Maßnahmen ergreifen müssen, die gleichwertig oder besser sind“⁴⁰⁰ – also Zensurmaßnahmen, die mindestens genauso restriktiv sind wie die in den Leitlinien beschriebenen. Diese ausdrückliche Warnung verstärkte den strukturellen Druck, dem die Plattformen ohnehin schon ausgesetzt waren: Die vage Formulierung des DSA und die potenziell hohen Strafen machen jeden möglichen sicheren Hafen zu einer praktischen Notwendigkeit.

Prabhat's answer:

- Guidelines are the EC's opinion on what are good mitigation measures to comply with DSA. Not an Implementing Act, it is a guidance document: do not have to follow all of them. However, obligation is to assess and mitigate systemic risks. Those are best practices to do that.
- Onus if deviate from this to have alternative measures that are equal or better than those in here. Can be adapted, and recognise that not every regulated entity has the same risk profile. Not every platform in the list of VLOPs has an election risk - some do not.
 - Gave Snap as an example of a platform that has a different type of service and features which means they will need to adapt the Guidelines somewhat. Referred to the prominence of the map feature on Snap as an (illustrative only) example of something that differentiates them from others and therefore means Guidelines implementation may be different for them.

Der oberste DSA-Vollstrecker der Europäischen Kommission erklärte den Plattformen, dass die Einhaltung der Wahlrichtlinien praktisch obligatorisch sei.

Die Bemühungen der Europäischen Kommission, Äußerungen während Wahlperioden zu zensieren, einschließlich der Wahlrichtlinien, könnten globale Auswirkungen gehabt haben. In derselben Sitzung im März 2024 teilte Meta der Europäischen Kommission mit, dass es aus „mehr als 200 Wahlen weltweit seit 2016“ bewährte Verfahren gelernt habe und dass „bei jeder Wahl“ Meta seine „Standardmechanismen“ evaluiert, die „Richtlinien, Tools und Prozesse umfassen, die [es] in [seinem] EU-Verhaltenskodex zu Desinformationsberichten dokumentiert“ – mit anderen Worten, die Zensurmaßnahmen, die Meta ergreift, um den Anforderungen der EU nachzukommen.⁴⁰¹ Meta teilte der Europäischen Kommission später mit, dass es als Reaktion auf die Wahlrichtlinien der Kommission „Prozesse“ geändert habe und „zusätzliche Anpassungen und Verbesserungen an [diesen] vorgenommen habe, unter Berücksichtigung der Richtlinien und der direkten Diskussionen, die bei den von der Europäischen Kommission veranstalteten Rundtischgesprächen geführt wurden“.⁴⁰² Zu diesen Änderungen gehörten „Maßnahmen zur Risikominderung, um

³⁹⁹ Interne Zusammenfassung von Meta zum Rundtischgespräch über die DSA-Wahlrichtlinien (1. März 2024), siehe Ex. 243; Interne E-Mails zwischen Meta-Mitarbeitern (26. Februar 2024), siehe Ex. 241.

⁴⁰⁰ Interne Meta-Zusammenfassung der Rundtischgespräche zu den DSA-Wahlrichtlinien (1. März 2024), siehe Ex. 243.

⁴⁰¹ *Id.*

⁴⁰² E-Mail von Meta-Mitarbeitern an Mitarbeiter der Europäischen Kommission (10. Juli 2024), siehe Ex. 166.

Risikobereiche wie Falschinformationen angehen, zusätzlich zu den bestehenden Maßnahmen gegen „feindselige Äußerungen“.⁴⁰³ Angesichts des globalen Charakters der Community-Standards von Meta und seiner selbst beschriebenen „Standardmechanismen“ für Wahlen ist die Schlussfolgerung beunruhigend: Meta und andere große Social-Media-Unternehmen, die unter die DSA fallen, mussten möglicherweise aufgrund der politischen Zensurvorschriften der EU Änderungen vornehmen, die sich auf Wahlen außerhalb der EU, einschließlich der US-Wahlen, auswirken.

REMARKS ON BEST PRACTICES

- We learned from working on more than 200 elections around the world since 2016.
- For every election, we evaluate whether our standard mechanisms (which include the policies, tools and processes that we document in our EU Code of Practice on Disinformation reports) address the election-specific threats for that election. Should there be any outlying risks, we work across several teams and sometimes with external partners to put appropriate measures in place to mitigate those risks.

Private and Confidential

10 July 2024

Attention: Prabhat Agarwal, Head of Unit

Response to Third technical roundtable European Elections (Online) on July 10, 2024

Dear Mr. Agarwal,

We refer to your email and letter dated 10 June 2024 requesting a written response noting Meta Platforms Ireland Ltd's ("MPIL") plans for finalising a post-election review of our 2024 European Parliamentary Elections ("EP Elections") efforts and any other relevant information before the roundtable scheduled on July 10, 2024.

For the EP elections, MPIL utilised election management processes refined over many years, by teams with expertise in electoral risk mitigation as well as local knowledge and context. We worked hard to adopt feedback from the Commission, Digital Services Coordinators, election authorities, and civil society, making additional adjustments and improvements to our processes in light of the Guidelines and direct discussions undertaken at EC hosted roundtables and a cross-sector tabletop exercise.

For the EP elections, we prioritised efforts aimed at addressing risks from adversarial threats (such as the Russia-origin network known as Doppelgänger), infringement of our transparency requirements for political advertisements, and misinformation, including AI-generated misleading content. We deployed mitigation measures to tackle each of these risk areas, as well as running standard mitigation for other election-relevant risks, such as hostile speech.

Die Kommunikation zwischen Meta und der Europäischen Kommission zeigt, dass Meta möglicherweise globale Änderungen an seinen Richtlinien zur Moderation von Wahlinhalten vorgenommen hat, um den Zensurforderungen der EU nachzukommen.

Bei diesem Treffen im März 2024 betonte Agarwal, der Leiter der DSA-Durchsetzungsstelle der Europäischen Kommission, auch die Anforderung der DSA, dass Plattformen mit Pseudowissenschaftlern zusammenarbeiten müssen, um wirksame Zensurregime zu schaffen. In der internen Zusammenfassung des Treffens durch Meta wurde die „klare Haltung der Europäischen Kommission hinsichtlich der gesetzlichen Anforderung der DSA, externe Interessengruppen in die Bewertung/Entwicklung von [Plattform-]Maßnahmen einzubeziehen“ festgehalten.

⁴¹⁰ *Id.*

Maßnahmen einzubeziehen.”⁴⁰⁴ Die Aufsicht des Ausschusses hat zuvor gezeigt, dass diese sogenannten Forscher ausnahmslos linksgerichtet und für Zensur sind.⁴⁰⁵

- **EC has strong views about the DSA legal requirement to involve external stakeholders in the evaluation/development of our measures. This was sparked by MSFT questions around external red teaming requirements. The EC relied on Recital 90 of the DSA which they stressed as the legal basis for our obligation to put mitigation measures in place together with external partners.**

Die Europäische Kommission betonte, dass Plattformen mit Pseudowissenschaftlern zusammenarbeiten müssen, um mehr Inhalte zu zensieren.

Schließlich gab sich Agarwal ein wenig alarmistisch in Bezug auf KI. Er warnte, dass Plattformen bereit sein müssen, „ein nicht mit einem Wasserzeichen versehenes, KI-generiertes Bild eines Präsidenten oder politischen Führers, das während einer Wahl in Umlauf gebracht wird“, zu zensieren.⁴⁰⁶ Dies erinnert an die früheren Bemühungen der Europäischen Kommission, gegen „Memes“ und Satire vorzugehen,⁴⁰⁷ und verdeutlicht einen wichtigen Punkt in Bezug auf die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission, die das globale Internet kontrollieren wollen: Sie halten ihre Bürger für dumm und unfähig, selbst zu entscheiden, was sie glauben und was nicht.

- ii. *TikTok zensierte politische Äußerungen im Vorfeld der slowakischen Wahlen 2023 – der ersten europäischen nationalen Wahl, die nach Inkrafttreten des DSA durchgeführt wurde.*

Ein nützliches Fallbeispiel für die Bemühungen der Europäischen Kommission, den Online-Diskurs vor Wahlen zu beeinflussen, sind die Parlamentswahlen 2023 in der Slowakei, die ersten europäischen Wahlen, die nach Inkrafttreten des DSA stattfanden. Die Kommunikation zwischen TikTok und der Europäischen Kommission sowie interne Dokumente von TikTok zeigen, wie die Europäische Kommission die Plattform unter Druck gesetzt hat, legitime politische Diskurse vor den Wahlen zu zensieren.

Die Vorbereitungen der Plattform für die Wahl am 30. September 2023 waren im Juli 2023 bereits in vollem Gange, als die Europäische Kommission eine Präsentation der slowakischen Regulierungsbehörde für digitale Medien, des Slowakischen Rates für Mediendienste, für die Plattformen organisierte.⁴⁰⁸ Die slowakische Regulierungsbehörde gab den Ton für die bevorstehende Zensurkampagne vor und verunglimpfte ihr eigenes Volk, indem sie den Plattformen mitteilte, dass „die Bevölkerung dazu neigt, Verschwörungstheorien und falschen Darstellungen zu glauben“. ⁴⁰⁹In der Präsentation der Regulierungsbehörde wurde auch auf „Anfragen im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen“ Bezug genommen, die sie im Juni 2023 an Meta, Google und TikTok gerichtet hatte. ⁴¹⁰

⁴⁰⁴ Interne Meta-Auswertung der Rundtischgespräche zu den DSA-Wahlrichtlinien (1. März 2024), siehe Ex. 243.

⁴⁰⁵ Siehe DSA-Zensurbericht I, oben Anmerkung 3, S. 28–29.

⁴⁰⁶ Interne Meta-Auswertung der Rundtischdiskussion zu den DSA-Wahlrichtlinien (1. März 2024), siehe Ex. 243.

⁴⁰⁷ Siehe DSA-Zensurbericht I, oben Anmerkung 3, S. 28.

⁴⁰⁸ Folienpräsentation des Slowakischen Rates für Mediendienste: *Vorgezogene Wahlen in der Slowakei* (Juli 2023), siehe Ex. 214.

⁴⁰⁹ *Id.*

⁴¹⁰ *Id.*

Disinformation in Slovakia CMS

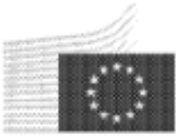
- Longterm problem on major online platforms (the most used platform is Facebook - also widely used by politicians for political messaging)
- Fact-checking capacities are low.
 - No home-grown fact-checking organisation
 - Now - up to 2 Slovak fact-checkers in AFP and up to 4 in Demagog.cz (only for Meta platforms).
- In general, distrust of the population towards traditional media and the government. Population tends to incline to conspiracy theories and false narratives (rise during Covid-19 pandemic and now with the war in Ukraine).

Der slowakische Rat für Mediendienste hat in einer Präsentation vor den Wahlplattformen im Vorfeld der Wahlen 2023 sein eigenes Volk verunglimpft.

Die Zensurkampagne der Europäischen Kommission wurde im September 2023 mit dem Herannahen der Wahlen verstärkt. Am 5. September traf sich die Kommission mit einer Gruppe von Plattformen und fragte sie, „welche Maßnahmen sie vor der Wahl planten und umsetzten“⁴¹¹. Die klare Botschaft: Die Plattformen mussten vor der Wahl Zensurmaßnahmen ergreifen, um der DSA zu entsprechen, die nur eine Woche vor diesem Treffen in Kraft getreten war. In der folgenden Woche, am 12. September, traf sich die Kommission speziell mit TikTok und bat um „technisch detaillierte Erläuterungen zu Ihrer Risikobewertung, Ihren Risikominderungsmaßnahmen und Ihren Durchsetzungsmöglichkeiten für [seine] Geschäftsbedingungen in Bezug auf diese Wahl“.⁴¹² Sollte TikTok es versäumen, Inhalte gemäß den Erwartungen der Kommission zu moderieren, würde die Kommission davon erfahren – und mit dem Inkrafttreten des DSA hätte sie die Befugnis, als Reaktion darauf eine massive Geldstrafe zu verhängen.

⁴¹¹ E-Mails von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Mitglieder der Arbeitsgruppe „Wahlen“ (1. September 2023), siehe Ex. 220.

⁴¹² Schreiben der Europäischen Kommission an TikTok (5. September 2023), siehe Ex. 221; siehe auch Schreiben von TikTok an die Europäische Kommission (September 2023), Ex. 218.

	EUROPEAN COMMISSION DIRECTORATE-GENERAL FOR COMMUNICATIONS NETWORKS, CONTENT AND TECHNOLOGY	 Ref. Ares(2023)6026012 - 05/09/2023
Platforms Policy and Enforcement Digital Services	Brussels 5 September 2023	Redacted Via email Redacted @bytedance.com
Dear Madam,		
TikTok was designated as a very large online platform through Commission Decision C(2023) 2720 final of 25 April 2023. Pursuant to Article 34(1) of Regulation (EU) 2022/20651 (hereafter “DSA”), providers of very large online platforms and of very large online search engines shall carry out risk assessments by the date of application referred to in Article 33(6) DSA, second subparagraph 2. The Commission services also drew your attention to this obligation in the letters of 11 August and 1 September 2023.		
The 2023 Slovak parliamentary election, which are to be held on 30 September 2023, are the first national election in the EU, that take place after the DSA has become legally enforceable for VLOPs and VLOSEs. Your service is considered to be an important platform for public discourse during these upcoming elections. Therefore, pursuant to the		
powers under Article 72 DSA, the Commission services request technically detailed explanations on your risk assessment, mitigation measures, and enforcement capacities for your terms and conditions regarding this election. These explanations should be given orally in the context of a meeting on 12 September 2023 with relevant Slovak authorities in Bratislava. In addition, the Commission services strongly encourage you to submit contextualising written information in advance of the meeting. To facilitate a constructive meeting, we request the presence of staff with relevant technical expertise and in-depth understanding of your enforcement processes and capacities for your terms and conditions in the relevant areas.		

Die Europäische Kommission wies TikTok an, in einer Sitzung am 12. September Informationen über seine Zensurmaßnahmen vor den Wahlen vorzulegen.

Diese Druckkampagne zeigte Wirkung. Die internen „Wahlmoderationsrichtlinien“ von TikTok für die slowakischen Wahlen 2023 deuten darauf hin, dass TikTok politische Äußerungen zu Geschlechterfragen zensiert hat.⁴¹³ Beispiele für „Hassreden“, die TikTok vor der Wahl zensiert hat, sind:

- „Es gibt nur zwei Geschlechter“;
- „Kinder können nicht trans sein“;
- „Wir müssen die Sexualisierung von Jugendlichen/Kindern stoppen“;
- „Ich denke, dass die LGBTI-Ideologie, die Gender-Ideologie und die Transgender-Ideologie eine große Bedrohung für die Slowakei darstellen, genau wie Korruption“; und
- „Gezielte Fehlgeschlechtszuordnung“.⁴¹⁴

Der „Zusammenfassende Bericht“ von TikTok nach den Wahlen stuft Kommentare zur „Absurdität der Existenz von mehr als zwei Geschlechtern und der erzwungenen inklusiven Sprache“, wie beispielsweise den Begriff „schwangere Menschen“, ebenfalls als „herabwürdigende Äußerungen“ ein.⁴¹⁵ Ebenfalls als „herabwürdigend“ wurden Beiträge über „die Notwendigkeit, die Gender-Ideologie aus den Schulen zu verbannen“ eingestuft.⁴¹⁶ Der Leitfaden zur Inhaltsmoderation stellte fest, dass solche Behauptungen „in der slowakischen politischen Diskussion häufig vorkommen“ – was nicht verwunderlich ist, da politische Debatten über Transgenderismus und damit zusammenhängende Themen in den letzten fünf Jahren ein wichtiges politisches Thema waren.⁴¹⁷ Dennoch zensierte TikTok im Rahmen seiner Bemühungen zur Einhaltung des DSA harmlose Behauptungen, die die linke Transgender-Ideologie vor einer wichtigen nationalen Wahl in Frage stellten.

Elections Content Trends	
•	Protecting "Traditional values" against LGBTQ+ people and gender ideology
	Degrading speech concerning 1) the absurdity of the existence of more than two genders and the forced inclusive language (example: Progressive Slovakia party and their followers were attacked by using the term pregnant people instead of pregnant women); 2) the need to stop gender ideology from schools to protect minors; 3) LGBT

TikTok stuft Kommentare, in denen auf die „Absurdität“ von Begriffen wie „schwangere Menschen“ hingewiesen wurde, als „herabwürdigende Äußerungen“ ein.

In der Woche vor den slowakischen Wahlen verlagerte die Europäische Kommission ihren Fokus von den umfassenden Zensurmaßnahmen von TikTok auf bestimmte Konten. Vier Tage vor der Wahl schickte die Kommission TikTok eine Tabelle mit Listen „problematischer Konten auf slowakischem TikTok“, was bedeutete, dass diese zensiert werden sollten.⁴¹⁸ Die Tabelle enthielt mindestens 63

⁴¹³ Interne Richtlinien von TikTok zur Moderation von Inhalten für die slowakischen Wahlen 2023 (22. September 2023), siehe Ex. 224.

⁴¹⁴ *Id.*

⁴¹⁵ Interner zusammenfassender Bericht von TikTok zur slowakischen Wahl 2023, siehe Ex. 211.

⁴¹⁶ *Id.*

⁴¹⁷ Interne Richtlinien von TikTok zur Moderation von Inhalten für die slowakischen Wahlen 2023 (22. September 2023), siehe Ex. 224.

⁴¹⁸ Liste problematischer Konten auf dem slowakischen TikTok, siehe Ex. 198; siehe E-Mail von TikTok-Mitarbeitern an Mitarbeiter der Europäischen Kommission (26. September 2023), Ex. 136; Slowakisches Innenministerium, *Analyse schädlicher Inhalte auf dem slowakischsprachigen TikTok* (September 2023), Ex. 130.

Konten mit einer Followerzahl zwischen 1.000 und 120.000.⁴¹⁹ Es wurde festgestellt, dass viele der Konten „slowakische politische Inhalte“ enthielten und in einigen Fällen ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, dass die gemeldeten Inhalte den globalen Community-Richtlinien von TikTok entsprachen.⁴²⁰ Die Europäische Kommission listete außerdem die „Top 5 der problematischen Konten“ und zehn „Beispiele für problematische Inhalte/Beiträge“ auf.⁴²¹ Obwohl einige der markierten Inhalte tatsächlich zu beanstanden waren, forderte die Europäische Kommission die Zensur der folgenden Konten aufgrund ihrer politischen Äußerungen:

- Ein Konto mit Inhalten, die „das Misstrauen gegenüber Institutionen verstärken“;
- Ein „Account, der sich auf die slowakische Innenpolitik konzentriert ... obwohl die meisten Inhalte aggressiv sind, entspricht er höchstwahrscheinlich den Community-Standards“;
- Ein „bekannter und beliebter slowakischer Account“, dessen „Inhalte größtenteils unproblematisch sind und sich auf Unterhaltung konzentrieren“, der jedoch „Fehlinformationen über Einwanderer und Covid-19 verbreitet und Wladimir Putin unterstützt hat“. In der Tabelle wird darauf hingewiesen, dass der Betreiber des Accounts, Adrian Figo, „kürzlich Pläne für eine eigene politische Partei angekündigt hat“.
- Ein Account, der „Verschwörungstheorien und politische Videos verbreitet, aber auch Humor, der oft politisch ist und unbewusst [sic] eine Botschaft vermittelt“.
- Ein Account, der „sich mit der slowakischen Politik befasst, oft auf irreführende Weise“.
- Ein Konto, auf dem „Videos versuchen, Vertreter der früheren Regierung zu diskreditieren, was an sich kein Problem wäre, aber oft mit Verschwörungstheorien wie der Invasion von Einwanderern arbeitet oder versucht, Institutionen zu diskreditieren“.
- Ein Konto, das „die Kommunistische Partei der Slowakei unterstützt“; und
- Ein Konto mit „einem Beitrag, der Impfungen mit dem Tod von Prominenten in Verbindung bringt. Es wird zwar nicht direkt behauptet, dass die Impfung den Tod verursacht hat, aber es werden Bilder von verstorbenen Prominenten gepostet und dann das Wort „geimpft“ angezeigt, zusammen mit einer offiziellen Regierungskampagne zur Steigerung der Impfquoten.“⁴²²

Im zusammenfassenden Bericht von TikTok nach den Wahlen wurde festgestellt, dass 19 dieser Konten als direkte Reaktion auf die Aufforderung der Kommission gesperrt wurden – fünf davon wegen „Verbreitung von Hass“.⁴²³ Sechzehn von der Europäischen Kommission gemeldete Konten wiesen „keine [sic] oder nur sehr geringe Verstöße“ auf, darunter „satirische Konten mit Schwerpunkt auf Politik“.⁴²⁴ Andere Konten wurden auf die „Beobachtungsliste“ von TikTok gesetzt.

⁴¹⁹ Liste problematischer Konten auf dem slowakischen TikTok, siehe Ex. 198.

⁴²⁰ *Id.*

⁴²¹ *Id.*

⁴²² *Id.*

⁴²³ Interner zusammenfassender Bericht von TikTok zur slowakischen Wahl 2023, siehe Ex. 211.

⁴²⁴ *Id.*

während einige Konten bereits vor dem Eingreifen der Kommission zensiert worden waren.⁴²⁵ Aus diesen Tatsachen geht klar hervor, dass politische Inhalte auf TikTok vor den slowakischen Wahlen auf Ersuchen der Europäischen Kommission zensiert wurden.

Insgesamt ist das Ausmaß der durch die DSA vorgeschriebenen Zensur im Vorfeld der slowakischen Wahlen 2023 äußerst besorgniserregend. Unter Berücksichtigung der Anforderungen der DSA, dass Plattformen sogenannte „Hassreden“ „mildern“ müssen,⁴²⁶ zensierte TikTok systematisch konservative Ansichten zu Geschlechterfragen. In den Tagen vor der Wahl forderte die Europäische Kommission dann eine zusätzliche Zensur beliebter Accounts, die sich zu Migration, der COVID-19-Pandemie und anderen wichtigen Themen der slowakischen Innenpolitik äußerten – Accounts, von denen die Europäische Kommission selbst zugab, dass sie sich vor der Wahl an politischen Debatten beteiligten. Die Kampagne der Europäischen Kommission war nichts weniger als ein Versuch, die Berichterstattung zu kontrollieren. Und sie sollte bald in ganz Europa Nachahmer finden.

iii. *TikTok zensierte ähnliche politische Äußerungen im Vorfeld der polnischen Parlamentswahlen 2023.*

Es gibt Belege dafür, dass TikTok vor anderen Wahlen regelmäßig aggressive Zensurmaßnahmen ergriff, wie es auch in der Slowakei der Fall war. Die internen Richtlinien von TikTok zur Moderation von Inhalten für die polnischen Parlamentswahlen 2023 ähnelten denen für die slowakischen Wahlen.⁴²⁷ In einigen Fällen gingen sie sogar noch weiter – der polnische Zensurleitfaden enthielt die Behauptung, dass „die Regierung versucht, die Wähler durch Covid-Lockdowns zu demobilisieren“, was als „Verschwörungstheorie“ zu „kontrollieren“ sei.⁴²⁸

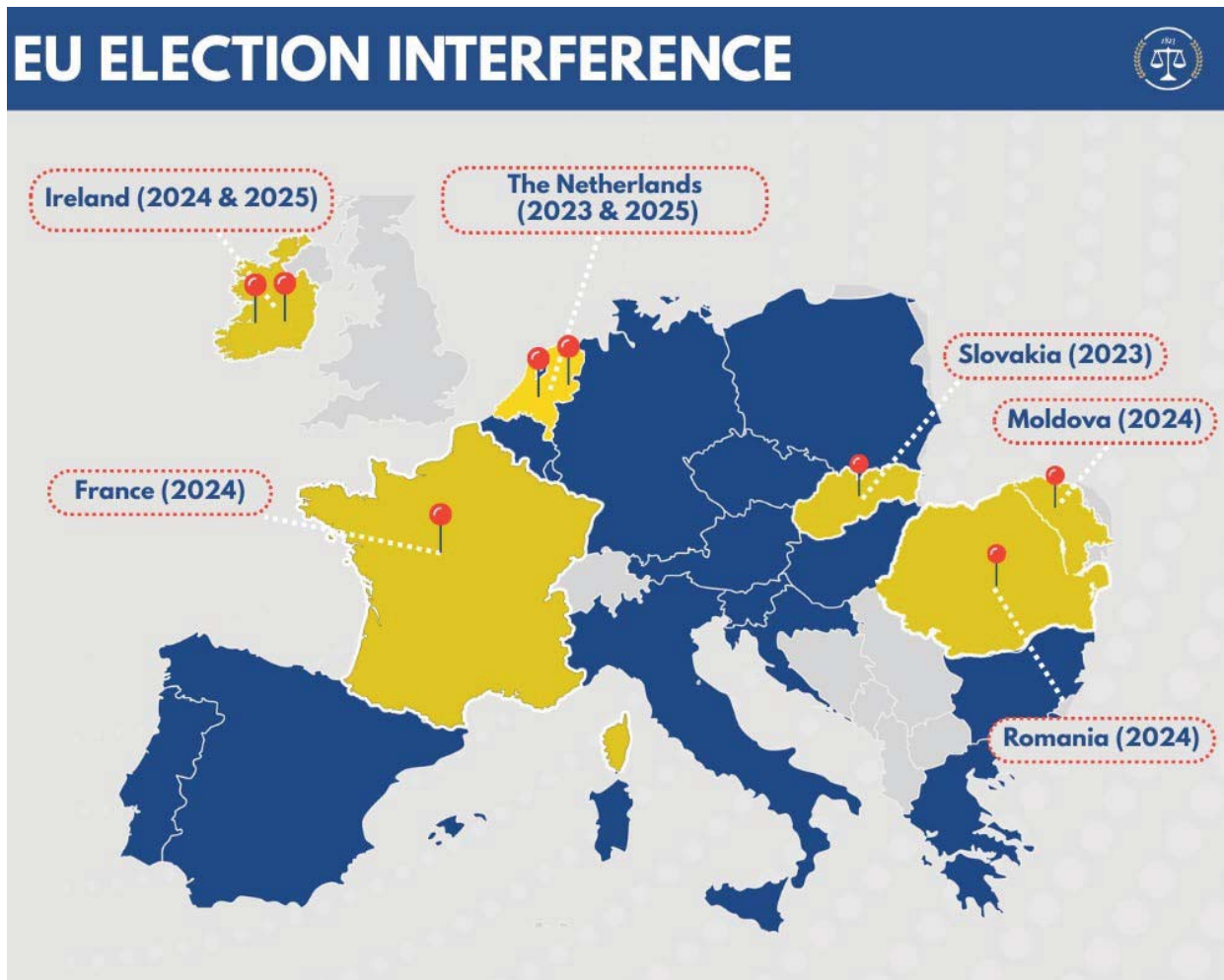
1.6 General Conspiracy Theory		
We control conspiracy theories that are not directed at a specific person(s), but target an organization or institution and create a moderate amount of harm, potentially leading to distrust in the targeted institution.		
Scope[Tag policy]	Examples	Screenshot/Video
Content that calls into question a generally held belief or fact by questioning what, why or how something happened, AND suggests an institution could be responsible.	"Candidates are financed/influenced by Russia" [When this is ascertained not to be the case] "The government is trying to demobilize voters by using covid lockdowns" [When this is ascertained not to be the case]	

Der Leitfaden von TikTok zur Moderation von Inhalten für die Wahlen in Polen forderte die Zensur politischer Äußerungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie.

⁴²⁵ *Id.*
⁴²⁶ Gesetz über digitale Dienste, siehe Fußnote 26, Art. 35.
⁴²⁷ Interne Leitlinien von TikTok zur Moderation von Inhalten für die polnischen Wahlen 2023 (10. September 2023), siehe Ex. 222.
⁴²⁸ *Id.*

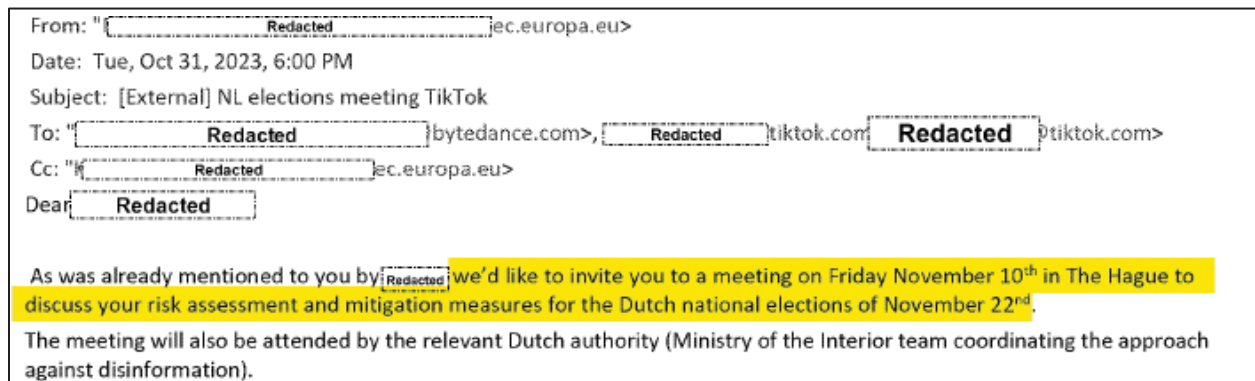
- iv. *Seit Inkrafttreten des DSA haben die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission Druck auf Plattformen ausgeübt, Inhalte im Vorfeld wichtiger europäischer Wahlen zu zensurieren.*

Die Wahlen in der Slowakei waren nur der Auftakt. Zwischen 2023 und 2025 nahm die Kommission Kontakt zu Plattformen auf und drängte sie, Inhalte vor den nationalen Wahlen in Moldawien, den Niederlanden, Frankreich, Irland und Rumänien aggressiv zu zensurieren. Es überrascht nicht, dass die Kommission vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2024 noch aggressiver vorging – denn eine Machtverschiebung hätte die Architekten der globalen Zensurkampagne der EU hinwegfegen können.



1. Die Niederlande (2023 und 2025)

In den Niederlanden fanden 2023 und 2025 Parlamentswahlen statt. Beide Male forderte die Europäische Kommission die Plattformen auf, zusätzliche Inhalte zu zensurieren. Im Vorfeld der niederländischen Wahlen 2023 veranstaltete die Europäische Kommission ein Treffen mit TikTok, „um [dessen] Risikobewertung und Maßnahmen zur Risikominderung für die niederländischen nationalen Wahlen zu erörtern“, darunter „Maßnahmen zur Minderung des Risikos von Falsch- und Desinformationen für diese speziellen Wahlen“.⁴²⁹ Dieses Treffen bot der Europäischen Kommission ein Forum, um Zensurdruck auf die Plattform auszuüben. Vor dieser Wahl ernannte die Europäische Kommission das niederländische Innenministerium außerdem zu einem „vertrauenswürdigen Flagger“, der berechtigt ist, vorrangige Zensuranträge gemäß dem DSA zu stellen.⁴³⁰ Dies ist ein offensichtlicher Interessenkonflikt: Im Vorfeld einer Wahl, bei der die niederländischen Wähler die Führung des Innenministeriums abwählen konnten, ermächtigte die Europäische Kommission das Innenministerium ausdrücklich, besondere Zensurforderungen zu stellen.



Die Europäische Kommission lud TikTok zu einem Treffen über seine Zensurmaßnahmen im Vorfeld der niederländischen Wahlen 2023 ein.

Die niederländische Wettbewerbsbehörde, die Behörde für Verbraucher und Märkte (ACM), hielt vor den niederländischen Parlamentswahlen 2025 ein ähnliches Treffen ab. Sechs Wochen vor dem Wahltag veranstaltete die ACM einen „Runden Tisch zu Wahlen im Kontext des Gesetzes über digitale Dienste“ mit Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission, Unternehmen wie Alphabet, Meta, Microsoft, TikTok und X sowie zensurfreudigen NGOs.⁴³¹ ACM und die Europäische Kommission befragten die Plattformen dazu, „wie Inhalte in Algorithmen priorisiert werden“, welche Maßnahmen zur Zensur „schädlicher Inhalte“ bereits bestehen und „welche strukturellen Verbesserungen“ – also zusätzliche Zensurmaßnahmen – „vor den Wahlen erforderlich sind[.]“⁴³² ACM und die Europäische Kommission erwarteten eindeutig, dass die Plattformen vor den Wahlen erhebliche Zensurmaßnahmen ergreifen würden.

⁴²⁹ E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (6. November 2023), siehe Ex. 230.

⁴³⁰ *Non-Paper: TikToks Ansatz zur Wahlvorbereitung in der gesamten EU* (8. November 2023), siehe Ex. 231; siehe Digital Services Act, oben Anmerkung 26, Art. 22.

⁴³¹ Tagesordnung für den Runden Tisch zu Wahlen im Zusammenhang mit dem Gesetz über digitale Dienste (15. September 2025), siehe Ex. 277; E-Mail der niederländischen Regulierungsbehörden an Plattformen (3. September 2025), siehe Ex. 276.

⁴³² Tagesordnung für den Runden Tisch zu Wahlen im Zusammenhang mit dem Gesetz über digitale Dienste (15. September 2025), siehe Ex. 277.

Roundtable on Elections in the Context of the Digital Services Act - September 15, 2022

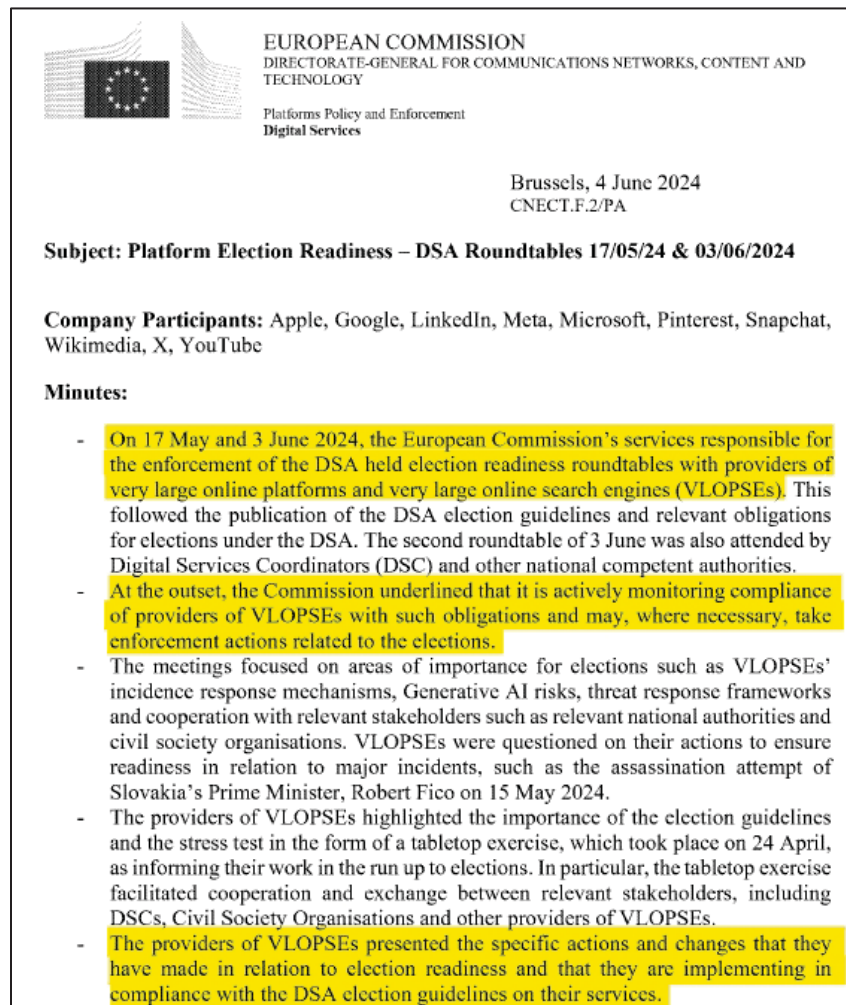
Part I: online platforms and government bodies only		
Time	Themes	Subjects
12:30 – 13:00	Walk-in	Sandwiches will be available for participants who may not have the opportunity to have lunch beforehand.
13:00 – 13:05	Welcome by David Korteweg (ACM)	- Agenda - Houserules
13:05 – 13:25	Presentation by the European Commission	- The role of the DSA in the electoral process - Election Guidelines - Code of Practice on Disinformation - TTPA
13:25 – 14:00	Overview of Dutch context	- Landscape of Dutch election process and (government) actors – <i>Ministry of the Interior and Kingdom Relations</i> - TTPA – <i>Dutch Data Protection Authority & Dutch Media Authority</i>
14:00 – 14:15	Measures for politicians/political parties	- Threats against politicians - Contact point/action perspective for political parties/politicians - AI generated information about candidates and political parties
14:15 – 14:30	Break	
Part II: online platforms, government bodies, civil society, academics		
14:30 – 14:35	Opening by Manon Leijten (Board Member of the ACM)	
14:35 – 15:05	Synthetic content: political issues and election information	- <i>Introduction by external speaker</i> - Synthetic content about political issues - Chatbots/AI: responses about parties, politicians and elections
15:05 – 15:35	Recommender systems	- <i>Introduction by external speaker</i> - How content is prioritized - System abuse
15:35 – 16:05	Access to publicly available data for researchers	- <i>Introduction by external speaker</i> - Access pursuant to Art. 40(12) DSA: experiences and obstacles
16:05 – 16:20	Break	
16:20 – 16:50	Virality	- <i>Introduction by external speaker</i> - Timely detection and intervention of harmful content - Cross-platform distribution
16:50 – 17:20	Open discussion	- What structural improvements are needed before the elections? - What is needed from the ACM/DSCs? - Collaboration between researchers and platforms

Die Europäische Kommission und die niederländischen Behörden übten vor den niederländischen Wahlen 2025 Druck auf Plattformen aus, zusätzliche Zensurmaßnahmen zu ergreifen.

2. Europäisches Parlament (2024)

Die Wahlen zum Europäischen Parlament, dem Gesetzgebungsorgan der Europäischen Union, fanden vom 6. bis 9. Juni 2024 statt. In diesem Fall war die Zensurkampagne der Europäischen Kommission vor den Wahlen aufgrund eines inhärenten Interessenkonflikts besonders problematisch: Das Europäische Parlament wählt den Präsidenten der Europäischen Kommission und bestätigt die Europäischen Kommissare.

Im Monat vor der Wahl luden die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission die Plattformen zu mindestens zwei Treffen über wahlspezifische Maßnahmen zur Moderation von Inhalten ein. „Zu Beginn“ dieser „DSA-Rundtischgespräche“ warnte die Europäische Kommission die Plattformen, dass sie diese „aktiv überwache“ und nicht zögern werde, „Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen“, wenn die Plattformen Inhalte nicht ausreichend zensurierten.⁴³³ Vor dem Hintergrund dieser Warnung legten die Plattformen der Europäischen Kommission „die konkreten Maßnahmen und Änderungen vor, die sie im Hinblick auf die Wahlvorbereitungen getroffen haben und die sie in Übereinstimmung mit den DSA-Wahlrichtlinien umsetzen“.⁴³⁴ Unter Androhung regulatorischer Vergeltungsmaßnahmen nahmen die weltweit größten Social-Media-Plattformen und Suchmaschinen „konkrete“ Zensur-„Änderungen“ für die EU-Wahlen vor. Sie passten ihre Regeln zur Moderation von Inhalten an die zensurfreudigen DSA-Wahlrichtlinien an, um Inhalte zu unterdrücken, die sich gegen das herrschende Regime der EU richteten – das zur Wahl stand. Da die Regeln der Plattformen zur Moderation von Wahlinhalten in der Regel weltweit gelten, hätten diese von der EU vorgeschriebenen Zensurmaßnahmen außerdem zu einer Zensur amerikanischer Äußerungen im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2024 führen können.⁴³⁵



Die Europäische Kommission drohte Plattformen mit regulatorischen Repressalien, sollten sie vor den EU-Wahlen 2024 keine zusätzlichen Zensurmaßnahmen ergreifen.

⁴³³ Protokoll der DSA-Rundtischgespräche zur Wahlvorbereitung (4. Juni 2024), siehe Ex. 245.

⁴³⁴ *Id.*

⁴³⁵ Siehe interne Meta-Zusammenfassung des Rundtischgesprächs zu den DSA-Wahlrichtlinien (1. März 2024), Ex. 243.

Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourova, traf sich ebenfalls weniger als zwei Wochen vor den Wahlen in Kalifornien mit großen Technologieplattformen, darunter TikTok. Bei ihrem Treffen mit TikTok lobte sie die Zensurmaßnahmen, die das Unternehmen im Rahmen der Kodizes gegen Desinformation und Hassrede ergriffen hatte, und „ermutigte“ TikTok, die Integration dieser Kodizes in den formellen DSA-Rahmen zu unterstützen.⁴³⁶ Sie äußerte auch „große Besorgnis“ über „Randparteien“, die „unglaubliche Videos“ auf TikTok posten – ein klares Indiz dafür, dass sie versuchte, die DSA zu nutzen, um politische Äußerungen zu unterbinden.⁴³⁷ Dennoch leugnete Jourova konkrete Kenntnisse über die DSA-Untersuchungen der Europäischen Kommission und erklärte, sie konzentriere sich eher auf ihre eigene „Erzählung“ als auf die Fakten und „Details“, die tatsächlich in den Beweismitteln ihrer Untersuchungen enthalten sind.⁴³⁸ Und sie gab einen Ausblick auf ihre Prioritäten für den Rest des Jahres 2024 und erklärte, sie wolle damit beginnen, „uns zu fragen, ob wir den Online-Raum wirklich mit positiven Informationen füllen“, ohne zu definieren, was „positive Informationen“ sind oder wie die Regierung einen solchen Standard fair beurteilen könnte.⁴³⁹

Summary of meeting with European Commission Vice-President Vera Jourova - 28th May 2024 (LAoffice)

- The VP thanked TikTok for increasing its resources and for **engagement under the EU Code of Practice on Disinformation (COPD)**. It was later noted that we are „one of the better players“ as regards the COPD, our initiatives and the level of detail provided at national level. Fact-checking coverage could be expanded but in general, things are going well. Later in the discussion, the general proliferation of disinformation in the context of Ukraine, Israel, New Caledonia and the Olympics was commented on by the VP.
- Similarly, TikTok's good **performance under the EU Code of Conduct on Hate Speech** was noted. We were encouraged to support the conversion of both the COPD and the Hate Speech Code into DSA Codes of Conduct.

3. Turning to **minor safety**, the VP briefly referenced our DSA investigations into minor safety issues, noting that she was not into the details but was rather following „the narrative“.

5. The VP noted that the European Commission was now in a transition phase with the EU elections but she outlined **her focus for the remaining months**:
 - Asking ourselves whether we are really filling the online space with positive information and ensuring the resilience of society

Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Jourova, lobte TikTok für seine Zensurmaßnahmen, gab jedoch zu, dass sie die DSA-Untersuchungen auf der Grundlage von „Erzählungen“ und nicht von Fakten leitet.

⁴³⁶ Protokoll des Treffens zwischen TikTok-Mitarbeitern und der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Vera Jourova (28. Mai 2024), siehe Ex. 10.

⁴³⁷ *Id.*

⁴³⁸ *Ebenda* (Hervorhebung weggelassen).

⁴³⁹ *Id.*

Nach der Wahl bewertete die Europäische Kommission die Plattformen hinsichtlich ihrer Zensurleistung. Die Kommission forderte die Plattformen auf, einen „detaillierten Bericht nach der Wahl mit quantitativen Daten, insbesondere zu Wahlprodukten, Inhalten/Maßnahmen von Unternehmen und anderen aussagekräftigen Leistungskennzahlen“ für den Zeitraum vor der EU-Wahl vorzulegen.⁴⁴⁰ Anhand dieser Berichte konnte die Kommission sehen, wie die zusätzlichen Zensurmaßnahmen der Plattformen in der Praxis funktionierten, um die Sichtbarkeit unerwünschter Inhalte zu begrenzen. TikTok beispielsweise berichtete der Kommission, dass es „Fehlinformationen [...] zu Migration, Klimawandel, Sicherheit und Verteidigung sowie LGBTQ-Rechten [...] aufgedeckt und entfernt“ habe.⁴⁴¹ Tatsächlich zensierte TikTok während der EU-Wahlperiode unter strengen Inhaltsmoderationsrichtlinien, die unter Androhung von Vergeltungsmaßnahmen seitens der Kommission verabschiedet worden waren, über 45.000 vermeintliche „Fehlinformationen“, darunter auch eindeutige politische Äußerungen.⁴⁴²

2024 European Parliament Elections Confidential Report	
Executive Summary TikTok Technology Limited ('TikTok') produces this confidential report pursuant to the 'Commission Guidelines for providers of Very Large Online Platforms and Very Large Online Search Engines on the mitigation of systemic risks for electoral processes pursuant to Article 35(3) of Regulation (EU) 2022/2065' ('Elections Guidelines'). In accordance with the Elections Guidelines, TikTok has undertaken a post-election review ('Review') following the Elections for the European Parliament that took place across 27 Member States from 6 to 9 June 2024 ('EU Elections'). This report has been prepared by TikTok following the Review and is to be read alongside TikTok's Crisis Report on the 2024 EU Parliamentary Elections , to be published on 24 September 2024 as part of TikTok's commitments under the Code of Practice on Disinformation. TikTok has comprehensive and effective measures in place to anticipate, address and mitigate the risks associated with electoral processes, including the risks associated with election disinformation in the context of the EU Elections. Herein, 'Election Period' refers to the period from 6 May 2024 to 9 June 2024.	
(III) Countering misinformation	Summary. Our misinformation moderators receive enhanced training and tools to detect and remove misinformation and other violative content. We also have teams on the ground who partner with experts to ensure local context and nuance is reflected in our approach. In the four weeks leading up to and including the EU Elections, we removed over 2,600 pieces of content for violating our civic and election integrity policies, and over 43,000 pieces of content for violating our misinformation policies. We removed over 96% of violative misinformation content before it was reported to us, and over 80% before receiving a single view by users. Some of the misinformation narratives we observed included narratives around migration, climate change, security and defence and LGBTQ rights.

In seinem „vertraulichen Bericht“ nach den Wahlen gab TikTok an, dass es unter dem Druck der Kommission im Vorfeld der EU-Wahlen mehr als 45.000 mutmaßlich „falsche Informationen“ enthaltende Beiträge entfernt habe.

In einem Treffen mit den Plattformen nach den Wahlen fragte die Europäische Kommission auch, welche „künftigen Verbesserungen Sie für die verschiedenen Wahlen in den Mitgliedstaaten, die in diesem Jahr stattfinden, planen“, was darauf hindeutet, dass sie zusätzliche Zensurmaßnahmen für künftige nationale Wahlen in Europa erwartet.⁴⁴³

Insgesamt handelte es sich hierbei um einen beispiellosen Versuch, das Recht der europäischen Bürger auf freie und informierte Entscheidungen über die Zukunft der EU zu beeinträchtigen. Diese Wahlentscheidungen hatten direkten Einfluss auf die Zukunft der jahrzehntelangen globalen Zensurkampagne der EU. Es ist eine uralte Geschichte: Gib dem Staat die Macht, Meinungsäußerungen zu zensieren, und er nutzt diese Macht, um abweichende Meinungen zum Schweigen zu bringen und seine eigene Machtposition zu stärken. In diesem Fall beschränkten sich die Auswirkungen möglicherweise nicht nur auf die EU.

⁴⁴⁰ Protokoll der dritten Rundtischdiskussion der Europäischen Kommission zu den Parlamentswahlen (10. Juli 2024), siehe Ex. 250; siehe TikTok 2024 European Parliament Elections Confidential Report (24. September 2024), Ex. 253.

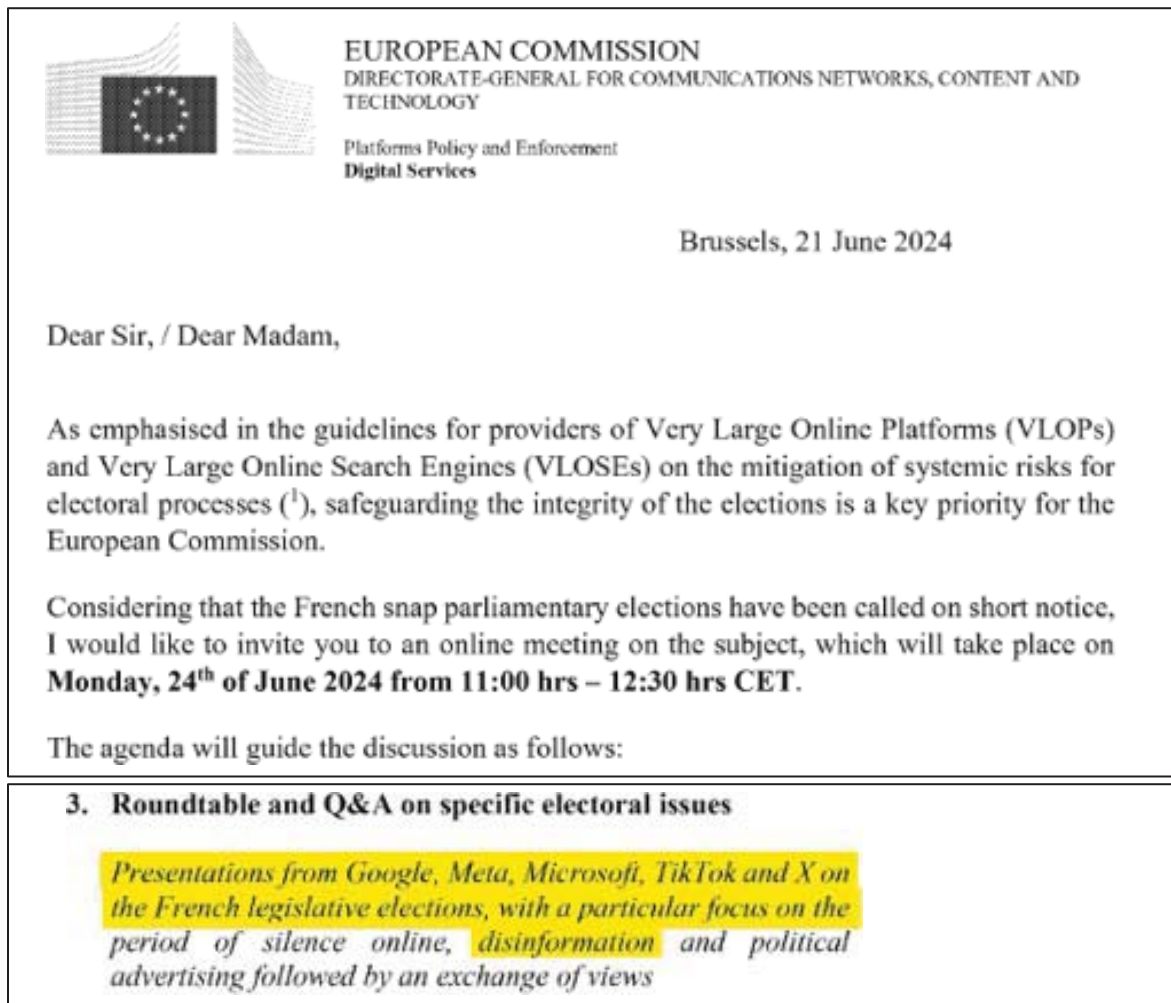
⁴⁴¹ TikTok 2024 Europäische Parlamentswahlen Vertraulicher Bericht (24. September 2024), siehe Ex. 253.

⁴⁴² *Id.*

⁴⁴³ Einladung der Europäischen Kommission zu einem Rundtischgespräch über die Wahlvorbereitungen (3. Juli 2024), siehe Ex. 249.

3. Frankreich (2024)

Frankreich hielt im Juni und Juli 2024 Parlamentswahlen ab. Erneut veranstaltete die Europäische Kommission kurz vor den Wahlen ein Treffen mit den Plattformen.⁴⁴⁴ Dieses Mal handelte es sich um eine „Frage-und-Antwort-Runde“ zwischen den Plattformen und der Europäischen Kommission „zu spezifischen Wahlfragen“.⁴⁴⁵ Auf Ersuchen der Europäischen Kommission stellten „Google, Meta, Microsoft, TikTok und X“ ihre „Vorbereitungsarbeiten für die französischen Wahlen“ vor, darunter auch ihren Ansatz zur Zensur von „Desinformation“.⁴⁴⁶



Die Europäische Kommission lud die Plattformen ein, ihre Zensurmaßnahmen im Vorfeld der französischen Wahlen 2024 zu verteidigen.

⁴⁴⁴ Tagesordnung für eine Sitzung der Europäischen Kommission zu den französischen Parlamentswahlen (21. Juni 2024), siehe Ex. 247.

⁴⁴⁵ *Id.*

⁴⁴⁶ *Id.*

4. Moldawien (2024)

Einen Monat vor den Präsidentschaftswahlen 2024 in Moldawien veranstaltete der „EU Support Hub“ der Europäischen Kommission für Moldawien einen zweitägigen Gipfel mit Plattformen zum Thema „Bekämpfung von Desinformationsrisiken durch Regulierung digitaler Dienste“, an dem unter anderem der moldawische Premierminister als Redner teilnahm.⁴⁴⁷ Die Diskussion umfasste „bewährte Verfahren“ für die Zensur mutmaßlicher Desinformation, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf dem DSA lag.⁴⁴⁸ Bei den Präsidentschaftswahlen trat ein Kandidat derselben Partei wie der moldauische Premierminister an,⁴⁴⁹ was erhebliche Bedenken hinsichtlich eines Interessenkonflikts aufkommen ließ. Darüber hinaus ist Moldau noch kein offizieller Mitgliedstaat der Europäischen Union, was weitere Fragen aufwirft, warum in Moldau eine DSA-Diskussion stattfand, obwohl die Kommission behauptet, dass die DSA nicht extraterritorial ist und nicht für Moldau gilt.⁴⁵⁰

19 th September	
Session 3	
Addressing disinformation risks on online platforms through digital services regulation: The state of play in Moldova and the EU	
08:30 – 09:00	Registration and coffee
09:00 – 10:00	Panel description: This panel will highlight best practices and challenges in Moldova and EU Member States in tackling FIMI and risks for electoral processes stemming from disinformation through regulation of online services and through cooperation with social media platforms. The panel will particularly review the Digital Service Act, its implementation in the EU and at EU Member State level, and the regulatory framework and state of play of DSA alignment in Moldova. Introductory remarks and moderation (15 minutes): • Redacted State Secretary, Ministry of Economic Development and Digitalization Representative of the Ministry of Economic Development • Redacted Deputy Director General, European Commission/DG Connect • Redacted Head of Unit, European Commission/DG Near Moderator: Representative of EUPM, DG Connect or StratCom Centre (TBC)

Die Europäische Kommission veranstaltete im Vorfeld der moldauischen Präsidentschaftswahlen 2024 einen „Gipfel“ zum Thema Desinformation mit verschiedenen Plattformen.

⁴⁴⁷ Tagesordnung für die 11. Sitzung des EU-Unterstützungszentrums für internationale Sicherheit und Grenzmanagement in Moldau zum Thema „Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung“ (18. September 2024), siehe Ex. 251.

⁴⁴⁸ *Id.*

⁴⁴⁹ Siehe Jakub Pienkowski, *Partei für Aktion und Solidarität erlangt die volle Macht: Die Bilanz der pro-europäischen Regierung in Moldau*, POLNISCHES INSTITUT FÜR INTERNATIONALE ANGELEGENHEITEN (13. September 2021).

⁴⁵⁰ Siehe *allgemein Republik Moldau*, CENTRE FOR MEDIA PLURALISM AND MEDIA FREEDOM, <https://cmpf.eu/country/moldova/> (zuletzt abgerufen am 31. Januar 2026) („Moldau unterliegt nicht dem Gesetz über digitale Dienste (DSA).“).

5. Irland (2024 und 2025)

Die meisten großen Technologieplattformen haben ihren europäischen Hauptsitz in Dublin, weshalb das Ergebnis der irischen Wahlen für die Technologieagenda der Europäischen Kommission besonders wichtig ist. Aus dem gleichen Grund ist die irische Medienaufsichtsbehörde Coimisiun na Meán eine der mächtigsten der Welt. Sowohl die Kommission als auch die irische Regulierungsbehörde haben sich im Vorfeld der irischen Parlamentswahlen 2024 und der Präsidentschaftswahlen 2025 mit den Plattformen auseinandergesetzt, und irische Beamte haben darauf hingewiesen, dass sie „bei der Durchsetzung des DSA eng mit der Kommission zusammenarbeiten“.⁴⁵¹

Zwei Wochen vor den Wahlen 2024 veranstaltete die Coimisiun na Meán gemeinsam mit den Regulierungsbehörden der Kommission einen „DSA-Wahlrundtisch“.⁴⁵² Im Vorfeld des Treffens schickte die irische Regulierungsbehörde den Plattformen eine Liste mit Fragen, auf deren Beantwortung sie sich vorbereiten sollten, darunter mehrere Fragen zur DSA-Risikobewertung der Plattformen, zur Zusammenarbeit mit linken NGOs und voreingenommenen Faktenprüfern sowie zu den „Prozessen [und] Verfahren“ der Plattformen zur Zensur.

T: [REDACTED] | info@cnam.ie | www.cnam.ie


**Coimisiún
na Meán**

Risk assessment for Irish Elections

1. Have you conducted a risk assessment for the Irish election? At what point has this been conducted- when the election is officially called or beforehand?
2. What risks were identified?
3. How does the risk profile of the Irish General Election compare to other EU national elections?
4. In relation to conducting the risk assessment and possible mitigation measures is there third-party cooperation in place, in general and for this specific election? For example, cooperation with researchers, CSOs or fact-checkers?

Processes & Procedures

1. What lessons are you taking from the EP elections to national elections?
2. Do you consult with stakeholders on the measures that you will take? If you do so, how does this process work in practice?
3. What is the impact on resources due to other elections occurring at this time?
4. Where is the point of contact for the Irish Elections based?
5. Are there members of the team focusing on Irish elections who speak Irish?
6. What resources are available to the team focusing on Irish Elections?

Die irische Medienaufsichtsbehörde befragte die Plattformen vor den Wahlen 2024 zu ihren Zensurprozessen und -verfahren.

⁴⁵¹ Auszug aus „Protecting The 2024 Elections: From Alarm to Action“ (8. März 2024), siehe Ex. 244.

⁴⁵² E-Mails zwischen Meta-Mitarbeitern und irischen Regulierungsbehörden (7. November 2024), siehe Ex. 256.

⁴⁵³ Fragebogen der Coimisiun na Meán zur DSA-Risikobewertung für irische Wahlen, siehe Ex. 281.

Nach dem Treffen hakte die irische Regulierungsbehörde nach und stellte Meta zusätzliche Fragen zu seinen „Initiativen zur Medienkompetenz“, wobei sie darauf hinwies, dass solche Initiativen in den nicht ganz freiwilligen DSA-Wahlrichtlinien als bewährte Verfahren aufgeführt seien.⁴⁵⁴ Jede dieser Interaktionen übte zusätzlichen Zensurdruck auf die Plattformen aus. Nach einem Jahrzehnt der Schikanen durch die Europäische Kommission wussten die Plattformen, was diese wollte: mehr Zensur. Sie wussten, dass die Europäische Kommission und die irische Medienaufsichtsbehörde sie während dieser Treffen vor den Wahlen zu ihren Zensurmaßnahmen befragen würden. Und sie wussten, dass die Europäische Kommission gegen sie vorgehen könnte – und würde –, wenn sie aus Sicht der Kommission keine angemessenen Zensurmaßnahmen ergriffen.

In ähnlicher Weise veranstaltete die irische Medienaufsichtsbehörde im Vorfeld der irischen Präsidentschaftswahlen 2025 einen „Digital Services Act Election Roundtable“ mit der Europäischen Kommission und den Plattformen.

Während des Treffens warnte die Europäische Kommission die Plattformen, dass die DSA-Wahlrichtlinien vor der Wahl „Maßnahmen“ erforderten, darunter die „Verstärkung interner Prozesse“ im Hinblick auf die Moderation von Inhalten.⁴⁵⁵ Während des Rundtischgesprächs fragten die Regulierungsbehörden die Plattformen konkret, „welche Maßnahmen [sie] ergriffen [hätten]“.⁴⁵⁶ Meta antwortete, dass es seine „Wahlrisikobewertung“ und „Risikominderungsmaßnahmen“ aktualisiert habe, was bedeutet, dass es zusätzliche Zensurmaßnahmen eingeführt habe – ohne jedoch genau anzugeben, um welche Maßnahmen es sich dabei handelte.⁴⁵⁷ Google betonte den Einsatz von KI-Tools zur Erkennung von Falschinformationen, während Microsoft erklärte, dass es Falschinformationen, die gegen seine Richtlinien verstießen, entfernte und solche, die nicht gegen seine Richtlinien verstießen, „herabstufte“ (d. h. die Sichtbarkeit der Inhalte reduzierte).⁴⁵⁸

- **Art 34 and Art 35 DSA obligations:** EC DSA Enforcement Team reminded platforms of their Art 34 and Art 35 DSA obligations which require platforms to conduct risk assessment and put in place appropriate measures in place to mitigate these risks. Platforms need to consider risks to civil discourse and electoral processes and this is a priority focus area for the EC
- **Electoral Guidelines:** CnaM and EC noted that these Guidelines are issued under the DSA. The Guidelines outline measures to be taken before, during and after electoral processes, including recommendations on reporting, engaging with external stakeholders and reinforcing internal processes and publishing information on measures that have been taken for certain elections.

Die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission erinnerten die Plattformen vor den irischen Präsidentschaftswahlen 2025 an ihre Zensurpflichten.

⁴⁵⁴ E-Mails zwischen Meta-Mitarbeitern und irischen Regulierungsbehörden (18. November 2024), siehe Ex. 257.

⁴⁵⁵ Protokoll der Coimisiun na Mean Irish Presidential Election Roundtable (24. September 2025), siehe Ex. 279.

⁴⁵⁶ *Id.*

⁴⁵⁷ *Id.*

⁴⁵⁸ *Id.*

6. Schnellreaktionssysteme

Unter dem Deckmantel des Desinformations-Kodex und der DSA-Wahlrichtlinien hat die Kommission im Vorfeld mehrerer europäischer Wahlen einen Zensurapparat namens „Schnellreaktionssystem“ aktiviert.⁴⁵⁹ Im Rahmen dieser „Schnellreaktionssysteme“ erhalten von der Europäischen Kommission zugelassene Faktenprüfer die Möglichkeit, in den Wochen vor und nach wichtigen Wahlen vorrangige Zensuranträge zu stellen.⁴⁶⁰ Diese sogenannten Faktenprüfer sind ausnahmslos linksgerichtet und zensurfreundlich – alles andere als politisch neutral.⁴⁶¹ Darüber hinaus schafft die Anforderung, dass diese Faktenprüfer von der Europäischen Kommission zugelassen sein müssen, einen klaren strukturellen Anreiz für die Teilnehmer, euroskeptische Meinungen und Inhalte zu zensurieren, die die von der Kommission bevorzugten politischen Narrative untergraben. Die Europäische Kommission hat vor den französischen Parlamentswahlen 2024,⁴⁶² den moldauischen Präsidentschaftswahlen 2024,⁴⁶³ den rumänischen Präsidentschaftswahlen 2024–2025⁴⁶⁴ und den deutschen Bundestagswahlen 2025⁴⁶⁵

- v. *Behauptungen über eine weitreichende russische Einmischung in die rumänischen Präsidentschaftswahlen 2024, die nach dem Sieg eines populistischen Kandidaten in der ersten Wahlrunde annulliert wurden, werden durch interne Plattformdokumente widerlegt.*

Die erste Runde der rumänischen Präsidentschaftswahlen 2024 fand am 24. November 2024 statt.⁴⁶⁶ Der unabhängige populistische Kandidat Calin Georgescu errang einen überraschenden Sieg und zog damit in die Stichwahl gegen die Kandidatin der Mitte, Elena Lasconi, ein.⁴⁶⁷ Zwischen der ersten und zweiten Wahlrunde annullierte das Verfassungsgericht Rumäniens jedoch die Wahl, nachdem der rumänische Geheimdienst behauptet hatte, Russland habe Georgescus Wahlkampf in den sozialen Medien unterstützt.⁴⁶⁸ Spätere öffentliche Berichte stellten diese Darstellung jedoch in Frage und kamen zu dem Schluss, dass möglicherweise eine andere rumänische Partei hinter der angeblichen russischen Social-Media-Kampagne gestanden habe.⁴⁶⁹

⁴⁵⁹ Siehe DSA-Wahlrichtlinien, oben Anmerkung 45, § 3.7

⁴⁶⁰ Siehe Unterzeichner des Verhaltenskodex setzen die Verpflichtung des Kodex zu einem Schnellreaktionssystem vor den Europawahlen um, DISINFORMATION CODE TRANSPARENCY CENTER, <https://disinfocode.eu/eu-elections-2024/> (zuletzt abgerufen am 26. Januar 2025).

⁴⁶¹ Siehe DSA-Zensurbericht I, siehe oben Anmerkung 3, S. 29.

⁴⁶² E-Mails von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Mitglieder der Taskforce „Verhaltenskodex“ (24. Juni 2024), siehe Ex. 248.

⁴⁶³ E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Mitarbeitern von TikTok (23. Oktober 2024), siehe Ex. 255; E-Mails von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Plattformen (24. September 2024), siehe Ex. 252.

⁴⁶⁴ E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Plattformen (29. November 2024), siehe Ex. 263.

⁴⁶⁵ E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Mitarbeitern von TikTok (3. Februar 2025), siehe Ex. 271.

⁴⁶⁶ Stephen McGrath, *Rumänisches Gericht ordnet Neuauszählung der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen an, die von einem rechtsextremen Außenseiter gewonnen wurde*, AP (28. November 2024).

⁴⁶⁷ Thomas Grove & Alan Cullison, *Rumänien annulliert Wahl nach Vorwürfen russischer Einflussnahme*, WALL. ST. J. (6. Dezember 2024).

⁴⁶⁸ *Id.*

⁴⁶⁹ Rowan Ings, *TikToker wegen Auslösen eines Wahlkandals angeklagt*, BBC (30. April 2025) („Die Behörden haben noch immer keine konkreten Beweise für eine russische Einmischung in die Wahl vorgelegtdie rumänische Steuerbehörde enthüllte, dass die [angebliche russische] Kampagne von der Mitte-Rechts-Partei PNL (Partidul Național Liberal) finanziert wurde.

Dennoch verbot die rumänische Wahlbehörde Georgescu die Teilnahme an der Neuwahl im Mai 2025.⁴⁷⁰

Interne Dokumente von TikTok und die Kommunikation mit der Europäischen Kommission und den rumänischen Behörden untergraben die Darstellung einer russischen Einmischung zusätzlich. Die internen Nachrichtendienste von TikTok kamen übereinstimmend zu dem Schluss, dass Russland *keine* koordinierte Einflussnahme zur Unterstützung der Kampagne von Georgescu durchgeführt *habe*, und teilten diese Einschätzung wiederholt der Europäischen Kommission und den rumänischen Behörden mit.⁴⁷¹ Interne Dokumente zeigen auch, dass die rumänischen Regulierungsbehörden im Vorfeld der annullierten Wahl im Rahmen der DSA daran arbeiteten, Inhalte zu unterdrücken, die populistische und nationalistische Kandidaten unterstützten, unter anderem durch globale Anordnungen zur Entfernung von Inhalten.⁴⁷² Nach der Wahl, als die noch unbegründeten Vorwürfe einer russischen Einmischung zu kursieren begannen, handelte die Kommission schnell und leitete eine formelle DSA-Untersuchung zu den Moderationspraktiken von TikTok in Bezug auf politische Äußerungen ein.⁴⁷³

Im Vorfeld der Wahlen 2024 stellten die rumänischen Behörden wiederholt Anträge auf Entfernung von Inhalten außerhalb des formellen DSA-Verfahrens und nutzten dabei eine weitreichende Auslegung ihrer eigenen Befugnisse, um die Entfernung politischer Inhalte zu verlangen. Wie TikTok später gegenüber der Europäischen Kommission erklärte, war die Plattform „besorgt über den sehr informellen Ansatz“ bei Löschungsanträgen, „den die [rumänische Wahlbehörde] im Zusammenhang mit den rumänischen Wahlen verfolgt hat, insbesondere über die Möglichkeit einer politischen Einflussnahme auf den Prozess und/oder die ungerechtfertigte Entfernung legaler Inhalte (wie politischer Reden)“.⁴⁷⁴ TikTok merkte an, dass die rechtlichen Argumente, die diesen Löschungsforderungen beigelegt waren – sofern es überhaupt welche gab –, „eine sehr weit gefasste Auslegung“ der Befugnisse der Wahlbehörde vermitteln sollten.⁴⁷⁵ Beispielsweise forderten die rumänischen Behörden TikTok auf, „Inhalte zu entfernen, weil sie ‚respektlos sind und die PSD-Partei beleidigen‘“⁴⁷⁶ – eine linke Partei, die zu diesem Zeitpunkt Teil der Regierungskoalition im rumänischen Parlament war. Zwischen der ersten Wahlrunde und ihrer Annullierung wurden die rumänischen Anordnungen noch aggressiver: Die Regulierungsbehörden forderten TikTok auf, „alle Materialien, die Bilder von Calin Georgescu enthalten, zu entfernen“.⁴⁷⁷ Diese Maßnahmen – Kritiker eines Kandidaten und Anhänger eines anderen zum Schweigen zu bringen – sind zutiefst undemokratisch. TikTok stimmte zu und weigerte sich, Beiträge von Privatpersonen zugunsten von Georgescu aus Gründen der Meinungsfreiheit zu entfernen.⁴⁷⁸

⁴⁷⁰ Sarah Rainsford & Laura Gozzi, *Endgültiges Urteil schließt den rechtsextremen Georgescu von den rumänischen Wahlen aus*, BBC (11. März 2025).

⁴⁷¹ Siehe Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (7. Dezember 2024), Ex. 266; Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (13. Dezember 2024), Ex. 268.

⁴⁷² Siehe E-Mails zwischen rumänischen Regulierungsbehörden, Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Mitarbeitern von TikTok (28. November 2024), Ex. 264.

⁴⁷³ Siehe „Aufsicht über die benannten sehr großen Online-Plattformen und Suchmaschinen gemäß dem DSA“, EUROPÄISCHE KOMMISSION, <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/list-designated-vlops-and-vloses#ecl-inpage-tiktok> (zuletzt aufgerufen am 29. Januar 2026).

⁴⁷⁴ Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (13. Dezember 2024), siehe Ex. 268.

⁴⁷⁵ *Id.*

⁴⁷⁶ *Ebenda* (Hervorhebung im Original).

⁴⁷⁷ Schreiben von TikTok an die Europäische Kommission (29. November 2024), siehe Ex. 265 (Hervorhebung weggelassen).

⁴⁷⁸ *Id.*

In respect of Category 1, TikTok notes as follows:

- i. Prior to 21 November 2024, TikTok received a small number of communications from the AEP containing informal requests. Each of these communications was sent by informal email to TikTok's Government Relations & Public Policy Manager ("TikTok GR/PP") for Romania. The emails did not purport to be or pertain to formal orders or authorisations; they simply contained informal requests set out in the body of an email. For example, one of these requests was for TikTok to remove content on the basis that it was "disrespectful and insults the PSD party", but without stating any specific legal basis in support of this request. TikTok twice sought further details of the legal basis for this request, but the AEP provided no such details in response.⁴⁷⁹ In a subsequent email, the AEP reported a suspected 'deepfake' in "a video montage meant to discredit a presidential candidate". The reported video content was assessed by TikTok's Trust & Safety team and removed (within approximately 24 hours) for violating TikTok's Community Guidelines (the "Community Guidelines").
- ii. From 21 November 2024, the AEP began to attach decisions of the Romanian electoral authorities to certain of their email requests (i.e. decisions from either the Central Electoral Office or County Electoral Offices). Each of these decisions were general in nature and were not specifically addressed to TikTok. In terms of the approach for the communications attaching these decisions, the AEP, for example, set out in its emails (again in a highly informal manner) URLs to content that the AEP alleged was illegal based on the particular decision attached. TikTok notes that several of the communications from the AEP sought to convey a very broad interpretation of the relevant decision attached. It is also important to note that none of these communications met the criteria specified under Article 9(2) of the DSA. For example, because they did not clearly: set out their legal basis; contain a statement of reasons explaining why the information is illegal content; contain information about redress mechanisms; and/or specify their territorial scope. In addition, they did not contain an English translation of the core elements and they were not transmitted to TikTok's single point of contact ("SPOC"), as required by Article 9(2)(c) DSA.
- iii. In light of the above, in handling these communications in good faith, TikTok's teams were wary of the very informal approach adopted by the AEP in the context of the Romanian elections, in particular the potential for political influence on the process and/or the unjustified removal of legal content (such as political speech). In these circumstances, and given that none of the communications met the requirements stipulated under Article 9 DSA (notwithstanding several requests from TikTok in this regard) – TikTok nonetheless acted in good faith and assessed content identified in these requests: (i) against TikTok's Community Guidelines; and/or (ii) for compliance with Romanian electoral laws (based on advice from external Romanian legal counsel).

TikTok äußerte Bedenken hinsichtlich der Zensur politischer Inhalte durch rumänische Regulierungsbehörden im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2024.

Diese aggressiven Löschungsanträge umfassten sogar eine weltweite Löschungsanordnung für bestimmte pro-Georgescu-Inhalte.⁴⁷⁹ Als Reaktion auf eine rumänische gerichtliche Anordnung sperrte TikTok Videos, die angeblich nicht den Anforderungen an die Transparenz der Wahlkampffinanzierung entsprachen.⁴⁸⁰ Anschließend erklärte die rumänische Wahlaufsichtsbehörde, dass „die Entscheidung [des rumänischen Gerichts]“, die die Entfernung der Inhalte vorschreibt, „nicht nur in Rumänien verbindlich ist“.⁴⁸¹ TikTok scheint

⁴⁷⁹ E-Mails zwischen rumänischen Regulierungsbehörden, Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Mitarbeitern von TikTok (28. November 2024), siehe Ex. 264.

⁴⁸⁰ *Id.*

⁴⁸¹ *Id.*

haben sich standhaft gezeigt und sich geweigert, Inhalte weltweit wegen Nichteinhaltung lokaler rumänischer Gesetze zu entfernen – sehr zum Leidwesen der rumänischen Regulierungsbehörden.⁴⁸² Nach der Wahl beklagte sich der rumänische Geheimdienst, dass TikTok zwar „den visuellen Zugriff auf bestimmte Beiträge aus dem Gebiet Rumäniens blockiert habe, diese jedoch in anderen Staaten weiterhin sichtbar blieben und verbreitet werden könnten“.⁴⁸³ Globale Löschungen verletzen die Souveränität der Vereinigten Staaten und aller anderen Länder der Welt, da sie es ausländischen Richtern und Regulierungsbehörden ermöglichen, Inhalte zu zensieren, für die sie keine Zuständigkeit haben.

On Thu, Nov 28, 2024 at 9:59 PM [Redacted] <@roacp.ro> wrote:

Hi,

I want to detail question number 2 to understand the context and TikTok's ineffective response to our request based on a decision by the Central Electoral Bureau.:

What I can confirm is that the first decision was ineffective implemented. I have not seen any materials removed from the respective account and erroneously it is said that access to the video content published by the candidate's account was removed in Romania (the BEC decision is mandatory not only in Romania. It is very difficult to assess what was removed considering that hundreds of accounts, possibly from Romania and abroad, were distributing a post expressly mentioned as a post that violates the legislation and the BEC decision as an example in the email to TikTok). Just yesterday during the ad hoc online meeting, I checked the account and it has dozens of posts not marked as a candidate or with a financial representative code.

Die rumänischen Behörden beanspruchten die Befugnis, globale Löschungsanordnungen zu erlassen.

Am 6. Dezember annullierte das rumänische Verfassungsgericht die erste Runde der Präsidentschaftswahlen und sagte die Stichwahl ab, nachdem der rumänische Geheimdienst behauptet hatte, Russland habe eine TikTok-Kampagne durchgeführt, um die Unterstützung für Georgescu künstlich zu steigern.⁴⁸⁴ Das interne Bedrohungsanalyse-Team von TikTok schloss sich dieser Einschätzung nicht an und teilte den rumänischen Behörden und der Kommission wiederholt mit, dass es keine Beweise für ihre Behauptungen gebe.⁴⁸⁵ In seinen Stellungnahmen gegenüber der Europäischen Kommission erklärte TikTok, dass es während der rumänischen Wahlperiode drei koordinierte Einflussoperationen (CIOs) auf der Plattform entdeckt habe, von denen keine aus Russland stammte.⁴⁸⁶ Nur eine dieser CIOs versuchte, die Kampagne von Georgescu zu fördern.⁴⁸⁷ Sie operierte von Rumänien aus und sammelte weniger als 2.000 Follower.⁴⁸⁸

⁴⁸² Rumänischer Informationsdienst: Vermerk Nr. 2 an den Obersten Rat für Nationale Verteidigung Rumäniens (2024), siehe Ex. 236.

⁴⁸³ *Id.*

⁴⁸⁴ Thomas Grove & Alan Cullison, *Rumänien sagt Wahlen nach Vorwürfen russischer Einflussnahme ab*, WALL. ST. J. (6. Dezember 2024); siehe auch Rumänisches Innenministerium: Informationsnotiz (2024), Ex. 238; Rumänischer Informationsdienst: Vermerk Nr. 1 an den Obersten Rat für Nationale Verteidigung Rumäniens (2024), Ex. 237; Rumänischer Informationsdienst: Mitteilung Nr. 2 an den Obersten Rat für Nationale Verteidigung Rumäniens (2024), Ex. 236; Mitteilung des externen Informationsdienstes: Analyse der nationalen Sicherheitsrisiken durch die Aktivitäten staatlicher und nichtstaatlicher Cyberakteure auf IT&C-Infrastrukturen, Unterstützung des Wahlprozesses (28. November 2024), Ex. 260.

⁴⁸⁵ Siehe Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (13. Dezember 2024), Ex. 268; Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (7. Dezember 2024), Ex. 266; TikTok-Präsentation: Briefing zur Integrität der rumänischen Wahlplattform (28. November 2024), Ex. 259.

⁴⁸⁶ Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (13. Dezember 2024), siehe Ex. 268; Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (7. Dezember 2024), siehe Ex. 266.

⁴⁸⁷ Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (13. Dezember 2024), siehe Ex. 268.

⁴⁸⁸ *Id.*

Am 28. November, vier Tage nach der Wahl und als Vorwürfe über russische Einflussnahme aufkamen, informierte TikTok die rumänische Medienaufsichtsbehörde über seine Maßnahmen zur Gewährleistung der Wahlintegrität.⁴⁸⁹ TikTok wies auf „verdächtige Aktivitäten im Zusammenhang mit möglicherweise nicht offengelegten bezahlten politischen Werbevideos“ im Zusammenhang mit Georgescu hin, brachte dies jedoch nicht mit Russland in Verbindung.⁴⁹⁰ Spätere Medienberichte deuteten darauf hin, dass eine andere rumänische Partei die fragliche TikTok-Kampagne orchestriert hatte.⁴⁹¹

Am 7. Dezember gab TikTok eine ähnliche Erklärung gegenüber der Europäischen Kommission ab und schrieb, dass „TikTok keine Beweise für ein koordiniertes Netzwerk von 25.000 Konten im Zusammenhang mit der Kampagne von Herrn Georgescu gefunden hat und auch keine solchen Beweise vorgelegt wurden“⁴⁹² – die zentrale Behauptung der rumänischen Behörden.⁴⁹³

Section 1.1 - Questions and Answers

(1) The Romanian President declassified the information submitted by the Romanian Intelligence Service, the Foreign Intelligence Service and the Ministry of Internal Affairs at the meeting of the Supreme Council for the Defence of the Country on 28 November 2024 (6). These documents contain a number of findings regarding the use made of TikTok in the context of the Presidential elections held on 24 November 2024, including the following:

- **The existence of inauthentic coordination on the platform, including through the use of hashtags, to promote one presidential candidate;**

3. TikTok understands that this statement (*“The existence of inauthentic coordination on the platform, including through the use of hashtags, to promote one presidential candidate”*) refers to the assertion at paragraph 1.1 of Document SRI I that a: *“network of accounts directly associated directly with Călin GEORGESCU's campaign initially consisted of 25,000 accounts on the TikTok platform, which became very active two weeks before the election date”*.
4. TikTok has not found, nor been presented with, any evidence of a coordinated network of 25,000 accounts associated with Mr Georgescu's campaign. Per TikTok's standard process, TikTok continues to monitor, investigate, and take action on attempts to deceive its community, and TikTok investigates leads that are reported to it.

TikTok teilte der Europäischen Kommission mit, dass es „weder Beweise gefunden noch vorgelegt bekommen habe“, die die zentrale Behauptung der rumänischen Behörden bezüglich einer russischen Einmischung stützen würden.

Dennoch ignorierte die Europäische Kommission die Ergebnisse von TikTok und nutzte die Gelegenheit, um legitime politische Äußerungen im Internet zu unterdrücken. Am 29. November berief die GD Connect einen Runden Tisch zum Thema Moderation politischer Inhalte in Rumänien mit Plattformen, rumänischen

⁴⁸⁹ TikTok-Präsentation: Briefing zur Integrität der rumänischen Wahlplattform (28. November 2024), Ex. 259.

⁴⁹⁰ *Id.*

⁴⁹¹ Rowan Ings, *Die TikToker, denen vorgeworfen wird, einen Wahlskandal ausgelöst zu haben*, BBC (30. April 2025) („Die rumänische Steuerbehörde gab bekannt, dass die [mutmaßliche russische] Kampagne von der Mitte-Rechts-Partei PNL (Partidul Național Liberal) finanziert wurde.“).

⁴⁹² Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (7. Dezember 2024), siehe Ex. 266.

⁴⁹³ Siehe Rumänischer Informationsdienst: Vermerk Nr. 1 an den Obersten Rat für Nationale Verteidigung Rumäniens (2024), Ex. 237.

Behörden und Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission.⁴⁹⁴ Als sich die Vorwürfe der russischen Einmischung verstärkten, forderte auch die Europäische Kommission Informationen über die Praktiken von TikTok zur Moderation politischer Inhalte und fragte nach „Änderungen“ an den „Prozessen, Kontrollen und Systemen von TikTok zur Überwachung und Erkennung systemischer Risiken“. ⁴⁹⁵ Die Europäische Kommission nutzte diese noch unbewiesene Darstellung, um TikTok zu einer aggressiveren politischen Zensur zu drängen. Als Reaktion darauf teilte TikTok der Kommission mit, dass es Inhalte mit den Begriffen „Putsch“ und „Krieg“ – eindeutige politische Äußerungen im Zusammenhang mit der wahrgenommenen Verfälschung des demokratischen Prozesses in Rumänien – „für die nächsten 60 Tage zensieren werde, um das Risiko schädlicher Narrative zu mindern“. ⁴⁹⁶ Aber das reichte nicht aus. Am 17. Dezember leitete die Europäische Kommission eine formelle DSA-Untersuchung gegen TikTok ein, weil das Unternehmen vor und nach den rumänischen Wahlen keine aggressive Zensur von Inhalten durchgeführt hatte. ⁴⁹⁷

(2) Please explain any changes the provider of TikTok has implemented to its processes, controls, and systems for the monitoring and detection of any systemic risks of negative effects on civic discourse and electoral processes in light of the claims made available by civil society organisations ^(*), Romanian authorities and the intelligence documents declassified by the Romanian President on 4 December 2024 ^(*).

Die Europäische Kommission übte Druck auf TikTok aus, zusätzliche politische Inhalte zu zensieren, als Reaktion auf unbewiesene Vorwürfe einer russischen Einmischung in die rumänischen Wahlen 2024.

Ende Dezember 2024 berichteten Medien unter Berufung auf Beweise der rumänischen Steuerbehörde, dass die mutmaßliche russische Einmischungskampagne tatsächlich von einer anderen rumänischen Partei finanziert worden war. ⁴⁹⁸ Dennoch setzten die Europäische Kommission und die rumänischen Behörden ihre aggressive Zensurkampagne fort. In einer Sitzung im Februar 2025 lud die GD Connect das Produktteam von TikTok zu einem Treffen ein, um über seine „Richtlinien zu irreführendem Verhalten und deren Durchsetzung“ sowie über „potenziell unwirksame“ DSA-„Abhilfemaßnahmen“ zu sprechen. ⁴⁹⁹ Der Wunsch der Europäischen Kommission, sich mit dem internen Produktteam von TikTok zu treffen und nicht mit den Mitarbeitern für Regierungsangelegenheiten und Compliance, deren Aufgabe es war, die Beziehungen von TikTok zur Kommission zu pflegen, deutet darauf hin, dass die Europäische Kommission einen stärkeren Einfluss auf die internen Moderationsprozesse der Plattform anstrebte.

⁴⁹⁴ Diskussionsfragen für den Wahlrundtisch zu den rumänischen Wahlen (29. November 2024), *siehe* Ex. 262; Einladung zum Wahlrundtisch zu den rumänischen Wahlen (28. November 2024), *siehe* Ex. 258.

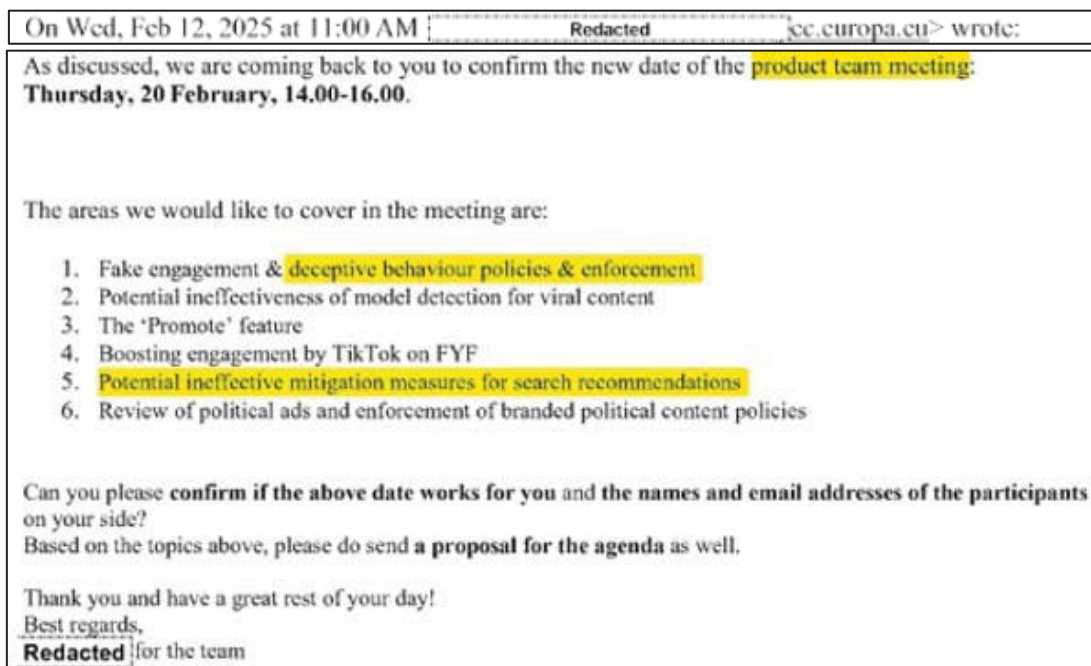
⁴⁹⁵ Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (7. Dezember 2024), *siehe* Ex. 266.

⁴⁹⁶ TikTok-Bericht über rumänische Inhalte (12. Dezember 2024), *siehe* Ex. 267.

⁴⁹⁷ *Überwachung der benannten sehr großen Online-Plattformen und Suchmaschinen gemäß dem DSA*, EUROPÄISCHE KOMMISSION, <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/list-designated-vlops-and-vloses#ecl-inpage-tiktok> (zuletzt aufgerufen am 29. Januar 2026).

⁴⁹⁸ *Siehe* Denis Cenuşa, *Rumänische Liberale orchestrierten Georgescu-Wahlkampffinanzierung, wie Ermittlungen ergeben*, BNE INTELLINEWS (22. Dezember 2024).

⁴⁹⁹ E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Mitarbeitern von TikTok (12. Februar 2025), *siehe* Ex. 272.



Die Europäische Kommission setzte ihre Schikanen gegen TikTok fort, selbst nachdem die Behauptungen über eine russische Einmischung in die rumänischen Wahlen widerlegt worden waren.

Im selben Monat trafen sich rumänische Behörden mit TikTok, um vor den auf Mai verschobenen Wahlen über Zensurmaßnahmen und die Einhaltung der zensurfreudigen DSA-Wahlrichtlinien zu diskutieren.⁵⁰⁰ Einen Monat später, im März, veranstalteten die rumänischen Regulierungsbehörden einen Runden Tisch mit großen Plattformen und Pseudowissenschaftlern, die sich mit Desinformation befassen, wobei der Schwerpunkt auf „von [Plattformen] geplanten oder bereits umgesetzten Maßnahmen zur Risikominderung im Einklang mit den Empfehlungen der DSA-Wahlrichtlinien“ lag.⁵⁰¹ Die Europäische Kommission und die rumänischen Behörden waren entschlossen, vor den neu angesetzten Wahlen aggressive Zensurmaßnahmen aufrechtzuerhalten, obwohl ihre früheren Vorwürfe bezüglich russischer Einflussnahme nicht bestätigt worden waren.

Während des gesamten rumänischen Wahlprozesses stellten Nichtregierungsorganisationen, die von der Europäischen Kommission ermächtigt waren, vorrangige Zensuranträge zu stellen – entweder als DSA Trusted Flaggers oder über das Rapid Response System der Kommission –, Forderungen nach der Entfernung politisch voreingenommener Inhalte. Das von der EU finanzierte Bulgarisch-Rumänische Observatorium für digitale Medien⁵⁰² sandte TikTok in den Tagen nach der ersten Runde der ersten Wahl Tabellen mit Hunderten von Zensuranträgen.⁵⁰³ Während einige der Inhalte möglicherweise tatsächlich zu beanstanden waren, scheint es sich bei einem Großteil der gemeldeten Inhalte um normale pro-Georgescu- und anti-progressive politische Äußerungen zu handeln, darunter politische Inhalte im Zusammenhang mit Georgescus Positionen zu Umweltfragen und

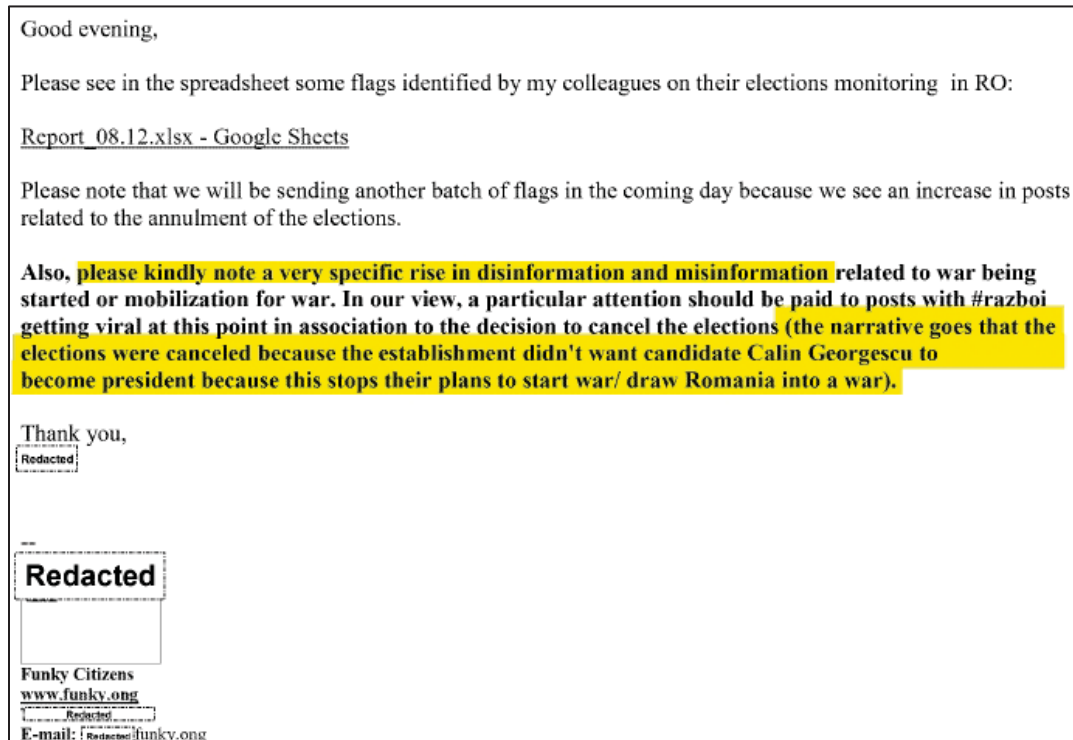
⁵⁰⁰ Entwurf der Tagesordnung für das Treffen zwischen TikTok und rumänischen Regulierungsbehörden (27. Februar 2025), siehe Ex. 274.

⁵⁰¹ Interne E-Mail unter Meta-Mitarbeitern (24. Februar 2025), siehe Ex. 273; Tagesordnung für den Runden Tisch – Rumänische Präsidentschaftswahlen 2025 (3. März 2025), siehe Ex. 275.

⁵⁰² Siehe Faktenprüfung, BULGARIAN-ROMANIAN OBSERVATORY OF DIGITAL MEDIA, <https://brodhub.eu/en/fact-checking/> (zuletzt aufgerufen am 29. Januar 2026).

⁵⁰³ Tabelle mit Inhalten über die rumänischen Wahlen, die für TikTok markiert wurden, siehe Ex. 282; Tabelle mit Inhalten über die rumänischen Wahlen, die für TikTok markiert wurden, siehe Ex. 283; Tabelle mit Inhalten über die rumänischen Wahlen, die für TikTok markiert wurden, siehe Ex. 284; Tabelle mit Inhalten über die rumänischen Wahlen, die für TikTok markiert wurden, siehe Ex. 285.

Rumäniens Mitgliedschaft im Schengen-Raum, dem EU-internen System offener Grenzen.⁵⁰⁴ In ähnlicher Weise meldete die rumänische Faktenprüfungsstelle Funky Citizens im November und Dezember 2024 mindestens 334 TikTok-Videos zur Entfernung.⁵⁰⁵ Mindestens 153 davon wurden weltweit wegen Verstoßes gegen die Regeln zur Inhaltsmoderation von TikTok entfernt, die seit mehreren Jahren Gegenstand von Zensurdruck seitens der EU waren, während andere Videos geografisch gesperrt wurden.⁵⁰⁶ Zu den gemeldeten Inhalten gehörten politische Äußerungen über die annullierten Wahlen, wie beispielsweise Behauptungen, „die Wahlen seien abgesagt worden, weil das Establishment nicht wollte, dass der Kandidat Calin Georgescu Präsident wird, da dies ihre Pläne für einen Kriegstermin durchkreuzen würde“.⁵⁰⁷ Funky Citizens leitete jede der Zensurforderungen an die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission weiter, was darauf hindeutet, dass sie mit stillschweigender Zustimmung der Kommission handelten und den Druck auf TikTok erhöhten, sich zu fügen.⁵⁰⁸



Sogenannte Faktenprüfer, die von der Europäischen Kommission beauftragt wurden, drängten die Plattformen, politische Äußerungen über die Annullierung der rumänischen Wahlen zu zensieren.

⁵⁰⁴ Tabelle mit Inhalten über die rumänischen Wahlen, die für TikTok markiert wurden, *siehe* Ex. 284.

⁵⁰⁵ E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (20. Dezember 2024), *siehe* Ex. 185; E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (20. Dezember 2024), *siehe* Ex. 186; E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (20. Dezember 2024), *siehe* Ex. 270; E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (19. Dezember 2024), *siehe* Ex. 183; E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (19. Dezember 2024), *siehe* Ex. 184; E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (12. Dezember 2024), *siehe* Ex. 181.

⁵⁰⁶ *Id.*

⁵⁰⁷ E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (20. Dezember 2024), *siehe* Ex. 185.

⁵⁰⁸ E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (20. Dezember 2024), *siehe* Ex. 185; E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (20. Dezember 2024), *siehe* Ex. 186; E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (20. Dezember 2024), *siehe* Ex. 270; E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (19. Dezember 2024), *siehe* Ex. 183; E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (19. Dezember 2024), *siehe* Ex. 184; E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (12. Dezember 2024), *siehe* Ex. 181.

*

*

*

Die Europäische Kommission hat wiederholt und aggressiv von ihren DSA-Befugnissen Gebrauch gemacht, um konservative Äußerungen zu unterbinden – insbesondere im Vorfeld wichtiger europäischer Wahlen. Das EU-Internetforum, das ursprünglich gegründet wurde, um die Rekrutierung von Terroristen im Internet zu verhindern, stuft nun konventionelle konservative politische Äußerungen als „gewalttätigen Rechtsextremismus“ ein und übt Druck auf Plattformen aus, diese zu zensieren, wobei es sogar so weit geht, ihnen ein Handbuch zur Vorgehensweise zur Verfügung zu stellen. Das EUIF hat all dies unternommen, obwohl es selbst zugibt, dass die Inhalte, gegen die es vorgeht, weder gegen europäisches Recht noch gegen Plattformregeln verstoßen. Seit Inkrafttreten des DSA hat sich die politische Zensur nur noch verschärft. Die Europäische Kommission hat *de facto* verbindliche Vorschriften zur politischen Zensur für europäische Wahlen erlassen und Plattformen dazu gedrängt, politische Äußerungen im Vorfeld von mindestens neun wichtigen europäischen Wahlen seit 2023 aggressiv zu zensieren. Dies gipfelte 2024 in Rumänien, wo die Präsidentschaftswahlen aufgrund von Vorwürfen einer russischen Einmischung in soziale Medien annulliert wurden, die von Medienberichten und hier erstmals auch von internen Plattformdokumenten bestritten werden. Und da Plattformen weltweit einheitliche Wahlpraktiken einführen, könnten die Vorgaben der EU zu einer Zensur politischer Äußerungen in den USA im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2024 geführt haben.

VI. ES GIBT MÖGLICHKEITEN FÜR REFORMEN, ABER DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION NUTZT DIE DSA WEITERHIN ALS HARTES ZENSURINSTRUMENT.

Mehr als ein Jahrzehnt nach Beginn ihres Zensurprojekts und mehr als drei Jahre nach der Verabschiedung der DSA hatte die Europäische Kommission reichlich Gelegenheit, diese Zensurbemühungen zu beenden und sich erneut zu den Grundsätzen der Meinungsfreiheit zu bekennen. Stattdessen hat Europa jedoch bei jeder Gelegenheit versucht, den politischen Diskurs weltweit noch strenger zu kontrollieren. Es ist noch nicht zu spät – es gibt Möglichkeiten für entscheidende Reformen zum Schutz der freien Meinungsäußerung in Europa und weltweit. Alle Anzeichen deuten jedoch darauf hin, dass die Europäische Kommission sich in die entgegengesetzte Richtung bewegt und ihre Bemühungen zur Kontrolle der Online-Debatte innerhalb und außerhalb der Europäischen Union fortsetzt.

A. Die Europäische Kommission hat X mit einer Geldstrafe von 120 Millionen Euro belegt, weil es die Meinungsfreiheit und den offenen Diskurs im Internet verteidigt hat.

Nach dem Kauf der damals noch Twitter genannten Plattform durch Elon Musk wurde sie zur ersten großen Social-Media-Plattform, die sich erneut zur freien Meinungsäußerung bekannte. Die Plattform, die nun X heißt, verzichtete auf voreingenommene, linkserichtete Faktenprüfer zugunsten eines Systems namens „Community Notes“, bei dem Nutzer irreführende oder ungenaue Beiträge mit Haftungsausschlüssen versehen können.⁵⁰⁹ Aus diesem Grund verließ X den Desinformationskodex der Europäischen Kommission, der von Plattformen verlangt, diese externen Faktenprüfer zu nutzen.⁵¹⁰ X hat Nutzer, die zuvor wegen ihrer politischen Äußerungen gesperrt worden waren, wieder zugelassen, darunter

⁵⁰⁹ Siehe Vishwam Sankaran, *Twitter launches Community Notes feature that lets people add context to tweets*, THE INDEPENDENT (12. Dezember 2022). Meta folgte 2025 mit einer ähnlichen Änderung den Spuren von X. Kate Conger, *Meta Turns to Community Notes, Mirroring X*, N.Y. TIMES (7. Januar 2025).

⁵¹⁰ Francesca Gillett, *Twitter zieht sich aus freiwilligem EU-Kodex gegen Desinformation zurück*, BBC (27. Mai 2023); Kodex gegen Desinformation, siehe oben Anmerkung 124, § VII.

Präsident Trump,⁵¹¹ und weigerte sich, ausländischen Zensurverfügungen, darunter weltweite Verfügungen zur Entfernung von Inhalten, in Brasilien und Australien nachzukommen.⁵¹²

Natürlich kollidierten diese Maßnahmen zur Wahrung der Meinungsfreiheit mit den globalen Zensurbemühungen der EU.

Von Anfang an hat die Kommission X wegen seiner Verteidigung der freien Meinungsäußerung ins Visier genommen. Nachdem X im Mai 2023 den angeblich freiwilligen Kodex gegen Desinformation verlassen hatte, drohte der damalige Kommissar Thierry Breton der Plattform mit Vergeltungsmaßnahmen im Rahmen des DSA und warnte X: „Sie können weglaufen, aber Sie können sich nicht verstecken.“⁵¹³ Als das DSA im August 2023 in Kraft trat, setzte Breton seine Drohung in die Tat um. Im Oktober 2023, weniger als zwei Monate nachdem die Verpflichtungen der DSA rechtsverbindlich geworden waren, leiteten die Regulierungsbehörden der Europäischen Kommission eine Untersuchung gegen X wegen der Verwendung von Community Notes anstelle von Faktenprüfern ein.⁵¹⁴ Seitdem hat die Europäische Kommission mehrere weitere Untersuchungen gegen X eingeleitet⁵¹⁵ und im August 2024 drohte Breton X mit Vergeltungsmaßnahmen gemäß dem DSA, weil es vor den US-Präsidentenwahlen 2024 ein Interview mit Präsident Trump aus den USA ausgestrahlt hatte.⁵¹⁶

Die Kampagne der Europäischen Kommission gegen X gipfelte im Dezember 2025 in einer Geldstrafe in Höhe von 120 Millionen Euro (etwa 140 Millionen US-Dollar) – fast sechs Prozent des weltweiten Umsatzes von X.⁵¹⁷ Nach ihren eigenen Maßstäben ist diese Entscheidung lächerlich, da sie X unter anderem dafür bestraft, dass es die „historische Bedeutung“ der blauen Häkchen auf Twitter „missbraucht“ habe, indem es sein Geschäftsmodell geändert und diese Häkchen Premium-Abonnenten von X angeboten habe.⁵¹⁸ Die Europäische Kommission bestraft X für bestenfalls geringfügige Verstöße wie das Vorhandensein eines „Anzeigenarchivs“ – einer Sammlung von Anzeigen, die zuvor auf der Website gehostet wurden – das Ergebnisse in Tabellenkalkulationen liefert, anstatt in die Website eingebettet zu sein.⁵¹⁹ Und die Kommission machte eine weitreichende extraterritoriale Zuständigkeit geltend und behauptete, dass die DSA von X, einem amerikanischen Unternehmen, verlangen könnte, amerikanische Daten an Forscher auf der ganzen Welt weiterzugeben.⁵²⁰ Die vorgebrachten Verstöße sind so geringfügig, dass es nur eine Schlussfolgerung gibt: All dies ist nur ein Vorwand. X steht aufgrund seines Engagements für die freie Meinungsäußerung von Anfang an im Fadenkreuz der Europäischen Kommission. Die Entscheidung der Kommission vom Dezember 2025 ist der Höhepunkt dieser Kampagne und eine klare Warnung an alle Plattformen: Widerstand gegen die Zensurbemühungen der Kommission wird mit strengen regulatorischen Vergeltungsmaßnahmen beantwortet. Und die Bedrohung für X bleibt bestehen: die

⁵¹¹ Shannon Bond, *Elon Musk erlaubt Donald Trump die Rückkehr auf Twitter*, NPR (19. November 2022).

⁵¹² *Siehe* MITARBEITER DES H. COMM. ON THE JUDICIARY UND DES SELECT SUBCOMM. ON THE WEAPONIZATION OF THE FED. GOV'T OF THE H. COMM. ON THE JUDICIARY, 118TH CONG., THE ATTACK ON FREE SPEECH ABROAD AND THE BIDEN ADMINISTRATION'S SILENCE: THE CASE OF BRAZIL (Comm. Print Apr. 17, 2024); Brief von Rep. Jim Jordan, Vorsitzender des H. Comm. on the Judiciary, an Frau Julie Inman Grant, australische eSafety-Beauftragte (18. November 2025).

⁵¹³ Thierry Breton (@ThierryBreton), X (26. Mai 2023, 16:30 Uhr), <https://x.com/ThierryBreton/status/1662194595755704321?lang=en>.

⁵¹⁴ Pressemitteilung, Europäische Kommission, *Die Kommission richtet ein Auskunftersuchen gemäß dem Gesetz über digitale Dienste an X* (11. Oktober 2023), https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_23_4953.

⁵¹⁵ *Überwachung der benannten sehr großen Online-Plattformen und Suchmaschinen gemäß dem DSA*, EUROPÄISCHE KOMMISSION, <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/list-designated-vlops-and-vloses#ecl-inpage-tiktok> (zuletzt aufgerufen am 29. Januar 2026).

⁽⁵¹⁶⁾ Schreiben von Thierry Breton, Kommissar für den Binnenmarkt, Europäische Kommission, an Elon Musk, Eigentümer, X (12. August 2024).

⁵¹⁷ X-Entscheidung, *siehe* Fußnote 61; *siehe auch* House Judiciary GOP (@JudiciaryGOP), X (28. Januar 2026, 16:09 Uhr), <https://x.com/JudiciaryGOP/status/2016619751183724789>.

⁵¹⁸ X-Entscheidung, *siehe* Fußnote 61, S. 27.

⁵¹⁹ *Ebenda*, S. 57.

⁵²⁰ *Ebenda*, S. 93–94.

Die Entscheidung der Kommission besagt, dass X mit einem Verbot in der EU rechnen muss, wenn X den Zensurforderungen der Kommission nicht innerhalb von 90 Tagen nachkommt.⁵²¹

- i. *Die Europäische Kommission hat X mit einer Geldstrafe von 45 Millionen Euro belegt, weil es die Vergabe der blauen Häkchen neu gestaltet hat.*

Zunächst verhängte die Kommission gegen X eine Geldstrafe in Höhe von 45 Millionen Euro, weil das Unternehmen die Art und Weise geändert hatte, wie blaue Häkchen auf der Plattform vergeben werden.⁵²² Vor dem Kauf der Plattform durch Musk wurden blaue Häkchen an verifizierte Konten vergeben, die von Twitter-Mitarbeitern als bemerkenswert eingestuft wurden.⁵²³ X änderte diese Richtlinie Ende 2022 und Anfang 2023 unter großem öffentlichen Aufsehen und führte ein System ein, bei dem blaue Häkchen an Nutzer vergeben wurden, die für ein Premium-Erlebnis auf X bezahlen.⁵²⁴ Die EU behauptet, dass diese Änderung die Nutzer von X „täuscht“ und „ihre Fähigkeit, freie und informierte Entscheidungen zu treffen, beeinträchtigt“, indem sie „die historische Bedeutung der Verifizierungshäkchen missbraucht“ und „die Bedeutung branchenübergreifender visueller Standards missbraucht“.⁵²⁵ Die Kommission beanstandete auch die algorithmische Verstärkung zahlender Nutzer durch X und behauptete, dass dies „die Empfänger des Dienstes über die Bedeutung ihrer Inhalte täuscht“.⁵²⁶

4.	Non-Compliance with Article 25(1) of Regulation (EU) 2022/2065	25
4.1.	The legal framework	25
4.2.	The relevant measures put in place by the provider of X	25
4.3.	The Commission's Preliminary Findings.....	27
4.3.1.	Misappropriating the historical meaning of the verification checkmarks of Twitter on the X service.....	27
4.3.2.	Misappropriating the meaning of cross-industry visual standards.....	33

Die Europäische Kommission warf X vor, gegen die DSA zu verstoßen, indem es die Bedeutung eines blauen Häkchens „missbraucht“ habe.

Die Behauptung der Europäischen Kommission, das neue blaue Häkchen-System sei „irreführend“, ist äußerst wenig überzeugend.⁵²⁷ Wie X gegenüber der Kommission feststellte, „ist sich der durchschnittliche Nutzer von X der Bedeutung der blauen Häkchen bewusst, da in den Medien ausführlich über die geänderte Richtlinie berichtet wurde, öffentliche Ankündigungen zu dieser Änderung gemacht wurden ... und auf den Erklärungswebseiten der Anbieter von X ausführlich dargelegt wird, wie sich die neue Richtlinie vom bisherigen Verifizierungsprogramm von Twitter unterscheidet.“⁵²⁸ Die Behauptung der Kommission, es handele sich um eine Täuschung, geht ganz einfach davon aus, dass der Durchschnittsbürger unwissend und dumm ist. Das Beispiel der Kommission selbst belegt dies. In der Entscheidung wird ein X-Konto mit blauem Häkchen verwendet, das angeblich „Donald Duck“ gehört – die fiktive

⁵²¹ Ebenda, S. 165.

⁵²² Ebenda, S. 25-51.

⁵²³ Ebenda, S. 25.

⁵²⁴ Siehe Caitlin O’Kane, *Twitter beendet offiziell seinen alten Verifizierungsprozess am 1. April. Um ein blaues Häkchen zu erhalten, muss man bezahlen*, CBS NEWS (24. März 2023); Michael Dobuski, *Twitter beginnt mit der Abschaffung der alten „blauen Häkchen“ im Rahmen der neuesten Plattformänderung*, ABC NEWS (1. April 2023).

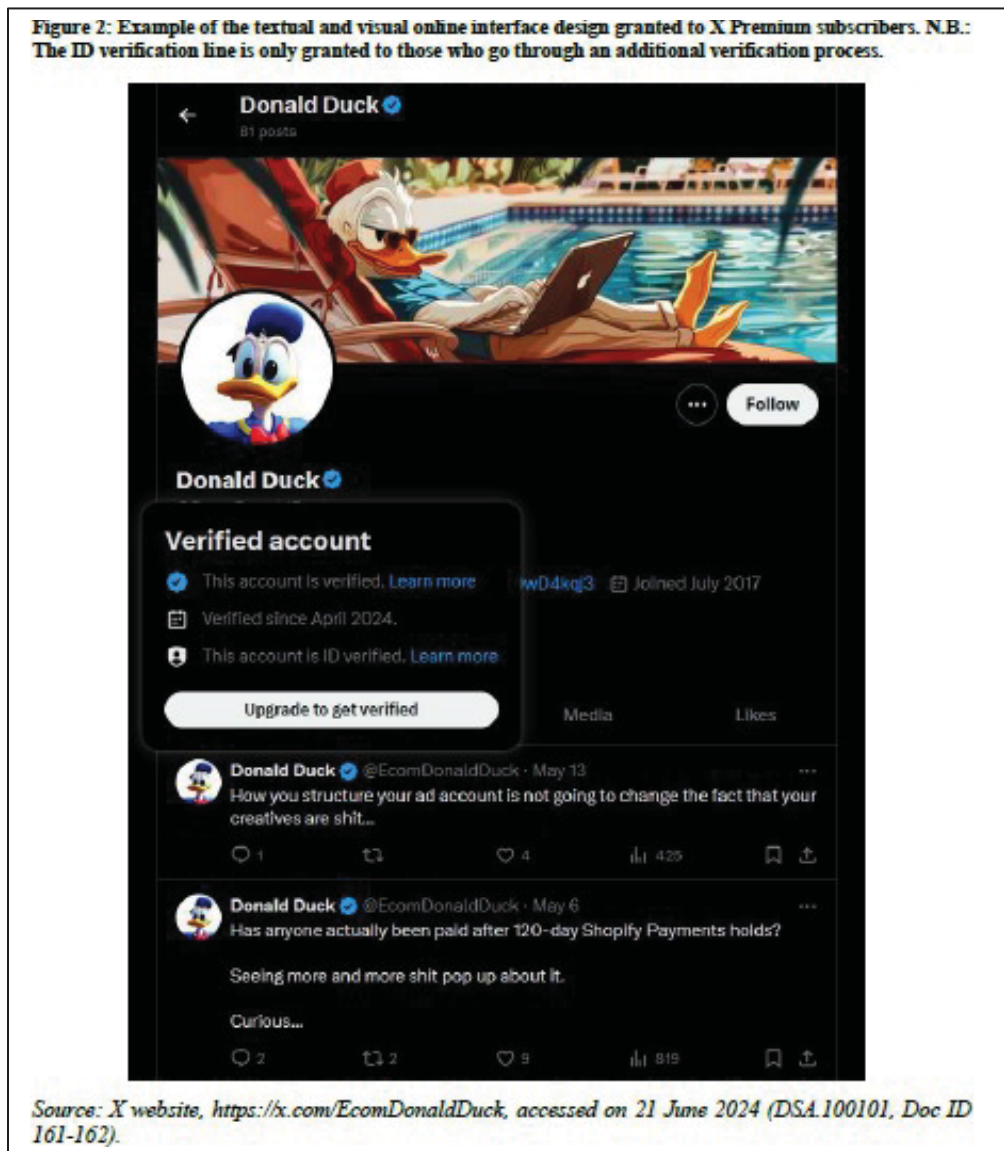
⁵²⁵ X-Entscheidung, siehe Fußnote 61, S. 27, 33.

⁵²⁶ Ebenda, S. 34-36.

⁵²⁷ Ebenda, S. 27.

⁵²⁸ Ebenda, S. 42.

Disney-Figur – als Beispiel für die angeblich irreführenden Praktiken von X.⁵²⁹ Das Beispiel der Kommission beweist jedoch das Gegenteil. Um sich von dem mit einem blauen Häkchen versehenen Donald-Duck-Konto täuschen zu lassen – zu glauben, dass das Konto nach den vor 2023 geltenden Regeln verifiziert worden sei –, müsste man davon ausgehen, dass (1) diese fiktive Ente zum Leben erweckt worden sei und (2) es sich um einen echten X-Nutzer handle. Kein vernünftiger Mensch würde sich das mit einem blauen Häkchen versehene Donald-Duck-Konto ansehen und denken, dass dies der Fall sei. Stattdessen würde er erkennen, dass sich die Standards für die Vergabe blauer Häkchen geändert haben, und X mit diesem Wissen weiter nutzen.



Die Entscheidung der Europäischen Kommission, X mit einer Geldstrafe zu belegen, führte dieses „Donald Duck“-Konto als Beispiel für die angeblich irreführende Politik von X in Bezug auf blaue Häkchen an.

Die Behauptung der Europäischen Kommission, dass die algorithmische Verstärkung zahlender Nutzer „die Empfänger des Dienstes über die Bedeutung ihrer Inhalte täuscht“, ist ähnlich

⁵²⁹ Ebenda, S. 29.

schwach.⁵³⁰ Die Anzahl der Reposts, Likes und Views für jeden Inhalt auf X wird direkt unter dem Text des Beitrags deutlich sichtbar angezeigt. Mit anderen Worten: Jeder einzelne Inhalt auf X wird zusammen mit einer objektiven Messung seiner „Bedeutung“ angezeigt.⁵³¹ X macht auch keinen Hehl daraus, dass die Beiträge zahlender Nutzer durch einen Algorithmus bevorzugt behandelt werden.⁵³² Vor diesem Hintergrund ist die Vorstellung, dass X seine Nutzer über die Bedeutung von Inhalten täuscht, lächerlich.

Die Argumente der Europäischen Kommission sind so schwach, dass sie eindeutig als Vorwand erscheinen, insbesondere angesichts der Tatsache, dass die Kommission X schon seit langem ins Visier genommen hat. Aber selbst wenn man sie ernst nimmt, offenbaren sie etwas zutiefst Beunruhigendes über die DSA und die europäischen Regulierungsbehörden. Nach dem eigenen Verständnis der Kommission sind die Bußgelder im Zusammenhang mit dem blauen Häkchen eine Strafe für Innovationsversuche. Das Argument, dass X gegen die DSA verstößt, weil es „die historische Bedeutung der Verifizierungshäkchen missbraucht“ und „die Bedeutung branchenübergreifender visueller Standards missbraucht“⁽⁵³³⁾ läuft darauf hinaus, dass X gegen die DSA verstößt, weil es es wagt, Dinge anders zu machen als andere Social-Media-Unternehmen.

ii. Die Europäische Kommission hat X wegen angeblicher Verstöße im Zusammenhang mit seinem Anzeigenarchiv mit einer Geldstrafe von 35 Millionen Euro belegt.

Artikel 39 der DSA verpflichtet Plattformen dazu, ein „Archiv“ aller Anzeigen zu führen, die im letzten Jahr auf der Plattform innerhalb der EU geschaltet wurden. X unternahm in gutem Glauben Schritte zum Aufbau eines effektiven Anzeigenarchivs, das sensible Nutzerdaten schützte und gleichzeitig die wichtigsten Anforderungen von Artikel 39 erfüllte – dennoch wurde eine Geldstrafe in Höhe von 35 Millionen Euro verhängt. Die Kommission hat X unter anderem wegen falscher Auslegung einer vagen Bestimmung zur Durchsuchbarkeit des Anzeigenarchivs und wegen der Bereitstellung von Daten in einer Tabellenkalkulation statt direkt auf der Website von X mit einer Geldstrafe belegt. Diese Vorwürfe zeigen einmal mehr, dass die Geldstrafe der Kommission eine gezielte, vorgeschobene Reaktion auf die Verteidigung der freien Meinungsäußerung durch X war.

Gemäß Artikel 39 müssen die Anzeigenarchive der Plattformen sieben verschiedene Informationen zu jeder Anzeige anzeigen, und die Nutzer müssen „Mehrkriterienabfragen“ durchführen können (z. B. Suche nach bestimmten Anzeigen, die mehrere vom Nutzer eingegebene Kriterien erfüllen).⁵³⁴ Das Anzeigenarchiv von X ermöglicht solche „Mehrkriterienabfragen“ – Nutzer können benutzerdefinierte Suchanfragen erstellen, die darauf basieren, wo und wann die Anzeige geschaltet wurde und wer der Werbetreibende war.⁵³⁵ Die Kommission erklärte jedoch ohne klare Begründung, dass dies nicht ausreiche – X müsse „Mehrkriterienabfragen“ unter Verwendung aller sieben Informationen zulassen.⁵³⁶

Noch lächerlicher ist, dass die Kommission X wegen eines Verstoßes gegen den DSA verurteilte, weil es die Ergebnisse der Suchanfragen im Anzeigenarchiv in einer Tabelle (einer CSV-Datei) und nicht direkt auf seiner Website bereitstellte.⁵³⁷ Die Kommission argumentierte, dass auch dies „die Suchbarkeit“ der Anzeigen von X einschränke.

⁵³⁰ Ebenda, S. 35.

⁵³¹ Id.

⁵³² Siehe *Über X Premium*, X HELP CENTER, <https://help.x.com/en/using-x/x-premium> (zuletzt abgerufen am 29. Januar 2026).

⁵³³ X-Entscheidung, siehe Fußnote 61, S. 27, 33.

⁵³⁴ Gesetz über digitale Dienste, siehe Fußnote 26, Art. 39.

⁵³⁵ Entscheidung X, siehe oben Anmerkung 61, S. 56-57.

⁵³⁶ Id.

⁵³⁷ Ebenda, S. 57.

Repository, da es von den Nutzern den Download von „Drittanbietersoftware“ verlangt und somit Versuche, Werbung auf X zu recherchieren, vereiteln könnte.⁵³⁸ Die Kommission argumentierte außerdem, dass die Darstellung der Ergebnisse in einer Tabellenkalkulation das Anzeigen-Repository von X eher zu einem „Suchwerkzeug“ als zu einem „durchsuchbaren Werkzeug“ mache und somit gegen Artikel 39 verstoße.⁵³⁹ Diese Argumente sind schwach. Forscher sind in der Lage, Tabellenkalkulationsprogramme zu verwenden, da die Bearbeitung großer Datensätze in Tabellenkalkulationssoftware ein wesentlicher Bestandteil der quantitativen Forschung in fast allen Bereichen ist. Das andere Argument der Kommission – dass X illegal ein „Suchwerkzeug“ anstelle eines „durchsuchbaren Werkzeugs“ bereitstellt⁵⁴⁰ – ist ebenso wenig überzeugend. Es ist unklar, wie sich diese beiden Dinge unterscheiden, inwiefern das Anzeigenarchiv von X ein Suchwerkzeug, aber kein durchsuchbares Werkzeug ist oder wie X den Unterschied zwischen diesen beiden Dingen hätte kennen können. Dennoch war dies ein wesentlicher Grund für die Geldbuße in Höhe von 35 Millionen Euro gegen X wegen seines Anzeigenarchivs.

5.3.1. X's advertising repository is not available through a searchable tool

(179) First, the search tool does not allow multicriteria queries in a way that would fulfil the objectives of that provision to facilitate supervision and research into emerging risks brought about by the distribution of advertising online. Trial interactions with X's advertisement repository conducted by the Commission¹⁷² show that queries for downloading data on advertisements presented on X are limited to the following search fields: (i) the Member States where the advertisement was presented (a user must select one Member State, with no possibility to choose the whole of the Union); (ii) the X account of an advertiser (a user must select one advertiser from a drop-down list displayed); and (iii) the time frame within which the advertisement was presented.

(184) More specifically, those search results are not presented in a specific section of X's online interface, as required by Article 39(1) of Regulation (EU) 2022/2065, but are only downloadable in a separate .csv file, whose search functionalities depend on the use of third-party software to open the file. The absence of a visual display of the query results in X's online interface with search and sorting functions further reduces the searchability of the tool, since search results can only be accessed with third-party software that opens the .csv file. This applies to information on commercial communications as well, which are excluded altogether from the tool's search functions and are only accessible through a separate .csv file.¹⁷³

Die Kommission verhängte gegen X eine Geldstrafe, weil es über ein Anzeigenarchiv verfügte, das einige „multikriterielle Abfragen“ zuließ, andere jedoch nicht, und weil es Daten in einer externen Tabellenkalkulation erstellte.

- iii. Die Kommission verhängte gegen X eine Geldstrafe in Höhe von 40 Millionen Euro, weil es sich geweigert hatte, die Bestimmungen des DSA zum Zugang für Forscher extraterritorial durchzusetzen.

Artikel 40 des DSA verpflichtet Plattformen, Pseudowissenschaftlern, die Falschinformationen verbreiten, „unverzüglich Zugang zu Daten zu gewähren“.⁵⁴¹ In der Praxis müssen Plattformen Zugang zu ihren Backend-Systemen gewähren, damit diese sogenannten Forscher mithilfe einer Anwendungsprogrammierschnittstelle (API) Daten in großem Umfang von den Plattformen abrufen können.⁵⁴² Artikel 40 legt die Bedingungen fest, wer für diesen begehrten Backend-Zugang in Frage kommt: Forscher müssen „unabhängig von kommerziellen Interessen“ sein, und die Daten dürfen „ausschließlich zum Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten“ im Zusammenhang mit der EU verwendet werden.

⁵³⁸ *Id.*

⁵³⁹ *Ebenda*, S. 75.

⁵⁴⁰ *Id.*

⁵⁴¹ Gesetz über digitale Dienste, siehe Fußnote 26, Art. 40.

⁵⁴² Siehe Victor Alamertery, *Datenzugang gemäß dem EU-Gesetz über digitale Dienste*, EUROPÄISCHE KOMMISSION (9. Juli 2025).

X bewertete Anträge auf API-Zugang gemäß den Beschränkungen in Artikel 40 – und wurde dafür bestraft. Darüber hinaus beanspruchte die Kommission die Befugnis, extraterritoriale Maßnahmen zu verlangen: Nach ihrer Auslegung des DSA muss X, ein amerikanisches Unternehmen, amerikanische Daten an Forscher auf der ganzen Welt weitergeben.

Zunächst beanstandete die Kommission, dass X die gesetzliche Vorschrift durchgesetzt habe, wonach Forscher berechtigt sind, auf die proprietären Daten von Plattformen „ausschließlich zum Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Erkennung, Identifizierung und zum Verständnis systemischer Risiken in der [Europäischen] Union beitragen“, zuzugreifen.⁵⁴³ X, das den Wortlaut von Artikel 40 in Verbindung mit der Vermutung gegen die extraterritoriale Anwendung von Gesetzen las, lehnte Datenzugriffsanfragen, bei denen der Umfang der vorgeschlagenen Forschung über die EU hinausging, generell ab.⁵⁴⁴ Die Kommission erklärte, dass X gemäß dem DSA verpflichtet sei, diesen Anfragen nachzukommen, selbst wenn die angeforderten Daten keinen eindeutigen Bezug zur EU hätten, da „es gerechtfertigt ist, dass ein Forschungsprojekt auch einen größeren geografischen Kontext berücksichtigt“.⁵⁴⁵ Die Kommission räumte ein, dass die Anforderung, dass Daten einen Bezug zur EU haben müssen, „in Artikel 40 Absatz 12 zu finden ist“, stellte jedoch dennoch fest, dass X gegen die DSA verstoßen habe, weil es eine „unnötig enge“ Auslegung der Bestimmung vorgenommen habe.⁵⁴⁶ Die weiter gefasste Auslegung der Kommission würde von X verlangen, Forschern Daten zur Verfügung zu stellen, die nichts mit der EU zu tun haben – eine eindeutige extraterritoriale Anwendung der DSA.

6.3.2.1. Overly restrictive interpretation of the eligibility requirements set out in Article 40(12) of Regulation (EU) 2022/2065

(315) First, the provider of X has an overly restrictive interpretation of the requirement that researchers use the data 'solely' for performing research that contributes to the detection, identification and understanding of systemic risks in the Union within the meaning of Article 34(1) of Regulation (EU) 2022/2065.

(317) This restrictive interpretation is corroborated by evidence collected by researchers affiliated with the European New School and the Weizenbaum Institute in their ongoing survey of the research community in relation to platforms' data access mechanisms.⁵⁴⁵ The survey report identifies the repeated use of this argument by the provider of X to reject applications and notes that 'while this wording is found in Article 40(12), it is an unnecessarily narrow interpretation of the provision to restrict data access by claiming a request is not specific enough without further explanations'.

(457) The provider's *post-facto* claim that the research was out of scope because it considered [REDACTED] as part of its research sample is also flawed. Indeed, it is justified for a research project to also consider wider geographical contexts where this is necessary to strengthen the contribution of the study for the understanding of systemic risks in the Union, knowing in this case that [REDACTED]. Lastly, as this claim was only formulated by the provider *post-facto*, the provider of X never informed the applicants that it considered part of the public data requested to be out of scope, which may have enabled applicants to challenge this argument, or to revise their application.

Die Europäische Kommission verhängte gegen X eine Geldbuße, weil es die Anforderungen des Wortlauts von Artikel 40 durchgesetzt und keine Nicht-EU-Daten herausgegeben hatte.

⁵⁴³ Digital Services Act, siehe oben Anmerkung 26, Art. 40.

⁵⁴⁴ X-Entscheidung, siehe oben Anmerkung 61, S. 91-93.

⁵⁴⁵ Ebenda, S. 133.

⁵⁴⁶ *Id.*

Die Europäische Kommission hat außerdem gegen X eine Geldbuße verhängt, weil das Unternehmen Forschern, die „außerhalb der [Europäischen] Union ansässig sind“, den Datenzugang verweigert hat.⁵⁴⁷ Nach Auslegung der Kommission verpflichtet das DSA Plattformen dazu, Forschern auf der ganzen Welt, unabhängig von ihrem Standort, Backend-Datenzugang zu gewähren.⁵⁴⁸ In Verbindung mit der Ausweitung der Datenzugriffsanforderung auf Nicht-EU-Daten bedeutet dies, dass ein amerikanisches Unternehmen verpflichtet werden könnte, Nicht-EU-Forschern Zugang zu amerikanischen Daten zu gewähren – und das alles aufgrund eines europäischen Gesetzes. Genau vor dieser Art der einschüchternden, extraterritorialen Anwendung eines ausländischen Zensurgesetzes hat der Ausschuss seit mehr als einem Jahr gewarnt. Und es schafft einen gefährlichen Präzedenzfall: Im Rahmen des DSA beansprucht die Kommission die Befugnis, über ihre Grenzen hinaus zu regulieren.

6.3.2.1.2. Restrictions based on the geographic location of the researchers

(324) Second, the provider of X rejected researchers on the sole basis that they were established outside the Union, whereas Article 40(12) of Regulation (EU) 2022/2065 does not allow for such a restriction.

Die Europäische Kommission wendet die Datenzugriffsanforderungen der DSA auf Forscher weltweit an.

Die anderen Gründe der Kommission, warum X gegen Artikel 40 verstößt, waren unbegründet. So setzte X beispielsweise die Anforderung von Artikel 40 durch, dass Forscher „unabhängig von kommerziellen Interessen“ sein müssen, indem es von potenziellen Forschern verlangte, „Informationen über die Vorstandsmitglieder, Mitglieder, Aktionäre und Stipendiaten der Organisation“ sowie über „indirekte Finanzierungen“ vorzulegen.⁵⁴⁹ Diese Informationen sind eindeutig relevant für die Feststellung, dass die Organisation eines Forschers von Unternehmen unabhängig ist, die von seiner Forschung profitieren könnten. Dennoch stellte die Kommission einen Verstoß gegen das DSA durch X fest, weil diese einfache, nützliche Fakten gesammelt hatte, um das DSA so durchzusetzen, wie es geschrieben stand.⁵⁵⁰

(329) While the affiliation of an applicant to a specific organisation may be relevant to assess whether that applicant is entitled to request access to data pursuant to Article 40(12) of Regulation (EU) 2022/2065, there is nothing in that provision which would justify requesting mandatory information about the organisation's board members, membership, shareholders, grant recipients, or information about the 'indirect funding'⁵⁵⁰ of researchers. Requesting that information is therefore designed to discourage meaningful scrutiny of the systemic risks to which a service gives rise. In a

Die Europäische Kommission beanstandete, dass X die Anforderung durchgesetzt habe, dass Forscher „unabhängig von kommerziellen Interessen“ sein müssen.

Ebenso stellte die Europäische Kommission einen Verstoß von X hinsichtlich des Standardzugangs zu Daten fest, den es erfolgreichen Forschungsantragstellern gewährte. Nach einem erfolgreichen Forschungsantrag gewährte X den Forschern für einen Zeitraum von sechs Monaten Zugang zur API für 1 Million Tweets pro Monat.

⁵⁵¹ Forscher konnten einen längeren oder umfassenderen Zugang beantragen, wenn ihre Forschung dies erforderte.
⁵⁵²

⁵⁴⁷ Ebenda, S. 39.

⁵⁴⁸ Siehe ebenda.

⁵⁴⁹ Ebenda, S. 95; siehe Digital Services Act, oben Anmerkung 26, Art. 40.

⁵⁵⁰ X-Entscheidung, siehe oben Anmerkung 61, S. 95.

⁵⁵¹ Ebenda, S. 99–100.

⁵⁵² Ebenda, S. 115.

Irgendwie reichte dies der Kommission nicht aus – obwohl sie zugab, dass andere Plattformen „noch restriktivere Quoten haben“.⁵⁵³

Schließlich gibt die Geldbuße der Europäischen Kommission gegen X Aufschluss über ihre Definition des Begriffs „systemisches Risiko“ im Sinne des DSA. X argumentierte, dass es mangels Leitlinien der Kommission „Fehlinformationen an sich“ nicht als „systemisches Risiko in der EU“ betrachte.⁵⁵⁴ Die Kommission widersprach X und argumentierte offenbar, dass *alle* Falschinformationen ein „systemisches Risiko“ im Sinne von Artikel 34 DSA darstellen.⁵⁵⁵ Das bedeutet, dass mutmaßliche Falschinformationen gemäß Artikel 35 „gemildert“ werden müssen, was Sozialen Medien effektiv vorschreibt, Informationen, die von EU-Bürokraten als falsch eingestuft werden, umfassend zu zensieren.

iv. X behauptet, dass die Europäische Kommission erhebliche Ermittlungsfehler begangen habe.

Zusätzlich zu seiner umfassenden Widerlegung der vorgeschobenen Vorwürfe der Europäischen Kommission behauptet X, dass die Kommission erhebliche Verfahrensfehler begangen habe, die sein Recht auf Verteidigung beeinträchtigt hätten.⁵⁵⁶ Laut X gab die Kommission den Anwälten von X nur fünf Tage Zeit für eine vertrauliche Einsichtnahme in mehr als 3.800 vertrauliche Dokumente, die die Vorwürfe der Kommission untermauerten.⁵⁵⁷ Während dieser fünf Tage wurden den Anwälten von X nicht funktionierende Computer zur Verfügung gestellt, sie mussten sich an „strenge Ein- und Ausgangsregeln“ für den Einsichtnahme-Raum halten und standen unter ständiger Beobachtung durch Mitarbeiter der Kommission, wodurch die Anwälte effektiv daran gehindert wurden, ihre Verteidigungsstrategie für X „frei zu besprechen“.⁵⁵⁸ Die Kommission war außerdem befugt, die Notizen der Anwälte nach deren Verlassen des Lesesaals zu überprüfen.⁵⁵⁹ Schließlich behauptet X, dass die Kommission zur Untermauerung ihrer Vorwürfe unzulässigerweise Notizen aus informellen Befragungen und Besprechungen anstelle von eidesstattlichen Aussagen verwendet habe.⁵⁶⁰

7. ALLEGED PROCEDURAL ERRORS IN THE ADOPTION OF THE DECISION

7.1. The allegations of the provider of X

(534) The provider of X argues that the Commission's investigative procedure leading to the adoption of the Decision suffers from severe flaws that undermine its rights of defence. According to that provider, there appears to be a discrepancy between the gravity of the allegations outlined in the Preliminary Findings and the procedural restrictions imposed on the provider of X. According to the provider of X, many of the issues stem from the Commission's own procedural rules, such as those in Implementing Regulation (EU) 2023/1201 and the data room rules, which prioritise administrative convenience over procedural fairness.

X behauptete, dass die Kommission ihm systematisch das Recht verweigert habe, sich gegen die Vorwürfe der Kommission zu verteidigen.

⁵⁵³ Ebenda, S. 145.

⁵⁵⁴ Ebenda, S. 130.

⁵⁵⁵ *Id.*

⁵⁵⁶ Ebenda, S. 153–163.

⁵⁵⁷ Ebenda, S. 157, 159.

⁵⁵⁸ Ebenda, S. 153.

⁵⁵⁹ Ebenda, S. 160.

⁵⁶⁰ Ebenda, S. 154.

v. *Die Europäische Kommission droht mit einem Verbot von X, wenn das Unternehmen den Zensurforderungen nicht nachgibt.*

Die Geldstrafe der Europäischen Kommission in Höhe von 120 Millionen Euro liegt nahe am gesetzlichen Höchstbetrag von sechs Prozent des weltweiten Umsatzes einer Plattform.⁵⁶¹ Aber das ist noch nicht einmal die schwerste Strafe, die möglicherweise verhängt werden kann: Die Europäische Kommission droht mit einem Verbot von X in der EU, wenn es einer Liste von Zensurforderungen nicht nachkommt, darunter:

- „Deutlichere und direktere Bereitstellung klarer und nicht irreführender Informationen über die Bedeutung des blauen Häkchens (obwohl X diesbezüglich 2025 vier Monate lang ein Banner in der EU betrieben hat);
- Beendigung der algorithmischen Verstärkung zahlender Nutzer;
- Bereitstellung von Suchergebnissen für Anzeigenarchive auf der Website von X statt in einer externen Tabelle;
- Gewährung von Datenzugriffsanfragen für Forscher außerhalb der EU;
- Gewährung eines umfassenderen Datenzugangs für Forscher; und
- Änderung der Nutzungsbedingungen, um „qualifizierten Forschern“ das Scraping von Daten aus der öffentlichen Website von X ohne vorherige Genehmigung zu ermöglichen.⁵⁶²

Das Verbot einer der beliebtesten Social-Media-Plattformen der Welt wäre ein schwerer Angriff auf die Meinungsfreiheit. Dennoch droht die Europäische Kommission genau damit.⁵⁶³

(586) Pursuant to Article 75(3) of Regulation (EU) 2022/2065, the Commission, taking into account the opinion of the Board, shall decide whether the measures set out in the action plan are sufficient to terminate or remedy the infringement, taking also into account whether adherence to relevant code of conduct is included among the measures proposed. The Commission shall also subsequently monitor measures taken by the provider of a very large online platform or of a very large online search engine concerned in the implementation of the action plan, taking into account also an independent audit of the provider. Pursuant to Article 75(4) of Regulation (EU) 2022/2065 if, following the implementation of the action plan, the Commission still considers that the infringement has not been fully remedied, or if the action plan has not been provided or is not considered suitable, the Commission shall be able to use any investigative or enforcement powers pursuant to Regulation (EU) 2022/2065, including the power to impose periodic penalty payments and initiating the procedure to disable access to the infringing service.

Die Europäische Kommission droht damit, X in der EU zu verbieten, wenn es den Zensurforderungen nicht nachkommt.

⁵⁶¹ Ebenda, S. 168–179.

⁵⁶² Ebenda, S. 163, 165–168.

⁵⁶³ Ebenda, S. 165.

Die Geldstrafe und die angedrohte Sperrung von X durch die Europäische Kommission sind ein entscheidender Moment in der europäischen Kampagne zur Kontrolle des globalen Online-Diskurses. Seit vor der Verabschiedung des DSA hat die Kommission X wegen seiner Politik der Meinungsfreiheit und seines Engagements ins Visier genommen. Die Entscheidung der Kommission ist weder eine unparteiische Bewertung der Fakten noch eine sachliche Auslegung des Gesetzes – sie ist ein 183-seitiger Vorwand, um X mit einer Geldstrafe zu belegen, weil es Meinungsäußerungen hostet, die für die europäische herrschende Klasse politisch unbequem sind.

Die Schwäche der Argumente der Europäischen Kommission macht dies deutlich. Wiederholt verdreht die Kommission den Wortlaut des DSA, um Verstöße zu konstruieren, die sie X anlasten kann. Sie ignoriert eindeutige Fakten und einfache Gesetze in einer Kampagne, um die Befürwortung grundlegender Prinzipien der Meinungsfreiheit durch X zu kriminalisieren. Dabei liefert sie wichtige Einblicke in die Auslegung des DSA durch die Europäische Kommission. In vielerlei Hinsicht steht dies im Einklang mit dem regulatorischen Ansatz der Europäischen Kommission in den letzten Jahren: Sie geht davon aus, dass die EU-Bürger dumm sind und nicht in der Lage sind, zu unterscheiden und frei zu entscheiden, was wahr ist und was nicht. Sie bestraft Innovation und erklärt sogar, dass sie X mit einer Geldstrafe belegt, weil das Unternehmen versucht hat, die Plattform anders zu betreiben als die frühere Führung von Twitter oder andere Social-Media-Unternehmen. Am beunruhigendsten ist vielleicht, dass die EU versucht, das DSA über ihre Grenzen hinaus durchzusetzen – eine ernsthafte Bedrohung für die Meinungsfreiheit in den Vereinigten Staaten.

B. Die laufenden Initiativen der Europäischen Kommission zeigen, dass sie weiterhin auf Zensur setzt.

Seit der Verabschiedung des DSA hat die Kommission unter der Leitung von Präsidentin Ursula von der Leyen ihre Zensurbemühungen fortgesetzt. Zusätzlich zu der ohnehin schon undurchsichtigen europäischen Zensurarchitektur haben von der Leyen und ihre Verbündeten weitere Zensurgesetze und Initiativen vorgeschlagen, die noch strengere Anforderungen für die Entfernung von angeblichen Falschinformationen und Hassreden schaffen. Obwohl sie für ihre zweite Amtszeit als Präsidentin eine „Vereinfachung“ des aufgeblähten europäischen Regulierungssystems versprochen hat,⁵⁶⁴ weigert sie sich, diese Deregulierungsagenda auf Online-Äußerungen auszuweiten.

i. Der EU-Demokratieschild wird die Zensurbefugnisse der Europäischen Kommission erweitern und möglicherweise die Anonymität in den sozialen Medien beenden.

Präsidentin von der Leyen hat den sogenannten „EU-Demokratieschild“ zu einem Kernstück ihrer zweiten Amtszeit gemacht. Der im November 2025 vorgestellte Demokratieschild sieht neue Initiativen zur Zensur unliebsamer Online-Inhalte vor.⁵⁶⁵ Anstatt seine Fehler zu korrigieren und grundlegende Prinzipien der Meinungsfreiheit wieder einzuführen, verdoppelt Europa seinen Einsatz und erweitert die Befugnisse der Kommission, politische Gegner zum Schweigen zu bringen.

Der Schutzschild verspricht mehrere neue Zensurinitiativen bis 2027. Zunächst heißt es darin, dass „die Kommission ein DSA-Protokoll für Zwischenfälle und Krisen ausarbeiten wird“.⁵⁶⁶ Diese werden, wie die DSA-Wahlrichtlinien, zusätzliche DSA-Zensuranforderungen für „Krisenzeiten“ darstellen. Die

⁵⁶⁴ Siehe Jennifer Rankin, *EU startet „Vereinfachungsagenda“, um mit den USA und China Schritt zu halten*, THE GUARDIAN (29. Januar 2025).

⁵⁶⁵ Vorschlag zum „Democracy Shield“, siehe oben Anmerkung 66.

⁵⁶⁶ Ebenda, § 2.2.

Die Kommission versprach, dass dieses Zensurprotokoll „schnelle Reaktionen“ – also Zensur – „auf groß angelegte und potenziell transnationale“ Ereignisse gewährleisten werde.⁵⁶⁷ Dieses Protokoll ist vage definiert und wird effektiv ein Zensurschalter sein, den die EU-Behörden einschalten können, wann immer sie das Gefühl haben, die Kontrolle über Online-Narrative zu verlieren. Und selbst wenn es nominell freiwillig ist, wird es in der Praxis verbindlich sein, wie frühere „freiwillige“ EU-Regulierungsvereinbarungen wie der Kodex zur Bekämpfung von Desinformation gezeigt haben.

In ähnlicher Weise verspricht der Democracy Shield eine Erweiterung des Verhaltenskodexes zur Desinformation. Der Plan sieht vor, dass die Europäische Kommission „gemeinsam mit den Unterzeichnern des Kodex mögliche weitere Maßnahmen prüfen wird“, wobei der Schwerpunkt insbesondere auf der „Kennzeichnung von KI-generierten Inhalten“ und „Tools zur Nutzerüberprüfung“ liegt, darunter die „EU Digital Identity Wallets“⁵⁶⁸. Natürlich sind die Vorgaben des Kodexes zur Desinformation nur dem Namen nach freiwillig – was der Democracy Shield deutlich macht. Der Plan sieht vor, dass „die Kommission im Rahmen ihrer DSA-Aufsicht das Engagement [der Plattformen] ... und ... die Umsetzung“ des Kodexes bewertet.⁵⁶⁹ Das Ergebnis: Die Kommission strebt die Einführung *de facto* verbindlicher Verpflichtungen für Plattformen zur Überprüfung der Identität von Nutzern an, was möglicherweise das Ende der Anonymität in sozialen Medien bedeuten würde. Regulierungsbehörden, die Nutzer wegen unliebsamer Beiträge schikanieren wollen, könnten Plattformen einfach dazu zwingen, die verifizierten Identitäten anonymer Nutzer preiszugeben. Dies wäre möglicherweise die bislang größte Bedrohung für die Meinungsfreiheit.

Der Plan sieht auch die Schaffung von zwei neuen EU-Zensurzentren vor: dem Europäischen Zentrum für demokratische Resilienz und dem Europäischen Netzwerk von Faktenprüfern. Das Zentrum für demokratische Resilienz wird „die operative Zusammenarbeit und den Kapazitätsaufbau“ der Regierungen unterstützen, um auf mutmaßliche Desinformationskampagnen zu reagieren⁵⁷⁰ – was bedeutet, dass es eine schnelle und groß angelegte grenzüberschreitende Zensur koordinieren wird. Das Europäische Netzwerk von Faktenprüfern wird ein weiteres Koordinierungsforum für linke, zensurfremde NGOs sein⁵⁷¹. Ohne jede offensichtliche Ironie erklärt die Kommission, dass das Netzwerk von Faktenprüfern „unabhängig“ sein wird, aber auch „mit Unterstützung der Kommission eingerichtet“ wird.⁵⁷² Natürlich macht die Finanzierung durch die Kommission jegliche Unabhängigkeit unmöglich – die Mitglieder des Netzwerks werden wissen, dass die Kommission die Geldhähne jederzeit zudrehen kann, wenn sie politisch nicht mehr nützlich sind. Gemäß dem Democracy Shield-Plan wird das Netzwerk „ein unabhängiges Archiv für Faktenchecks einrichten und pflegen, um Faktenchecks zu konsolidieren“ – mit anderen Worten, eine Datenbank für die Parteilinie der Kommission.⁵⁷³ Das „Archiv“ des Netzwerks, das als Arm der Kommission fungiert, wird den Plattformen signalisieren, welche Inhalte online bleiben können und welche sofort entfernt werden müssen, zusätzlich zu der bereits bestehenden Befugnis der Faktenprüfer, vorrangige Zensuranträge zu stellen.

ii. Die EU-Gleichstellungsstrategie forderte kürzlich eine Gesetzgebung, die „Hassrede“ in der gesamten EU definiert.

Die kürzlich von der Europäischen Kommission veröffentlichte fünfjährige „LGBTIQ+-Gleichstellungsstrategie“ ist ebenso zensurfremd. Dieser Vorschlag fordert eine „Harmonisierung“ der Definitionen von „Hass“ in den EU-Mitgliedstaaten.

⁵⁶⁷ *Id.*

⁵⁶⁸ *Id.*

⁵⁶⁹ *Id.*

⁵⁷⁰ *Ebenda*, § 2.1.

⁵⁷¹ *Ebenda*, § 2.2.

⁵⁷² *Id.*

⁵⁷³ *Ebenda* (Hervorhebung weggelassen).

Straftaten, die online begangen werden“, wodurch Äußerungen in der gesamten EU unter Strafe gestellt werden.⁵⁷⁴ Eine Harmonisierung würde erfordern, dass jeder EU-Mitgliedstaat die aggressive und politische Definition der EU für illegale „Hassrede“ verwendet, die auch den konventionellen politischen Diskurs und „Memes“ umfasst.⁵⁷⁵ Gemäß dem DSA müssen Plattformen „illegale Hassrede“ zensieren,⁵⁷⁶ was bedeutet, dass dieser Vorstoß eine aggressivere digitale Zensur in ganz Europa – und wahrscheinlich weltweit – erfordern würde.

Noch aussagekräftiger ist, dass die Kommission versucht, den regulären demokratischen Prozess zu umgehen, um dies zu erreichen. Um den „Harmonisierungsprozess“ einzuleiten, muss „Hassrede“ zunächst in die Liste der „EU-Straftaten“ im Rahmen des EU-Vertrags aufgenommen werden.⁵⁷⁷ Dieser Schritt, der eine Abstimmung durch die EU-Gesetzgebungsorgane erfordern würde, ist wiederholt gescheitert.⁵⁷⁸ Nun treibt die Kommission das Vorhaben eigenmächtig voran und argumentiert, dass „Hassrede“ bereits nach dem Vertrag strafbar sei, da sie unter bestehende Straftatbestände wie „Terrorismus“ und „Computerkriminalität“ falle.⁵⁷⁹

iii. Das Paket zur „Vereinfachung“ der Rechtsvorschriften von EU-Präsidentin von der Leyen enthielt keine bedeutenden Reformen des DSA.

Präsidentin von der Leyen hat sich für ihre zweite Amtszeit eine „Vereinfachung“ der Regulierung versprochen.⁵⁸⁰ Diese „Vereinfachung“ scheint jedoch nicht die komplizierten Vorschriften der EU zur digitalen Meinungsäußerung zu umfassen. Von der Leyen hat kürzlich einen „Vorschlag für eine digitale Omnibusverordnung“ veröffentlicht, um „die Anwendung des digitalen Regelwerks zu optimieren“.⁵⁸¹ Ihr Vorschlag würde jedoch die digitale Zensurarchitektur Europas, einschließlich des DSA, unangetastet lassen.⁵⁸² Die Kommission scheint sich nach wie vor für eine globale Internetzensur einzusetzen.

iv. Andere EU-Gesetze zur Regulierung von Technologieunternehmen bieten der Kommission zusätzliche Möglichkeiten, Druck auf Plattformen auszuüben.

Die Europäische Kommission erlegt Technologieunternehmen durch ihren Digital Markets Act (DMA), ein EU-Wettbewerbsgesetz, ebenfalls strenge regulatorische Auflagen auf. Der DMA, das Schwestergesetz des DSA, stellt strenge Anforderungen an die Gestaltung von Internetdiensten für große Plattformen, die als „Gatekeeper“ bezeichnet werden.⁵⁸³ Die qualitativen Standards des DMA für die Benennung von Gatekeepern können leicht missbraucht werden, und die Kommission hat sie genutzt, um amerikanische Unternehmen ins Visier zu nehmen.

⁵⁷⁴ *Union of Equality: LGBTQ+ Equality Strategy 2026-2030*, EUROPEAN COMM'N, COM(2025) 725 final at 6.

⁵⁷⁵ DSA-Zensurbericht I, siehe Fußnote 3, S. 27.

⁵⁷⁶ Gesetz über digitale Dienste, siehe Fußnote 26, Art. 35.

⁵⁷⁷ *Union of Equality: LGBTQ+ Equality Strategy 2026-2030*, EUROPEAN COMM'N, COM(2025) 725 final, S. 6 (Hervorhebung weggelassen).

⁵⁷⁸ *Id.*

⁵⁷⁹ *Ebenda*; siehe VERTRAG ÜBER DIE ARBEITSWEISE DER EUROPÄISCHEN UNION, Art. 83 Abs. 1.

⁵⁸⁰ *Siehe Vereinfachung und Umsetzung*, Europäische Kommission, https://commission.europa.eu/law/law-making-process/better-regulation/simplification-and-implementation_en (zuletzt abgerufen am 9. Januar 2026).

⁵⁸¹ *Vorschlag für eine digitale Omnibus-Verordnung*, EUROPÄISCHE KOMMISSION (19. November 2025).

⁵⁸² Mark MacCarthy & Kenneth Propp, *Die Europäische Union ändert ihren Kurs in Bezug auf die digitale Gesetzgebung*, LAWFARE (15. Dezember 2025) („Auffällig ist, dass keine der Änderungen Auswirkungen auf den Digital Markets Act (DMA) oder den Digital Services Act (DSA) haben würde.“)

⁵⁸³ *Der Digital Markets Act: Gewährleistung fairer und offener digitaler Märkte*, EUROPÄISCHE KOMMISSION, https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age/digital-markets-act-ensuring-fair-and-open-digital-markets_en (zuletzt aufgerufen am 29. Januar 2026).

Unternehmen. So wurden beispielsweise Apple und Meta im Jahr 2025 wegen angeblicher Nichteinhaltung des DMA mit einer Geldstrafe von insgesamt 700 Millionen Euro belegt.⁵⁸⁴

Besonders besorgniserregend ist, dass hochrangige europäische Beamte ausdrücklich auf *den DMA* und die Anforderungen an Gatekeeper Bezug genommen haben, als sie beschrieben, wie die Europäische Kommission von Plattformen bestimmte Maßnahmen zur Bekämpfung von Falschinformationen im Zusammenhang mit Wahlen verlangen kann.⁵⁸⁵

Katalin Cseh (Renew):

- I am an MEP from Hungary, where the government has become the biggest spreader of misinformation itself and we have seen the impact on democracy, but it is a global issue. Social Media platforms can give malign actors the power to undermine democracy.
- Online platforms, if they are not regulated properly, they can be used to spread disinformation.
- I am very proud to be an MEP in a Parliament that has voted for the DSA. This is such a good solid foundation.
- I find transparency requirements the most important: we have to remember that democracy also means a meaningful public debate and a well-informed electorate.

Renate Nikolay, Directorate-General for Communications Networks, Content and Technology, EU Commission

- It was already a theme during the elections of 2019. This year 2024 we are much better equipped to use our tools in place.
- We are also looking into on cybersecurity and its impact on elections. A lot of threats are cyberthreats and they include disinformation influenced by foreign powers.
- We talked about the DSA, but let's not forget the DMA. Tomorrow is the deadline for the compliance report of 6 gatekeepers.
- **The DSA is a holistic approach, it is not going after one incident, but it is systemic. How are platforms using the space and how we can push them to do better? We have already opened 2 investigations into X and**

Ein hochrangiger Beamter der Europäischen Kommission verwies auf den DMA, als er vor den Wahlen über die Instrumente sprach, die der Europäischen Kommission zur Verfügung stehen.

C. Die Europäische Kommission strebt an, ihre Zensurmaßnahmen auf andere Länder auszuweiten.

In vielerlei Hinsicht führt die Kommission eine globale Initiative für strenge Gesetze zur digitalen Zensur an. In Australien, Südkorea und anderen Teilen der Welt sind ähnliche Gesetzesentwürfe entstanden, da zensurfreudige ausländische Beamte an US-amerikanischen Universitäten ihr globales Zensurregime planen.

Der vielleicht bemerkenswerteste Versuch im Ausland, den Digital Services Act nachzuahmen, war der Online Safety Act (OSA) des Vereinigten Königreichs (UK). Der OSA wurde 2023, nur ein Jahr nach dem DSA, verabschiedet und ebnet den Weg für Ofcom, die zuständige Regulierungsbehörde des Vereinigten Königreichs, um zu regeln, wie Social-Media-Plattformen „mit [sogenannter] Desinformation und Fehlinformationen umgehen sollten“.⁵⁸⁶ Die Aufsicht des Ausschusses hat zuvor gezeigt, dass britische Regulierungsbehörden während der groß angelegten Unruhen im August 2024 versucht haben, legitime politische Äußerungen zu zensieren, die die Regierung kritisierten, darunter „Erzählungen“ über ein „zweigeteiltes“ Justizsystem im Vereinigten Königreich.⁵⁸⁷ Britische Regulierungsbehörden haben den OSA auch genutzt, um amerikanischen Plattformen mit regulatorischen Vergeltungsmaßnahmen zu drohen, wenn sie nicht „einbetten

⁵⁸⁴ Pressemitteilung, Europäische Kommission, *Kommission stellt Verstoß von Apple und Meta gegen das Gesetz über digitale Märkte fest* (22. April 2025), https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_1085.

⁵⁸⁵ Auszug aus „Protecting The 2024 Elections: From Alarm to Action“ (8. März 2024), siehe Ex. 244.

⁵⁸⁶ Online Safety Act 2023, c. 50, Ch. 7 § 152 (Vereinigtes Königreich).

⁵⁸⁷ Rep. Jim Jordan (@Jim_Jordan), X (29. Juli 2025, 21:30 Uhr), https://x.com/Jim_Jordan/status/1950368307372020086.

[Britische] Standards” zu Themen wie „Hassrede” in ihre Richtlinien zur Inhaltsmoderation aufgenommen.⁵⁸⁸ Nun droht Premierminister Keir Starmer, ebenso wie europäische Regulierungsbehörden, X mithilfe der Befugnisse der OSA in Großbritannien offline zu nehmen.⁵⁸⁹

Die weltweite Nachahmerkampagne beschränkt sich auch nicht nur auf Europa. In Brasilien wurde ein vorgeschlagenes „Fake-News-Gesetz” ausdrücklich vom DSA inspiriert, mit „fünfundzwanzig Verweisen” auf das europäische Gesetz.⁵⁹⁰ Obwohl das „Fake-News-Gesetz” noch nicht verabschiedet wurde, hat der Oberste Gerichtshof Brasiliens eine aggressive, jahrelange Internet-Zensurkampagne geführt, globale Löschungsanordnungen erlassen und X im Jahr 2024 sogar für mehrere Monate verboten.⁵⁹¹ In Indien haben Analysten ebenfalls Vergleiche zwischen dem vorgeschlagenen Digital India Act, der Plattformen „neuen Vorschriften mit einem starken Fokus auf Faktenprüfung zur Verhinderung von Fehlinformationen” unterwerfen würde,⁵⁹² und dem DSA gezogen.⁵⁹³ Über Brasilien und Indien hinaus finden sich die Merkmale des DSA auch in neuen Digitalgesetzen in Australien, Malaysia und Südkorea wieder.⁵⁹⁴ Länder wie Südkorea und Brasilien versuchen ebenfalls, das Schwestergesetz des DSA, den Digital Markets Act, nachzuahmen, der amerikanischen Technologieunternehmen strenge, innovationshemmende Auflagen auferlegt.⁵⁹⁵

Tatsächlich haben sich die Zensoren der Welt sogar auf amerikanischem Boden versammelt, um sich auszutauschen. Am 24. September 2025 veranstaltete die Stanford University eine Diskussionsrunde mit dem Titel „Compliance and Enforcement in a Rapidly Evolving Landscape” (Einhaltung und Durchsetzung in einem sich schnell verändernden Umfeld).⁵⁹⁶ An dieser Diskussionsrunde nahmen ausländische Beamte teil, die das aufstrebende globale Zensurregime entworfen haben und direkt auf die amerikanische Meinungsfreiheit abzielen.⁵⁹⁷ Hauptrednerin dieser Veranstaltung war Julie Inman-Grant, die australische eSafety-Beauftragte, die ausdrücklich argumentiert hat, dass Regierungen die Befugnis haben, die weltweite Entfernung von Inhalten zu verlangen und durchzusetzen.⁵⁹⁸ Zu den weiteren Teilnehmern und Diskussionsteilnehmern gehörten Beamte einiger der Institutionen mit den schlimmsten Vorfällen extraterritorialer Zensur, darunter die

⁵⁸⁸ Rep. Jim Jordan (@Jim_Jordan), X (28. Juli 2025, 10:58 Uhr), https://x.com/Jim_Jordan/status/1949846809238446237.

⁵⁸⁹ Matthew Field et al., *Musks X könnte in Großbritannien wegen Streit um KI-Chatbot verboten werden*, THE TELEGRAPH (8. Januar 2026).

⁵⁹⁰ Thales Bueno & Renan Canaan, *Der Brüsseler Effekt in Brasilien: Analyse der Auswirkungen des EU-Gesetzes über digitale Dienste auf die Diskussion um den Gesetzentwurf zu Fake News*, 48 TELECOMMS. POLICY 102757 (2024).

⁵⁹¹ MITARBEITER DES H. COMM. ON THE JUDICIARY UND DES SELECT SUBCOMM. ON THE WEAPONIZATION OF THE FED. GOV'T DES H. COMM. ON THE JUDICIARY, 118. KONGRESS, DER ANGRIFF AUF DIE MEINUNGSFREIHEIT IM AUSLAND UND DAS SCHWEIGEN DER BIDEN

ADMINISTRATION: DER FALL BRASILIEN (Ausschussdruck vom 17. April 2024); Julia Dias Carneiro & Juana Summers, *Brasiliens Oberster Gerichtshof verbietet X*, NPR (2. September 2024).

⁵⁹² Kyle Chin & Kaushik Sen, *Was ist das Digital India Act? Indiens neuestes Gesetz zur Digitalisierung*, UPGUARD (7. Januar 2025).

⁵⁹³ Aahil Sheikh, *Transparenz muss ein Eckpfeiler des Digital India Act sein*, TECH POLICY PRESS (23. April 2024).

⁵⁹⁴ Richard Sharpe et al., *Die globale Landschaft der Inhaltsregulierung – Entwicklungen in der EU, Großbritannien, den USA und darüber hinaus*, KING & SPALDING (10. Juli 2025).

⁽⁵⁹⁵⁾ Siehe Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Alexandre Rebelo Ferreira, Sekretariat für Wirtschaftsreformen, brasilianisches Finanzministerium (30. Dezember 2025); Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Han Ki-jeong, Vorsitzender der koreanischen Kartellbehörde (24. Juli 2025).

⁵⁹⁶ Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Dr. Jeff Hancock, Direktor des Stanford Cyber Policy Center (22. Oktober 2025); siehe Teddy Ganea et al., *Stanfords Cyber Policy Center koordiniert internationale Internet-Zensur*, THE STANFORD REV. (29. Oktober 2025).

⁵⁹⁷ *Id.*

⁵⁹⁸ *Ebenda*; siehe Tom Crowley, „Silly” to demand global takedowns: Dutton weighs in on eSafety case, AUSTRALIAN BROADCASTING CORP. (25. April 2024).

Großbritannien, die EU und Brasilien.⁵⁹⁹ Diese internationalen Koordinierungsforen, in denen globale Zensoren legislative Ideen und bewährte Zensurpraktiken austauschen, stellen eine akute Bedrohung für die Meinungsfreiheit in den USA dar.

*

*

*

Die Gefahr einer Zensur durch Europa scheint nicht abzunehmen. Im Dezember 2025 hat die Europäische Kommission ihre bislang aggressivste Zensurmaßnahme ergriffen und X mit einer Geldstrafe in Höhe von fast sechs Prozent seines weltweiten Umsatzes belegt – offensichtlich als Vergeltungsmaßnahme für dessen Einsatz für die Meinungsfreiheit weltweit. Die neuen Gesetzes- und Regulierungsvorschläge der Europäischen Kommission deuten ebenfalls darauf hin, dass sie ihre Agenda der globalen Online-Gedankenkontrolle weiter vorantreibt. Der sogenannte „Democracy Shield“ von Präsidentin von der Leyen würde die bestehende europäische Zensurarchitektur um neue Ebenen ergänzen und möglicherweise die Anonymität in den sozialen Medien beenden. Ebenso versucht die Europäische Kommission, demokratische Prozesse zu umgehen, um alle EU-Länder dazu zu zwingen, ihre weit gefasste Definition von „Hassrede“ zu übernehmen, was zusätzliche Zensurverpflichtungen gemäß dem DSA nach sich ziehen würde. Und Europa versucht, diese fehlgeleiteten Gesetze und Initiativen zu exportieren – manchmal sogar hier in den Vereinigten Staaten.

VII. FAZIT

Der Ausschuss wird seine Untersuchung ausländischer Zensurgesetze, Vorschriften und gerichtlicher Anordnungen fortsetzen, da diese ein Risiko für die Meinungsfreiheit in den Vereinigten Staaten darstellen. Die extraterritorialen Maßnahmen der Europäischen Kommission im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste verletzen direkt die Souveränität der Vereinigten Staaten und schaden unmittelbar der Meinungsfreiheit in den Vereinigten Staaten. Der Ausschuss wird weiterhin seine Aufsichtsfunktion wahrnehmen, um legislative Lösungen zu entwickeln, die dieses existenzielle Risiko für ein grundlegendes amerikanisches Recht – das Recht auf freie Meinungsäußerung – abwehren und wirksam bekämpfen.

⁵⁹⁹ Schreiben von Jim Jordan, Vorsitzender des Justizausschusses des Repräsentantenhauses, an Dr. Jeff Hancock, Direktor des Stanford Cyber Policy Center (22. Oktober 2025); siehe Teddy Ganea et al., *Stanfords Cyber Policy Center koordiniert internationale Internetzensur*, THE STANFORD REV. (29. Oktober 2025).

ANHANG

Inhaltsverzeichnis von „ „

Abschnitt I: Interne Plattform-Exponate	161
Anlage 1: Bericht von TikTok für September und Oktober 2021, EU-Verhaltenskodex zu Desinformation/COVID-19 (1. November 2021)	162
Anlage 2: Interne E-Mails zwischen Google-Mitarbeitern (22. Juni 2023)	184
Anlage 3: TikTok-Präsentation: Digital Services Act, Überblick über die Vorbereitungen für die Europäische Kommission (17. Juli 2023)	190
Anlage 4: Schreiben von TikTok an die Europäische Kommission (11. August 2023)	370
Anlage 5: TikTok-Richtlinien zur Risikobewertung gemäß DSA (25. August 2023)	373
Anlage 6: Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (4. November 2023)	395
Anlage 7: Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (17. November 2023)	435
Anlage 8: Zusammenfassung der Aktualisierung der Community-Richtlinien von TikTok (20. März 2024)	457
Anlage 9: Schreiben von TikTok an die Europäische Kommission (5. April 2024)	468
Anlage 10: Protokoll des Treffens zwischen TikTok-Mitarbeitern und der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourova (28. Mai 2024)	495
Anlage 11: Dokument zur Unterzeichnung des Desinformationskodex für TikTok (17. Januar 2025)	499
Anlage 12: <i>TikTok-Weißbuch: Das Gesetz über digitale Dienste</i>	537
Anlage 13: Von TikTok vorgeschlagene Tabelle zur Nachverfolgung von Aktualisierungen	544
Anlage 14: Von TikTok vorgeschlagene Tabelle zur Nachverfolgung von Aktualisierungen	546
Anlage 15: Umfrage zu den Community-Richtlinien von TikTok	548
Anlage 16: Richtliniengenaugigkeit und -transparenz sowie Zugänglichkeit der Community-Richtlinien	552
Anlage 17: Präsentation zur Aktualisierung der TikTok-Community-Richtlinien	554

Abschnitt II: Externe Plattformausstellungen 563

Beweisstück 18: E-Mails zwischen Mitarbeitern von Spotify und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (7. Juni 2020)

564

Beweisstück 19: Protokoll des Treffens zwischen TikTok und der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Vera Jourova (20. April 2021)

572

Anlage 20: Protokoll des Treffens zwischen Mitarbeitern von TikTok und dem Kabinett von Kommissar Theierry Breton (30. September 2021)

574

Anlage 21: E-Mail-Korrespondenz zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (14. März 2022)

576

Anlage 22: Protokoll des Treffens zwischen Spotify und der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Vera Jourova (7. September 2022)

579

Anlage 23: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (9. November 2022)

583

Beweisstück 24: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (4. Januar 2023)

594

Beweisstück 25: Protokoll des Treffens zwischen TikTok und der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Vera Jourova (10. Januar 2023)

613

Anlage 26: E-Mail von YouTube-Mitarbeitern an Mitarbeiter der Europäischen Kommission (19. März 2024)

616

Anlage 27: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (28. Mai 2024)

618

Abschnitt III: Anlagen zum EU-Internetforum 647

Anlage 28: Tagesordnung für die Ministertagung des EU-Internetforums (8. Dezember 2021)

648

Anlage 29: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (24. März 2022)

651

Anlage 30: Präsentation der Europäischen Kommission: Gesetz über digitale Dienste und algorithmische Verstärkung (29. September 2022)

655

Anlage 31: Präsentation des Institute for Strategic Dialogue: Algorithmische Verstärkung, grenzwertige Inhalte und Manipulationstechniken (29. September 2022)

672

Anlage 32: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Teilnehmer des EU-Internetforums (11. Oktober 2022)	683
Anlage 33: Tagesordnung für das Ministertreffen des EU-Internetforums (7. Dezember 2022)	688
Anlage 34: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Teilnehmer des EU-Internetforums (9. Januar 2023)	691
Beweisstück 35: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (2. September 2024)	697
Beweisstück 36: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (15. Oktober 2024)	702
Beweisstück 37: EU-Internetforum: Studie über die Rolle und die Auswirkungen der Verwendung algorithmischer Verstärkung zur Verbreitung terroristischer, gewalttätiger extremistischer und grenzwertiger Inhalte	710
Beweisstück 38: <i>EU-Internetforum: Handbuch zu grenzwertigen Inhalten im Zusammenhang mit gewalttätigem Extremismus</i>	830
Anlage 39: TrustLab-Präsentation: Studie über die Rolle und die Auswirkungen der Verwendung algorithmischer Verstärkung zur Verbreitung terroristischer, gewalttätiger extremistischer und grenzwertiger Inhalte auf führenden Social-Media-Websites in Europa	903
Exponat 40: EU-Internetforum: Studie über die Rolle und die Auswirkungen der Verwendung algorithmischer Verstärkung zur Verbreitung terroristischer, gewalttätiger extremistischer und grenzwertiger Inhalte	943
Anlage 41: Antwort von TikTok auf den Fragebogen des EU-Internetforums – Algorithmische Verstärkung	1063
Abschnitt IV: Kodex gegen Hassrede – Anlagen	1070
Anlage 42: Präsentation der Europäischen Kommission: Die neunte Sitzung der Hochrangigen Gruppe der EU zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und anderen Formen der Intoleranz (7. Juli 2021)	1071
Anlage 43: Entwurf eines Verhaltenskodex (+) zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet (18. März 2023)	1202
Anlage 44: Fragen und Antworten der Europäischen Kommission zur Überarbeitung des Kodex (27. März 2023)	1207
Anlage 45: Entwurf eines Verhaltenskodex (+) zur Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet	1209

Abschnitt V: Verhaltenskodex gegen Desinformation Anlagen **1214**

Anlage 46: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an TikTok (1. April 2020).....	1215
Beweisstück 47: Schreiben der Europäischen Kommission an TikTok (22. Juli 2020).....	1217
Beweisstück 48: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (30. Oktober 2020).....	1222
Beweisstück 49: Stellungnahme von TikTok zur Anfrage der Europäischen Kommission bezüglich Falschinformationen über Covid-19-Impfungen (4. November 2020).....	1226
Beweisstück 50: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (9. November 2020).....	1231
Anlage 51: Protokoll des Treffens zwischen TikTok und Mitarbeitern der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourova (6. November 2020).....	1237
Beweisstück 52: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (19. Januar 2021).....	1239
Beweisstück 53: Protokoll des Treffens zwischen der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourova, und mehreren Plattformen (22. Februar 2021).....	1248
Beweisstück 54: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (13. April 2021).....	1251
Anlage 55: Protokoll des Treffens zwischen TikTok und der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vera Jourova (20. April 2021).....	1275
Beweisstück 56: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes zur Bekämpfung von Desinformation (14. Oktober 2021).....	1278
Beweisstück 57: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (14. Oktober 2021).....	1282
Beweisstück 58: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (5. November 2021).....	1286
Beweisstück 59: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (8. Dezember 2021).....	1290
Beweisstück 60: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (27. Januar 2022).....	1295

Anlage 61: Neuer Verhaltenskodex zur Desinformation: Protokoll der 4. Generalversammlung der Unterzeichner (28. Januar 2022).....	1297
Anlage 62: Einladung zu einem Treffen der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (7. Februar 2022).....	1300
Anlage 63: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (16. Februar 2022).....	1304
Beweisstück 64: Schreiben von Kommissar Thierry Breton und Vizepräsidentin Vera Jourova an TikTok (3. März 2022).....	1308
Beweisstück 65: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (7. März 2022).....	1311
Anlage 66: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (10. März 2022).....	1315
Beweisstück 67: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (30. März 2022).....	1318
Beweisstück 68: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (4. April 2022).....	1320
Anlage 69: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (19. April 2022).....	1324
Beweisstück 70: Neuer Verhaltenskodex zur Desinformation: Protokoll der Verhandlungssitzung (19. April 2022).....	1328
Anlage 71: Tagesordnung für das Treffen zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und den Unterzeichnern des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (27. April 2022).....	1331
Anlage 72: Tagesordnung für das Treffen zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und den Unterzeichnern des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (4. Mai 2022).....	1333
Anlage 73: Tagesordnung für das Treffen zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und den Unterzeichnern des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (11. Mai 2022).....	1335
Anlage 74: Tagesordnung für das Treffen zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und den Unterzeichnern des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (18. Mai 2022).....	1337
Anlage 75: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (24. Mai 2022).....	1339

Anlage 76: Tagesordnung für das Treffen der Mitarbeiter der Europäischen Kommission mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (1. Juni 2022).....	1343
Beweisstück 77: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (3. Juni 2022).....	1345
Anlage 78: Tagesordnung für das Treffen der Mitarbeiter der Europäischen Kommission mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (23. Juni 2022).....	1349
Beweisstück 79: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (27. Juni 2022).....	1351
Beweisstück 80: Tagesordnung: Zweite Sitzung der Ständigen Arbeitsgruppe des Verhaltenskodex (5. Juli 2022).....	1354
Anlage 81: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (10. August 2022).....	1356
Beweisstück 82: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (24. August 2022).....	1358
Beweisstück 83: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (1. September 2022).....	1361
Beweisstück 84: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (2. September 2022).....	1363
Beweisstück 85: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (14. September 2022).....	1366
Beweisstück 86: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (19. September 2022).....	1370
Beweisstück 87: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (20. September 2022).....	1373
Anlage 88: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (4. Oktober 2022).....	1375
Beweisstück 89: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (19. Oktober 2022).....	1378
Beweisstück 90: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (1. November 2022).....	1381

Beweisstück 91: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (15. November 2022)	1384
Beweisstück 92: Untergruppe Krisenreaktion: Schriftliche Stellungnahme zu geplanten Maßnahmen zur Eindämmung von Desinformation im Zusammenhang mit der Ukraine in Mittel- und Osteuropa (28. November 2022)	1388
Anlage 93: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (30. November 2022)	1417
Anlage 94: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (2. Dezember 2022)	1420
Beweisstück 95: Tagesordnung: Vierte Sitzung der Ständigen Arbeitsgruppe des Verhaltenskodex (6. Dezember 2022)	1423
Beweisstück 96: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Unterzeichnern des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (8. Dezember 2022)	1426
Beweisstück 97: Einladung zu einer Sitzung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (8. Dezember 2022)	1432
Beweisstück 98: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (9. Dezember 2022)	1435
Beweisstück 99: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (13. Dezember 2022)	1440
Beweisstück 100: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (14. Dezember 2022)	1443
Beweisstück 101: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (14. Dezember 2022)	1448
Beweisstück 102: Schreiben von Kommissar Thierry Breton und Vizepräsidentin Vera Jourova an TikTok (22. Dezember 2022)	1452
Anlage 103: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (11. Januar 2023)	1455
Anlage 104: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (30. Januar 2023)	1458
Anlage 105: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (13. Februar 2023)	1461

Anlage 106: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (30. Mai 2023)	1464
Beweisstück 107: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (8. Februar 2023)	1467
Beweisstück 108: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (27. Juni 2023)	1470
Anlage 109: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (16. Februar 2023)	1473
Beweisstück 110: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (22. Februar 2023)	1476
Beweisstück 111: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (8. März 2023)	1479
Anlage 112: Dokument zur Unterzeichnung des Verhaltenskodexes zur Bekämpfung von Desinformation durch den Unterzeichner ActiveFence (22. März 2023)	1482
Anlage 113: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (24. März 2023)	1488
Anlage 114: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (27. März 2023)	1491
Beweisstück 115: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (30. März 2023)	1496
Beweisstück 116: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (19. April 2023)	1499
Beweisstück 117: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (26. April 2023)	1502
Beweisstück 118: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (10. Mai 2023)	1505
Beweisstück 119: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (5. Mai 2023)	1508
Beweisstück 120: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (16. Mai 2023)	1511

Beweisstück 121: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (16. Mai 2023)	1514
Beweisstück 122: Tagesordnung: Fünfte Plenarsitzung der ständigen Taskforce des Verhaltenskodex (5. Juni 2023)	1517
Beweisstück 123: Einladung zu einem Treffen der Mitarbeiter der Europäischen Kommission mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (6. Juni 2023)	1520
Anlage 124: Einladung zu einer Sitzung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (13. Juni 2023)	1524
Beweisstück 125: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (23. Juni 2023)	1527
Beweisstück 126: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (28. Juni 2023)	1531
Beweisstück 127: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (3. Juli 2023)	1534
Beweisstück 128: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (13. Juli 2023)	1537
Beweisstück 129: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (25. Juli 2023)	1540
Beweisstück 130: Slowakisches Innenministerium, Analyse schädlicher Inhalte auf TikTok in slowakischer Sprache (September 2023)	1542
Beweisstück 131: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Unterzeichnern des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (20. Juli 2023)	1545
Beweisstück 132: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (6. September 2023)	1551
Beweisstück 133: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (6. September 2023)	1554
Beweisstück 134: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (2. Oktober 2023)	1560
Beweisstück 135: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (22. September 2023)	1563

Anlage 136: E-Mail von Mitarbeitern von TikTok an Mitarbeiter der Europäischen Kommission (26. September 2023) 1566

Beweisstück 137: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (2. Oktober 2023) 1568

Beweisstück 138: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (3. Oktober 2023) 1571

Beweisstück 139: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (3. Oktober 2023) 1575

Beweisstück 140: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (9. Oktober 2023) 1578

Beweisstück 141: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (13. Oktober 2023) 1581

Beweisstück 142: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (18. Oktober 2023) 1584

Anlage 143: Einladung zu einem Treffen der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (27. Oktober 2023) 1587

Beweisstück 144: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (6. November 2023) 1590

Beweisstück 145: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (6. November 2023) 1593

Beweisstück 146: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (17. November 2023) 1596

Beweisstück 147: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (29. November 2023) 1599

Beweisstück 148: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Unterzeichnern des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (5. Dezember 2023) 1603

Beweisstück 149: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (18. Dezember 2023) 1609

Beweisstück 150: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (24. Januar 2024) 1611

Beweisstück 151: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (24. Januar 2024).....	1615
Beweisstück 152: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (22. Februar 2024).....	1619
Beweisstück 153: Einladung zu einem Treffen der Mitarbeiter der Europäischen Kommission mit den Unterzeichnern des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (22. Februar 2024).....	1621
Beweisstück 154: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (1. März 2024).....	1623
Beweisstück 155: E-Mail von Google-Mitarbeitern an Mitarbeiter der Europäischen Kommission (19. März 2024)	1626
Beweisstück 156: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (17. April 2024).....	1628
Beweisstück 157: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Unterzeichnern des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (2. Mai 2024).....	1631
Beweisstück 158: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (15. Mai 2024).....	1634
Beweisstück 159: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Unterzeichnern des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (23. Mai 2024).....	1637
Beweisstück 160: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Mitarbeitern von TikTok (23. Mai 2024).....	1652
Beweisstück 161: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (23. Mai 2024).....	1662
Beweisstück 162: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und einigen Unterzeichnern des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (29. Mai 2024).....	1672
Beweisstück 163: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und einigen Unterzeichnern des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (30. Mai 2024).....	1692
Beweisstück 164: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (6. Juni 2024).....	1711
Beweisstück 165: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (12. Juni 2024).....	1714

Beweisstück 166: E-Mail von Mitarbeitern von Meta an Mitarbeiter der Europäischen Kommission (10. Juli 2024)	1717
Anlage 167: Einladung zu einem Treffen der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (10. Juli 2024)	1722
Beweisstück 168: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (17. Juli 2024)	1725
Beweisstück 169: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (7. August 2024)	1728
Beweisstück 170: E-Mail von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (4. September 2024)	1731
Beweisstück 171: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (4. September 2024)	1733
Beweisstück 172: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Mitarbeitern von Google (9. September 2024)	1736
Beweisstück 173: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (16. September 2024)	1738
Beweisstück 174: Zusammenfassung des Runden Tisches zur Überprüfung der Verpflichtungen des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (30. September 2024)	1745
Beweisstück 175: Interne E-Mails zwischen Google-Mitarbeitern (2. Oktober 2024)	1751
Beweisstück 176: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (2. Oktober 2024)	1756
Beweisstück 177: Interne E-Mails zwischen Google-Mitarbeitern (7. Oktober 2024)	1759
Beweisstück 178: E-Mails zwischen Google-Mitarbeitern und europäischen Dritten (8. Oktober 2024)	1768
Beweisstück 179: Veranstaltungsprogramm: <i>Desinformation: Wie neue Kommunikationstechnologien Wahlen und die Informationslandschaft beeinflussen</i> (10. Oktober 2024)	1776
Beweisstück 180: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (13. Dezember 2024)	1779
Beweisstück 181: E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (12. Dezember 2024)	1783

Beweisstück 182: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (16. Dezember 2024).....	1786
Beweisstück 183: E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (19. Dezember 2024)	1791
Beweisstück 184: E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (19. Dezember 2024)	1793
Beweisstück 185: E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (20. Dezember 2024)	1796
Beweisstück 186: E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (20. Dezember 2024)	179
Beweisstück 187: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (16. Dezember 2024).....	1802
Beweisstück 188: <i>Neuer SLI zu Demonetarisierungsbemühungen, der den finanziellen Wert (in Euro) der ergriffenen Maßnahmen erfasst</i>	1810
Anlage 189: Tagesordnung: Erste Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ (10. August 2022).....	1815
Anlage 190: Tagesordnung: Sitzung der ständigen Arbeitsgruppe „Krisenreaktion“ (21. September 2022).....	1817
Anlage 191: Tagesordnung: Sitzung der ständigen Arbeitsgruppe „Krisenreaktion“ (7. September 2022).....	1819
Anlage 192: Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ (19. April 2023)	1821
Anlage 193: Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ (22. Februar 2023)	1823
Anlage 194: Tagesordnung: Sitzung der ständigen Arbeitsgruppe „Krisenreaktion“ (8. Februar 2023).....	1825
Anlage 195: Tagesordnung: Sitzung der ständigen Arbeitsgruppe „Krisenreaktion“ (11. Januar 2023).....	1827

Anlage 196: Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ (14. Dezember 2022).....	1829
Anlage 197: Entwurf eines EU-Verhaltenskodexes zur Bekämpfung von Desinformation.....	1831
Beweisstück 198: <i>Liste problematischer Konten auf dem slowakischen TikTok</i>	1837
Beweisstück 199: Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ (8. März 2023).....	1880
Beweisstück 200: Entwurf eines Formulars zur <i>Berichterstattung über die Reaktion des Dienstes während der [COVID/Ukraine]-Krise</i>	1882
Anlage 201: Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ (30. November 2022).....	1897
Beweisstück 202: Tagesordnung: Sitzung der ständigen Taskforce-Untergruppe Krisenreaktion (19. Oktober 2022).....	1899
Anlage 203: Tagesordnung: Sitzung der Untergruppe „Ständige Taskforce Krisenreaktion“ (5. Oktober 2022).....	1901

Abschnitt VI: DSA-Workshop-Ausstellungen **1903**

Ausstellungsstück 204: Tagesordnung für den DSA-Workshop mit mehreren Interessengruppen zum Thema systemische Risiken (7. Mai 2025).....	1904
Ausstellungsstück 205: Detaillierte Tagesordnung: <i>DSA-Workshop mit mehreren Interessengruppen zu systemischen Risiken und deren Minderung (7. Mai 2025)</i>	1907
Anlage 206: Tagesordnung: Sitzung der ständigen Taskforce „Krisenreaktionsuntergruppe“ (8. März 2023).....	1927
Anlage 207: <i>Schutz Ihrer personenbezogenen Daten (7. Mai 2025)</i>	1932
Anlage 208: Einladung zum DSA-Multi-Stakeholder-Workshop zu systemischen Risiken (25. April 2025).....	1938
Anlage 209: Protokoll der DSA-Risikobewertungsrunde (2. Juli 2025).....	1944
Anlage 210: E-Mail mit Dank an die Teilnehmer für ihre Teilnahme am DSA-Multi-Stakeholder-Workshop zu systemischen Risiken (15. Mai 2025).....	1949

Abschnitt VII: Wahlen Beweisstücke 1952

Exponat 211: Interner Bericht von TikTok zur Zusammenfassung der slowakischen Wahlen 2023	1953
Beweisstück 212: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Wahlen“ (27. April 2023)	1961
Beweisstück 213: Tagesordnung für die Sitzung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Wahlen“ (22. Juni 2023)	1964
Beweisstück 214: Folienpräsentation des Slowakischen Rates für Mediendienste: <i>Vorgezogene Wahlen in der Slowakei</i> (Juli 2023)	1966
Beweisstück 215: Einladung zu einer Sitzung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Wahlen“ (18. Juli 2023)	1975
Beweisstück 216: Einladung zu einer Sitzung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Wahlen“ (5. September 2023)	1978
Beweisstück 217: Einladung zu einer Sitzung von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Wahlen“ (15. September 2023)	1981
Beweisstück 218: Schreiben von TikTok an die Europäische Kommission (September 2023)	1984
Beweisstück 219: E-Mails von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Mitglieder der Arbeitsgruppe „Wahlen“ (1. September 2023)	1989
Beweisstück 220: E-Mails von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Mitglieder der Arbeitsgruppe „Wahlen“ (1. September 2023)	1993
Beweisstück 221: Schreiben der Europäischen Kommission an TikTok (5. September 2023)	1997
Beweisstück 222: Interne Richtlinien von TikTok zur Moderation von Inhalten für die polnischen Wahlen 2023 (10. September 2023)	2001
Beweisstück 223: Einladung zu einem Treffen von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Wahlen“ (20. September 2023)	2020
Beweisstück 224: Interne Richtlinien von TikTok zur Moderation von Inhalten für die slowakischen Wahlen 2023 (22. September 2023)	2022
Anlage 225: Einladung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission zur Sitzung des Krisen-/Wahl-Lenkungsausschusses (25. September 2023)	2069
Beweisstück 226: Einladung zu einer Sitzung des Krisen-/Wahl-Lenkungsausschusses durch Mitarbeiter der Europäischen Kommission (6. Oktober 2023)	2072

Beweisstück 227: Einladung zu einer Sitzung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an den Krisen-/Wahl-Lenkungsausschuss (13. Oktober 2023)	2075
Beweisstück 228: Einladung zu einer Sitzung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an den Krisen-/Wahl-Lenkungsausschuss (23. Oktober 2023)	2078
Beweisstück 229: Einladung zu einer Sitzung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an den Krisen-/Wahl-Lenkungsausschuss (27. Oktober 2023)	2081
Beweisstück 230: E-Mails zwischen Mitarbeitern von TikTok und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (6. November 2023)	2084
Beweisstück 231: <i>Non-Paper: TikToks Ansatz zur Wahlvorbereitung in der gesamten EU</i> (8. November 2023)	2089
Beweisstück 232: Einladung zu einer Sitzung des Krisen-/Wahl-Lenkungsausschusses durch Mitarbeiter der Europäischen Kommission (14. November 2023)	2100
Beweisstück 233: Einladung zu einer Sitzung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Wahlen“ (30. November 2023)	2103
Beweisstück 234: Einladung zu einer Sitzung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an den Krisen-/Wahl-Lenkungsausschuss (30. November 2023)	2106
Beweisstück 235: Einladung zu einer Sitzung der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Wahlen“ (20. Dezember 2023)	2109
Exponat 236: <i>Rumänischer Informationsdienst: Vermerk Nr. 2 an den Obersten Rat für Nationale Verteidigung Rumäniens</i> (2024)	2112
Beweisstück 237: <i>Rumänischer Nachrichtendienst: Vermerk Nr. 1 an den Obersten Rat für Nationale Verteidigung Rumäniens</i> (2024)	2116
Beweisstück 238: <i>Rumänisches Innenministerium: Informationsnotiz</i> (2024)	2122
Beweisstück 239: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Mitarbeitern von Google bezüglich der Veranstaltung „Brussels to the Bay“ (31. Januar 2024)	2126
Beweisstück 240: E-Mails zwischen Mitarbeitern von Google und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (1. Februar 2024)	2130
Beweisstück 241: Interne E-Mails zwischen Mitarbeitern von Meta (26. Februar 2024)	2135
Exponat 242: <i>Schutz der Wahlen 2024: Von der Warnung zur Tat</i> (29. Februar 2024)	2138

Anlage 243: Interne Meta-Auswertung der Rundtischgespräche zu den DSA-Wahlrichtlinien (1. März 2024)	2141

Anlage 244: Protokoll von „Schutz der Wahlen 2024: Von der Alarmierung zur Aktion“ (8. März 2024)	2147

Anlage 245: Protokoll der DSA-Rundtischgespräche zur Wahlvorbereitung (4. Juni 2024)	2157

Anlage 246: Einladung zu einem Treffen der Mitarbeiter der Europäischen Kommission an die Unterzeichner des Verhaltenskodexes gegen Desinformation (21. Juni 2024)	2160

Beweisstück 247: Tagesordnung für eine Sitzung der Europäischen Kommission zu den französischen Parlamentswahlen (21. Juni 2024)	2165

Beweisstück 248: E-Mails von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Mitglieder der Taskforce zum Verhaltenskodex (24. Juni 2024)	2168

Beweisstück 249: Einladung der Europäischen Kommission zu einem Rundtischgespräch über die Wahlvorbereitungen (3. Juli 2024)	2175

Beweisstück 250: Protokoll der dritten Diskussionsrunde der Europäischen Kommission zu den Parlamentswahlen (10. Juli 2024)	2178

Anlage 251: <i>Tagesordnung für die 11. Sitzung des EU-Unterstützungszentrums für internationale Sicherheit und Grenzmanagement in Moldau zum Thema „Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung“</i> (18. September 2024)	2181

Beweisstück 252: E-Mails von Mitarbeitern der Europäischen Kommission an Plattformen (24. September 2024)	2188

Beweisstück 253: <i>Vertraulicher Bericht von TikTok zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2024</i> (24. September 2024)	2191

Beweisstück 254: Tagesordnung: Achte Plenarsitzung der Ständigen Arbeitsgruppe des Verhaltenskodex (1. Oktober 2024)	2206

Beweisstück 255: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Mitarbeitern von TikTok (23. Oktober 2024)	2210

Beweisstück 256: E-Mails zwischen Mitarbeitern von Meta und irischen Regulierungsbehörden (7. November 2024)	2213

Beweisstück 257: E-Mails zwischen Mitarbeitern von Meta und irischen Regulierungsbehörden (18. November 2024)	2218

Exponat 258: Einladung zum Wahlrundtischgespräch über die Wahlen in Rumänien (28. November 2024)	2224
Beweisstück 259: TikTok-Präsentation: <i>Briefing zur Integrität der rumänischen Wahlplattform</i> (28. November 2024)	2226
Beweisstück 260: <i>Externe Informationsdienstnotiz: Analyse der nationalen Sicherheitsrisiken, die durch die Aktivitäten staatlicher und nichtstaatlicher Cyberakteure auf IT&C-Infrastrukturen entstehen, Unterstützung des Wahlprozesses</i> (28. November 2024)	2236
Beweisstück 261: E-Mails der Europäischen Kommission an TikTok und rumänische Regulierungsbehörden (28. November 2024)	2240
Beweisstück 262: Diskussionsfragen für <i>den Wahlrundtisch zu den rumänischen Wahlen</i> (29. November 2024)	2247
Anlage 263: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Plattformen (29. November 2024)	2249
Beweisstück 264: E-Mails zwischen rumänischen Regulierungsbehörden, Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Mitarbeitern von TikTok (28. November 2024)	2254
Beweisstück 265: Schreiben von TikTok an die Europäische Kommission (29. November 2024)	2264
Beweisstück 266: Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (7. Dezember 2024)	2278
Anlage 267: Bericht von TikTok über rumänische Inhalte (12. Dezember 2024)	2287
Anlage 268: Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (13. Dezember 2024)	2289
Anlage 269: E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (17. Dezember 2024)	2324
Beweisstück 270: E-Mails zwischen TikTok, der Europäischen Kommission und Dritten (20. Dezember 2024)	2332
Beweisstück 271: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Mitarbeitern von TikTok (3. Februar 2025)	2335
Beweisstück 272: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Europäischen Kommission und Mitarbeitern von TikTok (12. Februar 2025)	2338
Beweisstück 273: Interne E-Mail zwischen Mitarbeitern von Meta (24. Februar 2025)	2348

Beweisstück 274: Entwurf der Tagesordnung für ein Treffen zwischen TikTok und rumänischen Regulierungsbehörden (27. Februar 2025)	2350
Anlage 275: Tagesordnung für <i>den Runden Tisch – Rumänische Präsidentschaftswahlen 2025</i> (3. März 2025)	2352
Anlage 276: E-Mail der niederländischen Regulierungsbehörden an Plattformen (3. September 2025)	2354
Anlage 277: Tagesordnung für <i>Rundtischgespräch zu Wahlen im Zusammenhang mit dem Gesetz über digitale Dienste</i> (15. September 2025)	2358
Anlage 278: Protokoll des <i>Rundtischgesprächs zu den Wahlen in den Niederlanden</i> (15. September 2025)	2360
Anlage 279: Protokoll der Rundtischdiskussion der Coimisiun na Mean zur irischen Präsidentschaftswahl (24. September 2025)	2364
Anlage 280: Protokoll der <i>DSA-Präsidentschaftswahlen-Diskussionsrunde</i> (24. September 2025)	2377
Anlage 281: Fragebogen der Coimisiun na Mean zur DSA-Risikobewertung für die irischen Wahlen	2381
Beweisstück 282: Tabelle mit Inhalten über die rumänischen Wahlen, die für TikTok markiert wurden	2384
Beweisstück 283: Tabelle mit Inhalten über die rumänischen Wahlen, die für TikTok markiert wurden	2400
Beweisstück 284: Tabelle mit Inhalten über die rumänischen Wahlen, die für TikTok markiert wurden	2404
Exponat 285: Tabelle mit Inhalten über die rumänischen Wahlen, die für TikTok 2408 markiert wurden	
Abschnitt VIII: Sonstige Beweisstücke	2415
Beweisstück 286: Radicalization Awareness Network, <i>Böswillige Nutzung der algorithmischen Verstärkung terroristischer und gewalttätiger extremistischer Inhalte: Risiken und vorhandene Gegenmaßnahmen</i> (2021)	2416
Beweisstück 287: RAN Policy Support, <i>Gewalttätiger Extremismus und Terrorismus im Internet im Jahr 2021: Jahresrückblick</i> (2021)	2454
Anlage 288: Antwort von Rumble Inc. auf eine Aufforderung zur Vorlage von Unterlagen durch das Amt für Menschenrechte von British Columbia (31. August 2022)	2504
Anlage 289: Anhang: Informationen zu den Risikobewertungsberichten (11. August 2023)	2515

Anlage 290: Auskunftersuchen der Kommission an TikTok (19. Oktober 2023)	2519
Anlage 291: Auskunftersuchen der Kommission an TikTok (14. März 2024)	2541
Anlage 292: E-Mails von Mitarbeitern der Global Network Initiative bezüglich einer Podiumsdiskussion über Technologievorschriften in der EU und Brasilien (27. Mai 2024)	2554
Anlage 293: Veranstaltungskonzept: Algorithmische Risikobewertungen, Audits und Grundrechte (30. Mai 2024)	2558
Beweisstück 294: TikToks DSA-Passement-Bericht 2024 (28. August 2024)	2561
Anlage 295: Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission (2. Oktober 2024)	2683
Anlage 296: Informationsanfrage der Kommission an TikTok (2. Oktober 2024)	2732
Anlage 297: Antwort von TikTok auf die Informationsanfrage der Kommission: Liste der Anhänge (29. November 2024)	2748
Anlage 298: Bing-Bewertung des systemischen Risikos (August 2025)	2759
Anlage 299: E-Mails zwischen Mitarbeitern der Stanford University und Mitarbeitern der Europäischen Kommission (23. August 2025)	2892
Anlage 300: Überblick über die Stanford-Dialogveranstaltung: <i>Compliance und Durchsetzung in einem sich schnell wandelnden Umfeld</i> (24. September 2025)	2896
Anlage 301: Liste der Teilnehmer der DSA-Stakeholder-Veranstaltung (12. Mai 2023)	2901
Anlage 302: Beschluss der Kommission vom 5.12.2025 gemäß Artikel 73 Absatz 1, 73 Absatz 3 und 74 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste); Sache DSA.100101, DSA.100102 und DSA.100103 – X (ehemals Twitter), C(2025) 8630 final	2904

